

**Bevölkerung und Staatstätigkeit in Mexiko –
Überlegungen zur geschlechtsspezifischen Konstruktion
von Politik und Nationalstaat**

Inauguraldissertation zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Philosophie am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu Frankfurt am Main

vorgelegt von

Carmen Colinas Schwarz

aus
Stuttgart

Eingereicht am

28. Mai 2001

Inhalt

1.	Einleitung	7
1.1	Zur Methode: Eine Policy-Analyse aus feministischer Perspektive.....	12
1.2	Vorgehensweise.....	18
2.	Bevölkerungspolitik: Der Zusammenhang von Diskursen und Policies	22
2.1	Der westliche Bevölkerungsdiskurs im historischen Kontext	22
2.1.1	Geschlechterordnung und bevölkerungspolitischer Diskurs.....	25
2.1.2	Die Konzeptionalisierung von bevölkerungspolitischen Maßnahmen im eugenischen Diskurs: Rasse und Gene als Prinzipien der Selektion	29
2.2	Der internationale bevölkerungspolitische Diskurs und damit verbundene Policies nach 1945	39
2.2.1	Die neue Problemdefinition: Der Zusammenhang von Überbevölkerung und Unterentwicklung.....	40
2.2.2	Geburtenkontrolle als geschlechtsspezifische bevölkerungspolitische Maßnahme	45
2.2.3	Akteure der internationalen Policy	48
2.2.4	Die Vereinten Nationen als Zentrum internationaler Bevölkerungspolitik	55
3.	Staatstätigkeit, Herrschaftsverhältnisse und Bevölke- rungspolitiken in Mexiko im Kontext nationaler Identität: Eine historische Rekonstruktion	64
3.1	Die Herausbildung des Anderen (16. - 19. Jahrhundert): Rasse und Geschlecht.....	65
3.2	Bevölkerungspolitik als Kolonisierung.....	74
3.3	Nationalstaat und nationale Identitäten im 19. Jahrhundert.....	84
3.4	Die Revolution von 1910 als Grundlage der politischen Strukturen und Prozesse	90
3.4.1	Die Bedeutung von Geschlecht und Rasse für Nationalstaatlichkeit in der nachrevolutionären Ära.....	97
3.4.2	Pronatalistische Bevölkerungspolitik bis 1974	101
3.5	Der Paradigmenwechsel in der Bevölkerungspolitik 1974 – die Bestimmungsfaktoren	107

3.5.1	Die demographische Entwicklung.....	108
3.5.2	Die ökonomische und politische Krise von 1968.....	112
3.5.3	Die Wahrnehmung und Definition eines »Bevölkerungs- problems« im Kontext der mexikanischen Außenpolitik.....	120
3.5.4	Akteure im bevölkerungspolitischen Diskurs	127
3.5.4.1	Die mexikanische Bevölkerungswissenschaft	127
3.5.4.2	Private Familienplanungsorganisationen	132
3.5.4.3	Die mexikanische Frauenbewegung	135
3.5.5	Problemdefinition und Paradigmenwechsel.....	137
3.6	Agenda-Gestaltung: Bevölkerungspolitische Gesetze ab 1974.....	139
3.7	Akteure und Prozesse im Implementierungsprozeß	146
3.8	Fazit: Bevölkerungspolitik bis 1994.....	156
4.	Jenseits des Staates? Feminismus zwischen Abgrenzung und Zusammenarbeit	162
4.1	Internationale Entwicklungen: Der wachsende Einfluß von feministischen Diskursen 1970-1990.....	163
4.1.1	Der Diskurs der Reproduktiven Rechte – Der Einfluß der Feministinnen auf die internationale Menschenrechtsdebatte.....	175
4.1.2	Zwischen Pragmatismus und Ablehnung: Feministische Positionen in der internationalen Bevölkerungspolitik	180
4.2	Frauen-NGOs in Mexiko – Perspektiven für eine Politik der Reproduktiven Rechte.....	190
5.	Resümee	204
	Literatur	211
	Eidesstattliche Erklärung.....	246
	Lebenslauf.....	247

1. Einleitung

»Feminism has no theory of the state«.¹ Diese vor über zehn Jahren formulierte Kritik an feministischer Theoriebildung im englischsprachigen Raum war lange auch im bundesrepublikanischen Kontext der Frauenforschung gültig. Feministische Politikwissenschaft ist in der Bundesrepublik eine vergleichsweise junge Disziplin, erst 1991 wurde innerhalb der DVPW der Arbeitskreis »Politik und Geschlecht« gegründet.² Noch in einer 1994 veröffentlichten Synopse zu den wichtigsten Themen bundesrepublikanischer Frauenforschung wurde ersichtlich, daß Staat keinen relevanten feministischen Forschungsgegenstand darstellte.³ Selbst in einem umfangreichen Überblick über deutschsprachige feministische Staatskritik von 1996 wird festgestellt, daß Staat in den analysierten Arbeiten eine »black box« bleibt.⁴ Die verspätet einsetzende wissenschaftliche Beschäftigung mit Staat und daran anschließende Konzeptionalisierungen von Staat und Staatshandeln lassen sich ebenso auf lateinamerikanische, also auch auf die mexikanische feministische Theoriebildung ausdehnen.⁵

Die Staatsferne der feministischen Theorie korrelierte mit der Geschlechtsblindheit der politikwissenschaftlichen Disziplin, die sich in Frauen- und Geschlechterfragen lange Zeit besonders uninteressiert zeigte. Mit der Trennung in öffentlich und privat in den herkömmlichen gesellschaftstheoretischen Ansätzen und der damit einhergehenden Verengung der Politikwissenschaft auf ein solches Konstrukt von Öffentlichkeit als staatlicher Politik, konnten geschlechtskritische Fragestellungen in das vermeintlich Private abgeschoben werden. Die feministische Dekonstruktion dieser geschlechtsspezifischen Trennung in Öffentlichkeit und Privatheit sowie die Ergebnisse der policy-orientierten Forschungen in verschiedenen Politikfeldern eröffneten am Ende des 20.

1 Catharine MacKinnon, *Toward a feminist theory of the state*, Cambridge/London 1989, S. 157.

2 Vgl. Sigrid Metz-Göckel, *Permanenter Vorgriff auf die Gleichheit – Frauenforschung in Westdeutschland*, in: Gisela Helwig/Hildegard Maria Nickel, *Frauen in Deutschland 1945-1992*, Bonn.

3 Vgl. Ute Gerhard, *Frauenforschung und Frauenbewegung – Skizze ihrer theoretischen Diskurse*, in: Deutsche Forschungsgemeinschaft, Senatskommission für Frauenforschung (Hg.), *Sozialwissenschaftliche Frauenforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Bestandsaufnahme und forschungspolitische Konsequenzen*, Berlin 1994.

4 Vgl. Birgit Seemann, *Feministische Staatstheorie. Der Staat in der deutschen Frauen- und Patriarchatsforschung*, Opladen 1996, S. 18ff.

5 Vgl. Nikki Craske, *Mexican women's inclusion into political life: A Latin American perspective*, in: Victoria E. Rodríguez (Hg.), *Women's participation in Mexican political life*, Austin 1998, S. 43.

Jahrhunderts erste Einblicke in die Möglichkeiten feministischer Staatskritik. Aus der bloßen Addition weiblicher Lebenszusammenhänge zu politikwissenschaftlichen Fragestellungen entwickelte sich zunehmend ein kritisches Hinterfragen und die Analyse politischer Strukturen und Prozesse. Inzwischen existiert eine Vielzahl von Publikationen zu feministischer Politikwissenschaft⁶, die in ihren Methoden und Ausgangspunkten zwar sehr heterogen gestaltet sind, in ihren Absichten aber vieles gemeinsam haben. Gemeinsamer Fokus ist, »die Bedeutung der Geschlechterverhältnisse, ihre politischen Regulationsweisen sowie die Notwendigkeit, das alles im Rahmen der Politikwissenschaft zu thematisieren und zu theoretisieren«.⁷ Aufgrund unterschiedlicher Perspektiven und Herangehensweisen kann nicht von der einen feministischen Politikwissenschaft gesprochen werden, ebensowenig wie es den einen feministischen Ansatz der Staatstheorie gibt. In diesem Sinne beabsichtigt auch die vorliegende Arbeit nicht eine feministische Staatstheorie zu sein. Vielmehr reiht sie sich in politikwissenschaftliche Versuche ein, politische Strukturen und Prozesse aus feministischer Perspektive zu untersuchen und darüber einen Beitrag zur feministischen Staatsdebatte zu liefern.

Konkret werde ich am Beispiel der Bevölkerungspolitik in Mexiko den Zusammenhängen von Konzeptionalisierungen und Konstruktionen von Geschlecht, Staat und Politik nachgehen. Dabei liegt mein Schwerpunkt auf einer Analyse der Verknüpfung von Staatstätigkeit und Herrschaftsverhältnissen, insbesondere auf den Zusammenhang von Staatstätigkeit und Geschlechterverhältnis.

Trotz Globalisierung zählt Bevölkerungspolitik neben der Regelung der Staatsbürgerschaft und Migration sowie der Verteidigung der Grenzen auch heute noch zu den primären Funktionen eines Nationalstaates.⁸ Bevölkerungspolitik ist zudem eine der Politiken, die mit der Schaffung von Nationalstaatlichkeit aufs engste verknüpft ist. Sie gründet auf der dichotomen Grenzziehung zwischen öffentlich und privat und bildet gleichzeitig eine Schnittstelle zwischen beiden Sphären. Der Einschluß der Frauen in den privaten Bereich der Familie und Ehe steht in direktem Zusammenhang mit der Reduktion der Frauen auf ihren Körper und ihre generativen Fähigkeiten. Annahmen über die »Natur« der Frau,

6 Stellvertretend für viele verweise ich hier auf die Sammelbände der Reihe »Politik und Geschlechterverhältnisse« im Campus Verlag sowie auf den PVS Sonderband Nr. 28.

7 Eva Kreisky/Birgit Sauer, *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation*, in: dies., *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformationen*, Opladen 1998, S. 10.

8 Bob Jessop, *Nationalstaat, Globalisierung, Gender*, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.), *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformationen*, Opladen 1997.

die ihr den politischen Subjektstatus entziehen, waren seit jeher Thema politischer und soziologischer Theoriebildung und legitimierten den Ausschluß der Frauen aus Politik und Recht.⁹ So erscheint nicht nur das »Private« als politisch, sondern auch die »Natur« und die »Körper« sind Produkte gesellschaftlicher und politischer Konstruktionen. Über die Bevölkerungsdiskurse, die sich um eine Sozialisierung und Rationalisierung der menschlichen Fortpflanzung drehen, wurde und wird der Körper der Frau zu einem »öffentlichen Ort«¹⁰ und zum Objekt staatlichen Handlungsbedarfs. Diese Diskurse sind eng verzahnt mit den Herrschaftsdiskursen um Klasse und »Rasse«, die wiederum je nach historischem Kontext unterschiedliche Reproduktionsnormen hervorbringen. Reproduktionsnormen unterscheiden sich also auf Grund ihres historischen Kontextes und auf Grund der sozialen und geschlechtsspezifischen Position, die ein Individuum in den jeweiligen Diskursen einnimmt. Deswegen bieten diese Normen aber auch ein breites Feld der Auseinandersetzungen und Widerstände, die sich in unterschiedlichen Formen manifestieren. Das Spektrum reicht von widerständigen Alltagspraxen, wenn z.B. Heiratsverbote oder -gebote unterlaufen werden, bis hin zu Initiativen und Organisationen der Frauenbewegungen. Demzufolge ist der bevölkerungspolitische Diskurs als ein hegemonialer Diskurs zu begreifen, der sich gegen Widerstände durchsetzen muß und nie ganz durchsetzbar ist.

Im Bereich der Bevölkerungspolitik ist Mexiko in den letzten drei Jahrzehnten zum »Musterland« internationaler Entwicklungsexperten aufgestiegen. Dieser Politik liegt ein rasanter Paradigmenwechsel innerhalb kürzester Zeit zugrunde. Bis 1973 war die mexikanische Bevölkerungspolitik von pronatalistischen Konzeptionalisierungen geprägt, welche die Modernisierung des Landes durch eine stetig wachsende Bevölkerung und ihre ethnische und kulturelle Homogenisierung gewährleistet sahen. Dies schloß spezifische, auf Kinderreichtum und -versorgung abzielende, Konstruktionen von Weiblichkeit und Mütterlichkeit ebenso ein wie eine Kriminalisierung der Abtreibung und ein Vertriebsverbot von Verhütungsmitteln über das staatliche Gesundheitswesen. Mit einer Gesetzesänderung 1973 wurde jedoch die Reduzierung der Geburtenraten Bestandteil der mexikanischen Bevölkerungspolitik, die »Familienplanung« zur nationalen Priorität erhoben sowie deren entsprechenden institutionellen Rahmenbedingungen geschaffen. Innerhalb des Ent-

9 Vgl. Sheila Benhabib/Linda Nicholson, *Politische Philosophie und die Frauenfrage*, in: Iring Fetscher/Herfried Münkler (Hg.), *Pipers Handbuch der politischen Ideen*, Bd. 5, München/Zürich 1987; Elisabeth List, *Homo Politicus – Femina Privata? Thesen zur Kritik der Politischen Anthropologie*, in: J. Conrad/ U. Konnertz (Hrsg.), *Weiblichkeit in der Moderne*, Tübingen 1986; Carole Pateman, *The sexual contract*, Stanford 1988.

10 Vgl. Barbara Duden, *Der Frauenleib als öffentlicher Ort*, Heidelberg/Zürich 1991.

wicklungsmodells und des Modernisierungsdiskurses wurde dieser neuen Bevölkerungspolitik und ihrer Institutionalisierung eine Schlüsselfunktion zugeordnet, in dem ein Zusammenhang zwischen demographischer und sozioökonomischer Entwicklung hergestellt wurde. Das Modernisierungsversprechen begründete sich nicht nur mit einer gerechteren sozialen und ökonomischen Entwicklung, sondern bezog sich explizit auch auf die Stellung der Frauen in der mexikanischen Gesellschaft, denen über eine Reduktion der Geburtenraten die Integration in Entwicklung und Fortschritt ermöglicht werden sollte.¹¹ Die plötzliche Abkehr von pronatalistischen Konzepten hin zu ihrem antinatalistischen Gegenteil wirft ein einzigartiges Schlaglicht auf die Funktionsweise von Politikentscheidungen sowie auf die Art und Weise ihrer Durchsetzung. Das Verhältnis von Politik, Staat und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen ist hier komprimiert zu erkennen. Die Kehrtwende im bevölkerungspolitischen Diskurs wirft Fragen nach der Legitimierung sowie der Entstehung und dem Verlauf dieses Entscheidungsprozesses auf. Seine Einbettung in politische Partizipations- und Repräsentationsweisen soll in dieser Arbeit untersucht werden.

Meine Untersuchung geht von der Annahme aus, dass staatlichem Handeln eine spezifische Konzeptionalisierung von Öffentlichkeit und Privatheit zugrunde liegt, welche die Machtpotentiale gesellschaftlicher AkteurInnen strukturiert und als Legitimationsgrundlage von Herrschaftsverhältnissen und damit einer Hierarchisierung des Geschlechterverhältnisses dient. Im Mittelpunkt meiner Analyse steht daher die Prozeßhaftigkeit staatlicher Entscheidungen. Die Arbeit soll zu einem präziseren Verständnis darüber führen, wie politische Entscheidungsprozesse entstehen und verlaufen, und es sollen aus einer feministischen zivilgesellschaftlichen Perspektive heraus die Möglichkeiten ausgelotet werden, wie Politik mitgestaltet werden kann. Zugleich steht dahinter der Versuch einer Theoretisierung der Konstitutionsprozesse von Staat.

Trotz eines Wandels der Strukturen von moderner Staatlichkeit kann meines Erachtens nicht von einem Bedeutungsverlust nationalstaatlicher Politiken die Rede sein. Die rechtlichen, politischen und administrativen Institutionen eines Staates sind das Ergebnis eines historischen Prozesses. Sie prägen nach wie vor die Möglichkeiten und Beschränkungen politischer Gestaltungsräume.¹² Die Veränderung von Politikgehalten kann also nur in der Auseinandersetzung mit dem Staat erfolgen. Die Ausübung individueller und kollektiver Rechte bleibt an den Staat gebunden,

11 Vgl. *Ley General de población*, Capítulo 1: Objeto y atribuciones, Art.1, Art.3 V sowie Art. 3VI, in: *Diario Oficial*, 7.1.1974, Mexiko 1974.

12 Vgl. Edgar Grande, *Die neue Architektur des Staates*, in Roland Czada/Manfred G. Schmidt (Hg.), *Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit*, Opladen 1993, S. 51

auch wenn dieser auf nationaler und internationaler Ebene mit Souveränitätsverlusten konfrontiert ist. Das bedeutet, dass demokratische Kontrolle über den Staat und der Zugang zur Definitionsmacht wesentliches politisches Ziel zivilgesellschaftlicher AkteurInnen ist. Feministische Politikwissenschaft braucht daher, um ihre auf Transformation und Herrschaftskritik ausgelegte Orientierung beizubehalten, eine Staatsdebatte.

Bevölkerungspolitik wird zwar nationalstaatlich ausgehandelt, doch zeigt sich natürlich auch in diesem Politikfeld die Relevanz von Globalisierung und transnationaler Politik. Die kritische Analyse dieser Ebene und eine internationale Perspektive stellen eine Herausforderung an feministische Politikwissenschaft dar, »traditionelle Einengungen des Blickfeldes zu überwinden«.¹³ Die transnationale Zivilgesellschaft spielt für feministische Theorie eine zunehmende Rolle, gerade weil feministische Akteurinnen auf der internationalen Ebene zentral für eine Transformation des Politischen stehen. Angesichts der Globalisierungs- und Transformationsdebatten kommt feministische Theorie zudem nicht umhin, Geschlechterverhältnisse im Kontext anderer Herrschaftsverhältnisse zu diskutieren. »Die Inklusion der zahlreichen Herrschaftsverhältnisse jenseits des Geschlechts in feministische Theoriebildung ist die erste und möglicherweise am breitesten geteilte notwendige politiktheoretische 'Modernisierung'«.¹⁴

Im Rahmen meiner Arbeit findet daher nicht nur eine kritische Auseinandersetzung mit den Sujets und Konzeptionalisierungen der in vielen Bereichen noch immer geschlechtsblinden Politikwissenschaft statt, sondern auch der Versuch, feministische Theoriebildung zu erweitern. Die Analyse außereuropäischer und internationaler Kontexte stellt nicht nur für den gegenwärtigen *mainstream* eine Herausforderung dar, sondern auch für die bundesdeutsche feministische Politikwissenschaft. Der Blick nach Draußen verweist auf andere Formen und Möglichkeiten des »Politikmachens«, erweitert das Wissen um andere Erfahrungen und führt so zu neuen Blickwinkeln feministischer Theorie.

13 Eva Kreisky/Birgit Sauer 1998, op. cit., S. 11.

14 Barbara Holland-Cunz, *Die Wiederentdeckung der Herrschaft. Begriffe des Politischen in Zeiten der Transformation*, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.), *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformationen*, Opladen 1998, S. 91.

1.1 Zur Methode: Eine Policy-Analyse aus feministischer Perspektive

In der neueren feministischen Debatte zur Standortbestimmung innerhalb der Politikwissenschaft wird zunehmend die Möglichkeit diskutiert, mit Hilfe der Policy-Analyse

»an ausgewählten Policy-Bereichen die männliche Hegemonie der Staatstätigkeit aus(zu)weisen und die zahlreichen Untersuchungen über den geschlechtsspezifischen Output staatlicher Politiken und die vergeschlechtlichenden Wirkungen staatlicher Interventionen mit ersten Ansätzen vom Geschlechtscharakter staatlicher Institutionen und Normen zusammen(zu)führen«.¹⁵

Grundlage der Policy-Analyse ist die angloamerikanische Dreiteilung des Begriffes Politik in policy, polity und politics. Mit policy sind im allgemeinen Politikfelder gemeint, wie z.B. die klassischen Bereiche Wirtschafts- und Sozialpolitik, Rechtspolitik und andere. Polity bezeichnet die Ordnung des politischen Systems, sein Normengefüge, seine Institutionen und Organisationsformen, also die formale Dimension, während politics sich auf die prozessuale Dimension bezieht und zum Beispiel Aushandlungsprozesse in Konflikten um die Durchsetzung von Inhalten und Interessen meint.

War die Policy-Forschung in ihrer anglo-amerikanischen Variante weitestgehendst als praxisnahe, management- bzw. verwaltungswissenschaftliche Analyse gekennzeichnet, so ist es der neueren bundesdeutschen Forschung in den 1980er Jahren gelungen die politikwissenschaftliche Perspektive miteinzubeziehen. In der Analyse der Staatstätigkeit werden nun sowohl die Konflikt- und Konsensprozesse, die politisch institutionellen Rahmenbedingungen sowie die Verknüpfung mit den Verfahrensregeln, Institutionen und Willensbildungsprozessen der Politik berücksichtigt.¹⁶ Neuere Analysen untersuchen einerseits die Frage nach den Bestimmungs- und Einflußfaktoren, was bedeutet, daß erklärt werden soll, in welchem Ausmaß, zu welchem Zeitpunkt und aus welchen Gründen Politikinhalte von den Strukturen und Prozessen geprägt werden. Zum anderen beschäftigen sie sich mit den Folgen und Wirkungen der Politikinhalte auf die Strukturen und Prozesse. Gerade die Ana-

15 Theresa Kulawik/Birgit Sauer, *Staatstätigkeit und Geschlechterverhältnisse. Eine Einführung*, in: Teresa Kulawik/Birgit Sauer, *Der halbierte Staat. Grundlagen feministischer Politikwissenschaft*, Frankfurt am Main/New York 1996, S. 36.

16 Vgl. Manfred G. Schmidt, *Einführung*, in: ders. (Hg.), *Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen*, Opladen 1988, S. 1.

lyse ihrer Wechselwirkungen untereinander ist zentral.¹⁷ Der Verdienst der Staatstätigkeitsforschung liegt darin, die »ökonomielastige Debatte« über Staat und Krisentheorien in den 1960er und 1970er Jahren vom »ökonomischen Kopf« auf die »politologischen Füße« gestellt zu haben¹⁸: »Man kann auch sagen: die vergleichende Policy-Forschung hat die selbstkritische Frage der Politologen, ob Politik (im Sinne von politics und polity) überhaupt einen Unterschied für Politikinhalte macht, hoffentlich endgültig mit Ja beantwortet.«¹⁹ Der Policy-Forschung gelang es damit, wieder zu einem zentralen Bestandteil bundesrepublikanischer Politikwissenschaft zu werden²⁰ und eine Neuorientierung der Politikfeldanalyse einzuleiten, die in bestimmten Aspekten für Untersuchungen des Geschlechterverhältnisses nützlich sein könnte.

Unter Berücksichtigung der »Unordentlichkeit des gesellschaftlichen und politischen Prozesses«²¹ stellt die Policy-Netzwerk-Analyse das Zusammenwirken von staatlichen und privaten Akteuren in ihrer Interaktion in spezifischen Politikereichen dar. Die durch Ressourcenabhängigkeit entstehenden Machtunterschiede sowie die möglichen Konfliktpotentiale werden ebenso analysiert wie die Veränderbarkeit der Politikinhalte innerhalb der verschiedenen Phasen einer Policy. Für eine feministische Analyse ist hierbei zentral, welche staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen in einem spezifischen Policy-Netzwerk eingeschlossen sind und welche nicht, da sich hierüber vermachtete Strukturen erschließen lassen: Da politische Maßnahmen in ein institutionelles Geflecht von Organisationen eingebettet sind²², ist für die Politikinhalte von Bedeutung, welche AkteurInnen in einem Prozeß Einfluß nehmen können und wie sich dies manifestiert. Relevant wird dann auch, inwieweit sich Politikinhalte verändern, wenn zuvor ausgeschlossene Gruppen miteinbezogen werden.

17 Vgl. Hubert Heinelt, *Policy und Politics. Überlegungen zum Verhältnis von Politikgehalten und Politikprozessen*, in: Adrienne Héritier (Hg.), *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*, Opladen 1993.

18 Fritz W. Scharpf, *Politischer Immobilismus und ökonomische Krise*, Kronberg 1977, S. 15.

19 Ibid.

20 Vgl. Klaus von Beyme, *Ansätze zu einer Theorie der Transformation der ex-sozialistischen Länder Osteuropas*, in: Wolfgang Merkel (Hg.), *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*, Opladen 1994, S. 154.

21 Adrienne Héritier, *Policy-Analyse. Elemente der Kritik und Perspektiven der Neuorientierung*, in: dies. (Hg.), *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*, Opladen 1993, S. 13.

22 Vgl. Helga Ostendorf, *Die Konstruktion des Weiblichen durch politisch-administrative Institutionen*, in: Christine Bauhardt/Angelika von Wahl (Hg.), *Gender and Politics. »Geschlecht« in der feministischen Politikwissenschaft*, Opladen 1999, S. 155.

Die innerhalb eines Politikfeldes entstehende unüberschaubare Zahl von Beteiligten kann an Hand von Policy-Advocacy-Koalitionen²³ analysiert werden, in denen sich Akteure wegen ihrer Wertvorstellungen, Überzeugungen und handlungsleitenden Orientierungen, sogenannten »Belief-Systems« in Koalitionen zusammenfinden. Hinter diesem Ansatz steht die These, daß Ideen »eine Schlüsselrolle bei der Politikgestaltung« spielen.²⁴ »Policy development is always accompanied by a parallel process of conceptual development. We miss a great deal if we try to understand policy making solely in terms of power and interest, to the exclusion of debate and argument.«²⁵ Ideen und Konzeptionen können als Referenzrahmen für Handlungsalternativen und Problemlösungsstrategien fungieren²⁶ sowie Prozesse der Institutionenbildung beeinflussen.²⁷ Auch Staaten sind als Herrschaftsorganisationen auf Loyalität angewiesen und diese erwächst u.a. aus der »Legitimität der Herrschaftsansprüche und aus der Überzeugungskraft staatlicher Ideologien«.²⁸ Spezifische historische Umstände prägen die Bedeutungszusammenhänge auch in Bezug auf Geschlechterverhältnisse und andere Herrschaftsverhältnisse. Bestimmte Bedeutungen erhalten so hegemonialen Rang in Zeiten der Stabilität, können jedoch in Krisenzeiten hinterfragt werden und ermöglichen neue Definitionen und Konstruktionen.²⁹

Die zunehmende Bedeutung von Konzeptionen, Diskursen, Ideen oder Ideologien innerhalb politikwissenschaftlicher Analysen ist meines Erachtens für eine feministische Policy-Analyse ein vielversprechender Zugang. Auf diese Weise läßt sich die Analyse von politischen Prozessen und Strukturen mit feministischer Diskursanalyse und den Theorien um die soziale Konstruktion von Geschlecht verbinden und auf weitere Herrschaftsverhältnisse erweitern. In der Verbindung von konstruktivistischen Theorien, »die geeignet sind, den Herstellungsmodus der Geschlechterdifferenz oder des sozialen Systems der Zweigeschlechtlichkeit

23 Vgl. Paul A. Sabatier, *Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: Eine Alternative zur Phasenheuristik*, in: Adrienne Héritier 1993, op. cit.

24 Ibid., S. 16.

25 Giandomenico Majone, *Regulatory politics in the European Community*, unveröffentlichtes Manuskript 1992, zit. in: Adrienne Héritier 1993, op. cit., S. 17.

26 Marion Döhler, *Ordnungspolitische Ideen und sozialpolitische Institutionen*, in: Roland Czada/Manfred G. Schmidt (Hg.) 1993, op. cit., S. 123.

27 Ibid.

28 Frank Schimmelfennig, *Rhetorisches Handeln in der internationalen Politik*, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2/1997, S. 220.

29 Vgl. Jane Jenson, *Paradigms and political discourse: Protective legislation in France and the USA before 1914*, in: Canadian Journal of Political Science 22 (2), 1986.

zu entschlüsseln, ihn zu rekonstruieren«³⁰, mit einer feministischen Policy-Analyse, werden Ansätze möglich, welche die vergeschlechtlichte Struktur von Staat und Politik aufzeigen. Anschlüsse hierfür bieten post-strukturalistische feministische Theorien zu Staat wie auch neuere Staatsdebatten des mainstreams. Denn auch die mainstream Politikwissenschaft hat über die aus der Policy-Forschung gewonnene Erkenntnis »politics does matter« wieder zurück zur Staatsdebatte und zu einer veränderten Staatskonzeption gefunden.

In neueren feministischen Staatskonzeptionen wird der Staat als ein »Set unterschiedlicher diskursiver Arenen«³¹ aufgefaßt, in denen der Staat nicht mehr eigenständiger Akteur ist. So beschreibt die britische Staatstheoretikerin Wendy Brown den Staat als ein Ensemble von Diskursen, Regeln und Praktiken.³² Da es keine von Frauen oder Männern als Gruppen geteilte einheitliche Interessen gibt, ist es adäquater, von hegemonialen Diskursen zu sprechen und somit Hierarchisierungen als diskursive zu begreifen.³³ Mit dieser Herangehensweise wird deutlich, daß der Staat weder essentialistisch noch funktionalistisch erklärbar ist: Er ist weder ein Agent patriarchaler Intentionen noch ein neutrales Instrument. Neben der Analyse von Praxen und Diskursen staatlicher und gesellschaftlicher AkteurInnen, muß die Einschreibung von Herrschaftsverhältnissen in die Strukturen und Prozesse, d.h. in die »institutionelle Materialität«³⁴ des Staates, erst sichtbar gemacht werden:

»Patriarchy is embedded in procedure, in the state's way of functioning. This perception is extremely important. It allows us to acknowledge the patriarchal character of the state without falling into a conspiracy theory or making futile searches for Patriarchal Headquarters. It locates sexual politics in the realm of social action, where it belongs, avoiding the speculative reductionism that would explain state action as an emanation of the inner nature of males. Finally it opens up the question of the state apparatus, overlooked by liberal feminism and earlier radical feminism alike. The character and dynamics of the state apparatus, the actual machinery of government, are a

30 Angelika Wetterer, *Dekonstruktion und Alltagshandeln. Die (unmöglichen) Grenzen der Vergeschlechtlichung von Berufsarbeit*, 1995, zit. nach Helga Ostendorf 1999, op. cit., S. 150.

31 Theresa Kulawik/Birgit Sauer 1996, op. cit., S. 33.

32 Vgl. Wendy Brown, *Finding the man in the state*, in: dies., *States of injury. Power and freedom in late modernity*, Princeton/New Jersey 1995, S. 166ff.

33 Vgl. Rosemary Pringle/Sophie Watson, »Women's interests« and the post-structuralist state, in: Michèle Barret/Ann Philipps (Hg.), *Destabilizing theory. Contemporary feminist debates*, Stanford 1992, S. 63.

34 Bob Jessop 1997, op. cit., S. 285.

major theme in non-feminist state theory, and urgently need analysis in terms of gender.«³⁵

Um ein präziseres Bild der geschlechtsspezifischen Konstruktion von Staatlichkeit zu skizzieren, ist es also wichtig, sowohl die »jeweiligen Konstellationen bestimmter Identitäten, Interessen und Strategien«³⁶ als auch die strukturellen Merkmale der institutionellen Materialität in Betracht zu ziehen. Diese Merkmale stellen sich über die strukturell in den Staat eingeschriebene strategische Selektivität her:³⁷ Der Staat ist zwar ein Verhandlungsstaat, eine Arena von Auseinandersetzungen, aber er wirkt ungleich auf die Möglichkeiten spezifischer AkteurInnen ein, ihre Interessen und Strategien innerhalb des Staates zu verfolgen.

In die empirische Analyse von Staatstätigkeit werden daher die zahlreichen strukturellen Veränderungen moderner Gesellschaften und eines damit einhergehenden Souveränitätsverlustes des Staates, sowohl nach innen durch »Mit-Souveränitäten«³⁸ verschiedenster Akteure und einem daraus entstehenden Komplex von informellen und formellen Verhandlungssystemen³⁹, als auch nach außen durch Globalisierung und Einbindung in suprastaatliche Organisationen, mit einbezogen.⁴⁰ Auch wenn die Bedeutung von Globalisierung nicht mystifiziert werden sollte, stellt sie einen wichtigen kontextuellen Faktor für nationalstaatliche Politik dar:⁴¹ Globalisierung hat also Auswirkungen auf die politischen Strukturen und Prozesse, der Nationalstaat bleibt dennoch der primäre Faktor des sozialen Zusammenhalts in den Gesellschaften. Nationalstaaten sind historisch veränderbar, und sie sind international verschieden. Die länderspezifischen Ausprägungen in den Phasen der Staatsbildung legen die »essentiellen Parameter der Trennung und gegenseitiger Autonomie von Staat und Gesellschaft« fest.⁴² Die Veränderbarkeit von Politikinhalt

35 Robert W. Connell, *The state, gender, and sexual politics. Theory and appraisal*, in *Theory and Society* 19, 1990, S. 517.

36 Bob Jessop 1997, op. cit., S. 285.

37 Ibid.

38 Edgar Grande, *Die neue Architektur des Staates*, in: Roland Czada/Manfred G. Schmidt (Hrsg.), *Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit*, Opladen 1993, S. 51.

39 Fritz W. Scharpf, *Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des 20. Jahrhunderts*, in: B. Kohler-Koch (Hg.), *Staat und Demokratie in Europa*, Opladen 1992, S. 104.

40 Vgl. Bob Jessop, *Veränderte Staatlichkeit. Veränderungen von Staatlichkeit und Staatsprojekten*, in: D. Grimm (Hg.), *Staatsaufgabe*, Baden-Baden 1994.

41 Vgl. Marianne H. Marchand, *Reconceptualising »Gender and Development« in an era of »Globalization«*, in: *Millennium: Journal of International Studies* 25 (3), 1996, S. 603.

42 Ibid., S. 203.

hängt somit auch von den spezifischen Politikstilen und Politiknetzwerken ab, in denen sie formuliert und implementiert werden; mit anderen Worten: »nations matter«.⁴³

Wichtiger Bestandteil eines Politikprozesses sind also sowohl Ideen, Wertvorstellungen, Wahrnehmungen und Konzeptionen der jeweiligen AkteurInnen innerhalb eines Politikfeldes als auch ihre Machtpotentiale, diese in den öffentlichen Diskurs einzubringen und Bedeutung zu erlangen. Welche Akteure sich am Politikprozeß beteiligen, wie es um ihre jeweilige Definitionsmacht bestellt ist und inwiefern dies von Strukturen, Herrschaftsverhältnissen und historischen Umständen geprägt ist und diese wiederum prägt, ist daher zentraler Gegenstand der Untersuchung. Dabei muß immer die analytische Spannung, die zwischen dem Handeln von AkteurInnen und politischen sowie gesellschaftlichen Strukturen besteht, berücksichtigt werden:

»The problem of agency is the problem of finding a way of accounting for human experience which recognises simultaneously and in equal measure that history and society are made by constant and more or less purposeful individual action and that individual action, however purposeful, is made by history and society.«⁴⁴

Handeln ist also weder determiniert noch frei. Herrschaftsverhältnisse können nur als Produkt der alltäglichen Reproduktion ihrer Bedeutungen innerhalb spezifischer Strukturen und gleichzeitig als Produkt der Kämpfe zur Veränderung dieser Bedeutungen verstanden werden.⁴⁵

Auf das Thema der vorliegenden Arbeit bezogen, können folgende Fragen formuliert werden: Inwiefern bestimmen spezifische Ideen und Interpretationen die Politiken, Ziele, Erwartungen und Projekte der auf internationaler, nationaler und privater Ebene tätigen Institutionen im bevölkerungspolitischen Bereich? Wie tragen diese zur Schaffung, Verstärkung oder Legitimierung von Herrschaftsverhältnissen bei? Wie kam oder kommt es zu Veränderungen in diesem spezifischen Politikfeld? Indem ich diesen Fragen nachgehe, werde ich Bestimmungs- und Einflußfaktoren sowie Inhalte und Folgen bevölkerungsrelevanter policies im Rahmen der internationalen wie der mexikanischen polity und politics darstellen, um der Verflechtung von Staat, Geschlechterverhältnissen und Rassenverhältnissen an einem konkreten Beispiel näher zu kommen. Auch wenn eine differenzierte Analyse gar nicht anders als am Einzelfall

43 Jürgen Feick/Werner Jann, 'Nations matter' - Vom Eklektizismus zur Integration in der vergleichenden Policy-Forschung?, in: Manfred G. Schmidt (Hg.), Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen, Opladen.

44 Philip Abrams, *Historical sociology*, Ithaca 1982, S. XIII.

45 Vgl. Sandra Whitworth, *Feminism and international relations. towards a political economy of gender in interstate and non-governmental institutions*, London 1994, S. 67.

erfolgen kann, denke ich doch, daß »die Kombination von policy-analytischem Wissen und (gesellschafts)theoretischen Ansätzen einen Blick über einzelne Politikfelder hinaus auf die geschlechtsspezifische Konstruiertheit von Politik sowie auf die vergeschlechtlichte Konstruktion des Staates« ermöglicht.⁴⁶

1.2 Vorgehensweise

Für eine Analyse des Paradigmenwechsels in der mexikanischen Bevölkerungspolitik ab 1974 und der Umsetzung dieser Politik ist es notwendig, auf die Diskurse um Bevölkerung in ihren historischen Kontexten einzugehen. Die historische Rekonstruktion dient hierbei als Mittel, die Verknüpfungen der unterschiedlichen Ordnungen, die u.a. über Geschlecht und Rasse bestimmt sind, mit den Machtpotentialen gesellschaftlicher und staatlicher AkteurInnen aufzuzeigen. Die Handlungsfähigkeit von Individuen und sozialen Bewegungen wird dabei im Rahmen spezifischer Strukturen analysiert, die durch unterschiedliche Kräfteverhältnisse bestimmt werden.

Die vorliegende Untersuchung gliedert sich in drei zentrale Kapitel, die sich mit Bevölkerungspolitik, den Diskursen und den AkteurInnen in diesem Politikfeld auf internationaler wie nationaler Ebene beschäftigen.

Das zweite Kapitel analysiert den Zusammenhang von Diskursen und Policies in ihrer Bedeutung für internationale Bevölkerungspolitik. Dabei wird zunächst die Entwicklung unterschiedlicher bevölkerungstheoretischer Diskurse und politischer Maßnahmen in ihrer Relevanz für die später von den Vereinten Nationen verfolgte Bevölkerungspolitik herausgearbeitet. Die zentralen Fragen kreisen hierbei um die Herstellung bevölkerungspolitischer Ideen und Normen, deren Auswirkungen auf spezifische Maßnahmen und ihrer Zusammenhänge mit Staatlichkeit sowie der Legitimierung von Herrschaftsverhältnissen. Im bevölkerungspolitisch relevanten Bereich sind hier Wahrnehmungen von Über- oder Unterbevölkerung zu nennen und die jeweiligen Zuschreibungen über Geschlecht, Klasse und Rasse, die in unterschiedlichen Erwartungen spezifische Reproduktionserfordernisse oder auch -verbote stellen. Dabei gilt es zu analysieren, wie spezifische Bedeutungszusammenhänge entstehen, welche Akteure welche Ideen vertreten und wie diese in unterschiedlichen historischen Kontexten umgesetzt werden. Zunächst wird der westliche Bevölkerungsdiskurs in einer sozialhistorischen Rekonstruktion skizziert und auf die Debatte eingegangen, die sich zwischen den Positionen von Malthus und Marx bewegt, deren gesellschaftstheoretische Prämissen bis heute immer wieder in bevölkerungs-

46 Teresa Kulawik/Birgit Sauer 1996, op. cit., S. 37.

politischen Zusammenhängen auftauchen. Von Relevanz für unser heutiges Verständnis von Bevölkerung und damit verbundenem staatlichen Handeln ist zudem ihre Konzeptionalisierung im Rahmen der Herausbildung von Nationalstaaten (Kapitel 2.1). Dabei wird zum einen die dem bevölkerungspolitischen Diskurs zugrundeliegende Geschlechterordnung und zum anderen die damit verknüpften rassistischen und eugenischen Denksysteme und Praxen untersucht. Die nationalstaatlich relevanten Selektionsprinzipien von Rasse und Klasse sollten, zusammen mit den geschlechtsspezifisch ausgerichteten Praktiken, im internationalen bevölkerungspolitischen Diskurs nach 1945 wieder aufscheinen (Kap. 2.2). In der spezifischen Konzeptionalisierung von »weltweiter Überbevölkerung« eröffnete sich den Eugenikern auf der internationalen Ebene ein weiteres Betätigungsfeld, das unter Berücksichtigung der zentralen Akteure in der internationalen Bevölkerungspolitik (den US-amerikanischen Stiftungen, den Nichtregierungsorganisationen wie dem IPPF und späterhin den Nationalstaaten, insbesondere den USA) analysiert wird. Welche geschlechtsspezifisch konnotierten Praxen der Geburtenkontrolle die Folge waren, soll aufgezeigt werden.

In den 1970er Jahren wurden die Vereinten Nationen zum Zentrum der internationalen Bevölkerungspolitik. Im letzten Abschnitt des zweiten Kapitels werden die dort ausgetragenen Aushandlungsprozesse untersucht, die sich im Widerspruch zwischen Selektionskriterien und Modernisierungsversprechen verorten lassen. Genau an dieser Konfliktlinie konnten feministische und andere emanzipatorische Bewegungen in ihrem Kampf gegen Bevölkerungspolitik anknüpfen.

Das dritte Kapitel analysiert mittels einer historischen Rekonstruktion Staatstätigkeit, Herrschaftsverhältnisse und Bevölkerungspolitiken in Mexiko im Kontext nationaler Identität. Es geht um die Herstellung hegemonialer Diskurse im Hinblick auf Geschlecht und Rasse in Mexiko und ihren Bezug zu den jeweiligen Politiken. Den Anfang bildet die Konquista, die Eroberung Mexikos durch die Spanier im 16. Jahrhundert und die Politisierung und Hierarchisierung der Differenzen (Kap. 3.1). Die spezifische Konzeptionalisierung des »Anderen« hatte konkrete Auswirkungen auf die koloniale Politik. Der spanische Staat legte dabei den Grundstein für spezifische Repräsentationen und Interpretationen gesellschaftlicher Hierarchien (Kap. 3.2). Mit der Unabhängigkeit und Nationalstaatsbildung im 19. Jahrhundert kommt es erneut zu diskursiven Verschiebungen und Einschreibungen von Identitäten und spezifischen Praktiken: Das Nationale wird eng verknüpft mit Vorstellungen zu Geschlecht und Rasse. Nationale Identität korrelierte dabei mit der Herstellung von Männlichkeit als staatlich-öffentlich sowie mit der Ausgrenzung ethnischer Minoritäten, die nicht als national konstituiert werden (Kap. 3.3). Die Revolution von 1910 bildete die Grundlage der politischen Strukturen und Prozesse, hier wurden die Parameter für spezifi-

sche Politikstile und Machtpotentiale der verschiedenen AkteurInnen gelegt (Kap. 3.4). In der nachrevolutionären Bevölkerungspolitik scheinen diese Konstruktionen von Geschlecht und Rasse wieder auf und spiegeln sich in pronatalistischen Konzeptionalisierungen. Zunächst wird der Zeitraum des Paradigmenwechsels der mexikanischen Bevölkerungspolitik skizziert sowie die unterschiedlichen Faktoren, Prozesse und AkteurInnen, die daran beteiligt waren (Kap. 3.5). Dabei wird die demographische Entwicklung in Mexiko bis 1974 dargestellt und anschließend die ökonomische und politische Krise von 1968 beleuchtet, die neue staatliche Legitimationsstrategien erforderte. Die Entscheidung, eine die Geburten reduzierende Bevölkerungspolitik zu implementieren, fiel nicht zufällig in den Beginn der 1970er Jahre. Verschiedene Akteure spielten eine zentrale Rolle für die Konzeptionalisierung des bevölkerungspolitischen Diskurse: die mexikanische Bevölkerungswissenschaft, private Familienplanungsorganisationen sowie die mexikanische Frauenbewegung. Die neue Problemdefinition führte zum Paradigmenwechsel der mexikanischen Agenda-Gestaltung in der Bevölkerungspolitik ab 1974. Nach der Untersuchung der staatlichen Familien-, Gesundheits- und Sozialpolitik (Kap. 3.6) werden die Akteure und Prozesse der Implementierung, wie Maßnahmen des mexikanischen Gesundheitswesens und die Familienplanung über Massenmedien und Schule analysiert (Kap. 3.7). Das Fazit des dritten Kapitels bildet eine kritische Evaluation der mexikanischen Bevölkerungspolitik, ihrer Erfolge bzw. Mißerfolge im Hinblick auf ihre geschlechtsspezifischen und sozialen Implikationen (Kap. 3.8).

Im Bereich der Bevölkerungspolitik ist eine vielfältige bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit entstanden, die sich auch in der Bildung von Netzwerken und Nichtregierungsorganisationen manifestiert. Im letzten Teil der Arbeit gehe ich auf den internationalen Bedeutungszuwachs feministischer Diskurse und seine Relevanz für den bevölkerungspolitischen Diskurs ein (Kap. 4.1). Hierbei werden verschiedene Netzwerke und Organisationen im bevölkerungspolitischen Feld im Hinblick auf ihre Strategien und ihr Veränderungspotential untersucht. Der Diskurs der Reproduktiven Rechte zeigt die Einflußmöglichkeiten von Feministinnen auf die internationale Menschenrechtsdebatte. Die feministischen Positionen in der internationalen Bevölkerungspolitik bewegen sich dabei zwischen pragmatischen Kooperationen und einer ablehnenden Haltung. Anschließend versuche ich zu klären, inwieweit diese internationalen Öffentlichkeiten einen Bezugspunkt für die in diesem Politikfeld tätigen mexikanischen Feministinnen darstellen. Seit den 1990er Jahren entstanden zahlreiche NGOs von mexikanischen Frauen, die gemeinsam mit internationalen Stiftungen und nationalen Regierungsorganisationen im Bereich der Bevölkerungspolitik zusammenarbeiten (Kap. 4.2). Ihre Perspektiven für eine Politik der Reproduktiven

Rechte werden in Bezug auf die Möglichkeiten für eine zivilgesellschaftliche feministische Politik diskutiert.

Schlußendlich gilt es zu überprüfen, welchen Beitrag die vorliegende Policy-Analyse der Staatstätigkeit in Mexiko zur Theoretisierung über die geschlechtsspezifische Konstruktion von Nationalstaaten liefern konnte.

2. Bevölkerungspolitik: Der Zusammenhang von Diskursen und Policies

Der Weg zu einer staatlichen antinatalistischen Bevölkerungspolitik, wie sie in Mexiko und zahlreichen anderen Ländern der »Dritten Welt« seit den 1970er Jahren praktiziert wird und der dadurch entstandene Paradigmenwechsel, kann nur vor dem Hintergrund seines internationalen und historischen Zusammenhangs verstanden werden. Die Verflechtung der nationalen und internationalen Interessen und die Vermischung verschiedener Strukturkategorien im Hinblick auf diese spezifische Bevölkerungspolitik stehen in einer historischen Kontinuität und ideengeschichtlichen Tradition. Die heute praktizierten antinatalistischen Bevölkerungspolitiken, die von den Vereinten Nationen, privaten Organisationen oder Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit gefördert und umgesetzt werden, sind von einem spezifischen ideengeschichtlichen Hintergrund geprägt. Im Folgenden soll die theoretische Auseinandersetzung um Bevölkerung in der westlichen Welt und ihre Folgen für die praktische Umsetzung von politischen Maßnahmen auf der ganzen Welt im historischen Kontext nachgezeichnet werden.

2.1 Der westliche Bevölkerungsdiskurs im historischen Kontext

Bevölkerung war schon immer ein Thema von Diskursen über den Staat, wurde aber in der Geschichte sehr unterschiedlich wahrgenommen. Von Relevanz für unser heutiges Verständnis von Bevölkerung und damit verbundenem staatlichen Handeln ist ihre Konzeptionalisierung im Rahmen der Herausbildung von Nationalstaaten. Diesem »modernen« Verständnis will ich im folgenden Abschnitt nachgehen.

Das Entstehen von Bevölkerungspolitik als eigenständigem Bereich staatlicher Praktiken fiel in Europa zusammen mit der Auflösung der alten Herrschaftsstrukturen und deren Legitimationsgrundlagen sowie der Herausbildung eines neuen Ordnungsprinzips ab dem späten 18. Jahrhundert. Mit Beginn der industriellen Revolution rückte »Bevölkerung« nicht nur für die Ökonomen ins Zentrum der Aufmerksamkeit, auch für die im Entstehen begriffenen modernen Nationalstaaten wurde »Bevölkerung« zum Gegenstand politischen Handlungsbedarfs.

Die Regierungen entdecken, daß sie es nicht nur mit Untertanen, auch nicht bloß mit einem 'Volk', sondern mit einer 'Bevölkerung' mit spezifischen Problemen und eigenen Variablen zu tun haben wie Ge-

burtenrate, Sterblichkeit, Lebensdauer, Fruchtbarkeit, Gesundheitszustand, Krankheitshäufigkeit, Ernährungsweise und Wohnverhältnissen.¹

Bevölkerung wurde seit der Herausbildung moderner Nationalstaaten als Massenphänomen begriffen. War zunächst der Diskurs um den Menschen als »Maschine« zentriert, so entwickelte sich im weiteren Verlauf das Bild vom Menschen als das eines »Gattungskörpers«, den es galt, »im Bereich von Wert und Nutzen zu organisieren.«²

Die neuzeitlichen merkantilistischen und kameralistischen Theorien³ des 18. Jahrhunderts nahmen eine direkte Verbindung zwischen Menschenmangel und »Entvölkerung« sowie den damit einhergehenden Untergang der Zivilisation an und stellten Bevölkerung als genuines Politikfeld in der Staatswissenschaft in eine prioritäre Position: »Die erste Pflicht der Polizey geht auf die Erhaltung und Vermehrung der Bürger selbst«⁴, schrieb der Staatswissenschaftler Jung schon im Jahre 1788. Zu gewährleisten sei diese staatliche Regulierung über eine entsprechende moralische Erziehung, die jeglichen Geschlechtsverkehr ohne Fortpflanzungsabsicht ahnde⁵. Hier ging es um die politische Umsetzung einer Sexual- und Fortpflanzungsmoral, die den Fortbestand der nationalen Bevölkerung gewährleisten sollte. Damit wurde eine »politische Technologie des Lebens«⁶ begründet, die sowohl die Körper als auch die Gattung zu quantifizieren und qualifizieren begann und die in der Folge über ganz unterschiedliche Regulierungsthemen und -weisen Grenzlinien ziehen und Hierarchien verfestigen konnte.

Die populationistische These des Merkantilismus und der Kameralistik, deren Auffassung es war, daß Bevölkerungswachstum ein Zeichen der Wohlfahrt und des Reichtums einer Nation sei, wurde bald auf Grund der sich verändernden Sozialstrukturen von einer antipopulationistischen und antinatalistischen Regulierungsthese abgelöst. Die zunehmende Verstädterung und Proletarisierung breiter Bevölkerungsschichten als Folge der neuen kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu Beginn des 19. Jahrhundert, ihrer Verarmung und den daraus entstehenden sozialen Krisen, führte zur begrifflichen Konstruktion einer »Überbevölkerung« und zu Überlegungen hinsichtlich einer Reduzierung der als problematisch angesehenen marginalisierten Bevölkerungsschichten.

1 Michel Foucault, *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1*, Frankfurt 1991, S. 37.

2 Ibid., S. 171.

3 Vgl. Josef Alois Schumpeter, *Geschichte der ökonomischen Analyse*, Göttingen 1954.

4 Johann Heinrich Jung, *Lehrbuch der Staats-Polizey Wissenschaft*, Leipzig 1788, zit. nach Gunnar Heinsohn et al., *Menschenproduktion. Allgemeine Bevölkerungstheorie der Neuzeit*, Frankfurt/M. 1979, S. 61f.

5 Ibid., S. 61f.

6 Michel Foucault 1991, op. cit., S. 173.

Grundlage für die wissenschaftliche Auseinandersetzung um das Phänomen Bevölkerung und die bevölkerungspolitischen Debatten waren die Thesen des englischen Nationalökonom und selbst ernannten »Bevölkerungswissenschaftlers« Thomas Malthus. Er vertrat in seinen um die Wende zum 19. Jahrhundert entstandenen Schriften, daß Bevölkerungen in geometrischer Progression, Nahrungsmittel hingegen nur in arithmetischer Progression wüchsen, was zwangsläufig zu Ressourcenknappheit und damit zu Armut führte.⁷

»It is the all pervading law of nature [...], and man cannot by any efforts of reason escape from it. The constant effort towards population [...] increases the number of people before the means of subsistence are increased. The poor consequently must live much worse.«⁸

Da es sich hier praktisch um ein Naturgesetz handelte, argumentierte Malthus mit einer Selbstverschuldung des Elends.

»Almost everything, that has been hitherto done for the poor [...] has tended [...] to throw a veil of obscurity over this subject, and to hide from them the true cause of their poverty. The last person that he [the poor] would think of accusing is himself, in whom in fact the principle blame lies. [...] that they are themselves the cause of their own poverty [...] that the society [...] and the government [...], are without any direct power in this respect.«⁹

Die Aufgabe der Regierung sei es, die Armengesetze zu streichen, da diese ein weiteres Wachstum nur fördern sowie den Erlaß von Heiratsbeschränkungen oder zumindest die Heraufsetzung des Heiratsalters voranzutreiben. Den unteren Klassen bleibe als Ausweg nur die Enthaltsamkeit.

Das Malthusianische »Populationsgesetz« blieb in der Politischen Ökonomie nicht unangefochten. Zum einen richtete sich die Kritik gegen seine These der Naturgesetzlichkeit, zum anderen wurden Malthus' politische und sozio-ökonomische Schlußfolgerungen infrage gestellt. Die herrschaftslegitimierenden Aspekte und die Vernachlässigung des engen Zusammenhangs zwischen Bevölkerungsphänomenen und ökonomischen Prozessen wurden in der Marxschen Kapitalismuskritik auf den Punkt gebracht:

7 Vgl. Thomas R. Malthus, *An essay on the principle of population or a view on its past and present effects on human happiness with an inquiry into our prospects respecting the future removal or mitigation of the evils which it occasions*, Homewood 1963.

8 Ibid., S. 2-9.

9 Ibid., S. 273.

Der Pauperismus bildet das Invalidenhaus der aktiven Arbeiterarmee und das tote Gewicht der industriellen Reservearmee. Seine Produktion ist eingeschlossen in der Produktion der Surplusbevölkerung, (...) mit ihr bildet er eine Existenzbedingung der kapitalistischen Produktion und der Entwicklung des Reichtums. (...) Je größer endlich die Lazarusgeschichte der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation¹⁰

Die ökonomisch und evolutionistisch orientierten Erklärungsansätze malthusianischer oder marxistischer Provenienz zu den Ursachen und Folgen des Bevölkerungswachstums stehen exemplarisch für eine Vielzahl unterschiedlichster bevölkerungstheoretischer Auseinandersetzungen in Europa. Der Malthusianismus, der Argumentationslinie folgend, die soziale Verelendung sei mit der Beseitigung der Armen zu bekämpfen, kehrt sowohl im Sozialdarwinismus und in der Eugenik um die Jahrhundertwende, als auch mit gewandelten Begrifflichkeiten in den Modernisierungs- und Entwicklungsdebatten in den Industrieländern bezüglich der »Dritten Welt«, die nach 1945 stattfanden, wieder. Das Primat der Veränderung des Produktionsverhältnisses der marxistischen Theorie führt sowohl in den sozialistischen und kommunistischen Argumentationen als auch in den imperialismus- und dependenztheoretischen Ansätzen der 1960er und 1970er zu der Annahme, daß nach Beendigung der Klassenverhältnisse kein Bedarf für Bevölkerungsregulierung mehr bestünde.

2.1.1 Geschlechterordnung und bevölkerungspolitischer Diskurs

Waren die letztgenannten Erklärungsansätze zwar in der Lage die klassenspezifischen Kategorien zu benennen, so entging ihnen jedoch die patriarchale Strukturiertheit von Gesellschaft, deren geschlechtshierarchischen und rassistischen Konnotationen die Bevölkerungspolitik auch zugrunde liegt.

Bevölkerungspolitik beschäftigte und beschäftigt sich spezifisch mit den Reproduktionsbedingungen und dem generativen Verhalten der Menschen. Bereiche also, die eng mit der Konstruktion des Geschlechterverhältnisses und der ungleichen Stellung der Frau verknüpft sind, da bevölkerungspolitisches Kalkül auf das weibliche Gebärverhalten abzielte. Geradezu exemplarisch ist dies anhand der Schriften des frühmerkantilistischen Populationisten und Staatstheoretikers Jean Bodin nachzuzeichnen. Abgesehen von seiner Begründung des modernen Souveränitäts-Begriffs war er gleichzeitig »Berater der französischen Parla-

10 Karl Marx 1971, op. cit., S. 594

mente bei der Organisierung und Intensivierung der Hexenverfolgung«¹¹ und verfaßte Schriften zu deren Legitimierung:

Denn wer immer mit der (Zauber)-Kunst umgeht, kann nicht in Abrede stellen, daß er das Gesetz Gottes und der Natur bricht: weil er die Wirkung der von Gott eingesetzten Ehe verhinderte, was dann ein ganz eindeutiges Sakrileg oder eine Vergreifung an der heiligen Sache bedeutet. Zusätzlich wird er nicht leugnen können, daß er dadurch ein Totschläger wird. Derjenige also, der die Zeugung oder Heranreifung der Kinder behindert, muß ebenso als Totschläger angesehen werden.¹²

Um als »Wirtschaftsgarant« der aristokratischen Interessen zu fungieren, müsse der Staat für die »Arbeitskräfte einer neuen Ökonomie« sorgen und deshalb mit »umfassender Souveränität ausgestattet werden.«¹³ Diese Souveränität erforderte die Kontrolle über den weiblichen Körper, welche über Abtreibungs- und Verhütungsverbote durchgesetzt wurde. Für den neuzeitlichen Staat war die »Verinnerlichung der Fortpflanzungsmoral« ein konstitutives Element und wurde über das historische Produkt der »prinzipielle(n) Ehe- und Familienhaftigkeit«, die zu einer Naturkonstante¹⁴ erhoben wurde, legitimiert.

Die Ehe wurde zum neuen Ordnungsfaktor des entstehenden modernen Staates, die zunächst 'bürgerliche' Institution erhielt einen staatlich-öffentlichen Status, für dessen 'Ordentlichkeit' sich die weltlichen und geistigen Obrigkeiten zuständig fühlten.¹⁵

Auch die wissenschaftlichen und medizinischen Texte des 18. und 19. Jahrhunderts waren unterlegt von Geschlechtssymbolismen und Repräsentationen der sexuellen Differenz.¹⁶ Die binäre, hierarchische Konstruktion der Geschlechter ermöglichte und legitimierte die Kontrolle über den weiblichen Körper. Die Medizinalisierung und Pathologisierung des weiblichen Reproduktionssystems ließen den Frauenkörper als schwach und anfällig für physische und psychische Krankheiten erscheinen.¹⁷ Das gesellschaftliche Wohlergehen lieferte den Legitimationshintergrund für Eingriffe und Maßnahmen seitens der Mediziner und des Staates.

»Der Körper der Frau wurde als ein gänzlich von Sexualität durchdrungener Körper analysiert, qualifiziert und disqualifi-

11 Gunnar Heinsohn et al., op. cit., S. 57.

12 Vgl. Jean Bodin, *De la démonomanie des sorciers*, Paris 1580, zit. nach Heinsohn et al., S. 56f.

13 Ibid., S. 55.

14 Gunnar Heinsohn et al., op. cit., S. 70.

15 Heide Wunder, *Er ist die Sonn, sie ist der Mond. Frauen in der frühen Neuzeit*, München 1992, S. 43.

16 Vgl. Carolyn Merchant, *Der Tod der Natur*, München 1987.

17 Vgl. Judy Wajcman, *Feminism confronts technology*, Cambridge 1991.

ziert; aus einer ihm innewohnenden Pathologie wurde dieser Körper in das Feld der medizinischen Praktiken integriert; und schließlich brachte man ihn in organische Verbindung mit dem Gesellschaftskörper (dessen Fruchtbarkeit er gewährleisten muß), mit dem Raum der Familie (den er als substantielles und funktionelles Element mittragen muß) und mit dem Leben der Kinder (das er hervorbringt und das er dank einer die ganze Erziehung währenden biologisch-moralischen Verantwortung schützen muß): die 'Mutter' bildet mitsamt ihrem Negativbild der 'nervösen Frau' die sichtbarste Form dieser Hysterisierung.«¹⁸

Die politische Theorie dieser Zeit rekurrierte auf die Annahmen über den weiblichen Körper und entwickelte darauf aufbauend Vorstellungen über die weibliche »Natur«. Danach sei diese geprägt durch Streben nach Liebe und Unterwerfung, durch Irrationalität und durch Gefühlsabhängigkeit.¹⁹ Diese Vorstellungen korrelierten mit den Annahmen über Männer als autonome Subjekte und über Frauen als Abhängige und Unterwerfene. Den Konzepten der Gesellschaftsverträge eines Hobbes, Lockes, Rousseau oder Kants, die das Öffentliche als politische Sphäre konstituierten, lagen diese Annahmen zugrunde und setzten somit den Ausschluß der Frauen als naturwüchsig bereits voraus.²⁰ Die Trennung in öffentlich und privat wurde mit der Kodifizierung des Privatrechts im 19. Jahrhundert, dessen Prototyp der Code Napoléon ist, festgeschrieben.²¹ Damit einher ging die Kodifizierung der Familie und mit ihr das Eingreifen des Nationalstaats in das Familienleben. Die konstituierenden Faktoren der Nationalstaatsbildungsprozesse waren auf der einen Seite die Schaffung des männlichen Staatsbürgers und auf der anderen die Schaffung der familiären Intimität, die jedoch keinesfalls eine autonome Sphäre bildete. Die politische Ordnung von Öffentlichkeit und Privatheit führte zur Nationalisierung der Familie mit staatsbürgerlichen Funktionen, die die Herausbildung neuer bevölkerungspolitischer Vorstellungen im öffentlichen Raum und damit die Sicherung der Reproduktion mit spezifischen moralischen und gesundheitspolitischen Normen ermög-

18 Michel Foucault 1977, op. cit., S. 178.

19 Vgl. Sheila Benhabib/Linda Nicholson, *Politische Philosophie und die Frauenfrage*, in: Iring Fetscher/Herfried Münkler (Hg.), *Pipers Handbuch der politischen Ideen*, Bd. 5, München/Zürich 1987; Elisabeth List, *Homo Politicus – Femina Privata? Thesen zur Kritik der Politischen Anthropologie*, in: J. Conrad/ U. Konnertz (Hg.), *Weiblichkeit in der Moderne*, Tübingen 1986.

20 Vgl. Carole Pateman, *The sexual contract*, Stanford 1988.

21 Vgl. zur Legitimation und Funktion der unterschiedlichen Rechtsstellung der Frau im Privatrecht Ute Gerhard, *Verhältnisse und Verbindungen. Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 1978, S. 180ff

lichte.²² Die familialistische Ideologie naturalisierte und funktionalisierte die Geschlechterhierarchien und die Legitimationsfigur für den Ausschluß der Frauen aus der Öffentlichkeit war die Idee der republikanischen Mutterschaft. Mit diesem Konstrukt sollten die männlichen öffentlichen Tugenden auf dem Hintergrund der weiblichen privaten Tugenden entstehen und aufrechterhalten werden.²³ Diese »einschließende Unterordnung«²⁴ verknüpft zugleich eine weitere dem Nationalismus inhärente Funktion der Familie: die Schaffung einer »fiktiven Ethnizität«, einer nationalen Gemeinschaft.²⁵ Die Produktion dieser Ethnizität verläuft zum einen über die Setzung einer Sprachgemeinschaft, die über den allgemeinen Schulbesuch konstituiert wird. Zum anderen verläuft sie über die Vorstellung einer rassischen Gemeinschaft, deren »symbolischer Kern [...] das Schema der Genealogie«²⁶ ist. Dies bedeutet, daß mit der Übermittlung einer scheinbar biologischen und geistigen Substanz von einer Generation an die nächste, eine zeitliche Gemeinschaft hergestellt wird, nämlich die Verwandtschaft. Das Gegenstück der Nationalisierung der Familie bildet die Identifikation der nationalen Gemeinschaft mit einer symbolischen Verwandtschaft. Die nationale Bedeutung der Familie liegt in der Artikulation der rassischen Gemeinschaft, die implizit in der Bevölkerungspolitik vorhanden ist. Der Körper der Frau, als Zugang zum Leben des Volkes-als-Nation bildet »gewissermaßen das Scharnier zwischen den Achsen der Biopolitik und macht ihn nicht nur zu einem 'öffentlichen Ort', sondern zu einer Staatsache.«²⁷ Die nationalen Konstruktionen von Geschlecht und Rasse sind in ihren Ein- und Ausschlußmechanismen miteinander verknüpft und bilden zusammen ein sich verstärkendes System.

Die über Biologisierung verlaufende »Naturgesetzlichkeit« der Geschlechtscharaktere unterlief das aufklärerische Gleichheitsgebot zu-

22 Vgl. Etienne Balibar, *Die Nation-Form: Geschichte und Ideologie*, in: dies./Immanuel Wallerstein, *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten*, Hamburg/Berlin 1992, S. 124f.

23 Vgl. Erna Appelt, *Familialismus. Eine verdeckte Struktur im Gesellschaftsvertrag*, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hrsg.), *Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin*, Frankfurt/New York 1997, S. 122f.

24 Cornelia Eichhorn, *Frauen sind die Neger aller Völker. Überlegungen zu Feminismus, Sexismus und Rassismus*, in: Redaktion diskus (Hg.), *Die freundliche Zivilgesellschaft. Rassismus und Nationalismus in Deutschland*, Berlin/Amsterdam 1992, S. 102.

25 Etienne Balibar 1992, op. cit., S. 118.

26 Ibid., S. 123.

27 Silvia Kontos, *Körperpolitik – eine feministische Perspektive*, in: Theresa Kulawik/Birgit Sauer (Hrsg.), *Der halbierte Staat. Grundlagen feministischer Politikwissenschaft*, Frankfurt/New York 1996, S. 145f.

nächst die Herrschaftsstrukturen übergreifend. Die »Zuständigkeit« und Festlegung der Frau auf die Privatsphäre, der Gewalt und Willkür, der sie durch persönliche Abhängigkeit im rechtsfreien Raum der Familie ausgesetzt war, negierten die politische Partizipation gleichermaßen für alle Frauen. Gemeinsam war den Frauen die ihnen auferlegte Verantwortung für den Bestand der Familie und damit für das Gesamtwohl der Gesellschaft. Die Konsequenzen daraus waren jedoch unterschiedlich, denn auf Grund gesellschaftlicher Hierarchisierung bedeutete dieser biologistische Ansatz die Steigerung der Geburtenrate und einen Gebärzwang für die einen, die Reduzierung der Geburtenrate und ein Gebärverbot für die anderen. Gebärzwang und Gebärverbot sind jedoch nicht in eins zu setzen. Während ein pronatalistischer Diskurs bestimmte Frauen in die Gemeinschaft eines Volkes als Nation mit einbezieht, nämlich über den Einschluß durch ihre staatsbürgerliche Funktion als Mütter, werden im Antinatalismus Frauen wie Männer, die nicht der »fiktiven Ethnizität« eines Nationalstaats, also dem »wahren Nationalen«, entsprechen, von vornherein ausgeschlossen.

2.1.2 Die Konzeptionalisierung von bevölkerungspolitischen Maßnahmen im eugenischen Diskurs: Rasse und Gene als Prinzipien für die Selektion

Wer die »wahren Nationalen« sind und damit auch eine staatliche Förderung verdienen, wird durch Abstammungsregeln bestimmt, die immer Fiktionen über die angeblich ererbte Verwandtschaft der nationalen Gemeinschaft enthalten. Die Idee der Erbgesundheit/ Eugenik ist in der Förderung der bürgerlichen Familie in nationalstaatlich verfaßten Gesellschaften stets latent vorhanden.²⁸ Waren die Herrschaftsstrategien bezüglich der Bevölkerung bis ins 19. Jahrhundert noch rein durch die Regulierung der einfachen (familiären) Reproduktion gekennzeichnet, so entstand mit der Verfestigung der Nationalstaatlichkeit ihre Verbindung zu einer modernen Idee von Rasse. Dies ist für das Verständnis der Bevölkerungspolitik in Mexiko zentral.

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist es dazu gekommen, daß die Thematik des Blutes beschworen wird, um den in den Sexualitätsdispositiven wirkenden Typ politischer Macht mit einer geschichtlichen Mächtigkeit zu unterlegen. An diesem Punkt formiert sich der Rassismus – der moderne, staatliche, biologisierende Rassismus: eine ganze Politik der Bevölkerung, der Familie, der Ehe, der Erziehung, der gesellschaftlichen Hierarchisierung, des Eigentums und eine lange Reihe ständiger Eingriffe in den Körper, in das Verhalten, in die Gesundheit, in das

28 Etienne Balibar, 1992, op. cit., S. 125.

Alltagsleben haben ihre Färbung und ihre Rechtfertigung aus der mythischen Sorge um die Reinhaltung des Blutes und den Triumph der Rasse empfangen.²⁹

Hatte die Moderne mit ihren Postulaten der Gleichheit und Freiheit ein Menschenbild vor Augen, daß alle Menschen als vernunftbegabte Wesen definierte, so wurde dies durch »wissenschaftliche Erkenntnisse« und biologistische Thesen über die Entstehung der Rassen, der Klassen und der Geschlechter, unterlaufen.

Unter den Begriff des Sozialbiologismus fielen unterschiedliche Ideenkongrege, wie Rassismus, Sozialdarwinismus und Antisemitismus, die in ihren Entstehungsbedingungen und Wirkung eng miteinander verknüpft waren. Wenn auch aus unterschiedlichen Zusammenhängen, so war diesen Ideologien als Grundlage gemeinsam, Gesellschaftsstrukturen anhand naturwissenschaftlich-biologischer Prinzipien zu analysieren und zu erklären. »Survival of the fittest« lieferte das Schlagwort, mit dem sich Herrschaft über sozial schwächere und sogenannte »minderwertige« gesellschaftliche Gruppen, legitimieren ließ. Das »Recht des Stärkeren« führte schließlich zur Übertragung des darwinistischen Selektionsprinzips auf die Gesellschaft.

Intellektuelle und moralische Fähigkeiten wurden aus fiktiven »Rassenmerkmalen« abgeleitet. Aus der Verschiedenheit der Kulturen wurde auf eine Verschiedenheit der Menschen geschlossen, und zwar im Sinne einer Bewertung und Abwertung. Die a priori gesetzte »Ungleichheit« der Menschen ließ soziale Ungleichheit als »biologisch-naturgesetzlich« bedingt erscheinen. Die biologische Determinierung gesellschaftlicher Entwicklung bedeutete in ihrer Konsequenz die Setzung einer Rasse und einer Klasse als höherwertig. Daraus entstanden Forderungen in bezug auf eine »Höherzüchtung« eines bestimmten Teils der Gesellschaft, »Auslese« und »Ausmerzungen« der als »minderwertig« gesetzten Klassen und »Rassen«.³⁰

Von Beginn des 19. bis in das frühe 20. Jahrhundert erreichte das Thema Bevölkerung breite Aufmerksamkeit, und eine Vielzahl von Publikationen – ca. 1500-2000 Buchtitel erschienen in diesem Zeitraum, dazu zahlreiche Vereins- und Fachzeitschriften, mit »bevölkerungswissenschaftlichem« Hintergrund und größtenteils rassentheoretischen Fragestellungen.³¹ Während die nationalökonomischen Ansätze abnahmen, gewannen die natur- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen zunehmend an Bedeutung. Vor allem die Humanmedizin und die Biologie, später Humangenetik, setzten sich mit rassentheoretischen, bzw. rassehygienischen Themen durch. Aber auch in den Geistes- und Sozialwis-

29 Michel Foucault, 1991, op. cit., S. 178.

30 Vgl. A. Jost, *Das Recht auf den Tod*, Sociale Studie, Göttingen 1895.

31 Vgl. P. von zur Mühlen, *Rassenideologien: Geschichte und Hintergründe*, Berlin 1977.

senschaften, bedingt durch die Rezeption und die daraus entstandene Interdisziplinarität der bevölkerungswissenschaftlichen Forschung, gewann das »erbbiologische Paradigma« an Boden.³²

Bedingt durch den vorherrschenden Kulturpessimismus der Zeit fand eine Verschiebung von einer quantitativen Betrachtungsweise auf Bevölkerung hin zu einer qualitativen Sichtweise statt. Die Gefahr eines Kultur- und Zivilisationsverlustes wurde sowohl im »Überhandnehmen« von Zuwanderung von Süd und Osteuropäern sowie Menschen aus anderen Kontinenten, als auch einer »Zunahme« von sogenannten Erbkrankheiten und sozialer Randgruppen gesehen.³³

Vor diesem Hintergrund muß das zunehmende gesellschaftliche Interesse an einer staatlich gelenkten Geburtenregelung und der Geburtenkontrolle gesehen werden. Die Debatte für und wider einer Kontrolle des Bevölkerungswachstums durch Geburtenkontrolle, die nun entbrannte, zog durch sämtliche politische und religiöse Lager und führte zu den unterschiedlichsten Koalitionen.

Die 1877 in London gegründete »Malthusean League« war eine der ersten Organisationen, die sich explizit mit dem Thema der Geburtenkontrolle auseinandersetzte und die sich sehr schnell internationalisierte. Ihr Ziel war es, die Öffentlichkeit über Verhütungsmethoden in Kenntnis zu setzen und sie allen Personen frei zugänglich zu machen. Ihre Argumentation verlief zum einen über die Freiheit jedes Individuums, sowohl die Kinderzahl als auch den Zeitpunkt der Geburt selbst zu bestimmen, zum anderen aber auch – ganz in malthusianischer Tradition – über die Annahme, soziales Elend durch Beschränkung der Kinderzahl in den Griff zu bekommen.³⁴

Im Bereich der Medizin und der Rassenhygienik wurde die Thematik der Geburtenkontrolle aufgegriffen und zwar vor allem im Hinblick auf eine eugenische Bevölkerungsoptimierung. Teile der Frauenbewegung sowie der Sexualreformbewegung sahen in der Geburtenkontrolle die Möglichkeit einer Veränderung der Sexualmoral – hin zu einer selbstbestimmten Sexualität – und forderten zusätzlich eine Liberalisierung des Sexualstrafrechts und vor allem die Legalisierung von Abtreibung.³⁵ Trotz ihrer Offenheit in Fragen der Sexualmoral und ihrer Ablehnung eines »Gebärzwangs«, erlagen einige dieser AkteurInnen dem erbbiologischen Paradigma des »fit« und »unfit«, des werten und unwerten Lebens,

32 Karl Thieme, *Soziologie und Bevölkerungswissenschaft als politisch angewandte Wissenschaften im Dritten Reich*, Bochum 1987, S. 207.

33 Ibid.

34 Vgl. Gunnar Heinsohn et al., S. 141.

35 Annegret Klevenow, *Geburtenregelung und »Menschenökonomie«: Die Kongresse für Sexualreform 1921 bis 1930*, in: Heidrun Kaupen-Haas (Hg.) *Der Griff nach der Bevölkerung*, Nördlingen 1986.

und sahen im Neomalthusianismus und in der Eugenik einen Weg zur Höherentwicklung der Menschheit. Dies führte zu einer fragwürdigen interdisziplinären Zusammenarbeit in einer Vielzahl von Verbänden und Vereinen mit Rassentheoretikern und Eugenikern.

Eine dieser Vielzahl von internationalen Organisationen war die »Weltliga für Sexualreform«, die auf eine Initiative des von Magnus Hirschfeld in Berlin geleiteten »Institut für Sexualwissenschaft« zurückführte. Das erste von ihm organisierte Treffen fand 1921 in Berlin statt, es folgten weitere Kongresse in Kopenhagen 1928, in London 1929, in Wien 1930 und in Brunn 1932. Die Mitglieder und Teilnehmer der Kongresse setzten sich aus zahlreichen Verbänden zusammen, wie z.B. der »American Birth Control League« und der »Malthusean League«. Hirschfelds Anliegen war zunächst die Etablierung einer Sexualwissenschaft, die Liberalisierung des Sexualstrafrechts – hier insbesondere die Streichung des §175, der männliche Homosexualität unter Strafe stellt – und die Sexualpädagogik. Doch schon aus den Kongressakten von 1928 war abzulesen, daß die Debatten zunehmend um die Themen der Bevölkerungspolitik und der Geburtenregelung, insbesondere unter eugenischen Gesichtspunkten, kreisten. Als Grund zur Besorgnis erschien den Beteiligten die Tatsache der sinkenden Geburtenziffern der »eugenisch Wertvollen« und die angebliche Zunahme der sogenannten »Minderwertigen« in der Bevölkerung. So entwarf Hirschfeld die Idee von eugenischen Instituten und eugenischem Unterricht und plädierte für eine staatlich geleitete »hygienisch eugenische Ehevermittlung«.³⁶ Die Feministin Helene Stöcker befürwortete Geburtenregelung unter dem Aspekt, »daß wir lernen müssen, die Untüchtigen und Schwachen auf dem leisesten, dem schmerzlosesten Weg auszuscheiden.«³⁷

Waren diejenigen, die Sterilisation als eugenische Maßnahme forderten, auf dem Treffen von 1921 noch in der Minderheit, so nahmen die Debatten zu dieser Thematik in den folgenden Kongressen an Umfang zu. Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, bestand unter den Wissenschaftlern Konsens über die Angemessenheit der Sterilisation als eugenischer Maßnahme. Einzig über die Frage, ob diese als staatliche Zwangsmaßnahme oder aber auf freiwilliger Basis stattzufinden habe, bestanden Meinungsverschiedenheiten.

Der eugenische Diskurs stieß, im Gegensatz zum Neomalthusianismus, auf wenig Kritik, auch nicht seitens organisierter linker Gruppierungen. Diese setzten sich größtenteils nur mit Fragen der Verhütungsaufklärung und der Geburtenkontrolle auseinander, die sie in den meisten Fällen als Versuch des Bürgertums, das proletarische »Soldatenheer« zu dezimieren, interpretierten. Offensichtlich wurde hier das bürgerliche

36 Ibid.

37 Zitiert in: Annegret Klevenow, 1986, op. cit., S. 69.

Familienideal unreflektiert übernommen³⁸, das die Familienhaftigkeit aller Menschen und somit auch die der freien LohnarbeiterInnen als die »conditio humana« schlechthin darstellte. Diametral entgegen der Interessen und Bedürfnisse der Basis, die schon in der »Gebärstreikdebatte« für ihr Recht auf Selbstbestimmung eintrat³⁹, sprachen sich die führenden Köpfe der organisierten Linken auch auf internationaler Ebene gegen Geburtenkontrolle aus.

Auf Grund der Weigerung der damaligen Linken, andere Herrschaftsstrukturen als die des Klassenantagonismus zur Kenntnis zu nehmen und damit ihr Befreiungskonzept einzig auf den Klassenkampf auszurichten, war sie nicht in der Lage, dem eugenisch dominierten Diskurs theoretisch entgegenzutreten. Eine der Folgen dieses mangelhaften Engagements war, daß es 1939 auf einem Genetikerkongress in Edinburgh einigen Humangenetikern möglich wurde, ein »Genetikermanifest« zu entwerfen, in welchem in einem Atemzug linke Ideen, wie Aufhebung aller Klassenschranken und soziale Gerechtigkeit mit dem Postulat der Neo-Eugenik als Lösung aller gesellschaftlichen Probleme, genannt wurden.⁴⁰

Die katholische Kirche sprach sich dahingehend explizit gegen eugenische Maßnahmen aus. Sie berief sich auf die klerikalen und religiösen Grundlagen ihrer Glaubensregeln: Einerseits wurde künstliche Empfängnisverhütung und Abtreibung unter Berufung auf ein prekäres theologisches Naturverständnis und das alttestamentarische Gebot »Du sollst nicht töten«, abgelehnt, andererseits damit aber auch dem Staat das Recht auf Eingriffe in Ehe und Familie abgesprochen.

Die Stellungnahmen zur Geburtenkontrolle der protestantischen Organisationen, wie sie etwa auf der Lambeth-Konferenz der anglikanischen Hochkirche, in der Erklärung des US-amerikanischen Kirchenbundesrates und im 'Internationalen Verband für innere Mission und Diakonie' dargelegt werden, stimmten in der Frage der Abtreibung mit der katholischen Kirche größtenteils überein. Allerdings war eine Schwangerschaftsunterbrechung zumindest dann erlaubt, wenn das Leben der Mutter gefährdet oder die Schwangerschaft Folge einer Vergewaltigung oder einer Inzestbeziehung war. In der Frage der künstlichen Kontrazeption wurden keine theologischen Bedenken formuliert, solange sie nicht aus Gründen der »Selbstsucht« und der »Bequemlichkeit«

38 Ute Gerhard, *Unerbört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung*, Reinbeck 1990, S. 200.

39 Ibid.

40 Vgl. Karl Heinz Roth, *Schöner neuer Mensch. Der Paradigmenwechsel der klassischen Genetik und seine Auswirkungen auf die Bevölkerungsbiologie des »Dritten Reichs«*, in: H. Kaupen-Haas (Hg.), *Der Griff nach der Bevölkerung*, Nördlingen 1986, S. 14.

und nur innerhalb der Ehe praktiziert wurde.⁴¹ Auch wenn Kontrazeption moralisch nicht abgelehnt wurde, so wurde doch gleichzeitig der Besorgnis über die »latente Bevölkerungskrise« der »mittel-, nord- und westeuropäischen Völker« Ausdruck verliehen. Jedem in »öffentlicher Verantwortung Stehenden« obliege es, den »Aufbau des Volkskörpers« im Auge zu behalten. »Unkenntnis oder Nichtachtung der Lebensvorgänge innerhalb der Volksgemeinschaft müssen die Erhaltung und Förderung eines gesunden und tüchtigen Nachwuchses ernstlich gefährden.«⁴³

Die Geschichte der Geburtenkontrolle zeigt, daß Verhütung und Abtreibung, die die Selbstbestimmung von Frauen erweitern können, im Kontext der Eugenik oder einer staatlichen Bevölkerungspolitik sehr schnell antifeministische und rassistische Züge annehmen können, auch wenn sie von Frauen mitgetragen werden. Das Beispiel der US-amerikanischen Frauenrechtlerin Margaret Sanger, die über viele Jahrzehnte auch auf internationaler Ebene bevölkerungspolitisch aktiv war, verdeutlicht dies.⁴²

Sangers öffentliches Engagement für Geburtenkontrolle begann mit einer Artikelserie in der sozialistischen Zeitschrift »Call«, in der sie sich vehement für die Transformation der Ehe und die staatliche Freigabe von Kontrazeptionsmitteln einsetzte. Mit ihrem Journal »Woman Rebel« gelang es ihr, Fragen der Geburtenkontrolle mit sozialistischen Debatten und feministische Anliegen zu verbinden, was ihr zunächst die Unterstützung von linken Gruppierungen sicherte. Da sich die Linke aber mehr mit der Klassenfrage als mit Konzepten der individuellen sexuellen Befreiung auseinandersetzte, wendete sich Sanger zunehmend anderen Geburtenkontrollorganisationen zu. 1916 begann sie die »Birth Control Review« herauszugeben, in deren Inhalt die »soziale Frage« mehr und mehr mit rassistischen und eugenischen Konzepten verbunden wurde. 1921 schlossen sich dann die Geburtenkontroll- und die eugenische Bewegung in der »American Birth Control League« mit der Begründung »to prevent the American people from being replaced by alien or negro stock«, zusammen.⁴³

41 Vgl. Franz Josef Tentrup, *Das Gutachten der päpstlichen Kommission zum Studium der Geburten, der Familien und der Bevölkerung und seine Bedeutung für die Beurteilung der künstlichen Insemination und der Sterilisation*, Herzebrock 1972.

43 Vgl. Erklärung des Ausschusses für Familie und Bevölkerungsfragen des internationalen Verbandes für Innere Mission und Diakonie, Frankfurt/M. 1932.

42 Sanger nahm 1916 auch bei dem 1. Feministischen Kongress in Mexiko teil, in dessen Nachfolge sie ein Beratungsheft über Verhütung für Mexikanerinnen publizierte, s. Kap. 3.4.2

43 Guy Irving Burch, *Eugeniker und Leiter der League*, zit. in: Bonnie Mass, *Population target. The political economy of population control in Latin America*, Toronto 1976, S. 31; Sanger selbst postulierte bereits 1919: »More children from

Margaret Sanger war nicht nur in den USA, sondern auch auf internationaler Ebene bevölkerungspolitisch aktiv. Sie besuchte zahlreiche Kongresse und Konferenzen, hielt Vorträge und organisierte 1927 die erste Weltbevölkerungskonferenz in Genf. Dort trat sie mit der Forderung hervor, die Geburtenkontrolle auf den Themenindex des Völkerbundes setzen zu lassen.⁴⁴

Sowohl der Präsident dieses Kongresses, Sir Bernard Mallet, als auch die Wissenschaftler des Beirates waren Mitglieder eugenischer Gesellschaften. Ziel der Organisatoren und der Teilnehmer war neben einer »Verwissenschaftlichung« der Eugenik auch die Bildung einer internationalen Organisation für Bevölkerungswissenschaft, die dann einige Monate später mit der Gründung der 'International Union for the Scientific Investigation of Population Problems' (IUSIPP) in Paris vollzogen wurde.⁴⁵

Auf einem 1931 in London stattfindenden Kongress der IUSSP mehrten sich die besorgten europäischen Stimmen, die auf einen zunehmenden Geburtenrückgang hinwiesen. Im Mittelpunkt standen hier die Bevölkerungsstatistik und die Frage nach Ursachen und Folgen des Geburtenrückgangs. Als Ursachen galten zum einen die voranschreitende Modernisierung und der daraus resultierende Wohlstand, zum anderen »mentale Mißverständnisse« und »geistige Mißstände« wie Liberalismus, Radikalismus und Feminismus.⁴⁶ Da sich der Geburtenrückgang vermehrt in den mittleren und höheren, den sogenannten »wertvolleren« Schichten der Bevölkerung bemerkbar machte, wurde auch hier wieder die Gefahr des Kulturverlustes und des damit einhergehenden Verlustes der »weißen Vorherrschaft« heraufbeschworen.⁴⁷ Angesichts des Scheiterns einer »positiven Eugenik«, dem Versuch, die 'überlegenen Klassen' zu vermehrter Reproduktion zu bewegen, sollte nun Bevölkerungsselektion mittels Geburtenkontrolle vorangetrieben werden.

Auf einer Konferenz der IUSIPP 1935 in Berlin⁴⁸ wurden die zu dieser Zeit in Deutschland bereits durchgeführten legislativen Maßnahmen für eine eugenische Bevölkerungspolitik – wie das »Gesetz zur Verhü-

the fit and less from the unfit – that is the chief issue of birth control, zit. in: *ibid.*, S. 29.

44 Vgl. Heinsohn et al., op. cit., S. 135.

45 Stefan Kühl, *Die Internationale der Rassisten. Aufstieg und Niedergang der internationalen Bewegung für Eugenik und Rassenhygiene im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/New York 1997, S. 110.

46 *Ibid.*, S. 67.

47 *Ibid.*, S. 68.

48 Dies war der vorletzte Kongress der IUSSP vor Ausbruch des 2. Weltkrieges, nach 1945 wurde die Organisation in International Union for the Scientific Study of Population (IUSSP) umbenannt

tung erbkranken Nachwuchses« von 1934 und das »Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre« von 1935 und weitere antisemitische Gesetzesmaßnahmen – auch von den nichtdeutschen Referenten – keineswegs ausschließlich kritisch thematisiert, im Gegenteil:

Aus der Synthese aller großen Wissenschaftler haben Männer wie Adolf Hitler, sachkundig unterstützt von Innenminister Frick und beraten von den deutschen Anthropologen, Rassenhygienikern und Sozialphilosophen, eine umfassende Rassenpolitik der Entwicklung und Verbesserung der Bevölkerung geschaffen, welche in der Rassengeschichte Epoche machen wird. Er schafft das Modell, welches die anderen Nationen und Rassen nachvollziehen müssen, wenn sie in ihrer rassischen Qualität, in ihrer rassischen Vollkommenheit und ihrer Fähigkeit zu überleben, nicht zurückfallen wollen.⁴⁹

Der hier zitierte enthusiastische US-amerikanische Kongreßteilnehmer Laughlin, der zusammen mit den anderen nichtdeutschen Referenten mehr als die Hälfte der gesamten Beiträge lieferte⁵⁰, setzte sich auch mit der Unterstützung des Draper Pioneer Fund für die Verbreitung des nationalsozialistischen Films »Erbkrank« an US-amerikanischen Schulen, Colleges und Kirchenvereine ein. Während der Depressionszeit in den USA gewann das Thema der eugenischen Geburtenkontrolle zunehmend öffentlichen Zuspruch, der sich in der Gründung der »Birth Control Federation of America« 1939 manifestierte. Diese organisierte und unterstützte Konferenzen mit Themen wie etwa »Race Building in Democracy« oder »Strengthening our population for National Defense« mit finanziellen Mitteln. 1942 wurde der Name der Organisation in »Planned Parenthood Federation of America« geändert, mit Sanger als erster Präsidentin und 1948 zur »International Planned Parenthood Federation« (IPPF) ausgeweitet, wiederum mit Sanger als Präsidentin. Die enge Verbindung mit den Eugenikern ließe sich auch in der Zusammensetzung des ersten Aufsichtsrates des IPPF ablesen, unter dessen Mitgliedern sich die ehemaligen Präsidenten der »American Eugenic Society« und der »Race Betterment Conference« befanden.⁵¹ Der IPPF stieg nach seiner Gründung zu einer der bis heute wichtigsten privaten Organisationen im Bereich der internationalen Bevölkerungspolitik auf, wobei der im Organisationsnamen aufgeführte Begriff der Familienplanung eng mit den eugenischen und rassistischen Prämissen dieser Organisation verknüpft war.

49 Harry Laughlin, *Studies on the historical and legal development of eugenical sterilization in the U.S.*, in: H. Harmse/F. Lohse (Hg.), *Bevölkerungsfragen*, München 1936, S. 666f.

50 Vgl. Frank Thieme, 1987, op. cit., S. 229.

51 Vgl. Bonnie Mass, 1976, op. cit., S. 31ff.

Die Forderung nach einer politischen Umsetzung von Selektionskriterien in staatliche Bevölkerungspolitik wurde auch von den Wissenschaftlern der sich im Umbruch befindenden Genetik eingebracht und in gewisser Weise radikaler ausformuliert als von den Eugenikern. Die Genetiker kritisierten an dem Vorgehen der Eugeniker, daß ihre Selektionsprinzipien zwar auf der Vererbungslehre beruhten, sich aber an die sichtbaren morphologischen Endprodukte der Gene hielten und damit der Möglichkeit rezessiver Vererbung »minderwertigen Erbguts« keine Rechnung trugen.

Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, im August 1939, fand in Edinburgh ein Genetikkongress statt, der einen Paradigmenwechsel innerhalb dieser Disziplin kennzeichnete, der bis heute seine Auswirkungen für die in den westlichen Industrieländern praktizierte Reproduktionsmedizin gezeigt hat. Mit den Ergebnissen der Mutationsforschung begann die Populationsgenetik, die These eines »harmonisch-evolutionären Fortschritts« der klassischen Genetik und deren abstraktes Gleichgewichtsgesetz zu hinterfragen. Bisher waren sie davon ausgegangen, daß Mutationen die Funktion von »Probevarianten« haben, die sich meist rezessiv ausbreiten und im heterozygoten Individuum nicht in Erscheinung treten. Durch Anhäufung »schädlicher« Gene trete die »natürliche Auslese« auf den Plan. Mutations- und Selektionsrate befänden sich so im Gleichgewicht. Nun wiesen die Mutationsgenetiker mit Hilfe ihrer Experimente an Inzuchtstämmen der Fruchtfliege eine konstante Mutationsrate nach. Das bedeutete, daß die Mutanten zwar immer »lebensunfähiger« wurden, die »natürliche Selektion« aber erst bei einer homozygoten Kombination eintrat.

Das bemerkenswerte war nun, daß die Populationsgenetiker unhinterfragt die Ergebnisse der »Fruchtfliegen-Algebra« auf die Menschen übertrugen. Es wurde nicht nur die evolutionäre Spannweite außer acht gelassen, sondern auch, daß es sich bei den Experimenten um Inzuchtstämmen handelte. Zudem ließen die Resultate der Strahlengenetik wohl kaum Rückschlüsse auf natürliche Mutationen zu.

An diesem Punkt setzte die Auseinandersetzung mit den Eugenikern ein, deren Programme als unwissenschaftlich, weil klassenpolitisch und rassistisch, und deren Maßnahmen – wie Sterilisation und Assylierung – als unzureichend, betrachtet wurden, weil die scheinbar »gesunden« Merkmalsträger nicht erfaßt wurden.⁵² Nach außen gesund erscheinende Menschen konnten »schädliche« Gene in sich tragen und diese weiter vererben und so also zu einer zunehmenden Degenerierung beitragen. Die bisherigen eugenischen Aktivitäten einzelner Staaten⁵³ wurden zwar begrüßt, aber galten den Genetikern allenfalls als Palliativmaßnahmen. Der

52 Ibid., S. 26.

53 Vgl. Frank Thieme, 1987, op. cit., S. 372.

Eugenik setzten sie in dem bereits erwähnten »Genetikermanifest« die »Neo-Eugenik« entgegen. Dieses Programm gegen die »genetische Selbstzerstörung« der Menschheit enthielt die Forderung nach einer klassenlosen Gesellschaft, nach sozialem und ökonomischen Fortschritt und Chancengleichheit. Die Menschen – insbesondere die Frauen – müssen nicht aufgrund ihrer Klasse oder Rasse, sondern allein aufgrund ihrer Genotypen »selektiert« werden. Für Frauen mit »ungeeignetem« Erbmaterial blieb Kontrazeption oder Sterilisierung. Schon zum damaligen Zeitpunkt wurde der wissenschaftliche Fortschritt anvisiert und die Einrichtung von Eizellen- und Samenbanken, die künstliche Befruchtung und die Entstehung menschlichen Lebens außerhalb des Mutterleibes geplant.⁵⁴

Die Finanzierung, der an einer neuen Synthese zwischen Molekulargenetik und Neo-Eugenik arbeitenden internationalen Genetikergemeinde, lief zu einem nicht zu vernachlässigenden Teil über die Großstiftungen der Rockefeller-Foundation, der Carnegie Institution und großer Chemiekonzerne. Auch wenn nach Kriegsausbruch die internationale finanzielle Förderung für die deutschen Genetiker wegfiel, so blieben doch informelle Kontakte erhalten. Die Radikalisierung des eugenischen Denkens, die Klassifizierung von Menschen in »wert« und »unwert«, kann also nicht allein der nationalsozialistischen Diktatur zugeschrieben werden, die damals formulierten Selektionskriterien haben bis heute ihre Relevanz und können inzwischen, was damals nur Utopie war, umgesetzt werden.⁵⁵

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Im Zuge der Entstehung von Nationalstaaten, die für ihre Legitimation und die Konstitution ihrer Handlungsmächtigkeit bestimmte Kriterien der Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit (er)finden mußten, wurde die Bevölkerung in den Rang eines eigenen Politikbereichs erhoben und mit ihr in der Folge geschlechtsspezifische, rassistisch-eugenische sowie genetische Selektionsprinzipien konstruiert. Nationalstaatliche Politik fokussiert(e) auf die Reproduktion von Familien in ihrer bürgerlichen Form und eine ethnische Fiktion von nationaler Gemeinschaft, die beide als Grundlage des sozialen und wirtschaftlichen Erhalts des Staates angesehen werden. Daher steht im Mittelpunkt von Bevölkerungspolitik immer der Körper der Frau. Lag bis 1945 die Priorität auf der Selektion der »wäh-

54 Vgl. Karl Heinz Roth, 1986, op. cit.

55 So war es führenden Eugenikern möglich, ihre Arbeit auch nach 1945 fortzusetzen, indem sie die nationalsozialistische Eugenik als eine schlechte und pervertierte brandmarkten und sie von ihrer eigenen Variante, einer angeblich von rassistischen Vorurteilen »freien« Eugenik, abgrenzten. Doch wurden nicht einmal die maßgeblich an der nationalsozialistischen Rassendoktrin beteiligten deutschen Wissenschaftler ihrer Ämter enthoben. Sie konnten weiterhin an Universitäten dozieren und Forschungsinstitute gründen.

ren«/erbgesunden Mitglieder einer nationalen Gemeinschaft so fand nach 1945 im internationalen Diskurs eine Verschiebung der Prioritäten auf die Frage statt, wie dem Bevölkerungswachstum – insbesondere in den ärmeren Teilen der Welt - angesichts ökologischer und sozialpolitischer Katastrophenszenarios begegnet werden sollte. Diese rassistisch und geschlechtsspezifisch konnotierte Wahrnehmung von Überbevölkerung wird erst angesichts der Bedeutung von Bevölkerung für das Nationale evident. Die nationalstaatlich relevanten Selektionsprinzipien von Rasse und Klasse sollten, zusammen mit den geschlechtsspezifisch ausgerichteten Praktiken, im internationalen bevölkerungspolitischen Diskurs wieder aufscheinen.

2.2 Der internationale bevölkerungspolitische Diskurs und damit verbundene Policies nach 1945

Aufgrund einer kritischeren Öffentlichkeit nach Beendigung des 2. Weltkrieges, zogen es einige Eugeniker vor, die eugenischen Organisationen zu »entwissenschaftlichen«, Eugenik nur als politisches Programm aufzufassen und den wissenschaftlichen »Forschungsgegenstand 'Erbgut Mensch'« der Humangenetik und der Bevölkerungswissenschaft zu überlassen. Es erschien vielen auch ratsamer, »Ziele der Eugenik zu erreichen, ohne offen zu sagen, was man wirklich anstrebt und ohne das Wort Eugenik zu benutzen«, wie es C.P. Blacker formulierte.⁵⁶ Nach Frederick Osborn lag der Grund dafür in dem »Problem«, daß »Menschen einfach nicht bereit seien, die Idee zu akzeptieren, daß das Erbgut, aus dem sich ihr Charakter gebildet hat, minderwertig sei und deshalb nicht auf die nächste Generation übertragen werden dürfe«.⁵⁷

Trotz der noch existierenden staatlichen Sterilisationsprogramme in Ländern wie Schweden, Norwegen, Finnland und den USA war offene eugenische Bevölkerungspolitik seitens eines Staates derart in Mißkredit geraten, daß die Eugeniker auf eine Strategie der »Freiwilligkeit« setzten. Durch entsprechende Propagierung, vor allem durch Ärzte, Krankenschwestern und Sozialarbeiter, sollte der eugenische Wertekanon von der Bevölkerung verinnerlicht werden. Aufgrund der Forschungen in der Humangenetik waren zahlreiche Defekte an Genen und Chromosomen-

56 Blacker war Vizepräsident des IPPF und Präsident der 'British Eugenics Society', vgl. Beryl Suitters, *Be brave and angry: Chronicles of the International Planned Parenthood Federation*, London 1973, S. 32.

57 Stefan Kühl, 1997, op. cit., S. 194. Daher auch die Umbenennung etwa der 'British Eugenics Society' in 'Galton Institute' und der Verbandszeitschrift 'Eugenics Review' in 'Journal of Biosocial Science' sowie der 'American Eugenic Society' in 'Society for the Study of Social Biology' und ihre Zeitschrift von 'Eugenics Quarterly' in 'Journal of Social Biology'.

anomalien entdeckt worden, über die dann in den genetischen Beratungsstellen Männer und Frauen sowie empfängnisbereite Paare aufgeklärt wurden. Diese beratende Aufklärung sollte nicht mehr mit dem gesamtgesellschaftlichen Wohl argumentieren, sondern auf die Gefährdung des individuellen Glücks abheben. Durch den Verzicht auf eine eugenische Rhetorik sollte so die Akzeptanz breiterer Bevölkerungsschichten gewährleistet werden. Die Fortschritte der Humangenetik und die Verinnerlichung eugenischer Werte seitens der Bevölkerung ließ die Eugeniker hoffen, daß die Verantwortung über die biologische Evolution individualisierbar und so das Schicksal der »Degeneration« der Menschheit abwendbar sei. Dem Staat fiel dabei eine nur unterstützende Funktion zu, auf Zwangsmaßnahmen sollte verzichtet werden:

»Government policy should be of a sort to equalize birthes between people at different socio-economic levels. They should discourage birthes among the socially handicapped [...]. They should encourage large families among the specially gifted. Ultimately government policies may seek to encourage genetic improvement from one generation to another.«⁵⁸

Die Widersprüche des Kapitalismus konnten bedingt durch die Schaffung sozialer Nationalstaaten befriedet werden, die nicht nur in die Reproduktion der Wirtschaft, sondern auch in das Privatleben, in die Struktur der Familien, in die Bildung und das Gesundheitswesen eingriffen. Die Idee des Sozialstaats verband sich hierbei mit eugenischen Prinzipien, wie selbst die sozialstaatlichen Paradebeispiele der skandinavischen Länder zeigten.⁵⁹ Eugenik dient dabei der Reduzierung der sozialen Kosten innerhalb eines Nationalstaates, indem als »wertlose« und »unnütze« eingestufte Menschen bereits im Mutterleib verhindert werden, um so ein imaginiertes Gesamtwohl der restlichen Gesellschaft anzustreben. Die zunehmend individualisierte Ebene dieser gesellschaftlichen Prophylaxe, die auch das individuelle Glück bewirken soll, liefert dabei die notwendige Legitimation und die neueren Gen- und Reproduktionstechniken die Umsetzungsmöglichkeiten.

2.2.1 Die neue Problemdefinition: Der Zusammenhang von Überbevölkerung und Unterentwicklung

Neben der Aufwertung der Menschheit durch eugenische Selektion der »unwerten« Arten eröffnete sich den Eugenikern ein weiteres Betätigungsfeld: die Bekämpfung der weltweiten »Überbevölkerung«. Nach

58 Frederick Osborne, *Population: An international dilemma*, New York 1962, S. 137.

59 Vgl. Theresa Kulawik/Birgit Sauer, 1996, op. cit.

dem Zweiten Weltkrieg gerieten bestimmte Regionen der Welt ins Visier der internationalen Bevölkerungswissenschaft, da von ihnen angeblich die Bedrohung der nationalstaatlichen Grenzen qua Abwanderung ausgehe. Diesem Problem wollte man durch eine recht willkürliche Definition von Überbevölkerung und deren Bekämpfung beikommen.

Bereits 1949 trafen sich in Genf zahlreiche Bevölkerungswissenschaftler, darunter viele Eugeniker, zur ersten Sitzung der 'International Union for the Scientific Study of Population' (IUSSP) mit dem Ziel, die »Aufmerksamkeit der Regierungen, der überstaatlichen Organisationen, der Nichtregierungsorganisationen und der allgemeinen Öffentlichkeit auf die Bevölkerungsprobleme« zu lenken.⁶⁰ Für die Eugeniker stellten dabei qualitative und quantitative Bevölkerungsentwicklung zwei Seiten der gleichen Medaille dar.

Durch die Verschiebung des Schwerpunktes innerhalb der Bevölkerungswissenschaft hin zu einer Thematisierung des »ungehinderten« Bevölkerungswachstums in den nicht oder kaum industrialisierten Staaten konnten die Eugeniker sich in den bevölkerungspolitischen Diskurs der Jahre nach 1945 einschalten und mit ihrem Überbevölkerungsparadigma eine zentrale Rolle übernehmen.

Zumeist waren die Geburtenraten in den Industrieländern unter dem Aspekt der abnehmenden Fruchtbarkeit und ihrer differentiellen Entwicklung – was Klassen- oder Rassenzugehörigkeit anbelangte – analysiert worden. Es gab aber auch in den Jahrzehnten zuvor einige Wissenschaftler, die damit begonnen hatten, allgemeine Theorien über das Bevölkerungswachstum, dessen Gesetzmäßigkeiten und dessen Prognostizierbarkeit zu entwerfen. Anhand einer Vielzahl demographischer Studien wurde die Theorie der »demographic transition«, des demographischen Übergangs, entwickelt.⁶¹ Unter Berücksichtigung verschiedener Variablen, wie das Verhältnis von Geburt- und Sterberaten, Industrialisierungsgrad, sozialer Wandel und Geburtenkontrolle verzeichnet diese Theorie drei Phasen, die für die Wissenschaftler einer mathematischen Gesetzmäßigkeit gleichkommen. In der ersten Phase, der prätransformativen, hielten sich Sterbe- und Geburtenrate, verursacht durch Kriege, Krankheiten und Epidemien die Waage, also könne es kein Bevölkerungswachstum geben. In der zweiten Phase, der transformativen, sän-

60 Vgl. IUSSP-Statut nach Stefan Kühl, 1997, op. cit., S. 193 sowie Hintergrund der IUSSP in Kapitel 2.1.2.

61 Vgl. G. H. Knibbs, *The mathematical theory of population, of its character and fluctuations, and of the factors which influence them*, Melbourne 1917; Walter F. Willcox, *The nature and significance of the changes in the birth and death rates in recent years*, American Statistical Association 1916; A. M. Carr-Saunders, *The population problem: A study in human evolution*, London 1936; Warren S. Thompson/P.K. Whelpton, *Population trends in the United States*, New York 1933; Frank W. Notestein, *Population, the long view*, in: Th.Schultz (ed.), *Food for the world*, Chicago 1945.

ken dann die Sterberaten aufgrund besserer medizinischer Versorgung, Urbanisierung und Industrialisierung bei gleichbleibenden hohen Geburtenraten, was zu einer Bevölkerungsexplosion führe. Der einsetzende Mentalitätswandel, der Individualisierung, Ablösung des Einzelnen von der Großfamilie und zunehmendes Bildungsniveau beinhalte, motiviere zur Begrenzung der Kinderzahl in der Familie; folglich sanken die Geburtenraten. In der dritten Phase, der posttransformativen, sei der Wandel von der traditionellen hin zur modernen städtischen Industriegesellschaft abgeschlossen, die Geburten- und Sterberaten seien wieder im Gleichgewicht.⁶² Als empirische Grundlage dieser Theorie diene ausschließlich die europäische Bevölkerungsentwicklung, trotzdem glaubten die Wissenschaftler, diese auch auf Prognosen hinsichtlich der Bevölkerungsbewegung in nichteuropäischen Ländern übertragen zu können. Schon in den Vorkriegsjahren hatten private US-Stiftungen wie der Milbank Memorial Fund über seine Organisation des »Office of Population Research« (OPR) damit begonnen, demographische Studien in kaum oder nicht industrialisierten Ländern – vornehmlich in den Kolonien – zu finanzieren. Die Ergebnisse dieser Studien waren, daß Länder wie Indien, Ceylon, Ägypten, Algerien und die Philippinen bereits die zweite Phase des demographischen Übergangs erreicht hätten, d.h. sinkende Sterberaten bei gleichzeitig hohen Geburtenraten. Industrialisierung und Modernisierung, die eigentlich als maßgebliche Variablen für sinkende Sterberaten galten, waren kaum vorhanden, was zu der Feststellung führte: »No longer was the Industrial Revolution needed to bring down death rates but only colonial and other Governments with the necessary strength, knowledge and efficiency«.⁶³

Die Lösung dieses 'Problems' der »gigantic expansion«⁶⁴ von Bevölkerung wurde zwar auch in einem sozioökonomischen Wandel gesehen, aber: »Even such changes would not bring quick results«⁶⁵. Einen maßgeblichen Wandel könnten nur der Aufbau von Geburtenkontrollereinrichtungen und weitverbreitete Propaganda hervorbringen.⁶⁶

Ihre schlimmsten Befürchtungen sahen die Wissenschaftler nach Kriegsende dann durch die von den Einrichtungen der UN, wie Statistical Office und Population Division, herausgegebenen Schätzungen und

62 Vgl. Warren S. Thompson, *Population*, in: The american journal of sociology, vol. 34, No. 6, 1929; A.J. Coale, *The demographic transition*, in: IUSSP (hrsg.) International Population Conference, Liège 1973.

63 Frank Notestein, 1945, op. cit.

64 Kingsley Davis, *Human fertility in India*, in: American Journal of Sociology 52, Nov. 1946, S. 254.

65 Th. Schultz (Hg.), *Food for the world*, Chicago 1945, S. 210.

66 Frank W. Notestein, *Problems of policy in relation to areas of heavy population pressure*, Milbank Memorial Fund Quarterly 22, Okt. 1944, S. 409-23.

Projektionen der Weltbevölkerungsentwicklung, bestätigt. Ihre größte Sorge lag nicht in der Höhe der Schätzungen sondern darin, daß jede dieser Schätzungen von der darauf folgenden weit übertroffen wurde. Die Bevölkerung der »Dritten Welt« wuchs schneller als die Wissenschaft in der Lage war, sie vorauszusagen; aufgrund der Tatsache, daß die Sterberaten schneller sanken als dies von Gesundheitsexperten erwartet wurde. Am beunruhigendsten erschienen ihnen die Zensusdaten Chinas und Indiens, sowie Lateinamerikas.⁶⁷ Die gesteigerte Aufmerksamkeit gerade für diese Ländergruppe verweist auch darauf, daß das was Wissenschaftler und Politiker gleichermaßen noch in viel stärkerem Maße »beunruhigte«, eher im Kontext der politischen Umwälzungen der Nachkriegszeit zu verorten war.⁶⁸

Das unerwartet schnelle Zusammenbrechen der Kolonialreiche und das – darauffolgend – in Erscheinung treten neuer unabhängiger Nationalstaaten, wie etwa die Philippinen, Indien, Pakistan und Indonesien, die erfolgreiche Chinesische Revolution und die revolutionären Bewegungen in Lateinamerika, stellten die bis ehemals gültigen Herrschaftsverhältnisse und Herrschaftsansprüche in Frage. Unter dem Gesichtspunkt einer durch Gründung der UN proklamierten neuen Weltordnung begannen die Staaten der Dritten Welt ihre Forderungen in Bezug auf soziale und ökonomische Gerechtigkeit gegenüber den Industriestaaten zu formulieren. Der heraufziehende Kalte Krieg, in dessen Licht Konflikte wie der Indochina- und der Koreakrieg als Hegemonialkonflikte interpretiert wurden, strukturierte zudem entscheidend die nun einsetzenden entwicklungspolitischen Debatten.⁶⁹

Ausgehend von der Annahme, daß »Unterentwicklung« auf endogene Modernisierungsdefizite zurückzuführen sei, wurde das entwicklungspolitische Konzept der »nachholenden Entwicklung« entworfen. Modernisierung wurde hierbei als ein Prozeß der Nachahmung und Angleichung unterentwickelter Gesellschaften an die entwickelten Gesellschaften der Industrieländer verstanden. Kennzeichen der Entwicklungsländer war laut dieser Theorie deren dualistische Strukturen, deren Herausbildung aber nicht weiter analysiert wurden. Dieses Dualismusmodell basierte auf

67 Vgl. John Caldwell/Pat Caldwell, *Limiting growth and the Ford Foundation contribution*, London/Dover 1986.

68 Linda Gordon, *Women's body, Women's right. A social history of birth control*, New York 1977, S. 398

69 Von den Industriestaaten, vornehmlich den USA – die europäischen Staaten waren noch mit Hilfe des Marshall-Plans mit dem eigenen Wiederaufbau beschäftigt – wurde Entwicklungspolitik auch als »containment-policy« verstanden: die Absicht über technische und ökonomische Hilfe als flankierende Maßnahme neben politischen und militärischen Interventionen, den Einfluß des Kommunismus einzudämmen. Daneben galt es auch, die Absatzmärkte zu sichern und die Investitionen zu schützen.

der Konzeptionalisierung von gesellschaftlichen Sektoren und Verhaltensweisen, die entlang einer Achse von traditionell und modern verliefen. Der Modernisierungsprozeß in den Dritte-Welt-Staaten sollte exogen, mit Hilfe der Industrieländer vorangetrieben werden. Das bedeutete, die »modernen« Bereiche der Gesellschaft, die kapitalistisch strukturierten und am Weltmarkt orientierten, sollten unterstützt und gefördert werden, die »traditionellen«, müßten »modernisiert« werden, weil sie für Unterentwicklung verantwortlich gemacht wurden. Dabei wurde der strukturelle innere Zusammenhang zwischen den sogenannten modernen und den sogenannten traditionellen Sektoren, der auf mehreren nebeneinander existierenden und aufeinanderbezogenen Produktions- und Reproduktionsweisen beruht, nicht berücksichtigt. Der Begriff der Tradition fungierte zudem als Residualkategorie für alles nicht in die Kategorie »Moderne« fallendes. Damit wurden ganz unterschiedliche politische und sozioökonomische Verhältnisse und Verhaltensweisen unter diesen Sammelbegriff subsumiert. Da Unterentwicklung als Tatbestand erachtet wurde und daher nur die endogenen Faktoren, die einen sozialen Wandel hemmen, analysiert wurden, sah sich die Theorie der Frage nach den Ursachen enthoben. Exogene Faktoren wurden nur hinsichtlich ihrer positiven Einflüsse als Leitbildfunktion oder inputs wahrgenommen und nicht dahingehend untersucht, inwieweit sie Unterentwicklung mit verursachen oder aufrechterhalten.

Innerhalb dieses Modernisierungsdiskurses wurde das »ungehinderte« Bevölkerungswachstum in den Ländern der Dritten Welt zu einem der zentralen endogenen Faktoren für Unterentwicklung. Mangelndes Wirtschaftswachstum, Armut und Hunger wurden in einer Kausalbeziehung direkt mit Bevölkerungswachstum in Zusammenhang gebracht. Als Bremse für ökonomischen Fortschritt, sozialen Wandel, »modernen« Verhaltensweisen und Integration in den Weltmarkt galt vor allem die in vielen Ländern noch vorherrschende Großfamilie:

»that the destruction of the large traditional family was necessary not only for its indirect effect on economic growth via the reduction of fertility but also for its direct effect in producing a society more attuned to the modern economy.«⁷⁰

Anstelle der Großfamilie sollte die »moderne« bürgerliche Kleinfamilie westlicher Provenienz treten, was über massive Geburtenkontrolle erreicht werden sollte. Aber selbst wenn die bürgerliche Kleinfamilie als anstrebenswert galt, blieb die Frage, wie diese über politische Maßnahmen durchzusetzen sei, zunächst offen.

70 Wilbert E. Moore, *Industrialization and labor: social aspects of economic development*, Ithaca 1951, S. 153.

2.2.2 Geburtenkontrolle als geschlechtsspezifische bevölkerungspolitische Maßnahme

Aus dem internationalen Diskurs über Überbevölkerung resultierten Versuche, die gewonnenen »Erkenntnisse« in konkrete Politiken umzusetzen. Das Hauptziel war dabei die Geburtenreduzierung in den besagten ärmeren Regionen der Welt. Eine Methode zur längerfristigen und dauerhaften Geburtenkontrolle war die schon aus der Eugenik bekannte und praktizierte Sterilisation. Bereits in den 1930er Jahren war Puerto Rico in das Blickfeld US-amerikanischer Stiftungen und Geburtenkontrollorganisationen gerückt, die auf der Insel demographische Studien durchführten und erste Kampagnen für eine Bevölkerungskontrolle initiierten. Als Mittel zur »Armutsbekämpfung« erschien ihnen die Geburtenreduzierung über die Sterilisation am geeignetsten, die dann auch, nach einem 1937 erlassenen Gesetz, als »Gesundheitsmaßnahme« erlaubt und in zahlreichen Kliniken praktiziert wurde. Diese Maßnahmen führten bis 1949 zu Sterilisationen von 21 Prozent der Frauen im gebärfähigen Alter. Bis 1965 waren bereits 35 Prozent aller Frauen in Puerto Rico sterilisiert, von denen zwei Drittel noch unter 30 Jahre alt war.⁷¹

Die Tatsache, daß die Ursachen für die sozialen und ökonomische Widersprüche wie Armut, Unterernährung und Krankheit, eher im Kolonialstatus der Insel, als in der »Überbevölkerung«, zu suchen waren, fand keinen Eingang in die Analysen der »Bevölkerungsplaner«. Die zunehmende Migration der Landbevölkerung in die USA lösten ebenso Besorgnis aus wie der durch eine erstarkende nationale Bewegung drohende Verlust der Insel als strategischen Stützpunkt für den »Hinterhof«⁷². Vor diesem Hintergrund lösen die demographischen Studien und die bevölkerungspolitischen Maßnahmen zwangsläufig den Verdacht aus, in Zusammenhang mit den ökonomischen und strategischen Interessen der USA zu stehen.

Puerto Rico stand exemplarisch für eine Reihe von Dritte-Welt-Ländern, in denen seit Ende der 1940er Jahre NGOs wie der IPPF, die Ford Foundation und der Milbank Memorial Fund (OPR), begannen, antinatalistische Bevölkerungspolitik zu propagieren und in einem gewissen Umfang zu finanzieren. Die Finanzierung beschränkte sich nicht nur auf die Eröffnung von Kliniken und Beratungsstellen sowie auf Propagandamaterial, sondern beinhaltete auch die Ausbildung von Bevölkerungswissenschaftlern aus der Dritten Welt, die Finanzierung demographischer Studien sowie die maßgebliche Unterstützung biomedizinischer

71 Vgl. Ellen Bonnie Mass, 1976, op. cit., S. 87ff.

72 Vgl. R.A. Johnson, *Puerto Rico, Commonwealth or colony?*, New York 1980; A. Morales Carrión, *Puerto Rico. A political and cultural history*, New York 1983.

Forschung zur Entwicklung von neuen Reproduktionstechnologien.⁷³ Im Bereich der Verhütungstechnologie wirkte der antinatalistisch geprägte bevölkerungspolitische Diskurs geradezu als Katalysator für groß angelegte Investitionen:

»the main difficulty is that there is no single contraceptive method that is likely to prove of any substantial importance. Any such method must be very cheap, simple, safe and effective. So far as we know such a method neither exists nor is on the horizon. Moreover relatively little attention has been given to the problem anywhere in the world. It is one that could be attacked immediately and in the West. We doubt that any other work offers a better opportunity for contributing to [...] the world's fundamental problems of human welfare.«⁷⁴

Die Konzeptionalisierung des Bevölkerungswachstums als »aimless and economically deleterious multiplication of human numbers«⁷⁵, und die Verortung der »Fortpflanzungspotenz« in der Gebärfähigkeit der Frauen hatten entscheidenden Einfluß auf Bevölkerungspolitik und innerhalb dieser auf die Erforschung und Entwicklung der Verhütungstechnologien. Die Favorisierung hormoneller Kontrazeptiva war der Einfachheit ihrer Handhabung, der Möglichkeit einer billigen Massenproduktion und der Entwicklung langfristig wirkender Produkte wie 3-Monatsspritze, und Implantate, die den Frauen die Kontrolle entzogen, geschuldet. Neben der Sterilisation und der Spirale, deren Anwendung ebenfalls außerhalb der Kontrolle der Frauen lag, waren dies die einzigen »modernen« Methoden, die zu Verfügung standen, um die fragwürdigen demographischen Zielsetzungen zu erfüllen. Der Festlegung auf diese Methoden lag auch die Annahme eines naturhaften Kinderwunsches seitens der Frauen und ihrer Irrationalität zu Grunde. Auf die Bedürfnisse der Frauen und die schädlichen Nebenwirkungen der Produkte wurde so gut wie keine Rücksicht genommen. Trotz jahrelanger Forschung gab es außer Präservativen und Vasektomie, die in vielen Fällen auf Widerstand stießen, keine »männliche« Alternative in der Verhütungstechnologie.

»The definition of sexual activity as heterosexual intercourse involving penetration provides the context in which contraceptives are researched, developed, distributed and used. Contraceptive methods are designed to fit in with male-defined sex.«⁷⁶

73 Vgl. John Caldwell/Pat Caldwell, 1986, op. cit.

74 Marshal C. Balfour et al., *Public health and demography in the Far East: Report of a survey trip 1948*, The Rockefeller Foundation, New York 1950, S. 119f.

75 Kingsley Davis, 1954, op. cit., S. 66.

76 Judy Wajcman 1991, op. cit., S. 78.

Der bevölkerungspolitische Diskurs in Bezug auf Überbevölkerung konnte sich bestehender Herrschaftsstrukturen bedienen, wirkte innerhalb dieser und bestärkte sie gleichzeitig. So war es etwa den multinationalen Pharmakonzernen in enger Zusammenarbeit mit der bevölkerungspolitischen Lobby möglich, Frauen in der Dritten Welt als Versuchskaninchen für neue Techniken und Produkte zu mißbrauchen und sich einen expandierenden Absatzmarkt über die Familienplanungsprogramme, auch für die in den Industriestaaten als gefährlich eingestufte und vom Markt genommene Produkte, zu sichern.⁷⁷

In diesen Zusammenhängen wird die »imperialistisch-patriarchale Verschwörungstheorie«, mit der in den 1960er und 1970er Jahren linke WissenschaftlerInnen versuchten, das Phänomen Bevölkerungspolitik zu analysieren und zu erklären, verständlich. Wurde hier noch die personelle Zusammensetzung des »population establishment« betrachtet – Bevölkerungswissenschaftler, Eugeniker, Großunternehmer sowie Angehörige der US-Regierung und des US-Militärs in der Direktion und den Aufsichtsräten von IPPF, Ford und Rockefeller Foundation, Milbank Memorial Fund und anderen Organisationen, die maßgeblich von Männern dominiert wurden –, so erschien die These von der Verschwörung geradezu plausibel.⁷⁸ Dennoch gestaltete sich die Durchsetzung bevölkerungspolitischer – in diesem Fall antinatalistischer – Maßnahmen auf bilateraler bzw. multilateraler Ebene zunächst schwieriger, als sich dies die Vertreter des »population establishment« erhofft hatten.

Wie schon in den Zwischenkriegsjahren entzündete sich um die Frage der Geburtenkontrolle eine heftige Kontroverse. Sowohl in den westlichen Industriestaaten wie in Staaten der Dritten Welt waren Gesetze erlassen worden, die Sterilisation erlaubten. Gleichzeitig aber gab es sogenannte Obszönitäts- und Pornographiegesetze, die Werbung für und Verbreitung von Kontrazeptiva und Abtreibungsmitteln unter Strafe stellten.⁷⁹ Demgegenüber traten die Befürworter einer Geburtenkontrolle für die Abschaffung letzterer Gesetze in Hinblick auf Kontrazeptiva und für die Verankerung einer antinatalistischen Bevölkerungspolitik im Rahmen der Programme der Entwicklungspolitik ein. Dies galt sowohl für bilaterale entwicklungspolitische Maßnahmen, d.h. seitens einzelner

77 Vgl. Ute Sprenger, *Wer hilft wem auf dem kontrazeptiven Sektor?*, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 14, 1985, S. 19-24.

78 Vgl. Teresa Arreola, *Programas de control natal: arma del imperialismo*, in: Clara Aranda et al.: *La mujer: Explotación, lucha, liberación*, Mexiko 1976; R. L. Meeks (ed.), *Marx and Engels on the population bomb*, Berkeley 1971; Angel Fucarraccio et al., *Imperialismo y control de la población*, Buenos Aires 1973; David Kennedy, *Birth control in America*, New Haven 1970; William Barclay et al., *Population Control and the Third World*, NACLA Newsletter, vol. 4, no. 8, 1970.

79 Vgl. Ruth Dixon-Mueller, *Population policy and women's rights. Transforming reproductive choice*, Westport, CT/London 1993.

Industriestaaten, vornehmlich der USA, als auch für multilaterale, d. h. seitens der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen. Auf der anderen Seite standen der Geburtenkontrolle religiöse Organisationen, vor allem die katholische Kirche, und konservative Gruppierungen, die über diese einen »Werteverfall« befürchteten, ablehnend gegenüber. Auf der Regierungsebene kritisierten im Besonderen diejenigen Staaten eine antinatalistischen Bevölkerungspolitik, die aus nationalistischen Gründen für eine pronatalistische Politik optierten und die Staaten, die zwar teilweise Geburtenkontrolle im Sinne ihrer Bevölkerungspolitik befürworteten, der internationalen Bevölkerungspolitik aber Neomalthusianismus und Imperialismus unterstellten.⁸⁰

Zwischen diesen Positionen fanden sich diejenigen – insbesondere Feministinnen – wieder, die für ein Recht auf Selbstbestimmung und gegen jedwede Kontrollintentionen eintraten. Ihr Dilemma bestand und besteht darin, daß sie einerseits, in Übereinstimmung mit dem »population establishment«, für einen freien Zugang aller Frauen zu Information über Verhütungsmethoden und den Methoden selbst eintreten, die imperialistischen und patriarchalen Intentionen der Bevölkerungskontrolle aber ablehnten. Andererseits traf sich ihre Argumentation, wenn es um die Gefahr der Funktionalisierung und Degradierung des Frauenkörpers durch die modernen Kontrazeptiva ging, mit der Ansicht der katholischen Kirche und konservativer Ideologen und wurde von diesen auch kooptiert und instrumentalisiert.

2.2.3 Akteure der internationalen Policy

Auf der internationalen Bühne kamen im Laufe der 1950er und 1960er Jahre neue AkteurInnen dazu, die zu einer Diversifizierung der bevölkerungspolitischen Debatte, sei es über die Verbindung von Familienplanung und Frauenrechten oder über Kritik am Modernisierungsdiskurs, beitrugen.

Zunehmend wurden nach dem Zweiten Weltkrieg die westlichen Modernisierungstheorien, die einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Überbevölkerung und Unterentwicklung herstellten, hinterfragt. Innerhalb der vereinten Nationen war die ECLA unter Raúl Prebisch in den 1950er Jahren zu einem Zentrum für die sozioökonomische Debatte über »Unterentwicklung« geworden. In Abgrenzung von der Dualismuskonzeption der Modernisierungstheorie wurde der Begriff der »strukturellen Heterogenität« zur Analysekategorie sogenannter unterentwickelter Gesellschaften. Ausgehend von einer asymmetrischen Beziehung zwi-

80 Zu den Ersteren zählten z.B. Spanien, Italien, Portugal, zu den Letzteren Jugoslawien, China und die Staaten des Warschauer Paktes.

schen »Zentrum« und »Peripherie« wurden die exogenen Faktoren für Unterentwicklung in den Vordergrund gerückt. Die über die internationale Arbeitsteilung asymmetrische Integration in den Weltmarkt und die daraus resultierenden deformierten soziopolitischen und sozioökonomischen innergesellschaftlichen Strukturen sollten durch staatlich gelenkte Reformen, wie Agrarreform, Importsubstitution, Diversifizierung und eine letztendlich neue Weltwirtschaftsordnung, überwunden werden. Eine Vielzahl von Dritte Welt Staaten hatte deshalb – u.a. auch durch das Vorbild der UDSSR und deren schnelle Industrialisierung – planwirtschaftliche Elemente in die Wirtschaftspolitik eingeführt. Der Universalitätsanspruch als Weltorganisation sowie die Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse innerhalb der UN generierten neue Debatten und die Dritte-Welt-Staaten forderten zunehmend finanzielle und technische Hilfe, um ihre planwirtschaftlichen Ziele zu erreichen, um ihr Gesundheits- und Erziehungswesen zu verbessern und die Ernährung ihrer Bevölkerung zu gewährleisten. Der »Bevölkerungsfrage«, d.h. der Zusammenhang steigender Geburtenraten mit den sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen in den jeweiligen Ländern, wurde in diesem Kontext wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Verfechter bevölkerungspolitischer Maßnahmen scheiterten also zunächst am Widerstand der unterschiedlichen Interessengruppen innerhalb der einzelnen UN-Organisationen. Dabei ging es nicht nur um die Formulierung bestimmter Politiken, sondern auch darum, in welches Ressort die Durchführung und die Finanzierung bestimmter Maßnahmen fallen sollte. Mit der Bildung der Population Commission innerhalb des Economic and Social Council (ECOSOC) war zwar eine Institution geschaffen worden, die sich mit Bevölkerungsfragen auseinandersetzte, aber ebenso zuständig fühlten sich die UN-Funktionäre der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Welternährungsorganisation (FAO) sowie der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO). Dieses Gerangel um die Kompetenzverteilung führte zu einer Verzögerung der Implementierung einer zentralen Institution innerhalb der Vereinten Nationen, die bevölkerungspolitische Fragen bearbeitete und Programme und Maßnahmen in Gang setzte.⁸¹

Da die USA als Mitinitiatorin wichtigste Geldgeberin der UN und auch als Hauptanteilhaberin der Weltbank eine wichtige Rolle in der Formulierung und Gestaltung der verschiedenen Politiken dieser Organi-

81 Vgl. John Caldwell/Pat Caldwell, 1986, op. cit. sowie Richard Symonds/ Michael Carder, *The United States and the population question. 1945-1970*, London 1973; ECOSOC ist der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen und direkt der Generalversammlung unterstellt; er koordiniert die wirtschafts- und sozialpolitischen Aktivitäten der Vereinten Nationen, verwaltet die Mittel für entwicklungspolitische Maßnahmen und ist das Forum für die Debatten um Wirtschafts- und Sozialpolitik auf der internationalen Ebene.

sation einnahm, war es auch ein Anliegen des »population establishments«, die US-Regierung von der Notwendigkeit bevölkerungspolitischer Maßnahmen zu überzeugen. Da die bisherigen Initiativen innerhalb der UN lediglich geringen Erfolg gezeigt hatten, erhoffte man sich von einem Umdenken und einer Neuorientierung innerhalb der US-Regierung entsprechende Auswirkungen auf die UN-Politik.

Private Organisationen, wie IPPF, Ford und Rockefeller Foundation, begannen sowohl intensive Lobbypolitik innerhalb des Kongresses und des Senats als auch verstärkt Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Unter der Schirmherrschaft der »National Academy of Science« wurden 1952 zahlreiche Wissenschaftler von John D. Rockefeller zu einer Konferenz geladen, um die anstehenden Bevölkerungsprobleme zu diskutieren und den »Population Council« zu gründen. Dessen Aufgabe sollte darin bestehen, sowohl die Problematik des Themas zum öffentlichen Diskurs zu machen als auch bevölkerungswissenschaftliche Forschung und Programme zu finanzieren. Allein zwischen 1952 und 1958 stieg das Budget des Councils von 4,5 auf 18,3 Millionen US-Dollar, welches größtenteils von der Ford und der Rockefeller Foundation getragen wurde.⁸²

Da weder die US-Regierung noch die UN bereit waren, Programme in größerem Umfang zu finanzieren, blieb das Feld der »Familienplanung« größtenteils diesen privaten Körperschaften vorbehalten, die dann zwar mit einzelnen Regierungsmitgliedern zusammenarbeiten und Lobbys bilden konnten, ansonsten aber demokratischer Kontrolle entzogen waren. Dies hatte auch zur Folge, daß emanzipatorische Inhalte, wie sie z.B. von der »UN Commission of the Status of Women« (CSW) oder von nichtstaatlichen AkteurInnen innerhalb der Vereinten Nationen, in Bezug auf Frauenrechte gefordert wurden, wenig Gehör fanden. Das sogenannte »population establishment« hatte zwar zunächst keine offizielle Unterstützung, konnte aber über informelle Kanäle durchaus Einfluß nehmen, was sich späterhin auf die dann einsetzenden staatlichen Programme auswirkte. Die enge inhaltliche Zusammenarbeit und die finanzielle Unterstützung der Familienplanungsorganisationen durch die Eugeniker, ihre Position in Schlüsselfunktionen der Stiftungen und der Vereinten Nationen, hatte eine bestimmte Konzeptionalisierung von »Überbevölkerung« zur Folge, die bis heute entwicklungs- und wirtschaftspolitisches Denken prägte: »The population bomb threatens to create an explosion as disruptive and dangerous as an explosion of the atom, and with as much influence on prospects for progress or disaster, war or peace.«⁸³ Die angebliche »Überbevölkerung« einzelner Staaten geriet zur

82 Vgl. John Caldwell, *Mass education as a determinant of the timing of fertility decline*, in: *Population and development Review*, Nr. 6, 1980.

83 Tom O. Greissimer, *The population bomb*, New York 1954, S. 53; Greissimer war Mitautor der Gründungsstatuten des IPPF.

existentiellen Frage für die Überlebenschancen der Menschheit und des ganzen Planeten. In diesen Katastrophenszenarien wurden Ernährungs- und Rohstoffkrisen, Umweltkollaps und Verteilungskriege heraufbeschworen.

Angesichts der Wirtschaftskrise in den Industrieländern Ende der 1960er Jahre mit ihrer hohen Arbeitslosigkeits- und Inflationsrate sowie angesichts der Stagnation der Entwicklung in den Dritte-Welt-Staaten erhielten Studien wie die vom »Club of Rome« in Auftrag gegebene MIT-Studie »Die Grenzen des Wachstums« internationale Beachtung.⁸⁴ In diesem Untergangsszenarium wurden jedoch physische und sozioökonomische Wachstumsgrößen nahezu gleich behandelt und daher auch die Forderung nach einem Nullwachstum der Bevölkerung aufgestellt, was letztendlich auch zu der Kritik führte, die Studie sei nichts anderes als eine »modern aufgeputzte Neuauflage des 'Essay on the principle of population'« von Malthus.⁸⁵

Auf ähnlich großes weltweites Interesse stießen populärwissenschaftliche Publikationen wie Paul Ehrlichs »The population bomb« oder Paul und William Paddocks »Famine-1975«. Beide hatten die internationale Bevölkerungskrise zum Thema und warnten vor Hungerkatastrophen und ökologischem Kollaps, wenn die Staaten nicht sofort und drastisch handelten. Regierungen wurde dann z.B. die Beigabe von Sterilisationsmitteln in Trinkwasser und Nahrungsmittel empfohlen, um dieses »Krebsgeschwulst Bevölkerungszunahme«⁸⁶ zu entfernen. Es gab Vorschläge, das System der Steuererleichterungen umzukehren, denn »Leute mit großen Familien würden schwerlich ein Leben in Wohlstand oder Reichtum führen – und so sollte es auch sein, da sie ihre Freude und Zufriedenheit aus der Existenz ihrer Kinder beziehen, für die zum Teil verantwortungsbewußtere Mitglieder der Gesellschaft aufkommen«⁸⁷ Außerdem sollte die Forschung auf dem Gebiet der vorgeburtlichen Ge-

84 Die vom Massachusetts Institute of Technology erarbeitete Studie wurde in einer Auflage von 10 Millionen Exemplaren gedruckt und in 37 Sprachen übersetzt. Unter Auslassung gesellschaftspolitischer Faktoren wurde in diesem Computerprogramm eine Korrelation der Verlaufskurven der Größen Bevölkerungsentwicklung, industrielle Gesamtproduktion per capita, Nahrungsmittelproduktion per capita, Umweltverschmutzung und nicht-regenerierbare Rohstoffvorräte erstellt. Mittels Modellrechnungen wurden Wenn-Dann-Aussagen hinsichtlich der menschlichen Zukunft aufgestellt. Der Club of Rome ist eine 1968 gegründete private Vereinigung von Persönlichkeiten (Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur) aus den Industrieländern.

85 Vgl. Christian Glaß, *Bevölkerungswachstum als Katastrophe. Die ideologische Kontinuität der demographischen und ökologischen Diskussion*. Frankfurt/New York 1978, S. 118ff.

86 Paul Ehrlich, *Die Bevölkerungsbombe*, München 1971, S. 14.

87 Ibid., S. 108.

schlechtsbestimmung intensiviert werden, damit garantiert sei, »daß die erstgeborenen Kinder Söhne sind«; somit »würden die Probleme der Bevölkerungskontrolle in vielen Teilen der Welt reduziert werden«.⁸⁸ Verantwortlich für Überbevölkerung waren in vielen dieser Art von Publikationen vor allem die Frauen.

Die einseitige Zuschreibung, daß Hungerkatastrophen, Armut und zunehmende politische Mobilisierung der Überbevölkerung geschuldet seien, und die Konzentration auf weibliches Gebärverhalten war bald nicht mehr nur Grundlage der Strategien von IPPF, Population Council und Pathfinder Fund, sondern fand zunehmend Eingang in die Konzipierung bevölkerungspolitischer Maßnahmen seitens der US-Regierung: »Let us act on the fact that less than five dollars invested in population control is worth a hundred dollars invested in economic growth«.⁸⁹ Hatte sich noch einige Jahre vorher Die US-Regierung unter Eisenhower in Fragen der Bevölkerungspolitik eher zurückhaltend geäußert, obwohl das 1958 von Eisenhower etablierte »Committee to Study the U.S. Military Assistance Program« dringend empfahl, der Bevölkerungsfrage mehr Aufmerksamkeit zu schenken, so hatte sich dies inzwischen geändert. Der »demographische Imperativ«⁹⁰ wurde Basis der entwicklungspolitischen Programme wie »War on Hunger«, die über Mittel der USAID⁹¹ primär »Familienplanung« in Dritte-Welt-Staaten finanzierten. Die Gelder und späterhin, nachdem der »Food for Peace Act« entsprechen geändert wurde, auch die Sachmittel, gingen vor allem an die bereits bestehende Organisationen in diesem Bereich, u.a. IPPF, Population Council und Pathfinder Fund.⁹² Der Etat für Bevölkerungsprogramme von USAID stieg von 2,1 Millionen US-Dollar im Jahre 1965 auf 125,6 Millionen US-Dollar im Jahre 1973 und auf 135 Millionen 1974. Im Vergleich dazu belief sich 1974 der gesamte Etat für Foreign Economic Assistance auf 165 Millionen US-Dollar.⁹³ Bis heute stellen die USA über 50 % aller für weltweite familienplanerische Aktivitäten eingesetzte Gelder und sind damit maßgeblich am Inhalt und der Ausgestaltung von bevölkerungspolitischen Maßnahmen beteiligt. Geburtenkontrolle als Gesundheits- und Armutsbekämpfungsmaßnahme fand auch Eingang in das von Präsident Johnson initiierte innenpolitische »War on Poverty«-

88 Ibid., S. 109.

89 Lyndon B. Johnson, 1965, zitiert nach Phyllis Tilson Piotrow, *World Population Crisis: The United States Response*, New York 1973, S. 90.

90 Ruth Dixon-Mueller, op. cit., S. 62.

91 United States Agency for International Development; die USA waren über Jahrzehnte der größte Geldgeber für entwicklungspolitische Maßnahmen.

92 Ruth Dixon-Mueller, op. cit., S. 64.

93 Vgl. Ellen Bonnie Mass, 1976, op. cit., S. 130; Ruth Dixon-Mueller, 1993, op. cit., S. 62.

Konzept. Gelder des Economic Opportunity Program wurden größtenteils in die Filialen der Planned Parenthood of America kanalisiert.

Der zentrale Stellenwert der Geburtenkontrolle sowie die Vernachlässigung reproduktiver, politischer und ökonomischer Rechte in den verschiedenen Programmen rief massive Kritik von feministischen, schwarzen und progressiven linken Organisationen hervor. Die Tatsache, daß die meisten Einrichtungen für Familienplanung sich in Nachbarschaften mit vorwiegend schwarzer oder zu anderen Minoritäten gehörender Bevölkerung befanden, setzte die US-Regierung dem Vorwurf des Genozids aus. Auch auf internationaler Ebene formierte sich zunehmend Widerstand gegen die imperialistischen und kolonialen Implikationen der bevölkerungspolitischen Maßnahmen in Dritte-Welt-Staaten.

Andererseits beinhaltete die neue Gesetzgebung den Fortschritt, daß sie das Recht der Frauen auf freien Zugang zu Information und Vergabe von Verhütungsmethoden unterstrich. Ein Recht, dessen gesetzliche Verankerung schon seit Anfang des 20. Jahrhunderts von Frauen eingefordert worden war und das aufgrund der Initiative der »Comission on the Status of Women» auf der Menschenrechtskonferenz in Teheran 1968 als allgemeines Menschenrecht durchgesetzt wurde und sukzessive Eingang in Gesetze der einzelnen Staaten Eingang fand. Allerdings mußten die Frauen die Einschränkung in Kauf nehmen, daß es sich um ein »Familienrecht« handelte, und zunächst nur Eltern das Recht offiziell in Anspruch nehmen konnten.⁹⁴ Diese prinzipiell vorausgesetzte Familienhaftigkeit tauchte auch schon in der 'Declaration on the Elimination of Discrimination Against Women' auf:

»Without prejudice to the safeguarding of the unity and the harmony of the family, which remains the basic unit of any society, all appropriate measures, [...], shall be taken to ensure to women, [...], equal rights with men in the field of civil law.«⁹⁵

Diese Zugeständnisse hingen eng mit den Strukturen der Vereinten Nationen zusammen, Resolutionen und Konventionen mußten durch die Generalversammlung möglichst einstimmig verabschiedet werden, was dann immer wieder zu Kompromissen, Konzessionen und Zusätzen führte. Immerhin war es den engagierten Frauen schon zu Beginn der Vereinten Nationen gelungen, »Geschlecht« als Kategorie einzubringen

94 »The protection of the family and of the child remains the concern of the international community. Parents have a basic human right to determine freely and responsibly the number and the spacing of their children.« Art. 16 der Proclamation Teheran der International Conference on Human Rights, Teheran 1968.

95 United Nations: General Assembly Resolution 2263, 1967, Art. 6.

und sprachlich in den Texten einzuführen. So beinhaltete nicht nur die Menschenrechtserklärung die Formel »fundamental freedom for all without distinction as to race, sex, language or religion«, sondern auch die Deklarationen in bezug auf die Absichten und Prinzipien der Vereinten Nationen, die Generalversammlung und ihre Rolle in der Förderung der internationalen Kooperation, die internationale ökonomische und soziale Kooperation und in bezug auf die Ziele des Systems der Treuhandverwaltung.⁹⁶

Die Bildung der »Commission on the Status of Women« als Fachkommission, die direkt dem Economic and Social Council unterstellt war, führte jedoch bald zu Auseinandersetzungen um die Aufgaben- und Arbeitsbereiche. Die Forderung der Kommission, in ihrer Arbeit direkt auf die Hebung des Status von Frauen – und zwar in allen Bereichen menschlicher Aktivitäten einzuwirken – stieß auf erheblichen Widerstand. Das Gegenargument belief sich darauf, daß eine Vielzahl der Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten, die die Kommission übernehmen wollte, bereits anderen Kommissionen oder Organen zugewiesen waren. Es würde also eine Verdopplung der Bemühungen hervorgerufen, da deren Arbeit sowieso Frauen – als weil Mitglieder der Gesellschaft – mit betreffe.⁹⁷ Die Aufgaben der CSW wurden dann auf die Untersuchung gesetzlicher sowie gewohnheitsrechtlicher Behinderungen in politischen, sozialen und ökonomischen Rechten und in ihren Ausbildungsmöglichkeiten, in Hinblick auf eine Erarbeitung von Handlungsvorschlägen festgelegt und damit auch beschränkt.⁹⁸ In den darauf folgenden Jahren erarbeitete die Kommission zahlreiche Studien und Konventionen zu politischen und sozialen Rechten von Frauen. Dies bedeutete, auch im Hinblick auf Bevölkerungspolitik, daß zwar Vorschläge gemacht und Lobby-Politik betrieben werden, aber keine eigenen Programme durchgesetzt werden konnten. Hinzukommt, daß die delegierten Frauen, die sich zumeist aus Industrieländern und hier wiederum aus den mittleren und höheren Schichten rekrutierten, zunächst den Schwerpunkt auf politische Rechte legten. Vernachlässigt wurden dabei die ebenso wichtigen Belange der Arbeiterinnen und der Frauen aus der Dritte Welt, für die nicht nur die politischen Rechte, sondern auch die ökonomischen und sozialen Rechte von Bedeutung waren. Neben dem starken Gewicht der USA innerhalb der Vereinten Nationen mag dies ein weiterer Grund für die Orientierung der UN-Bevölkerungspolitik - zumindest in ihrer

96 Equal Rights, United Nations Conference and Equal Rights, vol. 31, no. 4, S. 45 (1945).

97 UN Weekly Bulletin, 1947, S. 316.

98 United Nations, Official Records of the Economic and Social Council, 1947, S. 238.

Entstehung und anfänglichen Durchführung - an der US-amerikanischen Bevölkerungspolitik gewesen sein.

2.2.4 Die Vereinten Nationen als Zentrum internationaler Bevölkerungspolitiken

Auf internationaler Ebene avancierten allmählich die Vereinten Nationen zum Zentrum des Diskurses und der Gestaltung sowie Abstimmung von Politiken über Bevölkerung. In den 1950er Jahren hatte es, wie bereits erwähnt, Widerstand der Delegierten - vornehmlich aus kommunistischen und katholischen Staaten - gegen jedwede Einmischung in Bevölkerungsfragen, geschweige denn Formulierung von Politiken gegeben. Auch die USA pflegten noch Zurückhaltung. So waren zu den ersten beiden Bevölkerungskonferenzen, 1954 in Rom und 1965 in Belgrad, nur Wissenschaftler und keine offiziell entsandten Regierungsvertreter eingeladen worden.

1952 hatte der Economic und Social Council beschlossen, 1954 die erste UN-Weltbevölkerungskonferenz abzuhalten, und beauftragte die IUSSP mit deren Durchführung. Die verabschiedete Erklärung hierzu bestimmte, daß es sich um eine rein wissenschaftliche Zusammenkunft handeln sollte, die weder Resolutionen noch Empfehlungen an Regierungen verabschieden sollte. Die nominierten Experten durften keiner Organisation angehören, die in irgendeiner Weise für die Förderung bestimmter Theorien oder Politiken oder spezieller sozialer oder religiöser Interessen eintrat.⁹⁹ Trotzdem beteiligten sich auf Initiative der IUSSP 12 Vertreter der International Planned Parenthood Federation (IPPF), von denen 9 Vorträge präsentieren konnten. Angesichts der Tatsache aber, daß über 400 Delegierte in den 30 Arbeitssektionen beteiligt waren, lag der Schwerpunkt der Konferenz auf demographischer Forschung, Fallstudien und der Identifizierung von Wissenslücken.¹⁰⁰

Auch die 2. Weltbevölkerungskonferenz 1965 in Belgrad sollte nur dem Austausch von Erkenntnissen auf dem Gebiet der Bevölkerung dienen. Ziel der Konferenz war die Verbesserung des Verständnisses von Bevölkerungsproblemen, die Stimulation von Forschung und die Verbesserung der Datenerhebung.¹⁰¹ Der Schwerpunkt der Konferenz lag diesmal aber in der Thematisierung der Geburtenraten, insbesondere in den Ländern der Dritten Welt, der mehr Sitzungen gewidmet waren als jedem anderen Gebiet. Eine ganze Arbeitssektion beschäftigte sich mit Studien zur Familienplanung. Schon während der Konferenz wurde

99 United Nations, Plans for the World Population Conference, New York 1952.

100 United Nations, Proceedings of the World Population Conference, Rome, 1954, New York 1955.

101 Report of the first session of the Preparatory Committee, New York 1962.

klar, daß es sich nicht nur um eine rein wissenschaftliche Veranstaltung handelte, sondern für einige Teilnehmer eine politische Dimension einnahm. Es wurde erwartet und erhofft, daß »the discussions would shed light on the path of policy and action«¹⁰². Die Befürworter einer finanziellen Unterstützung familienplanerischer Aktivitäten argumentierten mit den UN-Resolutionen, in denen die Vereinten Nationen sich verpflichteten, auf Ansuchen der Staaten in allen ökonomischen und sozialen Bereichen zu reagieren. Dies sollte auch für Hilfe im Bereich der Bevölkerungspolitik gelten.

Obwohl die 2. Weltbevölkerungskonferenz weder Resolutionen erließ noch offizielle Empfehlungen aussprach, ließ sich schon an der Themenwahl ein Klimawechsel in Richtung einer stärkeren Betonung geburtenkontrollierender Maßnahmen in der Entwicklungspolitik ablesen. Bereits im Vorfeld der Konferenz hatte die Generalversammlung der UN in der Resolution 1838 zu »Population growth and economic development« empfohlen, daß »the second World Population Conference should pay special attention to the interrelationship of population growth and economic and social development, particularly in the less developed countries«¹⁰³. Dieser Klimawechsel hing auch mit der Veränderung der Mehrheitsverhältnisse innerhalb des ECOSOC zusammen. Neben Indien und Pakistan kamen 12 weitere Staaten hinzu, die bereits Bevölkerungspolitik staatlicherseits eingeführt hatten und die auf Unterstützung seitens der UN-Organe drängten.¹⁰⁴ Des weiteren hatte die IPPF 1964 einen offiziellen Status als beratende Nicht-Regierungsorganisation (NGO) innerhalb der Vereinten Nationen erhalten. Durch den Verzicht auf eine allzu deutliche eugenische Rhetorik und der Hinwendung zu einem menschenrechtlichen Diskurs in Bezug auf Familienplanung war auch der Weg in Hinblick auf eine partielle Zusammenarbeit mit der Commission on the Status of Women und anderen UN-Organen geebnet. Nach der entscheidenden Wende in der US-Politik verstärkte zudem die US-Regierung den Druck auf die Vereinten Nationen, sich mehr im bevölkerungspolitischen Bereich zu engagieren. Da der überproportionale Anteil für bevölkerungspolitische Maßnahmen der US-amerikanischen Entwicklungshilfe heftige Kritiken hervorgerufen hatte, war die US-Regierung bestrebt, einen Großteil der Mittel über multilaterale Kanäle zu verteilen. Die USA war ebenso wie andere Staaten, die bevölkerungspolitische Maßnahmen durchführen wollten, auf internationale Legitimation durch die Vereinten Nationen angewiesen.¹⁰⁵

102 World Population Conference, vol. 1, Summary Report, 1965, S. 27ff.

103 United Nations: The United Nations and population. Major resolution and instruments, New York/Leiden 1974, S. 81f.

104 Richard Symonds/Michael Carder, 1973, op. cit., S. 147.

105 Ibid., S. 203ff.

Im Anschluß an die Konferenz versuchten mehrere Staaten, eine entsprechende Resolution in der Generalversammlung durchzubringen, die jedoch am Widerstand der katholischen Staaten scheiterte. In der Frage der »technical assistance activities« konnte kein Kompromiß erzielt werden. Die Gegner der Resolution beriefen sich dabei auf Papst Pauls Eröffnungsreferat, in dem betont wurde, daß »their task was to ensure that there was enough bread on the table of mankind and not to favour an artificial limitation of births [...] in order to lesson the number of guests at the banquet of life.«¹⁰⁶ Trotz der berechtigten Kritik an antinatalistischen Maßnahmen waren unter denen, die mit den zitierten Worten argumentierten, einige Staaten, die sich weder durch sozialstaatliche Maßnahmen noch eine ausgeprägte Sozialpolitik hervortaten.

Im darauf folgenden Jahr wurde dem erneuten Resolutionsantrag ein Paragraphen in die Präambel eingefügt, in dem »the sovereignty of nations in formulating and promoting their own population policies« anerkannt und das Prinzip, »the size of the family should be the free choice of each individual family«, festgelegt wurde. Des weiteren wurde im Artikel zur technischen Hilfe die Existenz von regionalen und nationalen Unterschieden in der Beschaffenheit von Bevölkerungsproblemen betont. Nach diesen Änderungen wurde die Resolution in der Generalversammlung einstimmig angenommen.¹⁰⁷ Die Resolution von 1966, die den Weg zu einer Mittelvergabe für geburtenkontrollierende Maßnahmen seitens der Vereinten Nationen bereitete, stellte einen negativen Zusammenhang von ökonomischer und sozialer Entwicklung und Bevölkerungswachstum fest. d.h. »demographic problems« wurden mit Überbevölkerung gleichgesetzt.¹⁰⁸ In bezug auf die Maßnahmen, die konzipiert und durchgeführt werden sollten, war dies von entscheidender Bedeutung.

Obwohl die Generalversammlung die Ausweitung der bevölkerungspolitischen Aktivitäten bestätigt hatte, war klar, daß es schwierig werden würde, die Länder, die noch immer Vorbehalte hatten, davon zu überzeugen für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen zu stimmen, vor allem weil der größte Teil der Ausweitung im Bereich der technischen Hilfe lag. Ebenso wenig würde Unterstützung vom 1965 gegründeten UN-Development Program (UNDP) zu erwarten sein, da viele Staaten sich gegen eine Umverteilung der Entwicklungshilfegelder sperrten. Deshalb gab U Thant 1967 die Bildung eines speziellen Trust Fund for Population Activities (UNFPA) bekannt, der zusätzliche Fi-

106 United Nations, Official Records of the General Assembly, 20th session, 1965.

107 United Nations, Resolution 2211, Official Records of the General Assembly, 21st session, 1966.

108 United Nations: The United Nations and Population. Major Resolutions and Instruments, New York/Leiden 1974, S. 81.

nanzmittel zur Verfügung stellen sollte.¹⁰⁹ Finanziert wurde UNFPA hauptsächlich durch Spenden und öffentliche Gelder, die zumeist aus den Industriestaaten stammten. Zur Hauptaufgabe dieser Organisation wurde die Ausarbeitung von bevölkerungspolitischen Programmen und die Familienplanung, auf die der Großteil der Aufwendungen entfiel. Dazu kam noch die Vorbereitung und Organisation von Konferenzen sowie Datenerhebungen und bevölkerungswissenschaftliche Forschung.

Das Budget des UNFPA stieg von 5 Millionen US-Dollar 1969 auf 10 Millionen im Jahr 1970 und auf 24 Millionen im Jahr 1971, wobei ein großer Teil der Gelder von der US-Regierung kam. Der Fond erwies sich bald flexibler als andere Programme der technischen Hilfe in der Verteilung der Gelder – sowohl an UN-Organen als auch an Organen außerhalb der Vereinten Nationen. Er war keiner zwischenstaatlichen Körperschaft gegenüber verantwortlich, das bedeutete, daß die Geberländer über die Politiken bestimmen konnten, ohne daß die Mehrheit der Mitgliedsstaaten Kontrolle über die Aktivitäten ausüben konnte. In die Entscheidung über die Politiken und Programme des Fond flossen die Beratungen verschiedener Organe ein. Zum einen die des vom Generalsekretär berufenen Advisory-Board, der 20 Mitglieder zählte, unter ihnen John D. Rockefeller III, zum anderen die des Inter-Agency Consultative Committee und schließlich die des Programms Consultative Committee, daß sich aus staatlichen Spendeorganisationen und NGOs, die in bevölkerungspolitischen Aktivitäten engagiert waren, zusammensetzte.¹¹⁰ Die Folge war, daß sich die Politiken hauptsächlich auf Geburtenkontrolle und damit Bevölkerungskontrolle ausrichteten. Dies lag in der Logik der Annahmen der Mitglieder begründet, die davon ausging, daß Bevölkerungswachstum in einem kausalen Zusammenhang zu Entwicklung stehe; und zwar dahingehend, daß »übermäßige« Bevölkerung nicht nur Entwicklung behindere, sondern verhindere und zudem eine ökologische und ökonomische Gefahr auch für die Industrieländer darstelle. In der Annahme, daß herkömmliche Familienplanung nur auf die Differenz zwischen gewollten und ungewollten Geburten zielen und die daraus resultierende Anzahl der Kinder noch immer ein Zuviel im Hinblick auf die ökonomische Entwicklung bedeutete¹¹¹, wurden Vorgaben über die »ideale« Familiengröße und entsprechende Politiken zur Durchsetzung dieser politischen Ziele entwickelt. Über »Anreize« wie Geld-, Land- oder Saatgutzuteilung und Erleichterung bei Krediten, sollte die Kontrazeptivaeinnahme oder die Sterilisation gefördert werden. Eine der Konsequenzen dieser Pla-

109 1969 wurde UNFPA dem UNDP unterstellt, bereits 1971 aber zum Nebenorgan des ECOSOC und war seit diesem Zeitpunkt das Zentrum aller bevölkerungspolitischen Aktivitäten der Vereinten Nationen.

110 Richard Symonds/Michael Carder, 1973, op. cit., S. 194f.

111 Vgl. Kingsley Davis, 1967, op. cit.

nungen war dann das »Familienplanungsfest« 1971 in Indien, in dessen Verlauf innerhalb von drei Tagen etwa 63000 Sterilisationen durchgeführt wurden.¹¹² UNFPA und andere Organe finanzierten in den folgenden Jahren die Errichtung von Familienplanungskliniken, die Entwicklung von bevölkerungspolitischen Programmen, die Erforschung von Methoden zur Reduzierung des Bevölkerungswachstums, Bevölkerungseminare für Führungskräfte, Ausbildung auf dem Gebiet der Sterilisation und Ausweitung der Sterilisationsprogramme sowie Forschung und Evaluation.¹¹³

Unterstützt wurden diese Politiken auch von Weltbankpräsident Robert McNamara. Der ehemalige US-Verteidigungsminister war der Ansicht, daß zukünftige Kreditvergabe an die Bedingung erfolgreicher Maßnahmen in der Reduzierung des Bevölkerungswachstums geknüpft werden sollte. Da die Weltbank eine der Hauptkreditgeber für Entwicklungsprojekte darstellt, hatte diese Politik in den folgenden Jahren entscheidende Auswirkung auf die staatliche Verankerung von Bevölkerungspolitik in Dritte Welt Staaten.¹¹⁴ Bis 1980 hatten bereits 52 Staaten eine offizielle Bevölkerungspolitik etabliert, die Familienplanung aus demographischen Gründen zur Grundlage hatte und 65 weitere Staaten unterstützten Familienplanung.¹¹⁵ Zusätzlich zu UNFPA wurde innerhalb der Weltbank das »Population Project Department« gegründet mit dem Ziel, technische Hilfe in Bevölkerungsprogrammen zu leisten, also Hilfe zur Organisation, Verwaltung und Evaluation von Programmen. Zudem wurden Gelder für die Kontrazeptivaforschung und für Familienplanungsklinken bereitgestellt.

Da die Industrieländer und hier maßgeblich die USA die Position vertraten, daß Bevölkerungswachstum in Dritte-Welt-Staaten ein entscheidendes Hemmnis für Entwicklung darstelle, forderten sie eine dritte Weltbevölkerungskonferenz, die es sich zum Ziel machen sollte, einen »Plan of Action« zu verabschieden. Im Gegenzug hatten sich die Debatten innerhalb der Vereinten Nationen, insbesondere ausgehend von der Gruppe der 77¹¹⁶, in bezug auf eine 'Neue Weltwirtschaftsordnung' intensiviert. Hintergrund dieser Forderung einer neuen Ordnung waren die

112 Vgl. Susanne Heim, *Human Betterment, Zwangssterilisation und Retortenbabys*, in: Kaupen-Haas, Heidrun (Hg.), *Der Griff nach der Bevölkerung*, Nördlingen 1986.

113 *Inventory of population projects in developing countries around the world*, UNFPA, New York 1977.

114 Vgl. Richard Symonds/Michael Carder, 1973, S. 176.

115 Vgl. Nafis Sadik (Hrsg.), *Population: The UNFPA experience*, New York 1984, S. 151f.

116 Zusammenschluß von Entwicklungsländern 1967 in Algier mit seinerzeit 77 Ländern, um deren Positionen besser gegenüber Industrieländern zu vertreten.

ungerechten Handelsbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. In der »Charta über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten« sollten die Industrieländer sich zu Wiedergutmachung, Abbau von Handelshemmnissen und Transfer von Ressourcen, insbesondere Kapital und Technologie, verpflichten. Familienplanung fiel in dieser Position nur im Zusammenhang mit einer weitgreifenden Bevölkerungspolitik eine politische Rolle zu.

Zur gleichen Zeit fand innerhalb der Commission on the Status of Women eine Verschiebung ihres bisherigen »equal-rights approach« hin zu einem »equity-based approach« statt, also von den politischen hin zu den sozialen Rechten. Anstoß dieser Umorientierung war zum einen die auf der Menschenrechtskonferenz in Teheran 1968 verabschiedete Empfehlung, ein Langzeitprogramm für die Förderung von Frauen im Kontext der nationalen Entwicklungspläne zu entwerfen, zum anderen die zweite UN-Entwicklungsdekade, die verstärkt die Aufmerksamkeit auf die verschiedenen Aspekte von Frauen und Entwicklung lenkte. Hin zukam ein verstärktes Engagement von Frauen aus der Dritten Welt innerhalb des UN-Systems. Der Ansatz der sozialen Rechte hatte zum Ziel, Frauen in alle Bereiche des Entwicklungsprozesses zu integrieren und zwar als Beteiligte und Nutznießerinnen unter dem Prinzip einer fairen und gleichen Behandlung mit Männern.¹¹⁷ Innerhalb dieses Entwicklungsprozesses sollte Familienplanung allen Frauen frei zugänglich sein, aber eher unter dem Aspekt eines Rechtes auf Selbstbestimmung, als unter dem einer nationalen Zielsetzung zur Reduzierung der Geburtenraten. Diese unterschiedlichen Positionen zu Familienplanung oder geburtenreduzierenden Maßnahmen sollten die Debatten der Dritten Weltbevölkerungskonferenz in unterschiedlicher Gewichtung prägen.

Im Gegensatz zu den vorherigen Konferenzen erschienen auf der Dritten Weltbevölkerungskonferenz 1974 in Bukarest offizielle Regierungsvertreter, was auch den Charakter der Konferenz prägte. Waren die vorherigen Konferenzen eher technischer Natur, geriet diese zu einer politischen Auseinandersetzung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern um die Konzeptionalisierung von Bevölkerungspolitik. Aufgrund der Bedeutung, die dieser Konferenz von den Industrieländern zugesprochen wurde, betrug das Budget für Organisation und Ausrichtung 3 Millionen US-Dollar. Zum Vergleich: Die im darauf folgenden Jahr stattfindende Weltfrauenkonferenz erhielt dagegen nur 350000 US-Dollar.¹¹⁸

117 Vgl. Naomi Black, *The future for women and development*, in: N. Black/ A.B. Cottrell (Hg.), *Women and world change: Equity issues in development*, Beverly Hills 1981, S. 265-86.

118 Deborah Stienstra, *Women's movements and international organizations*, London/New York 1994, S. 124.

Die Delegation der USA forderte, nationale spezifische Zielsetzungen um Bevölkerungswachstum zu reduzieren, sowie eine weltweite Zielsetzung bis zum Jahr 2000, die Fruchtbarkeitsraten auf ein »replacement level« herunterzuschrauben. Insbesondere der Vorschlag nationaler Zielsetzungen wurde mit dem Argument, es handle sich hier um neomalthusianische Rhetorik und zudem imperialistische Einmischung, abgelehnt. Die Hauptkontroverse war letztlich, ob eine Reduzierung der Geburtenraten ökonomische Entwicklung hervorbringe oder ob ökonomische Entwicklung eine Reduzierung der Geburtenraten zur Folge habe. So machten insbesondere die Forderungen nach der 'Neuen Weltwirtschaftsordnung' die Schlagzeilen, die Frauenfrage verlor sich mehr oder weniger.¹¹⁹ Es wurde zwar in einigen Passagen des Aktionsplans auf die Notwendigkeit einer spezifischen Frauenförderung hingewiesen, aber dahinter stand eher die Motivation, eine effektive Methode zur Geburtenreduzierung zu finden. Frauenförderung wurde für die Geburtenreduzierung funktionalisiert unter dem Aspekt, diejenigen sozioökonomischen Variablen zu identifizieren und zu verändern, die Auswirkung auf die reproduktiven Wünsche und das reproduktive Verhalten von Frauen haben könnten.¹²⁰ Über die Konzeptionalisierung von Bevölkerungspolitik als Entwicklungsstrategie wurde Geburtenkontrolle zunehmend Bestandteil von Frauenförderplänen in der Dritten Welt, jenseits dessen, ob diese Sorte Frauenförderung tatsächlich das war, was Frauen in ihren Interessen gefördert hätte.

Trotz der kritischen Ansätze¹²¹, die gegenüber den Modernisierungsstrategien eingebracht wurden, blieb Entwicklungspolitik wachstums- und weltmarktorientiert und damit das Gesellschaftsmodell der Industrieländer das Maß der verfolgten bevölkerungspolitischen Prämissen. Die Weltmodelle wie »Global 2000« von 1979 oder der »Brandt-Report« von 1980 enthielten zwar ökologische Relativierungen, behielten aber den Diskurs von einer drohenden Überbevölkerung bei und verdeckten die asymmetrischen internationalen Beziehungen, weil sie sich selbst von dem Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt bedroht sahen.

Bestimmte entwicklungspolitische Annahmen prägten gleichermaßen die von den Vereinten Nationen initiierten Maßnahmen zur Integration der Frauen in Entwicklung: Zum einen, daß Frauen nicht Teil der Entwicklungsbemühungen waren, aber notwendig, um diese erfolgreich

119 Louise Lassonde, *Los desafíos de la demografía. ¿Qué calidad de vida habrá en el siglo XXI?*, México 1997 S. 40f.

120 Jane S. Jaquette/Kathleen A. Staudt, *Women as 'at risk' reproducers: Biology, Science and population in U.S. Foreign Policy*, in: Virginia Sapiro (Hrsg.), *Women, biology and public policy*, Beverly Hills, 1985 S. 235-268.

121 Etwa im »Grundbedürfnis-Ansatz«, dem »Bariloche-Modell« oder der »Erklärung von Cocoyoc«.

werden zu lassen. Zum anderen, daß Frauen nur in ihrer Rolle als Ehefrauen und Mütter von gesellschaftlicher Bedeutung waren und daß sie über verstärkte eigene Beiträge zu den Nationalökonomien in den Entwicklungsprozeß eingebettet werden könnten. Die Folge war, daß die Verbindungen zwischen Verantwortung von Frauen im reproduktiven Bereich mit ihrer Rolle für Entwicklung nicht analysiert wurden. Die verschiedenen Rollen der Frauen wurden in der Analyse getrennt: auf der einen Seite Frauen als Arbeiterinnen oder Bäuerinnen, auf der anderen Frauen als Mütter oder Ehefrauen. Diese Desintegration der Frauenbelange in soziale und ökonomische Bereiche führte zu einer Vernachlässigung der Analyse der Verflechtungen und Verbindungen dieser Bereiche.¹²² Der Entwicklungsprozeß an sich wurde nicht hinterfragt:

»The problems of third world women do not arise from a lack of integration [...]. On the contrary, the [...] women are indeed integrated into that process, but at the bottom of an inherently hierarchical and contradictory structure [...].«¹²³

Die geringe Beachtung bestimmter Themenbereiche in bezug auf Frauen – wie reproduktive Rechte, Gewalt gegen Frauen, Rassismus und Kapitalismus innerhalb des UN-Systems – hing zum einen mit den UN-Strukturen an sich, zum anderen aber auch mit den Strukturen der etablierten Frauen-NGOs mit konsultativem Status, zusammen. Deren Stärke lag in der ständigen Präsenz bei den verschiedensten Konferenzen und die Möglichkeit, innerhalb des UN-Kontextes Druck auszuüben, in die Analyse der Situation von Frauen die Perspektive der NGOs mit einzubeziehen. Das International Women's Year und die Weltfrauenkonferenz von 1975 sowie die daran anschließende United Nations Decade of Women, gingen auf ihr beharrliches Engagement zurück. Beide Ereignisse waren sowohl auf Regierungs- wie auch auf Nichtregierungsebene entscheidende Katalysatoren für internationale Aktivitäten in bezug auf Frauen. Aufgrund ihrer Ressourcen waren sie auch in der Lage, Nichtregierungskonferenzen zu organisieren, die den Frauen, die wenig oder gar keinen Kontakt zu den UN hatten, die Möglichkeit gaben, sich auszutauschen und Ideen und Strategien gemeinsam zu entwickeln. Obwohl eines der Hauptziele darin lag, die internationale Kooperation von Frauen zu fördern, definierten diese Organisationen sich nicht als feministische, was dazu führte, daß sie sich wenig am feministischen Diskurs beteiligten und von feministischen »grassroot«-Organisationen getrennt waren. Die relativ breit angelegten Mandate gaben zwar den Vertreterinnen die

122 Department of Economic and Social Affairs (DIESA), *World survey on the role of women in development*, United Nations New York 1986.

123 Lourdes Benería/Gita Sen, *Class and gender inequalities and women's role in development: Theoretical and practical implications*, S. 161, in: *Feminist Studies*, vol. 8, no.1, 1982 S. 157-76.

Möglichkeit, sich zu den verschiedensten Bereichen zu äußern, beließen aber letztendlich die Ziele und Strategien vage, was ihre Fähigkeit, effektiv zu handeln, einschränkte. Ein weiteres Problem waren die bürokratischen und hierarchischen Organisationsstrukturen dieser NGOs – mit lokalen Büros, nationalen Körperschaften und einer internationalen Federation. Handlungsimpulse auf internationaler Ebene kamen von internationalen Treffen, die nur unregelmäßig stattfanden.

Im Laufe der 70er und 80er Jahre bildeten sich daher außerhalb der UN zahlreiche feministische Gruppierungen, die sich über Netzwerke, Kongresse, Workshops und Tribunale international organisierten und versuchten, ein Gegengewicht aufzubauen.

In diesem Kapitel wurde die Herausbildung und internationale Gewichtung des Diskurses über Bevölkerung im letzten Jahrhundert nachgezeichnet. Dieser Diskurs bildete den Hintergrund und das Klima, in dem eine enge Verzahnung von Eugenik, Rassismus, Geschlechterordnung und Modernisierung stattfand, die wiederum breiten Einfluß hatte auf die jeweiligen nationalen Bevölkerungspolitiken. Da diese, wie dargelegt, eine der Grundlagen nationalstaatlicher Legitimierung bilden und zudem als Modernisierungspolitiken intendiert sind, wurden sie von denjenigen Staaten bereitwillig aufgegriffen und wiederum national spezifisch geprägt, die ihren sozialen und politischen Fortschritt durch Modernisierung gewährleistet sahen. Mexiko hat neben anderen Staaten über Jahrzehnte die Modernisierung zur Staatsaufgabe erklärt und vor einem spezifischen historischen Hintergrund je nach Stand der internationalen und nationalen Diskurse unterschiedliche Bevölkerungspolitiken betrieben. Deswegen muß von einer Wechselwirkung internationaler und nationaler Diskurse bzw. konkreter Maßnahmen ausgegangen werden. Ohne die Einbettung in nationale Politikstile und eine nationale politische Geschichte sind die konkreten Ergebnisse dieser Wechselwirkungen nicht zu verstehen. Ohne eine gleichzeitige Berücksichtigung der internationalen Diskurse, wie sie in diesem Kapitel dargelegt wurden – an denen Mexiko ja ebenfalls einen Anteil hat – wäre diese Analyse aber wiederum einseitig. So soll das bereits Erarbeitete einen Hintergrund bilden vor dem nun im nächsten Kapitel ein historischer Überblick über die national spezifischen Strukturen der Bevölkerung und des Staates in Mexiko versucht wird.

3. Staatstätigkeit, Herrschaftsverhältnisse und Bevölkerungspolitiken in Mexiko im Kontext nationaler Identität: Eine historische Rekonstruktion

In den Analysen zur Institutionalisierung der Bevölkerungspolitik in den 1970er Jahren in Mexiko wird oftmals lediglich die Entwicklung des pronatalistischen Diskurses zu einem antinatalistischen vor dem Hintergrund der internationalen Politiken und unter dem Aspekt des Modernisierungskurses des damaligen Präsidenten Echeverría berücksichtigt. Des weiteren werden in der Evaluierung zwar Defizite im Hinblick etwa auf reproduktive Rechte und Menschenrechte oder im Hinblick auf nicht eingelöste Modernisierungsversprechen benannt, dabei wird aber die Möglichkeit vernachlässigt, der spezifischen Struktur des Staates und der Gesellschaft sowie ihrer Zusammenhänge auf den Grund zu gehen. Zur kritischen Hinterfragung der Konzeptionalisierung und Durchführung von Politiken, in diesem Fall von mexikanischer Bevölkerungspolitik, sowie zur Entwicklung von Alternativen, muß daher auch den Konstruktionen von Herrschaftsverhältnissen nachgegangen werden, die einerseits selbst aus spezifischen Politiken entstanden waren und die wiederum den neu entstehenden Politiken vorläufig sind, sie prägen und durch diese aber auch manifest werden. Gegenstand staatlicher Bevölkerungspolitik sind Faktoren wie Struktur, Verteilung und reproduktives Verhalten der Bevölkerung sowie ihre Familienformen, die ihrerseits keine statischen Größen sind, sondern durch einen beständigen Prozeß geprägt, der einerseits durch hegemoniale Bezeichnungen und Kategorisierungen gekennzeichnet ist und andererseits durch Widersprüche und gegenläufige Alltagspraxen hinterfragt, durchbrochen und verändert wird. Um über die Institutionalisierung von Bevölkerungspolitik in Mexiko sowie ihrer intendierten und nicht intendierten Folgen und damit über die Verhältnisse, die Staat und Gesellschaft strukturieren sowie über die vergeschlechtlichte Konstruktion des Staates, Aufschluß zu gewinnen, werde ich im folgenden zunächst diese spezifische Konstruktion von Herrschaftsverhältnissen in bezug auf die mexikanische Bevölkerung analysieren. Dies beinhaltet die Analyse der Politiken und Diskurse um Bevölkerung bzw. Bevölkerungsgruppen ab der Zeit der Kolonialherrschaft über die Entwicklung des Nationalstaates nach der Unabhängigkeit bis zu den 1960er Jahren. Es ist deshalb von Bedeutung, auf die Kolonialepoche und die Zeit nach der Unabhängigkeit zu verweisen, weil die Bevölkerungsstruktur, die ethnische Zusammensetzung, das Geschlechterregime sowie die unterschiedlichen regionalen Entwicklungen und die entsprechenden Politiken in ihrem Diskursprozeß einen Bezugspunkt der Bevölkerungspolitik darstellen.

3.1 Die Herausbildung des Anderen (16. bis 19. Jahrhundert): Rasse und Geschlecht

Die »Entdeckung« der Landmasse, die im Nachhinein mit Amerika bezeichnet wurde und die »Begegnung zweier Kulturen«, wie mancherorts euphemistisch benannt, zwischen ihrer Bevölkerung und den Europäern im 15. Jahrhundert, setzte einen Prozeß mit in Bewegung, der den Beginn des modernen Zeitalters markierte. Für die Europäer bedeutete dies nicht nur den Beginn eines ausgedehnten Welthandels und damit den Beginn der kapitalistischen Wirtschaftsweise, sondern auch eine neue Vorstellung von der Welt und ihres eigenen Platzes darin. Die Wahrnehmung der Welt als etwas Eingegrenztes, Gegebenes und dem Menschen nur Zugeteiltes, veränderte sich nach der Entdeckung dieses »vierten Erdteiles«. Der neue Kontinent eröffnete dem Europäer die Möglichkeit, sich der Welt zu bemächtigen, sie zu erobern und sie dahingehend zu transformieren, ihn zum Eigentümer und Herrscher zu machen. Die Inkorporation der neuen Landmasse in das Weltbild verlief nicht nur auf geographischer Ebene, d.h. es wurden nicht einfach nur neue Landkarten angefertigt, sondern sie wurden – wie schon zuvor die Kontinente Europa, Asien und Afrika – mit Sinnhaftigkeit in moralischer, theologischer und historischer Hinsicht gefüllt. Damit wurde die Legitimierung der Inanspruchnahme seitens der spanischen Krone gewährleistet. Amerika wurde wie Afrika und Asien in das kosmische Szenarium integriert, in dem sich das menschliche Leben entwickelt; dies geschah allerdings in hierarchischer Weise. Obwohl davon ausgegangen wurde, daß alle Kontinente mit derselben Essenz oder Struktur geschaffen wurden, besetzte Europa in diesem Weltbild die oberste Stufe, da seit dem klassischen europäischen Zeitalter die Annahme vorherrschte, dies sei der einzige Kontinent, auf dem die kulturellen Werte zu ihrer vollen Erfüllung gekommen seien bzw. kommen würden. Im christlichen Denken wurde diese Annahme übernommen, und Europa wurde als Garant des Christentums zur einzig wahren Zivilisation. Die christlich-europäische Kultur nahm für sich in Anspruch, das immanente und transzendente Schicksal der Menschheit zu repräsentieren, und die europäische Geschichte wurde zur Universalgeschichte, die allein mit authentischem Sinn gefüllt war. Die Werte der europäischen Zivilisation wurden zum historischen Paradigma und zur höchsten Norm, an denen alle anderen Zivilisationen gemessen und bewertet wurden. Über das christliche Dogma des gemeinsamen Ursprungs aller Menschen wurden die Zivilisationen Amerikas zwar in den Lauf der Universalgeschichte integriert, aber mit der Konsequenz einer hierarchischen Konzeption, in der diese Zivilisationen nicht als Ausdruck einer eigenen Realisierung menschlichen Lebens anerkannt wurden, sondern nur in bezug auf die christliche

Kultur einen Sinn erlangen konnten.¹ Der Prozeß der Eroberung des amerikanischen Kontinents lag an der Schnittstelle zwischen der mittelalterlichen Konzeption von »extra ecclesiam nulla salus« (außerhalb der Kirche kein Heil), und die bisweilen noch von der Vorstellung einer universellen »Bruderschaft der Christenheit« getragen wurde und der im Entstehen begriffenen modernen Konzeption der Eroberung, Beherrschung und Ausbeutung, die den Interessen des Nationalstaates dienten. Diese beiden bei der »Konquista« gleichermaßen zum Tragen gekommenen Diskurse standen in engem Zusammenhang mit der im 15. Jahrhundert auf der iberischen Halbinsel abgeschlossenen »Rekonquista«, der »Wiedereroberung«, mit der die christlichen Könige die Vertreibung und Vernichtung der muslimischen und jüdischen Kulturen bezeichneten. Die »Rekonquista« wurde seitens der spanischen Krone mit providentielltem Charakter belegt – die Spanier glaubten sich von Gott auserwählt, da sie das Christentum erfolgreich auf der iberischen Halbinsel durchgesetzt hatten. Diese »Vorhersehung« lieferte die Legitimation, den katholischen Glauben weltweit zu verbreiten, da zudem durch die »Rekonquista« die Errichtung eines Nationalstaates erst möglich geworden war. Es war die spanische Krone, die für sich als Staat den Anspruch erhob, den amerikanischen Kontinent zu erobern, um die Bevölkerung zu »christianisieren«. Der Verlauf und die Gestaltung der »Christianisierung« oblag somit dem spanischen Staat, und die Christianisierung der Menschen bedeutete also gleichzeitig ihre Unterwerfung unter die spanische Herrschaft. Beide Diskurse waren von Oppositionen bestimmt, dualistische Konzeptionen waren immanent enthalten. Sowohl in bezug auf die Antagonismen Christ versus Nicht-Christ als auch Spanier versus Nicht-Spanier mußte die herrschende christlich-spanische Klasse von vornherein die Verschiedenheit als Ungleichheit im Sinne von Inferiorität postulieren, um ihren Hegemonialanspruch aufrechtzuerhalten. Exemplarisches Beispiel für die Verquickung von geistlichem und weltlichem Herrschaftsanspruch, wie er im Katholizismus als Staatsideologie zum Tragen kam, war das »Requerimiento«, ein von dem spanischen Juristen Palacios Rubios 1514 verfaßtes Schriftstück zur Reglementierung der »Konquista«. Diese »Aufforderung« entstand aufgrund des Anliegens, der »Konquista« eine Rechtsgrundlage zu schaffen, und mußte vor jeder neuen Eroberung eines Landstriches dessen Bevölkerung in Anwesenheit eines königlichen Beamten vorgelesen werden. Dieses, auf Spanisch verfaßte Schriftstück – Dolmetscher wurden nur selten hinzugezogen – sollte die zu Erobernden von den rechtlichen Voraussetzungen der spanischen Herrschaft in Kenntnis setzen. Rechtsgrundlage war, daß die Päpste den amerikanischen Kontinent der spanischen Krone zum Geschenk gemacht hatten. Die Verlesung des »Requerimiento« klärte die Bevölkerung

1 Vgl. Edmundo O’Gorman, *La invención de América*, Mexiko 1958.

über die neue Situation auf und beschrieb die Konsequenzen, falls diese sich von der Interpretation ihrer Geschichte nicht überzeugt zeigte:

»Wenn ihr es aber nicht tut oder es böswillig hinausschiebt, so werde ich, des seid gewiß, mit Gottes Hilfe und unter Aufbietung aller Macht gegen euch vorgehen und euch wo und wie immer ich kann bekriegen und dem Joch und Geheiß der Kirche und Ihrer Majestäten unterwerfen, und ich werde euch und eure Frauen und Kinder zu Sklaven machen [...] über sie verfügen, wie es Ihre Hoheiten gebieten mögen [...].«²

Die Verschiedenheit der Kulturen bedeutete für die Spanier Unterlegenheit. Diese vorausgesetzte Inferiorität anschloß eine freie Wahl zwischen kultureller Eigenständigkeit und Assimilation aus. Ließ die Bevölkerung sich nicht christianisieren und »freiwillig« zu Untertanen der spanischen Krone machen, wurden sie mit Gewalt unterworfen und versklavt. Die Wahrnehmung der Differenz als Inferiorität ist nicht nur bei den Verteidigern des »gerechten Krieges«, für die die Indígenas bestenfalls unvollkommene Menschen und schlimmstenfalls noch unterhalb von Tieren rangierten, gegeben, sondern auch bei den Verteidigern und Befürwortern der Rechte der Indígenas, die eigentlich von der Gleichheit der Menschen ausgingen. Eine konkrete Verkörperung dieser Gleichheits- und Ungleichheitsdebatte stellte der Disput um das Sein und der daraus abgeleiteten Rechte der »indios« zwischen Bartholomé de las Casas (1474-1566) und Juan Ginés de Sepúlveda (1489-1573), der 1550 am spanischen Hof öffentlich ausgetragen wurde, dar. Gemeinsam war beiden Diskursen die christlich-abendländische Mentalität, auf der sie fußten, und sie waren durch zwei Pole bestimmt: auf der einen Seite die Christen, die 'sprechen', und auf der anderen die Indígenas, 'über die gesprochen wird'. Diese Diskussionen über die Natur der Indígenas stellten einzig und allein ein Denkproblem innerhalb der Problematik der westlichen Kultur dar.³

Für Las Casas gab es ein Heil nur innerhalb des Christentums, deshalb war er für die Christianisierung der indigenen Bevölkerung, er verurteilte aber die gewaltsame Unterwerfung und die Versklavung der indigenen Bevölkerung als unchristlich. In der christlichen Tradition war die Essenz des menschlichen Wesens die Vernunft, und Las Casas sah diese Rationalität im Wesen der Indígenas gegeben, sie unterschieden sich nur im Grad des Verständnisses von den Europäern. Da alle Menschen in seiner theologischen Auffassung gleich waren, lag den Unterschieden

2 J.L. Palacios Rubio, *Requerimiento. De las islas del mar océano*, Mexiko 1954, zit. nach Tzvetan Todorov, *Die Eroberung Amerikas. Das Problem des Anderen*, Frankfurt 1982, S. 178.

3 Guy Rozat, *Las representaciones del Indio, una retórica de la alteridad*, S. 43f., in: *Debate Feminista*, vol. 13, Mexiko 1996, S. 40-66.

eine historische Zufälligkeit zugrunde. Dies bedeutete, daß sie schon immer an der Geschichte partizipierten und sozusagen schon immer in die »christliche Gemeinschaft« integriert waren. Diese Position basierte auf einem evolutionistischem Schema und auf Assimilation, die das »Anderere« nicht sehen und nicht anerkennen konnte. Da diese Gleichheit unter Christen für las Casas bereits im Diesseits gegeben war, konnte er aus dieser Position heraus zumindest die Forderung stellen, daß die Europäer die politischen und sozialen Rechte der Indígenas zu respektieren hatten, insbesondere ihre staatliche Souveränität, also die selbständige Regelung ihrer inneren Angelegenheiten.⁴ »Die natürlichen Gesetze und Regeln und die Rechte der Menschen sind allen Völkern gemeinsam, den christlichen und heidnischen, ohne Unterschied.«⁵ Was ihm jedoch vorschwebte, war letztendlich ein theokratischer Staat, in dem die geistliche Macht über der weltlichen stand. Die Konquistadoren sollten das Feld den Mönchen überlassen und hierbei rekurrierte las Casas auf einen Vergleich mit dem Geschlechterverhältnis: »Man muß diese Region der Gewalt hartherziger Väter entreißen und ihr einen Gatten geben, der sie behandelt wie es sich gehört und sie es verdient.«⁶ Seine metaphorische Gleichsetzung der Indígenas mit dem weiblichen Geschlecht, bedeuteten für ihn nicht, daß sie minderwertig, dagegen aber minderjährig seien.

Im Gegensatz zu las Casas, einem der Hauptvertreter des Gleichheitspostulats, war Ginés Sepúlveda der exemplarische Verfechter der Ungleichheitsthese. Als Christ ging auch er davon aus, daß die Essenz des Menschen in der Rationalität begründet lag, aber, in Bezugnahme auf Aristoteles partizipierten nicht alle Menschen in gleicher Weise an dieser Rationalität, und deshalb war die Hierarchie der natürliche Zustand einer Gesellschaft. Gleichheit existierte nur in ihrer transzendentalen Variante, im Jenseits. Im Diesseits galt:

»An Klugheit und Scharfsinn, Tugendhaftigkeit und Menschlichkeit sind die Spanier diesen Barbaren so weitaus überlegen wie die Erwachsenen den Kindern und die Männer den Frauen [...], zwischen ihnen besteht ein ebenso großer Unterschied [...] wie zwischen Affen und Menschen.«⁷

Besonders aufschlußreich ist hier die explizite Gleichsetzung der Indígenas mit Frauen und der Vergleich mit Tieren, da dies einerseits Christia-

4 Vgl. Bartolomé de las Casas, *Apologética Historia Sumaria*, Mexiko 1967; ders., *Historia de las Indias*, Mexiko 1951; vgl. auch Edmundo O’Gorman, *La idea antropológica del padre Las Casas. Edad Media y modernidad*, in: *Cultura, ideas y mentalidades*, Mexiko 1992, S. 1-11.

5 Bartolomé de las Casas, zit. nach Tzvetan Todorov, op. cit., S. 195.

6 Zit. nach Tzvetan Todorov, ibid., S. 205.

7 Juan Ginés de Sepúlveda, *Demócrates segundo. De las justas causas de la guerra contra los Indios*, Madrid 1951, S. 20.

nisierung ermöglichte und andererseits auf eine naturgegebene Inferiorität verwies. In der griechisch-römischen Tradition, der Sepúlveda hier folgte, wurde neben den Sklaven auch den Frauen die Vernunft abgesprochen und somit ihre untergeordnete gesellschaftliche Stellung gerechtfertigt. Die christliche Tradition basierte jedoch auf dem Grundsatz, daß jede und jeder Mensch ein Christ werden könne: Im Gegensatz zur Vernunft könne der christliche Glaube erworben, erlernt werden. In der Verbindung dieser beiden Traditionen übernahm Sepúlveda das Gleichheitspostulat, indem er es einfach ins Jenseits transferierte, sonst wäre die Legitimierung der Christianisierung der Frauen und damit auch der Indígenas nicht möglich gewesen. Obwohl von minderwertiger Vernunft, waren sie »beseelt« und nicht nur »belebt«, sonst könnten sie nicht christianisiert werden. Dies ermöglichte die Festschreibung von Herrschaftsverhältnissen, die gleichzeitig über das Geschlecht und die Ethnie die Gesellschaft strukturierten.

Entgegen der eher mittelalterlichen Konzeptionalisierung und der Vorstellung einer paternalistischen Machtausübung eines las Casas vertrat Sepúlveda das Ideal eines »modernen« Nationalismus, in dem die politische und kulturelle Hegemonie dem spanischen Nationalstaat korrespondierte und eindeutige Herrschaftsstrukturen beinhaltete. Der Katholizismus war Teil einer Staatsideologie, die die Vormachtstellung innerhalb Europas sichern sollte und die Legitimationsgrundlage für die Unterwerfung und Versklavung und damit für den »gerechten Krieg« bildete. »Die bedeutendsten Philosophen erklären, daß eine überaus zivilisierte Nation derartige Kriege gegen unzivilisierte Völker unternehmen darf, die barbarischer sind, als man es sich vorstellen kann.«⁸

Die spanischen Eroberer machten sich zu Beginn der »Konquista« die Differenzen und bereits existierenden militärischen Auseinandersetzungen zwischen den historisch und regional unterschiedlichen politischen und kulturellen Systemen zu Nutzen, um so Verbündete zu finden – wie z.B. im Falle des aztekischen Imperiums dieses mit Hilfe der tlaskaltekischen Verbündeten zu besiegen. Die Verschiedenartigkeit der politischen und kulturellen sozioorganisativen Strukturen, der eine Vielfältigkeit ethnischer Zugehörigkeiten korrespondierten, wurden jedoch mit der Kolonialherrschaft nur noch als homogene Formationen betrachtet. In dieser Epoche begann sich die koloniale »supraethnische Kategorie« des »indio«⁹ zu entwickeln, die über die Zeit der Unabhängigkeit und der Entwicklung eines Nationalstaates bis in die heutige Zeit Teil des interethnischen Systems ist.

8 Juan Ginés de Sepúlveda, *Del reino y los deberes del rey. Tratados políticos I*, Madrid 1963, S. 4-5.

9 Miguel Alberto Bartolomé, *Gente de costumbre y gente de razón. Las identidades étnicas en México*, Mexiko 1997, S. 128.

Die herausragenden Herrschaftsverhältnisse des kolonialen Staates bildeten die miteinander verzahnten geschlechtsspezifischen und ethnischen Dimensionen, denen er seine Aufrechterhaltung verdankte. Die Konstruktion der geschlechtshierarchischen Ordnung basierte wie die ethnische auf der Wahrnehmung eines oder eben einer »Anderen« und der Weigerung einer Subjektanerkennung derselben. »Die indianischen Frauen sind Frauen (oder Indianer) im Quadrat und werden so zum Objekt einer zweifachen Vergewaltigung.«¹⁰ Die Subjektlosigkeit ermöglichte die »zweifache Vergewaltigung« und wird deshalb als solche von Seiten der »Eroberer« gar nicht realisiert:

»Bei meiner Ausfahrt im Boot fing ich eine sehr schöne Karib-frau, die mir der besagte Admiral schenkte [...] und da sie gemäß ihrem Brauch nackt war, ergriff mich das Begehren, der Lust zu frönen. Ich wollte mein Begehren in die Tat umsetzen, aber sie wollte es nicht und traktierte mich derart mit ihren Fingernägeln [...]. Doch als ich dies sah [...], nahm ich ein Tau und bleute sie kräftig durch. Schließlich kamen wir dann zu einem solchen Einvernehmen, daß ich dir sagen kann, man hatte den Eindruck, sie sei in einer Hurenschule aufgezogen worden.«¹¹

Diese exemplarische Erzählung verdeutlicht die Verknüpfung von Geschlecht und Ethnie und damit die Duplizität der zum Tragen kommenden Herrschaftsverhältnisse. Zum Einen darf dieser Mann als Europäer sich einfach diese Frau »fangen« - im Sinne eines wilden Tieres - er mußte nicht sie um ihr Einverständnis bitten, sondern seinen Vorgesetzten, der sie ihm - von Europäer zu Europäer - schenkte. Zum anderen verwendete er das klassische Stereotyp der sich anfänglich zierenden Frau, verharmloste den Vergewaltigungsakt und degradierte im gleichen Atemzug die Frau zu einer Hure.

Vergewaltigung als Mittel der Unterwerfung ist der eine Aspekt der Konquista. Ein anderer ist die Inbesitznahme indigener Frauen über die Praxis des Frauengeschenkes.

Die Chroniken der Eroberung Mexikos¹² sind vordergründig zunächst eine subjektive Mischung aus Kriegsberichterstattung und Rechenschaftsbericht, doch sie überliefern gleichzeitig in ihren kleinen

10 Tzvetan Todorov 1985, op.cit., S. 64

11 Michele de Cuneo, *Brief an Annari, 28.10.1495*, in: *Raccolta Columbiana*, III, Bd. 2, S. 95-107, zit. nach Tzvetan Todorov, *ibid.*

12 Vgl. etwa Bernal Díaz del Castillo, *Historia verdadera de la conquista de la Nueva España* (1632), Mexiko 1980; Hernán Cortés, *Cartas de relación* (1519-1526), Mexiko 1985; Fray Bernardino de Sahagún, *Historia general de las cosas de Nueva España* (1577), Mexiko 1988 2 Bd.; Miguel León-Portilla (Hg.), *Visión de los vencidos. Relaciones indígenas de la conquista*, Mexiko 1980.

Anmerkungen, Nebensätzen und Beiläufigkeiten eine Vorstellung ihrer Mentalität und damit ihrer eigenen Vorstellung der Geschlechterordnung sowie eine Interpretation jener, die sie vorfanden. Die Schreibenden, als Soldaten oder Priester, waren immer Männer und bis auf wenige Ausnahmen Europäer. So erschließt sich das Geschlechterverhältnis durch die Optik fast ausschließlich christlicher Quellen. Was hierbei auffällt ist die immer wieder in kleinen »Nebengeschichten« auftauchende Überreichung von Frauen als Geschenk. Neben anderen Objekten wie Gold, Edelsteine und Textilien schien auch das Frauengeschenk als ein völlig normales *Procedere* innerhalb der Protokollformalitäten.¹³ Bei zahlreichen Gelegenheiten wurden Cortés, zur Herstellung freundschaftlicher Beziehungen, Frauen überreicht, die nach »erfolgreicher« Bekehrung zum christlichen Glauben - sie wurden getauft nachdem man(n) ihnen auf spanisch die Grundlagen des Katechismus vorlas - unter den Gefolgsleuten aufgeteilt wurden. Die Aufteilung wiederum erfolgte zur Sicherstellung der Gefolgschaft, also ebenfalls, um Beziehungen unter Männern zu festigen und damit zur Sicherung des Eroberungsprojektes. Gleichzeitig impliziert der Prozeß des »mestizaje«, der durch diese Verbindungen in Gang gesetzt wurde, eine eindeutige Unterordnung.¹⁴ Beides, die Vergewaltigung und die Inbesitznahme, dienten der Herstellung eines männlich geprägten nationalen Ursprungsmythos. Eine Prägung, der einerseits die Inszenierung einer weißen, erobernden Männlichkeit und andererseits der indigenen, besiegten, über die Vergewaltigung und Inbesitznahme der Frauen sozusagen »verminderten« oder reduzierten Männlichkeit zugrunde liegt, die später mit Grundlage der nationalen Identität werden sollte.

Die Figur der Malintzin oder Malinche transportiert das Symbol dieses »mestizaje« und repräsentiert das Paradigma des Vollzugs der Konquista samt ihrer Gewalt und ihres kulturellen (Ein)Bruches. Malinche wurde zusammen mit anderen Frauen Cortés bei seiner Ankunft in Tabasco überreicht, der sie zunächst seinem Gefolgsmann Alonso Hernández Portocarrero (oder Puerto Carrero) schenkte, nach dessen Rückkehr nach Spanien aber wieder zu sich nahm.¹⁵ Aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit, sie war als Kind in einem náhuatl Gebiet aufgewachsen und wurde dann nach Tabasco – ein Maya-Gebiet – vermutlich verkauft, konnte sie, nachdem sie auch spanisch erlernt hatte, zur wichtigsten Übersetzerin werden. Ihre zentrale Rolle resultierte nicht nur aus ihrer Fähigkeit der sprachlichen Übersetzung, sondern vielmehr in ihrer Leistung der kulturellen Übersetzung ohne die die Eroberung des Aztekenreiches nicht möglich geworden wäre.

13 Vgl. insbesondere Bernal Díaz del Castillo, (1632) 1980, op. cit.

14 Vgl. Julia Tuñón, *Mujeres en México, una historia olvidada*, Mexiko 1987, S. 34.

15 Vgl. Bernal Díaz del Castillo, (1632) 1980, op.cit, S. 59ff.

Von den Indígenas ihrer Zeit zur Göttin erhoben und von den Chronisten bewundert¹⁶, wurde sie dennoch im Zuge der nationalen Geschichtsschreibung zur Verräterin schlechthin stilisiert. (Bis heute existiert der Vorwurf »malinchista/malinchismo« und ist gleichbedeutend mit Verrat an allem »Mexikanischem«.)

Wurde Malinche zum Symbol der »schizophrenen Teilung von Europäern und Indígenas«¹⁷, so wurde eine andere weibliche Figur zur Ikone des kreolischen Nationalismus, die Virgen de Guadalupe. Der mit der Erscheinung der dunkelhäutigen Jungfrau einhergehende Synkretismus war entscheidend in der Bildung einer nationalen Identität. Die enorme Resonanz dieser Marienerscheinung lag in ihrer genuinen »Mexikanität« begründet, die sich über die Konstellation zweier Mythologien herstellte. Die Virgen war nicht nur einem Indígena - Juan Diego – erschienen, sondern auch an einem spezifischen Ort, dem Monte Tepeyac, der vormals der Göttin Tonantzin – im Náhuatl auch »Unsere Mutter« - geweiht war.¹⁸ Für die Indígenas bedeutete die Marienfigur auf Grund ihres synkretistischen Gehalts eine Möglichkeit der Aussöhnung mit der neuen kulturell-symbolischen Situation. Die Kreolen sahen darin eine Formel einen vom Mutterland Spanien differenzierten Nationalismus zu legitimieren, weshalb dieser spezifische Marienkult besonders ab dem 17. Jahrhundert an Momentum gewann. Der Mythos der Guadalupe wurde über die Vereinnahmung als identitätsstiftende Basis zum scheinbaren Grundstein des Zusammenhalts der kolonialen Gesellschaft und zum Symbol der Unabhängigkeitsbewegung.¹⁹

Beide Mythen, Malinche und Guadalupe, sind antagonistisch und gleichzeitig komplementär, denn sie verweisen auf die Ambivalenzen und die Widersprüche der Konquista. Malinche repräsentiert den »verdammenden-unterdrückenden-vernichtenden-vergewaltigenden« Aspekt der Konquista und die Virgen de Guadalupe den vermittelnden, positiv kreativen Aspekt des neuen kulturellen indohispanischen Prozesses.²⁰ Mit der Verankerung dieser symbolischen Frauenfiguren, die nicht not-

16 Vgl. Margo Glantz, *La Malinche: La lengua en la mano*, in: *Debate Feminista*, vol. 5, 1994, S. 167-182.

17 Jean Franco, *Las conspiradoras. La representación de la mujer en México*, Mexiko 1994.

18 Vgl. Jacques Lafaye, *Quetzalcóatl y Guadalupe: la formación de la identidad nacional en México*, Mexiko 1977, S. 295ff.

19 Zur differenzierten Interpretation vgl. Mauro Rodríguez, *Guadalupe, historia o símbolo*, Mexiko 1980.

20 Tomás Calvo Buezas, *Los más pobres en el país más rico. Clase, raza y etnia en el movimiento campesino chicano*, Madrid 1981, S. 362; Übersetzung der Verf., im spanischen Original: »[...] en la malinche se representa el aspecto maldito-opresor-destructor-violador de la conquista y en la virgen de Guadalupe el aspecto mediador positivo-creador del nuevo proceso cultural indohispano.«

wendigerweise mit den Frauen übereinstimmen, in der nationalen Epik geht eine spezifische Geschlechterordnung in die Formation des kolonialen und später unabhängigen Staates ein. Das Bild der Frau der Kolonialzeit war eine Kreation der Männer und diente dem Ziel, die Rolle, die sie erfüllen sollten, zu definieren. Der Ursprung der Definition dieser Rolle lag in Spanien und gelangte in einem quasi kulturellen Transfer in die Kolonien²¹. Daher auch die frappierende Ähnlichkeit der spanischen Idealvorstellung mit den Beschreibungen der Chronisten über die indigenen Frauen. Die Darstellung ähnelte den Traktaten der didaktischen Autoren des 16. und 17. Jahrhunderts, wie Fray Martín de Córdoba, Fray Hernando de Talavera, Luis Vives und Fray Luis de León.

Im nachhinein gestaltet es sich schwierig bis unmöglich Interpretation, Wunschvorstellung und Realität des Geschlechterverhältnisses vor der Konquista auseinanderzuhalten.²²

Ohne hier im Einzelnen auf die verschiedenen Schriften eingehen zu können: gemeinsam ist ihnen ein spezifisches Bild von Weiblichkeit aus dem sich feste Regeln weiblichen Verhaltens ableiten ließen. Diese Verhaltensarchetypen gründeten auf der Annahme einer allgemeingültigen Superiorität der Männer auf der Vernunftebene. Höchstes Gut der Frauen war ihre Keuschheit und Jungfräulichkeit, die mit zurückhaltendem, respektvollem, fleißigem, gläubigen und wohltätigem Verhalten korrelierten. Der wünschenswerteste Personenstand der Frauen war der verheiratete, wobei die Ehe mit einem Mann und die Ehe mit Gott gleichwertig waren, letzteres von einigen Kirchenmännern sogar bevorzugt wurde. (In Mexiko existierten zum Ende der Kolonialzeit mehr als 50 Klöster.)

Die Verhaltensvorschriften waren ursprünglich für junge Frauen des Adelsstandes konzipiert worden, um die Vorbildfunktion und zugleich die Konzepte über Klasse und Kaste zu vermitteln,²³ denn die Ehefrau des »Herren« stand immer noch über dem Vasallen. Die Befolgung der Vorschriften war eng an den sozialen Status gebunden, da die Frauen der Eliten stärkerem Druck ausgesetzt waren. Der Status stellte sich aus einer Kombination von Geld, ethnischer Herkunft und rechtlicher Position her und die Beibehaltung dieser Position hing in großem Maße von der Heirat innerhalb der gleichen Klasse ab.²⁴ Die Ehe war der Garant für Legitimität, die wiederum die Grundlage gesellschaftlicher Akzeptanz darstellte. Dagegen konnten Frauen der Eliten, die ledig blieben oder

21 Vgl. Asunción Lavrin, *Investigación sobre la mujer de la colonia en México: siglos XVII y XVIII*, in: Asunción Lavrin (Hg.), *Las mujeres latinoamericanas. Perspectivas históricas*, Mexiko 1985, S. 35.

22 Vgl. Julia Túñon, *Mujeres en México – una historia olvidada*, Mexiko 1987, S. 17.

23 Vgl. Asunción Lavrin, 1985, op.cit., S. 37ff.

24 Vgl. Jonathan I. Israel, *Race, class and politics in colonial Mexico*, Oxford 1975.

verwitwet waren und eine größere ökonomische Bewegungsfreiheit als die Frauen anderer Klassen besaßen, ein von Männern unabhängigeres Leben führen.

3.2 Bevölkerungspolitik als Kolonisierung

Die Konquista und die darauffolgende Kolonialzeit hinterließen sowohl was die Bevölkerungsanzahl und die ethnischen Gruppen als auch die wirtschaftlichen und soziopolitischen Bevölkerungsbewegungen betraf, ein bis heute wahrnehmbares Legat.

Bereits im 16. Jahrhundert verwiesen die Chroniken von Las Casas und Sahagún auf einen enormen Bevölkerungsschwund, dessen Ursache sie in der Eroberung und späteren Kolonisierung verorteten. Mangels konkreter Zensusdaten konnten sie in ihren Schriften zwar nur spekulative Zahlen nennen, und erst die historische Demographie, die auf Erhebungen der Spanier während der Kolonialzeit zurückgriff und diese mit Schätzungen über die Zahl der BewohnerInnen vor der Konquista verglich, konnte vergleichsweise konkrete Angaben machen.²⁵ Was jedoch schon die Chronisten des 16. Jahrhunderts erkannten, war, daß im ersten Jahrhundert nach der Konquista die größte demographische Krise der Neuzeit eingesetzt hatte. Lebten im 15. Jahrhundert etwa 80 Millionen Menschen auf dem amerikanischen Kontinent, so waren es Mitte des 16. Jahrhunderts nur noch etwa 10 Millionen. Die Schätzungen für Zentralmexiko gehen von einem Rückgang der Bevölkerung von 25,3 Millionen im Jahr 1519 auf eine Million im Jahr 1605 aus, wobei diese Dezimierung nicht nur den kriegerischen Auseinandersetzungen oder direkter Tötung geschuldet war.²⁶

In Mexiko stellte die indigene Bevölkerung aus den ehemaligen Zentren den größten Teil der Zwangsumgesiedelten und Versklavten zur Gründung neuer Städte, zur Arbeit in den Minen und auf den Ländereien. Das System der »repartimientos«, der Verteilung von Land und Indígenas und die Institution der »encomienda« – der an die Konquistadoren als Belohnung für die der Krone erbrachten Dienste – führte zu einer massiven Verschleppung insbesondere der jungen männlichen Bevölkerung. Die Zwangsarbeit in den Minen und im Städtebau forderte nicht nur direkt das Leben vieler Indígenas, sondern hatte auch weitreichende Folgen für die Bearbeitung des Ackerlandes innerhalb der indigenen Gemeinschaften, da es dort zu einer Reduzierung der kultivierten

25 Vgl. Sherburne F. Cook/Woodrow Borah, *The Indian Population of Central Mexico*, Berkely/Los Angeles/London 1960; vgl. dies., *Essays in Population History: Mexico and the Caribbean*, Berkeley/Los Angeles/London 1971.

26 Vgl. *ibid.*

Flächen kam. Jede Mißernte zog somit katastrophale Hungersnöte nach sich. Die Einführung der Viehzucht und europäischer Agrarprodukte waren ein zusätzliches Element in der Zerstörung des indigenen Nahrungszyklus.

Eine weitere Ursache für den enormen Bevölkerungsschwund, war, daß durch die Ankunft der Europäer Krankheiten eingeführt wurden, die bis dahin in Amerika unbekannt waren. Die Pocken, Masern, Syphilis und die Grippe verbreiteten sich epidemisch, gerade unter der von den Missionaren und Konquistadoren kongregierten Bevölkerung. Zu alledem entstand ein Phänomen, das die Chronisten mit »desgane vital«, Lebensunlust, bezeichneten und das schon von den zuvor kolonisierten Antillen her bekannt war. Die Konquista hatte eine Welt zerstört, ein kohärentes System von Überzeugungen, Glauben, Bräuchen und Handeln. Die Folge war oft Flucht, Alkoholismus und Gewalt. Die Chronisten berichteten auch von Massenselbstmorden, Kindstötungen und Abtreibungen.

»Auf diese Weise hörten sie auf, sich zu vermehren. Die Neugeborenen starben früh, denn die Mütter hatten wegen des Hungers und der Arbeit keine Milch in den Brüsten. [...] Manche Mütter ertränkten ihre Kinder vor Verzweiflung, andere nahmen, wenn sie fühlten, daß sie schwanger waren, bestimmte Kräuter ein, so daß sie die Kinder tot zur Welt brachten.«²⁷

Eine der ersten Politiken, die in der »Neuen Welt« als Reaktion auf den Bevölkerungsschwund und Antwort auf die Forderungen der Land- und Minenbesitzer nach Arbeitskräften umgesetzt wurde, war eine Neuorganisation der Ansiedlungen der indigenen Bevölkerung. Im allgemeinen hatte die spanische Kolonisierung wenig am Schema der prähispanischen Bevölkerungsverteilung geändert. Ein Großteil der Bevölkerung bewohnte das Zentrum und den Süden des Landes, wobei das Zentrum das am dicht besiedelste Gebiet war. Die Küsten und der Norden, darunter die Territorien, die später an die USA fallen sollten, waren nur gering oder gar nicht bevölkert. Was sich jedoch veränderte, waren die Orte der Ansiedlung und die Zusammensetzung der Bevölkerung. Aufgrund staatlicher Verordnungen sollten die Indígenas in »urbanen Ansiedlungen im europäischen Stil« kongregiert werden.²⁸ Zwischen den Jahren 1540 und 1600 wurden zahlreiche Bewohner gezwungen, ihre ehemaligen Behausungen zu verlassen und in neu geschaffene Dörfer zu ziehen. Diese Politik verwandelte die geographische Lage, die politische Organisation sowie die soziale und kulturelle Physiognomie der indigenen Dörfer:

27 Bartolomé de las Casas, *Historia de las Indias*, Bd. 2, Mexiko 1951, S. 13, zitiert nach Tzvetan Todorov, op. cit., S. 163.

28 Enrique Florescano, 1997, op. cit., S. 186.

»Die Kongregationen der indianischen Bevölkerung war eine der sichtbarsten und ohne Zweifel spektakulärsten Manifestationen des Willens der Spanier, ihre Prinzipien und Werte der Gesellschaft aufzuzwingen und einzuprägen, die sie geschafft hatten zu beherrschen.«²⁹

Diese Kongregation war, eben weil sie auch als protektionistische Maßnahme gedacht war und zum Teil so funktionierte, eine der wirkungsmächtigsten kolonialen Herrschaftsmechanismen. Unter der Fürsprache einzelner Geistlicher wie etwa las Casas, erließ die spanische Krone eine Reihe weiterer Gesetze, die einen protektionistischen Charakter hatten. Zunächst wurde Mitte des 16. Jahrhunderts die Versklavung der Indígenas verboten. Den indigenen Gemeinschaften wurde in ihrem internen Regime eine begrenzte Autonomie zugestanden (s.o.), die sich nach den noch existierenden prähispanischen Strukturen richtete. Die Gesetzgebung verbot überdies die Invasion und Aneignung der Ländereien sowie die Penetration der Gemeinschaften durch Weiße. Die Institution der »Encomienda« wurde mit Ausnahme der mexikanischen Halbinsel Yucatán sukzessive abgeschafft und die Tributeleistungen vereinheitlicht.³⁰ In diesen neuen Dörfern wurde ein Hispanisierungsprogramm der individuellen, familiären und kollektiven Lebenszusammenhänge durchgeführt. Dies bedeutete eine Anpassung der religiösen Aktivitäten, der Kleidung, der Essensgewohnheiten und des öffentlichen und zereemoniellen Lebens an spanische Traditionen.³¹ Über die territoriale sowie die juristische und ökonomische Abgrenzung konnte sich auch die Wahrnehmung halten, diese indigenen Gemeinschaften nicht als Teil der Gesellschaft zu integrieren. Territorial deshalb, weil die Ansiedlung in diesen Gebieten nur Indígenas gestattet war, juristisch, weil sie eine eigens konzipierte Gesetzgebung besaßen, und ökonomisch aufgrund ihrer Unterordnung unter die ökonomischen Bedürfnisse der Spanier. So konnte trotz der Akkulturation hier eine ethnische und linguistische Kontinuität beibehalten werden, die ebenso wie die ökonomische Marginalisierung bis in die heutigen Tage weiter existiert.

29 Übersetzung der Verf. ; im spanischen Original: »Las congregaciones de la población india fueron una de las manifestaciones más visibles, y sin duda la más espectacular, de la voluntad de los españoles de imponer e inculcar sus principios y valores en la sociedad que habían logrado dominar.« Bernardo García Martínez, *Los pueblos de la sierra. El poder y el espacio entre los indios del norte de Puebla hasta 1700*, Mexiko 1987, S. 151.

30 In Yucatán konnten die Spanier die Form der »Encomienda« mit den damit verbundenen Privilegien der Fronarbeit und exzessiver Tributeleistungen, über die drei Jahrhunderte andauernde Kolonialzeit aufrechterhalten.

31 Vgl. Enrique Florescano, 1997, op. cit., S. 188 sowie Gonzalo Aguirre Beltrán, *Zonas de refugio. El proceso de aculturación*, Mexiko 1957.

Die Indígenas hatten die Möglichkeit, über den »Juzgado general de Indias«, der als Teil der »Real Audiencia« geschaffen wurde, direkt an den König zu appellieren, der durch den Vizekönig vertreten war, und bei ihm um Schutz zu ersuchen. Trotzdem blieben sie Vasallen der Krone, und obwohl sie nach dem Gesetz freie Individuen waren, waren ihre Rechte korporatistisch verfaßt. Die zu bewirtschaftende Erde, die einzelnen Parzellen, die Zünfte, der ganze Besitz waren gemeinschaftlich organisiert. In den »Leyes de Indias« wurde ihr Status als einer von permanent Minderjährigen festgeschrieben, was der Entwicklung des Kазикentums Vorschub leistete. Die Kaziken, die sich bis auf einige Ausnahmen aus der ehemaligen indigenen Elite rekrutierten, waren die einzig autorisierten Personen in politischen, ökonomischen, sozialen und juristischen Verhandlungen mit der restlichen Gesellschaft. Zusammen mit den spanischen »corregidores« (eine Art Amtsmänner für die indigenen Gebiete) organisierten sie die Tributzahlungen und die Verteilung der Arbeitskraft, des »repartimiento« an Untertanen. Damit unterstanden die Indígenas zwei Hierarchien, der spanischen und der internen indigenen.

Das Interesse der Krone an der Erhaltung der traditionellen Gemeinschaften lag sicherlich auch in der ideellen Seite der Konquista begründet, die Indígenas in das katholische Universum zu integrieren und zwar als Gleiche über die Vorstellung zweier Republiken, eine Republik der Spanier und eine der Indígenas. Die Mönche, die für die Christianisierung und dementsprechend für die Pfarrbezirke in diesen Gemeinschaften zuständig waren, glaubten nur über eine strikte Trennung zwischen Indígenas und Nicht-Indígenas, die Idee einer genuinen und ursprünglichen christlichen Gemeinschaft, verwirklichen zu können. Diese Trennung erfüllte aber auch die Notwendigkeit, die Macht gegenüber den Herrschaftsansprüchen der Konquistadoren zu zentralisieren. Die Anbindung an die zentrale Herrschaft der Krone implizierte die Internalisierung eines »patronazgo protector«, des Monarchen, der als Mittler in den Beziehungen zwischen Spaniern und Indígenas fungierte, beide Untertanen »Ihrer Majestät«, den jeweils auf dem Thron residierenden spanischen König.³² Desweiteren erleichterte die Trennung die Organisation der Tributzahlungen und gewährleistete die zusätzlichen Einnahmen über das »repartimiento«, die Verleihung der indigenen Arbeitskräfte. Die kreolische Oberschicht war gegen die vom Mutterland durchgesetzte Segregation, da sie den direkten Zugriff auf die indigene Arbeitskraft verwehrte. Nach Abschaffung der Kommenden und der Einschränkung ihrer Herrschaftsbefugnisse war die Verfügung über die indigene Arbeitskraft zentral für die Erhaltung ihrer ökonomischen Stellung. Sie for-

32 Vgl. Francisco Entrena Durán, *Del caudillismo al populismo estructural*, Sevilla 1995.

derte daher in einem fast schon frühkapitalistischen Sinne, einen freien Arbeitsmarkt, auf dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer in direkte Verhandlungen treten konnten. Der Konflikt um den »richtigen« Umgang mit den Indígenas zog sich durch die ganze Kolonialzeit und war durch ständige gegenseitige Vorwürfe unter wem die Indígenas nun mehr zu leiden hätten, geprägt. Die eine Seite, die Aufrechterhaltung der zwei Republiken befürwortend, vertrat der Vizekönig, seine Bürokratie, die Mönche und die Kazi quen, die andere Seite wurde von den Kreolen und der säkularen Priesterschaft vertreten. Letztendlich ging es keiner Seite um eine Verbesserung der Lebensbedingungen, sondern um den Erhalt der jeweiligen Herrschaftsansprüche, denn diejenigen, um die es dabei eigentlich ging, die Indígenas konnten keine Interessen vertreten, über sie wurde verfügt.

Die Gesetzestexte, die schließlich 1680 in der »Recopilación de Leyes de los Reinos de Indias« zusammengefaßt wurden, hatten jedoch nicht nur den Schutz der Indígenas zum Inhalt, sondern regelten zudem die Rechte und Pflichten jeder Bevölkerungsgruppe bis ins kleinste Detail. Dies umfaßte sowohl die Festlegung der Arbeitsbereiche und Berufsgruppen als auch die Bewegungsfreiheit. Indígenas, die aus den für sie bestimmten Gebieten migrierten, um Arbeit zu finden und den Tributleistungen zu entgehen, konnten von den »corregidores« oder den Kazi quen auch unter Anwendung von Gewalt zurückgebracht werden. Ebenfalls betroffen von diesen legislativen Maßnahmen waren Bekleidung und Habitus: Indígenas mußten äußerlich als solche erkennbar sein. Es war ihnen untersagt, spanische Kleidung sowie Waffen zu tragen und zu reiten. Desgleichen war es Mestizen, Schwarzen oder »castas«³³ nicht erlaubt, die Bekleidung der Indígenas zu tragen, ausgenommen Frauen, die mit einem Indígena verheiratet waren.³⁴ Die Gesetze und Ordenanzen, die bis in die Alltagspraxen hineinreichten, hatten auch das Ziel, der zunehmenden sozialen Ausdifferenzierung und dem damit einhergehenden Verlust an Kontrolle und Stabilität Herr zu werden. Die soziale Ordnung der zwei Republiken wurde zunehmend durch den Bevölkerungszuwachs der Mestizen und ehemaliger Sklaven sowie der indigenen Migration in die Zentren, in Frage gestellt.³⁵

»Mestizaje« ist das herausragende Bevölkerungsphänomen Lateinamerikas und bezeichnet die Verschmelzung der verschiedenen Ethnien. Mestizos waren im Gros der Fälle die Nachkommen von indigenen Frauen und weißen Männern, da zwischen 1508 und 1588 nur 10 Pro-

33 »Casta« bildete während der Kolonialzeit den Oberbegriff für diejenigen Bevölkerungsgruppen, die weder »weiß« noch »Indio« waren.

34 Vgl. Julia Tuñón, *Mujeres en México – una historia olvidada*, Mexiko 1987.

35 Vgl. J. Pérez Munguía, *De libertad y legislación para negros. Siglo XVIII*, in: *El rostro colectivo de la nación mexicana*, Morelia 1997, S. 64-82.

zent der Auswanderungslizenzen an spanische Frauen ausgestellt wurden und sie somit nur einen geringen Teil der weißen Bevölkerung stellten.³⁶ Obwohl ihre Zahl seit Beginn der Konquista stetig zunahm, trat diese Bevölkerungsgruppe zu Anfang der Kolonialepoche nicht als eigenständiges Segment, als »mestizos« in Erscheinung. In den Zensusklassifizierungen tauchten sie entweder als Spanier oder als Indígenas auf. Diejenigen, die innerhalb einer Ehe oder von Frauen der indigenen Oberschicht geboren waren, wurden in die erste Generation der Kreolen absorbiert und als Spanier und Spanierinnen erzogen, mit entsprechendem Status. Der entscheidende Faktor war hier, von weißen Vätern anerkannt oder adoptiert zu werden. War dies nicht der Fall, wurden diese Nachkommen als »Indio« klassifiziert und wurden von ihren indigenen Müttern in deren Gemeinschaften erzogen. Trotz der Regulationsversuche seitens der Krone, »Konkubinate« zu unterbinden und die Verbindungen durch Heirat zu legalisieren sowie der Intervention der Kirche, die ihrerseits auch die Heirat favorisierte, ging ein Großteil der Mestizen aus nicht legalisierten Verbindungen hervor.³⁷ Unter diesem Stigma der Illegitimität wurde der Begriff Mestizo zunehmend mit »gente vil«, gemeines Volk, im Gegensatz zu »gente de razón«, identifiziert – mit den entsprechenden Folgen für den legalen und sozialen Status.³⁸ Der spanische Staat verfügte ein Zugangsverbot zu öffentlichen Ämtern für diejenigen, die »illegitimer« Herkunft waren. Dies betraf zwar auch Spanier, deren Zahl war jedoch verschwindend gering, und die Mehrheit der Betroffenen waren die Mestizen.³⁹

Mit der Ankunft von schwarzen und asiatischen Bevölkerungsgruppen setzte sich die ethnische Diversifizierung fort und damit auch die soziale Differenzierung der Bevölkerung in den Kolonien. Schwarze galten, da sie zumeist Sklaven waren, als »infames de sangre«, als von »unreinem Blute« und dieser Status wurde über die mütterliche Linie weitergegeben. Die Abschaffung der Sklaverei für Indígenas und das Verbot von zu exzessiver Zwangsarbeit für diese hatte zu einem vermehrten »Import« schwarzer Sklaven geführt. Der Handel mit schwarzen Sklaven wurde schon seit der Kolonisierung der Antillen praktiziert und war zunächst ein Monopol der spanischen Krone. Ab 1518 wurden auch limitierte Lizenzen an private Kaufleute, vornehmlich Flamen, Deutsche, Holländer und Franzosen, vergeben und im 17. Jahrhundert delegierte

36 Vgl. Julia Tuñón, 1987, op. cit., S. 17; die gleichen Zahlen werden auch genannt in Gonzalo Aguirre Beltrán, 1975, op. cit., S. 121ff.

37 Vgl. Richard Konetzke, *La legislación española y el mestizaje en América*, in: *El mestizaje en la historia de Ibero América*, Mexiko 1961, S. 59f.

38 Vgl. Agustín Basave Benítez, *México mestizo. Análisis del nacionalismo mexicano en torno a la mestizofolia de Andrés Molina Enríquez*, Mexiko 1992, S. 18.

39 Vgl. Jonathan I. Israel, 1975, op. cit., S. 65.

die Krone ihr Monopol endgültig an eine private Handelsgesellschaft. Obwohl bereits Mitte des 16. Jahrhunderts. Bedenken seitens der Vizekönige die Stabilität der Gesellschaft betreffend aufkamen, wurden schwarze Sklaven weiterhin in großer Zahl in die Kolonien gebracht. Ihre Zahl übertraf schon 1553 die der Spanier und wuchs bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts, ihre Nachkommen mitgezählt, auf über 140.000 an.⁴⁰ Der Besitz von Schwarzen galt sowohl in Spanien als auch in den Kolonien als Statussymbol, sie wurden daher bevorzugt in den Haushalten eingesetzt und nicht oder in nur geringem Maße, wie zunächst auch von den Mönchen intendiert, als Ersatz für Indígenas. Selbst in den Klöstern übertraf oftmals die Anzahl der schwarzen Arbeiterinnen die der Nonnen.

Durch die Zentralisierungsbestrebungen der Krone entstand eine neue bürokratische Elite, die die ehemaligen Konquistadoren und deren Söhne ablöste. An oberster Stelle der sozialen Hierarchie standen nun die »españoles peninsulares«, Bürokraten und Funktionäre, die direkt aus Spanien geschickt wurden und die ihre öffentlichen Posten nur auf Zeit bekleideten. Ihnen folgten die »criollos« oder »españoles americanos«, also diejenigen Weißen, die bereits auf dem amerikanischen Kontinent geboren waren. Die Zurückstufung der Kreolen basierte auf der Politik, die Schlüssellpositionen der Verwaltung des Weltreiches mit loyalen, da durch keine familiären oder sozialen Beziehungen zum Herrschaftsbereich verbundenen Beamten zu besetzen. Es war auch der Versuch die großen Besitztümer, die *señoríos*, zu vermeiden, die die Krone in Spanien tolerieren mußte und in diesem institutionellen Sinne einen »modernen« Staat zu schaffen.⁴¹ Zudem kam hier eine Blickweise zum Tragen, die soziale, kulturelle und ethnische Unterschiede zwischen »peninsulares« und Kreolen zur Grundlage hatte. Die rassistisch geprägte Politik basierte auf der Annahme, daß die Kreolen nicht mehr »reinen Blutes« und daher illoyal und inkompetent seien. Diese »Blutreinheitsdebatte« war in Spanien nach der »Reconquista« entstanden und führte zu dem Dekret von Toledo, daß niemand ein öffentliches Amt übernehmen könne ohne ein Zertifikat, dass eine »einwandfreie« Ahnenreihe, heißt ohne maurische oder jüdische Vorfahren, bestätigte. Diese Praxis wurde in den Kolonien fortgesetzt, wobei zusätzlich der Nachweis einer nicht indigenen Ahnenreihe erforderlich wurde. Die sozialen und kulturellen Unterschiede rührten aus der Blickweise der peninsularen Spanier aus dieser ethnischen Diversifizierung her. Die Kreolen ihrerseits bestanden auf einer Gleichstellung und verlangten eine gerechtere Verteilung der

40 Vgl. Gonzalo Aguirre Beltrán, *The slave trade in Mexico*, Mexiko 1944, S. 415 sowie Beltrán, 1972, op.cit., S. 213-21.

41 Vgl. François-Xavier Guerra, *Modernidad e independencias. Ensayos sobre las revoluciones hispánicas*, Mexiko 1992, S. 67.

administrativen und klerikalen Ämter, da dies auch die Kontrolle über die Indígenas und über die ökonomische Entwicklung beinhaltete.

Die nächste Hierarchiestufe war im festgefügt System des Vizekönigreichs den »Indios« vorbehalten, gesetzt den Fall sie lebten in ihren Gemeinschaften. Ausnahme bildete die indigene Oberschicht, die zu den Kreolen gezählt wurde, gegen Ende der Kolonialzeit aber nicht mehr klar identifizierbar war. »Castas«, diejenigen, die unter keinen der Begriffe subsumierbar waren, konnten sowohl Indígenas als auch Schwarze sowie Mestizen sein. Innerhalb dieser Gruppe kam es zu erheblichen sozioökonomischen Differenzierungen, sie war keineswegs homogen. Daher ist es auch schwierig sie in das koloniale System über einen Klassenbegriff einzuordnen. Auch wenn die Gruppe der »castas« seit Mitte des 16. Jahrhunderts numerisch die bevölkerungsstärkste neben den Indígenas wurde, waren sie das über geschriebenes und ungeschriebenes Gesetz am meisten benachteiligte und diskriminierte Bevölkerungssegment.⁴² Sie konnten nicht wie die Indígenas besondere Privilegien in Anspruch nehmen. Trotzdem war es ihnen möglich, vom ökonomischen Standpunkt aus gesehen, Teile der Mittelschicht zu repräsentieren. Wenn in der Kolonialzeit überhaupt von einem Zusammenhang von Klasse und Ethnie gesprochen werden kann, dann korrelierten diese in besonderem Maße in den oberen und unteren »Klassen«, die privilegierten Weißen einerseits und die Masse der marginalisierten Indígenas andererseits.⁴³

Während der gesamten Kolonialzeit gab es immer wieder Berichte über Erhebungen, Verschwörungen und Rebellionen, neben einer Verhaltensweise, die sich nicht immer an christliche Glaubensinhalte hielt und die hispanische Bevölkerung in Aufruhr versetzte. Um Aufständen von Schwarzen vorzubeugen, erging Anfang des 17. Jahrhunderts eine Vielzahl von Verordnungen, die sowohl Sklaven, als auch freie Schwarze betrafen. Es war ihnen untersagt Waffen zu tragen, sich zu versammeln (schon 3 Schwarze galten als Versammlung) und es wurde eine Ausgangssperre von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang verhängt. Alle schwarzen Bruderschaften wurden aufgelöst sowie die Anordnungen die Kleidung schwarzer Frauen betreffend, sie war den Autoritäten zu ostentativ, verschärft.⁴⁴ Letzteres beleuchtet auch den Umstand, daß Schwarze, insbesondere Frauen, in den Augen der Staatsvertreter als unmoralisch und lasterhaft galten. Dies war vermutlich der Tatsache ge-

42 Vgl. Enrique Florescano, *Etnia, estado y nación. Ensayo sobre las identidades colectivas en México*, Mexiko 1997, S. 211 ; zu den verschiedenen Etnien in der Kolonialzeit vgl. auch Magnus Mörner, *La mezcla de razas en la historia de América Latina*, Buenos Aires 1969; Jonathan I. Israel, 1975, op. cit.; Gonzalo Aguirre Beltrán, 1972, op. cit.

43 Vgl. Sylvia Marina Arrom, 1988, op. cit., S. 127.

44 Vgl. Jonathan I. Israel, 1975, op. cit., S. 70f.

schuldet, daß viele dieser Frauen ihren Lebensunterhalt durch Prostitution oder als Mätresse bestritten. Die Prostitution war zwar seit Beginn der Kolonialzeit als »mal necesario«, als notwendiges Übel⁴⁵, toleriert, führte aber immer wieder zu Beschwerden »rechtschaffener« Christen. Die Empörung galt dabei oftmals nicht der Prostitution an sich, sondern der als Dreistigkeit empfundenen öffentlichen Zurschaustellung durch prunkvolle Kleidung und der Selbstverständlichkeit mit der sich diese Frauen im öffentlichen Raum bewegten.⁴⁶

Die zahlreichen Ordenanzen und die Inquisitionsprotokolle belegen aber auch ein oftmals von der Norm abweichendes Verhalten und geben einen Einblick in die Widersprüche und Grenzüberschreitungen des alltäglichen Lebens. So entsteht das barroke Bild einer Gesellschaft, die zwischen Rigorismus und Libertinage, zwischen Pessimismus und Sinnlichkeit, Askese und Erotik, fluktuierte.⁴⁷

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts begann, angestoßen durch die Modernisierungsideen der Aufklärung, eine neue Wahrnehmung von Staat und Gesellschaft die Politik der spanischen Krone zu prägen. Eine wesentliche Transformation stellte die Ablösung der Vorstellung eines mit der Kirche eng verwobenen Staates, basierend auf religiösen Moral- und Wertvorstellungen, durch den laizistischen Staat, der sich über die Prinzipien einer aufgeklärten Moderne definieren wollte. Dieser neu konzipierte Staat sollte weltliche Ziele verfolgen und den wirtschaftlichen, technischen, wissenschaftlichen und kulturellen Fortschritt fördern.⁴⁸ Dies beinhaltete auch den »Kampf« gegen Obskurantismus und Aberglaube, wie die spezifische Religiösität breiter Volksschichten, insbesondere der Indígenas, reinterpretiert wurde. Hinter der Neuregelung der religiösen Praktiken und der damit verbundenen Feste, stand die Absicht den öffentlichen Raum neu zu gestalten. Zahlreiche Prozessionen, die meist einen karnevalesken Charakter hatten und von verschiedenartigsten Verkleidungen beider Geschlechter geprägt waren, wurden ebenso verboten wie der Aufenthalt von Bettlern, fliegenden HändlerInnen und Prostituierten, die das Straßenbild beherrschten.⁴⁹ Den expressiven und sinnlichen Formen der populären Religiösität setzten die Reformen eine verhaltene Frömmigkeit entgegen, der jegliche sexuelle und barocke Exzesse fehlen sollte. Die Unterdrückung der Bräuche, der Feste, der teatralischen Representationen und der Tänze seitens der Regierung,

45 Julia Tuñón, 1987, op. cit, S. 60.

46 Vgl. Josefina Muriel, *Los recogimientos de mujeres. Respuesta a una problemática social novohispana*, Mexiko 1974, S. 19f.

47 Vgl. Octavio Paz, *Sor Juana Inés de la Cruz o las trampas de la fe*, Mexiko 1982

48 Vgl. François-Xavier Guerra, *Modernidad e independencias. Ensayos sobre las revoluciones hispánicas*, Mexiko 1992

49 Vgl. Enrique Florescano, 1996, op. cit., S. 308ff.

führte zu einer Privatisierung des Religiösen, zu ihrer Verlagerung in familiäre Räume. Die intendierte Modernisierung auf wissenschaftlichen und kulturellen Gebieten beinhaltete gleichzeitig den Ausschluß großer Bevölkerungsteile und insbesondere der Frauen aus dem öffentlichen Raum.

Mit der veränderten Öffentlichkeit ging auch eine neue familienpolitische Konzeption einher. Der spanische König Carlos III. erließ 1776 die »Pragmática-Sanción«, mit dem erklärten Ziel die ethnische Trennung wieder herzustellen, indem »ungleiche Ehen« untersagt wurden. In Spanien bedeutete der Begriff ungleich ursprünglich ökonomische oder ständisch bezogene Ungleichheit, in der »Neuen Welt« hingegen war damit gleichzeitig die ethnische Ungleichheit gemeint.⁵⁰ Die Ehe zwischen »Ungleichen« stellte nach Meinung der Autoritäten »schwerste Beschädigungen und Beleidigungen Gottes« dar und führte demzufolge zu »Störung der Staatsordnung sowie fortwährende Uneinigkeit und Schaden in der Familie.«⁵¹ Kernstück des neuen Gesetzes war jedoch die Stärkung der »patria potestad« der Väter innerhalb der Familie und hatte unter anderem zur Folge, daß eine Heirat nur noch mit Erlaubnis des Vaters vollzogen werden konnte. Durch die Befruchtung der Familie mit staatstragenden Funktionen wurde die Konzeption von Ehe und Familie als Mittel zur Aufrechterhaltung der Hierarchisierung nochmals verdeutlicht.⁵² Die neuen Heiratsvorschriften bedeuteten im Hinblick auf ihre ethnischen Komponenten wenn überhaupt nur für weiße Frauen eine größere Einschränkung, da sie aufgrund des für sie anders geltenden Moralkodex eher Beziehungen eingingen die durch Heirat legitimiert waren. Die wenigen weißen Frauen unterstanden einem besonderen »Schutz« und damit der Kontrolle seitens der Kirche und des Staates und mußten sich stärker als ihre nicht-weißen Geschlechtsgenossinnen an die für sie vorgegebenen Verhaltensrichtlinien halten. Männer waren in der Lage, unerlaubte Beziehungen zu Frauen anderer Ethnien beizubehalten, ohne juristische Konsequenzen befürchten zu müssen.⁵³ Die zentrale Bedeutung dieses Gesetzes liegt nicht nur in der Festschreibung der ethnischen Ungleichheit und in der darin manifestierten Befürchtung der Staatsauflösung durch Nivellierung, sondern auch in der Intervention des Staates in Bereiche die vormals der Kirche vorbehalten waren – die Kontrolle

50 Vgl. Patricia Seed, *Amar, honrar y obedecer en el México colonial. Conflictos en torno a la elección matrimonial*, Mexiko 1991.

51 Übersetzung der Ver., im spanischen Original: »[...] gravísimos daños y ofensas a Dios, resultan la turbación del buen orden del estado y continuadas discordias y perjuicios de las Familias«. Patricia Seed, *ibid.*, S. 253.

52 Vgl. Silvia Marina Arrom, 1988, *op.cit.*, S. 183.

53 Vgl. Asunción Lavrin, 1985, *op.cit.* S. 45.

der Familie – und der gleichzeitigen Delegierung der Aufrechterhaltung dieser Kontrolle an die Familienväter.

Die Ausbeutung und Kontrolle der indigenen Bevölkerung erforderte die Schaffung einer großangelegten technischen und politischen Organisation, die von Mexiko-Stadt ausgehend über die Bildung urbaner Zentren in den Provinzen, die Tributeistung und die produktive Nutzung des Territoriums gewährleistete. Im Fall von Mexiko begann eine an der Neuzeit stehende Staatlichkeit mit der Eroberung Mesoamerikas durch die Spanier und des daraus resultierenden Zusammenbruchs des aztekischen Imperiums. Die Entstehung des Vizekönigreichs ging einher mit der Vernichtung der vormaligen politischen, symbolischen und kulturellen Ordnung und der Implementierung einer neuen. Dieser neuen Ordnung lag ein Modernisierungsprozeß zu Grunde, in dem die Herrschaftsverhältnisse Geschlecht und Ethnie gleichsam auf der Folie verschiedener Diskurse und Politiken reformuliert wurden

Die administrative und steuerliche Zentralisierung, die juristische Vereinheitlichung und die Entwicklung von Konkurrenz zu Komplementarität von Kirche und Staat, als Folge der borbonischen Reformen, schufen schrittweise die Elemente eines Nationalstaats. Dem vorangegangen war bereits die Schaffung der Institutionen Grenze, Territorium und nicht zu vergessen, einer Staatssprache, die zu einer »Nationalisierung« eines Teils der Gesellschaft führten. Der sich vom Mutterland Spanien different wahrnehmende kreolische Nationalismus kulminierte in der Unabhängigkeitsbewegung und führte in einem neueren Modernisierungsprozeß zur Herausbildung eines von Spanien unabhängigen Nationalstaates.

3.3 Nationalstaat und nationale Identitäten im 19. Jahrhundert

Nach der Unabhängigkeit von Spanien vertrat der mexikanische Staat aufgrund seiner großen territorialen Ausdehnung durchaus hegemoniale Ansprüche – zumindest was die spanischsprachigen Staaten betraf.⁵⁴ Doch sowohl interne als auch externe Schwierigkeiten ließen diese bald in den Hintergrund treten. Nach dem Sturz des selbsternannten »Imperators« Iturbide im Jahre 1823 spalteten sich Costa Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua und El Salvador als »Provincias Unidas de Centroamérica« von Mexiko ab. Desweiteren entzog die Nichtanerkennung Mexikos von Seiten Spaniens, des Vatikans und der Heiligen Allianz den rechtlichen Rahmen, der die Übergriffe der großen Handelsmächte hätte begrenzen können, und zwang die mexikanische Regierung, die ohnehin

54 Vgl. Martin C. Needler, *Mexican Politics. The containment of conflict*, New York/London 1990, S. 116f.

knappen Ressourcen in die Aufrüstung zu investieren. Das ökonomische Ausbluten hatte bereits unter spanischer Herrschaft mit dem verstärkten Abziehen von Kapital ab 1804 begonnen. Hinzu kam die Kapitalflucht aufgrund der instabilen Situation durch die kriegerische Auseinandersetzung und die anschließende Unabhängigkeit. Der Unabhängigkeitskrieg hatte die landwirtschaftliche Produktion auf die Hälfte und die Minenausbeute auf ein Drittel reduziert sowie Industrie und Handel fast zum Erliegen gebracht. Die enormen Schulden und die katastrophale ökonomische Situation brachten die Regierung zudem dazu, Handelsverträge mit Großbritannien und Frankreich abzuschließen, die extrem ungleichgewichtig waren.⁵⁵ Neben den ständigen internen Machtkämpfen zwischen »Liberalen« und »Konservativen« bzw. Föderalisten und Zentralisten um die Vorherrschaft im Staat, den zahlreichen Rebellionen und Aufständen zwischen 1821 und 1861 gab es 56 verschiedene Regierungen; und ab 1828 schaffte es kein Präsident, seine Mandatszeit zu komplettieren.⁵⁶

Der neue Staat sah sich außerdem in den ersten Jahrzehnten seiner Existenz mehreren Invasionen ausgesetzt. Beginnend mit der Invasion spanischer Truppen 1829, die noch zugunsten Mexikos entschieden werden konnte, über den »Sezessionskrieg« von Texas, das sich mit Unterstützung der USA 1836 von Mexiko abspaltete und 1845 in die Union aufgenommen wurde. 1838 versuchten französische Truppen nach einer Kriegserklärung im Hafen von Veracruz zu landen, um den Forderungen französischer Bürger auf Ausgleichszahlungen wegen angeblich erlittener Verluste Ausdruck zu verleihen. Angebliche Beeinträchtigungen und erlittene Schäden von US-amerikanischen Bürgern waren auch der Hintergrund der Kriegserklärung der USA von 1846. Dieser Krieg »bescherte« den USA 1848 den Zugewinn und Mexiko den Verlust von ca. 2,5 Millionen km², also der Hälfte des mexikanischen Territoriums.⁵⁷ Während des Krieges war es den Föderalisten gelungen, mittels einer Rebellion die Verfassung von 1824 wieder einzuführen, die unter dem Diktator Santa Ana 1853 jedoch wieder außer Kraft gesetzt wurde. Dieser wurde zwar 1855 aus Mexiko verbannt, den Konservativen gelang es aber 1858, die Macht zu übernehmen, so daß Benito Juárez – zum Verlassen der Hauptstadt gezwungen – eine Gegenregierung aufstellte und der Bürgerkrieg, die »Guerra de Reforma«, offen ausbrach. Nach dreijährigem Krieg gelang es zwar den Liberalen zu siegen, die europäischen Mächte nutzten aber das Machtvakuum und inthronisierten auf Wunsch der Konservativen den Habsburger Erzherzog Maximilian als mexikanischen Kaiser,

55 Vgl. Josefina Zoraida Vázquez, *Los primeros tropiezos*, in: Historia general de México, Bd. 2, Mexiko 1988, S. 735-818.

56 Vgl. Francisco Entrena Durán, 1995, op. cit.

57 Vgl. Josefina Zoraida Vázquez, 1988, op. cit.

wodurch der Krieg, auch aufgrund der französischen Intervention von 1862, bis 1867 verlängert wurde und schließlich mit der Hinrichtung Maximilians und der Reinstallierung der Regierung von Benito Juárez endete.⁵⁸

Aufgrund der ökonomischen und politischen Krisen, die einen Mangel an Staatlichkeit sichtbar werden ließen, sah die politische Elite ihre zentrale Aufgabe in der Bildung einer nationalen Einheit. Diese sollte in der Folge ein spezifisches Kräfteverhältnisses darstellen, in das die Praktiken und Identitäten des Nationalen und der Rasse sowie die der Geschlechterordnung eingeschrieben waren: Darüber wurde die supraethnische Kategorie des »indio« und das Männliche als staatlich-öffentlich konstitutiv. Waren während der kolonialen Epoche »Neue Welt« und »Alte Welt« synchronisch verstanden worden, in einer Art Parallelkonzeption, so ging es den Unabhängigkeitsbestrebungen um eine Reorganisation der Verteilung von Herrschaft. Es handelte sich um einen Metropolentransfer von einem europäischen in ein amerikanisches bzw. mexikanisches Zentrum. Die alte Welt wurde nicht besiegt oder zerstört, sondern zur Vergleichbarkeit erhalten. Dies führte zu einer Form des Nationalismus in genealogischen Termini, also als Ausdruck von Tradition und geschichtlicher Kontinuität.⁵⁹ Die Unabhängigkeit und die Anerkennung der Souveränität verwandelte sich in ein »Erbe«, und als solches schuf es Raum für einen genealogischen Diskurs, für eine »Familiengeschichte«. Damit eng verbunden war die Entstehung der Mestizofilie und eines Indigenismus, der sich nicht auf die konkrete Realität der marginalisierten Indígenas beziehen musste. Diese waren kein Teil des nationalen Projektes, das die Schaffung einer fiktiven Ethnizität aus einem Bezug zur glorreichen Vergangenheit des aztekischen Imperiums mit einem gleichzeitig radikalen Bruch der jüngeren Vergangenheit intendierte. Diese fiktive Ethnizität schuf den Mestizo als Dreh- und Angelpunkt der »amerikanischen Geschichte«, die realen indigenen Gemeinschaften wurden als Hindernis für die Modernisierung angesehen und es galt diese zu assimilieren, in der Homogenität der fiktiven Ethnizität zum Verschwinden zu bringen. Der Diskurs der Familiengeschichte hatte nicht nur die Konstruktion eines über Pseudo-Verwandschaft sich wahrnehmen sollendes »Volk«, sondern auch eine Kodifizierung der Familie zur Folge. Das Gegenstück der Identifikation einer nationalen Gemeinschaft mit einer symbolischen Verwandschaft war die »Nationalisierung« der Familie. Der mit dem Nationalismus eng verbundene familienbezogene Diskurs hatte die Herausbildung des Privatlebens und gleichzeitig die

58 Vgl. Francisco Entrena Durán, 1995, op. cit., S. 67f.

59 Vgl. Benedict Anderson, *El efecto tranquilizador del fratricidio: O de cómo las naciones imaginan sus genealogías*, in: Cecilia Noriega Elio (Hg.), *El nacionalismo en México*, Mexiko 1992, S. 99f.

Herausbildung von Familienpolitik zur Folge. Letztere führte dazu, daß sich im öffentlichen Raum neue bevölkerungspolitische Vorstellungen entwickeln konnten.⁶⁰

War während der Kolonialzeit bereits damit begonnen worden, Frauen verstärkt in den Arbeitsmarkt zu integrieren und später ihre Kollaboration in politischen Kämpfen zu gewinnen, so wurde im unabhängigen Staat wieder Abstand davon genommen, was zu einer Demobilisierung der Frauen führte. (In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts erschien keine einzige Biographie mehr über die »Heldinnen« der Unabhängigkeit.) Galt für die Indígenas Gleichheit nur unter dem Verzicht auf Differenz, so wurde für die Frauen die Differenz mit dem Verzicht auf staatsbürgerliche Gleichheit postuliert und ein Betätigungsfeld einzig im Rahmen der Familie zugestanden. Teil dieser Familiengeschichte war also ebenso eine spezifische Konstruktion der Geschlechterordnung, die den Frauen eine Integration in den Nationalstaat nur über ihren Status als Mütter zuwies und die Familie mit staatsbürgerlicher Funktion befrachtete, die die Bildung und Reproduktion der fiktiven Ethnizität und des nationalen Bewußtseins beinhaltete.

Die bereits unter den Bourbonen beginnende Trennung zwischen Kirche und Staat, die mit den Leyes de Reforma unter Benito Juárez im unabhängigen Mexiko endgültig vollzogen wurde, markierte auch die Übernahme seitens des Staates aller die Familie betreffenden Belange. Mit der 'Ley del registro civil' (Zivilregistergesetz) von 1857 ging die bisher von der Kirche übernommene Aufgabe der Registrierung von Geburten, Eheschließungen und Todesfällen in staatliche Hände über. Ab diesem Zeitpunkt wurde die Ehe nur dann rechtlich anerkannt, wenn sie vor einer zivilen Instanz geschlossen wurde.

Das 19. Jahrhundert und insbesondere die Regierungszeit von Porfirio Díaz (1880-1910) war durch die Machkonzentration auf einige wenige zur politischen und ökonomischen Elite Gehörende gekennzeichnet. Der öffentliche Raum wurde von dieser Minderheit kontrolliert, die zu meist über ein Herrschaftsnetz der 'guten Familien' miteinander verbunden waren und deren Interessen daher oftmals als Familienangelegenheiten verhandelt wurden. Daneben wurde die Familie als die Grundlage des Staates überhaupt postuliert und rechtlich definiert. Hinter den Reformen des Zivilrechts von 1870 und 1884 steht auch der Versuch, staatliche Kontrolle auf den privaten Bereich auszudehnen und die männlichen Loyalitäten stärker an den Staat zu binden. In diesen Reformen wurden die persönlichen Rechte der Frauen bei Eintritt in den Ehestand beschnitten. Sie verloren das Recht, Verträge abzuschließen, einen Prozeß zu führen, ihren Besitz zu veräußern und vor Gericht auszusagen. Im Gegensatz zum kirchlichen Recht wurde auch Ehebruch unter-

60 Vgl. Etienne Balibar, 1992, op. cit., S. 124.

schiedlich bewertet. Im Falle der Ehefrau war Ehebruch immer Grund für die Auflösung der Ehe, im Falle des Ehemannes nur dann, wenn der Ehebruch innerhalb des eigenen Hauses begangen wurde oder wenn die Geliebte die Ehefrau misshandelte.⁶¹ Obwohl die Ehe in der »Ley del matrimonio como contrato civil« von 1859 als zivilrechtlicher Vertrag, den zwei Individuen in ihrem freien Willen schließen, angesehen wurde, war eine Scheidung nicht möglich. Nur die Trennung bei Aufrechterhaltung der Versorgungsverpflichtungen war möglich, was eine Wiederheirat ausschloß. Damit wurde das kirchliche Recht in diesem Fall übernommen.⁶² Diese Gesetzgebung war eine Verstärkung des allgemeinen Geschlechterdiskurses, der Frauen eine untergeordnete, ja unterwürfige Rolle zusprach und darüberhinaus weibliches Verhalten mit einem Desinteresse an politischem Denken und Handeln gleichsetzte.⁶³ Bereits vor der Unabhängigkeit begann sich unter den aufgeklärten Regierenden ein Denken durchzusetzen, das ein differenziertes Bevölkerungswachstum in einen Zusammenhang mit Fortschritt stellte. Besonders alarmierend erschien den Intellektuellen der Zeit der Jahrhundertwende zum 19. Jahrhundert die Tatsache, daß gerade Frauen der akkomodierten Klassen in nicht geringer Zahl die Ehelosigkeit der Ehe und Familie vorzogen. Die Schärfe der Angriffe gegen nichtverheiratete Frauen nahm nach der Unabhängigkeit und der Bildung des Nationalstaates noch zu. Die Verbindung von Bevölkerungswachstum und nationaler Sicherheit wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einem zentralen Topos, der den Frauen darüber einzig die häusliche Sphäre als Betätigungsfeld zuwies.⁶⁴ Die Notwendigkeit, angesichts der mangelnden Staatlichkeit und Regierbarkeit eine Nation zu bilden, beinhaltete auch neue Konzeptionalisierungen der Mütterlichkeit, die nun den Müttern entscheidende Aufgaben im Bereich der Sozialisation der Kinder oder vielmehr der Söhne zu republikanischen Staatsbürgern zuwies und zudem über ihre Körper den Prozeß der nationalen Vereinigung vollbringen sollte.

Der Prozeß der nationalen Vereinigung implizierte konkret auch die Assimilation der indigenen Gemeinschaften. Eine der am weitesten diffundierten Ansätze, dies zu vollbringen, sah im »Mestizo« die Synthese der mexikanischen Nation. Unter der Optik von evolutionistischen Theorien eines Darwins, Haeckels, Spencers und Comtes konstruierten die Intellektuellen und Científicos, wie sie sich nannten, die Figur des

61 Vgl. Código Civil Art. 241-242 (1879), Código Civil Art. 227-228 (1884).

62 Vgl. Ana Lidia García, *El divorcio en México en la segunda mitad del siglo XIX: un debate ideológico*, Mexiko 1991.

63 Vgl. Carmen Ramos Escandón, *Women and power in Mexico: The forgotten heritage, 1880-1954*, in: Victoria E. Rodríguez, *Women's participation in mexican political life*, Austin 1998, S. 87-103.

64 Vgl. Silvia Marina Arrom, 1988, op. cit., S. 326.

Mestizo als Epitomie der ethnischen und sozialen Mischung Mexikos. Die Mestizos konstituierten »das interessanteste ethnische Element unserer sozialen Zusammensetzung. In ihnen existiert die Einheit des Ursprungs, die Einheit der Religion, die Einheit des Typs, die Einheit der Sprache und die Einheit der Wünsche, Ziele und Aspirationen.«⁶⁵ Das nationale Projekt exkludierte die Indígenas und legte den Grundstein für eine ausschließende Wahrnehmung des Nationalen, in der die indigenen Lebensweisen, Überzeugungen und Sprachen keinen Platz haben sollten. Über die Förderung einer selektiven Einwanderung, einer Vermischung mit den kreolischen und mestizischen Ethnien sowie einer forcierten Assimilation sollten die Indígenas schließlich »geweißt« (blancear) werden. Dieser Ausschluß aus nationalen Konzeptionen führte auch dazu, daß die indigenen Gemeinschaften im Verlauf des 19. Jahrhunderts nahezu ihren gesamten gemeinschaftlichen Besitz verloren.⁶⁶

Teil des porfiristischen Staatsbildungsprojektes war zudem der offene Krieg gegen kollektive Gruppen wie die Yaquis in Sonora oder die Mayas in Yucatán, die sich nicht den Regeln des Nationalstaats unterwerfen und ihre kulturelle Eigenständigkeit behalten wollten.

Die Träger der wahren »Mexikanität«, die Mestizen, sollten über den Ausbau des Schulwesens eine nationale Identität erhalten. Die Schule sollte neben den Museen und den Geschichtsbüchern zur Verbreitung des Nationalismus beitragen. Dieser vertrat die Einheit der nationalen Geschichte, die die prähispanische Epoche mit der Kolonialzeit und der republikanischen Ära in einem historischen Prozeß verschmolz. Die Mexikaner waren diesem Prozeß in der Idee einer nationalen Familie verbunden.

Der nationalistische Diskurs verband die Mestizofilie mit der sekundären Position der Frauen im nationalen Kollektiv. Als Trägerinnen der kollektiven Identität war es ihre Aufgabe, als Mütter die Einheit der nationalen Familie zu bewerkstelligen.⁶⁷

Die Hegemonie des Nationalstaats war während des 19. Jahrhunderts auf die urbanen Zentren beschränkt, was zu einer Koexistenz von »modernem« Zentrum und »prämodernen« Teilen der Gesellschaft führte, die schließlich zum Ausbruch der Revolution in 1910 führte.

65 Andrés Molina Enríquez, *Los grandes problemas nacionales*, Mexiko 1909, S. 378f. (Übersetzung der Verf.).

66 Von den etwa 40% des nationalen Territoriums, die zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit noch in gemeinschaftlichem Besitz waren, blieben bei Ende der Regierungszeit von Díaz 1910 nur 5%; vgl. Enrique Florescano, 1997, op. cit., S. 490.

67 Vgl. Nira Yuval-Davis, *Gender and Nation*, London 1997, S. 60.

3.4 Die Revolution von 1910 als Grundlage der politischen Strukturen und Prozesse

Das heutige Mexiko kann in seinen Strukturen und politischen Entscheidungs- und Handlungsprozessen, die mit der Form und Ausführung des Paradigmenwechsel innerhalb der Bevölkerungspolitik verknüpft sind, als Ergebnis der Revolution von 1910 verstanden werden. Dieses Ergebnis stellt sich sowohl aus der Geschichte dieser Revolution, ihren materiellen Bedingungen, als auch ihrer diskursiven Elemente für die Bedeutung und Legitimierung der politischen Institutionen und einer damit einhergehenden spezifischen Konzeptionalisierung öffentlicher und privater Räume her.

Die mexikanische Revolution am Beginn des 20. Jahrhunderts war sowohl im Verlauf wie in ihrem Charakter durch ihre politische, soziale und regionale Heterogenität geprägt. Die Ursache dieser Revolution lag insbesondere in der autokratischen Herrschaft des Diktators Porfirio Díaz und in den sozialen und politischen Konflikten, die aus dessen Modernisierungspolitiken resultierten, begründet. Die politische Machthäufung in den Händen einer kleinen Führungsclique und die zunehmende Zentralisierung des Staates, die lokale und regionale Autonomien sukzessive abbaute, führte zu Konflikten mit den städtischen Mittelschichten, die ihre Aufstiegschancen und politisches Mitspracherecht beschränkt sahen und mit den einzelnen Teilstaaten, insbesondere der nördlichen. Ein weiteres Konfliktpotential war die staatlich vorangetriebene Modernisierungs- und Industrialisierungspolitik, die sich weitestgehend auf ausländische Kapitalinvestitionen stützte. Diese Investitionen wurden insbesondere in den Bereichen Erdöl, Kommunikation, Energie und Transport, hier vornehmlich im Eisenbahnausbau, getätigt. Es waren die dynamischen Wirtschaftszweige, die auch erhebliche Wachstumsraten verzeichneten, was sich aber nicht in einer Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen des Großteils der Bevölkerung niederschlug.⁶⁸ Eine weitere Folge der Modernisierung war die zunehmende Technisierung und Ausrichtung der Landwirtschaft auf Exportgüter. Durch die sukzessive Abschaffung des Gemeindelandes konnten die Großgrundbesitzer ihre Ländereien in die Bereiche der dörflichen Kleinbauern ausdehnen, was diesen die Existenzgrundlage nahm und sie zudem in ein System der Schuldknechtschaft trieb. Die politische, wirtschaftliche und soziale Heterogenität der gesellschaftlichen Strukturen schlug sich auf den eingangs erwähnten Verlauf und die unterschiedlichen Zielsetzungen der Revolution nieder.

68 Vgl. Cecilia A. Rabell/Marta Mier y Terán, *El decenso de la mortalidad en México de 1940 a 1990*, in: Estudios Demográficos y Urbanos, vol. 1, Nr. 1, Mexiko 1986, S. 39-72.

Der eigentliche Auslöser für die Revolution waren die Präsidentschaftswahlen von 1910, in deren Umfeld sich erstmalig eine starke Oppositionsbewegung unter Francisco I. Madero bildete. In dieser Bewegung sammelten sich zahlreiche unterschiedliche Fraktionen, unter ihnen einige Frauenorganisationen, die in den politischen Umwälzungen die Möglichkeit erkannten, soziale Rechte wie Achtstundentag und Mindestlohn, Frauenrechte wie gleicher Lohn und Mutterschutz und insbesondere das Wahlrecht für Frauen einzufordern und die Madero daher unterstützten.⁶⁹ Nachdem die Wahl aufgrund von Wahlbetrug für Madero verloren war und die Oppositionellen zunehmend staatlicher Repression ausgesetzt waren, brach der bewaffnete Widerstand aus, der besonders den Norden und den Süden des Landes unter der Führung von Francisco 'Pancho' Villa und Emiliano Zapata, erfasste. Die Revolutionsarmeen konnten sich gegen die porfiristische Armee durchsetzen und Díaz zum Rücktritt zwingen. Aus den folgenden Wahlen ging Madero zwar als Präsident hervor wurde jedoch bereits 1913 durch einen Putsch des porfiristischen Generals Victoriano Huerta wieder abgesetzt und anschließend ermordet, was zu erneuten Kämpfen führte. Die Revolutionskoalition gegen Huerta war von Anfang an durch ihre regionale und soziale Heterogenität geprägt. Die Bewegung im Süden unter Zapata, die sich weitestgehendst aus Kleinbauern zusammensetzte, richtete sich gegen die Großgrundbesitzer der Zuckerplantagen sowie der mit ihnen verbundenen politischen Klasse und forderte insbesondere die Wiederherstellung der angestammten freien Dorfgemeinschaften und eine gerechte Landverteilung. Die Zusammensetzung der nördlichen Revolutionsarmeen war wesentlich heterogener und sie hatten daher weniger klar formulierte Zielsetzungen. Villa agierte im Bundestaat Chihuahua in der Tradition des Sozialbanditentums und konnte seine Anhänger über sozialradikale und populistische Forderungen sowie personale und klientelistische Beziehungen an sich binden.⁷⁰ Die postrevolutionäre Zeit am stärksten prägenden Revolutionsgeneräle, Venustiano Carranza und Alvaro Obregón, gingen jedoch aus der im Nordwesten im Bundesstaat Sonora entstandenen Revolutionsarmee hervor. Diese Armee wurde von der bundesstaatlichen Regierung ausgehoben und hatte einen weitaus professionalisierteren Charakter – mit etwa der regelmäßigen Besoldung – als die anderen Revolutionsarmeen, was auch in den weniger an sozialen Reformen orientierten Zielsetzungen zum Ausdruck kam. Einigen dieser Revolutionsgenerälen war vielmehr an der Nutzung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegschancen, die die Revolution bot, gelegen und weniger an einer grundlegenden gesellschaftlichen und sozialen Veränderung.

69 Vgl. Julia Tuñón, 1987, op. cit.

70 Vgl. John Reed, *México Insurgente*, Mexiko 1982.

Die unterschiedlichen politischen Vorstellungen und Zielsetzungen führten schließlich nach dem Sturz Huertas zu einem Bürgerkrieg zwischen 'Konventionalisten' unter Zapata und Villa und 'Konstitutionalisten' unter Carranza und Obregón, aus dem sich die Konstitutionalisten nach der Zerschlagung der Zapatisten und der Ermordung Zapatas als nationale Führungselite etablieren konnten.⁷¹

Die vielschichtige Zusammensetzung der Revolution führte zu einem facettenreichen, sich mitunter widersprechendem Einschluß unterschiedlicher ideologischer Elemente. Die wichtigsten dieser Elemente waren der politische Liberalismus, Arbeits- und Landreform, ökonomischer Nationalismus, Indeginismus und Antiklerikalismus.⁷² Mit unterschiedlicher Gewichtung in die Verfassung von 1917 aufgenommen, wurden diese Elemente in den postrevolutionären Jahrzehnten zu verschiedenen Zeitpunkten wiederbelebt und in spezifische Politiken umgesetzt. Das vielleicht hervorstechendste Merkmal dieser Revolution ist ihr nationaler und pragmatischer Charakter, d.h. sie ist nicht ob ihrer ideologischen Neuerungen bemerkenswert, sondern ob ihrer zumindest teilweise erfolgreichen Implementation von Ideen, die schon bekannt waren. Die praktische Umsetzung dieser Ideen war das Resultat einer sozialen Revolution, die wiederum das Resultat spezifischer sozialer Bedingungen war und nicht so sehr von ideologischen Wahrnehmungen. Die Revolutionsgeneräle brachten sich zwar gegenseitig um, verzichteten aber auf ideologisch bestimmte Schauprozesse und sie versuchten auch nicht ihr revolutionäres Modell in die Welt zu exportieren.⁷³ Dieser Eklektizismus erlaubte es, die Revolution im Rahmen einer nationalen Epik in die Tradition der im 19. Jahrhundert begonnenen Familiengeschichte zu stellen. Geradezu bildhaft wird diese imaginäre Gemeinschaft in der Zusammenstellung nationaler und übrigens immer männlicher Symbolfiguren an Gedenktagen der Revolution. Angefangen bei Cuathémoc, über Cortés stehen so widersprüchliche Figuren wie die padres Hidalgo und Morelos neben den dezidierten Klerusgegnern Juárez und Calles ebenso vereint nebeneinander wie Madero, Zapata; Villa, Obregón und Carranza und nicht zu vergessen Cárdenas. Über die Anknüpfung an nationale Traditionen und den Einschluß unterschiedlicher Diskurse bot die Revolution eine Legitimationsgrundlage für den aus ihr folgenden Staat und der damit verbundenen Regierungen über Jahrzehnte.

71 Vgl. Alan Knight, *The mexican revolution*, Cambridge 1986.

72 Vgl. Alan Knight, *The ideology of the mexican revolution, 1910-1940*, in: Estudios Interdisciplinarios de América Latina y el Caribe, Vol. 8, Nr. 1, 1997, S. 77-111; Knight spricht in diesem Zusammenhang von ideologischen 'Genen' der Revolution, *ibid.*, S. 86ff.

73 *Ibid.*, S. 102.

Obwohl in der Verfassung die Trennung der Staatsgewalten und ein föderatives System festgeschrieben waren, erhielt in der Praxis die Exekutive und mit ihr der Präsident einen überproportionalen Einfluß über alle gesellschaftlichen Sektoren und die politischen Kräfte. Dieser Präsidentialismus wurde durch die Herausbildung einer hegemonialen Partei noch verstärkt. Partei und Staat verschmolzen zu einer Einheit, die es dem jeweiligen Präsidenten erlaubte seinen Nachfolger zu bestimmen und seinen Einfluß auf die Wahl der Gouverneure, der Abgeordneten und der Bürgermeister geltend zu machen.

Basis der über Jahrzehnte währenden Stabilität, in der Form einer Einparteienherrschaft und der Vermeidung größerer sozialer Konflikte, war die von Lázaro Cárdenas (1934-40) geschaffene Grundlage eines Staatsprojektes, dessen Stützpfeiler die korporative Organisation der verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren bildete. Teil des nationalen Projektes war die beschleunigte Fortführung der verfassungsrechtlich festgelegten Landreform, ein ambitioniertes sozialistisch geprägtes Bildungsprogramm, eine vom Staat gelenkte Industrialisierung und die Vorstellung von einem dem Staat untergeordneten Kapitalismus. Die politische Legitimierung erwuchs aus der Allianz zwischen Politikern und Intellektuellen, der mexikanischen Intelligencia, die auch die aus der Revolution hervorgegangenen Militärs mit ihren Vorstellungen und Ideen miteinbezog, der Bauernschaft und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.⁷⁴ Cárdenas reorganisierte die von Calles 1929 geschaffene Partei 'Partido Nacional Revolucionario' (PNR) und stellte über eine Umbenennung in 'Partido de la Revolución Mexicana' (PRM) 1938 wieder einen direkten Bezug zur Revolution und deren Modernisierungsversprechen her. Dies beinhaltete eine forcierte Landverteilung, zwischen 1935 und 1940 wurde doppelt soviel Land verteilt wie in den 20 Jahren davor⁷⁵, die Bildung kollektiver 'Ejidos' und die Schaffung eines Agrarkreditsystems. Daneben wurde ein Sozialversicherungssystem geschaffen und das staatliche Schulwesen erheblich ausgebaut. Die Verstaatlichung der Erdölindustrie 1938 vollendete schließlich die in Artikel 27 der Verfassung festgelgte Souveränität über Grund und Boden und lieferte den entscheidenden Antrieb für die Industrialisierung und Modernisierung. War es Calles mit der Gründung der Partei gelungen die Konflikte und Spannungen zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Revolutionsführern, Kaziken und Staat einigermaßen zu befrieden und unter der Konzeption der 'Familia Revolucionaria', der 'Revolutionären Familie' zu vereinen, so war Cárdenas in der Lage mit seiner Politik zusätzlich die Interessen der Landbevölkerung und der Industriearbeiter zu integrieren und den PRM

74 Vgl. u.a. Adolfo Gilly, *Nuestra caída en la modernidad*, Mexiko 1988, S. 144ff.

75 Vgl. Hans Werner Tobler, *Mexiko auf dem Weg ins 20. Jahrhundert. Die Revolution und die Folgen*, Frankfurt/M. 1992, S. 27.

zu einer paternalistisch konzipierten und auf der Idee einer Volksfront basierenden Staatspartei auszubauen.⁷⁶

Merkmal der Neuorganisation der Herrschaftsstruktur war die Integration der unterschiedlichen Interessenverbände in die ihnen entsprechenden Parteisektoren. Die Bauern wurden in einzelnen Bauernligen organisiert, die wiederum von der ‘Confederación Nacional Campesina’(CNC), der Nationalen Bauernföderation, unterstanden und diese innerhalb der Partei den ‘Sector Campesino’, den Bauernsektor, repräsentierten. Der nationale Dachverband ‘Confederación de Trabajadores de México’(CTM), dem mehrere tausend Einzelgewerkschaften untergeordnet waren, repräsentierte den ‘Sector Obrero’, den Arbeitersektor. Die städtischen Mittelschichten und Staatsangestellten wurden über den ‘Sector Popular’ integriert, der dann später über die von Präsident Avila Camacho (1940-46) als Gegengewicht zum konservativ-katholischen ‘Partido de Acción Nacional’ (PAN) gegründeten ‘Confederación de Organizaciones Populares’ (CNOP) repräsentiert wurde. Daneben gab es noch den ‘Sector Militar’, der jedoch unter der Präsidentschaft von Avila Camacho aufgelöst wurde. Aufgabe der Sektoren war es als Interessensvertreter der Bevölkerung politische Anliegen zu formulieren und zu koordinieren und die Verbindung zwischen Staat und Bevölkerung herzustellen.⁷⁷ Diese über die Partei strukturierte Interessenrepräsentation sicherte die politische Vorherrschaft über Jahrzehnte, da sie immer wieder in der Lage war divergierende und oppositionelle gesellschaftliche Gruppierungen zu kooptieren und zu integrieren.

Neben der korporatistisch über Klientelismusstrukturen organisierten Basis, die auch zu Akklamationszwecken herangezogen wurde, zementierte Cárdenas gleichzeitig den starken Präsidentialismus, der dem jeweilig amtierenden Präsidenten die quasi absolute Handlungs- und Strukturierungsmacht während seiner sechsjährigen Amtsperiode ermöglicht.

Auf der Grundlage dieser gesellschaftlichen und politischen Kontrollmechanismen konnten die nachfolgenden Präsidenten die Industrialisierung vorantreiben und zugleich die daraus resultierenden destabilisierenden Effekte auf ein Minimum beschränken.

Mit dem Ende des 2. Weltkrieges und dem Einsetzen des ‘Kalten Krieges’ erfolgte eine erneute Umstrukturierung der Partei. Im Januar 1946 wurde der PRM, da seine historische Mission als erfolgreich abgeschlossen betrachtet wurde, aufgelöst und der ‘Partido Revolucionario Institucional’ (PRI) gegründet. Der neue Name implizierte einen radikalen Wandel in der Zielsetzung der Partei und in der Interpretation der mexikanischen Revolution. War diese bis dahin als ein noch andauernder

76 Vgl. Luis Medina Peña, *Hacia un nuevo estado. México 1920-1993*, Mexiko 1994.

77 Vgl. Christian Suter, *Gute und schlechte Regimes. Staat und Politik Lateinamerikas zwischen globaler Ökonomie und nationaler Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1999, S. 298ff.

Prozeß wahrgenommen worden, so wurde die Revolution nun als institutionell erreichte konzeptionalisiert.

»Der PRI erklärt, daß die Ideale der mexikanischen Revolution sich in den Institutionen kristallisiert haben, die den integralen Bestandteil des nationalen Daseins bilden, da sie im öffentlichen Bewußtsein verwurzelt sind und daß diese Institutionen erhalten und perfektioniert werden müssen.«⁷⁸

Diese neue Konzeptualisierung war zum einen dem Verhindern eines Wiedererstarkens des Cardenismus geschuldet. Die Volksfront zur Schaffung einer nationalen Einheit wurde für obsolet und der Klassenkampf für beendet erklärt, was auch zum Ausschluß der Kommunisten aus der Partei führte. Zum anderen war sie die Antwort auf die neuen außenpolitischen Gegebenheiten und Resultat des Erstarken des rechten Parteiflügels unter dem damaligen Präsidenten Miguel Alemán (1946-52). Die in den Institutionen verewigte Revolution wurde innerhalb der politischen Klasse fast zu einem Dogma und die folgenden Regierungen, die sich zunehmend aus Akademikern und Technokraten zusammensetzten, vertraten und vermittelten den Anschein eines nahezu perfekten politischen Systems.⁷⁹

Die grundlegende Wirkung der Revolution von 1910 kann in den in ihrer Folge sich herausbildenden Strukturen gesehen werden. Abgesehen von der Machtsicherung der revolutionären Elite, sahen die Revolutionäre wie ihre Vorgänger unter Porfirio Díaz ihre primäre Aufgabe in der Bildung eines Nationalstaates. Das Modernisierungsversprechen des national-revolutionären Projektes lag in der Konzeptionalisierung des Staates als Motor sozialer Gerechtigkeit. Dies beinhaltete die Konstruktion eines Staatsgefüges, das den Staat zum Epizentrum der Gesellschaft erhob. Über seinen Apparat der formalen offiziellierten Representation legte der Staat die Richtlinien für politisches Verhalten fest und bot den einzig legitimierten Raum zum Ausdruck von Forderungen.⁸⁰ In der Rolle als Motor sozialer Gerechtigkeit wurde dabei dem Staat die Aufga-

78 Punkt 3 der Deklaration der Prinzipien des PRI: »El PRI declara que los ideales de la Revolución mexicana han ido cristalizando en instituciones que forman ya parte integrante de la vida nacional, porque han enraizado en la conciencia pública, y que tales instituciones deben mantenerse y perfeccionarse.« Als im öffentlichen Bewußtsein verwurzelte Institutionen galten: der 'Ejido', das Recht auf gewerkschaftliche Organisation, das Streikrecht, die Sozialversicherung, das Recht der Nation auf Besitz und Ausbeutung des Bodens, das Recht des Staates den Bildungsbereich zu leiten, Ausdruck- und Gedankenfreiheit, Assoziierungsfreiheit, Glaubensfreiheit sowie die politischen und ökonomischen Freiheiten.

79 Vgl. Luis Medina Peña, 1994 op. cit., S. 160f.

80 Vgl. Christian Suter, 1999, op. cit., S. 291ff.

be eines Schiedsrichters zgedacht. In dieser interventionistischen Konzeptionalisierung ging es nicht so sehr darum, Gleichheit für alle zu schaffen, sondern soziale Ungleichgewichte zu korregieren und die 'Schwachen' vor zu exzessiver Macht zu beschützen. Dieser Interventionismus beinhaltete einen Eingriff in die Herrschaftsbeziehungen zwischen den Geschlechtern, den Ethnien und den Klassen aus der Perspektive eines paternalistisch agierenden Staates, jedoch auf der Basis einer Reformulierung und nicht einer Aufhebung der Herrschaftsordnungen. War bereits das 19. Jahrhundert durch einen Mangel an Staatlichkeit und den beständigen Versuch, diese herzustellen, gekennzeichnet, so hatte der Bürgerkrieg zu einer weiteren Erodierung von Staatlichkeit geführt. Staatliches Handeln als Intervention in die unterschiedlichen Herrschaftsbeziehungen und auf der Grundlage der verschiedenen ideologischen Elemente, sollte diese Staatlichkeit herstellen und sie ausbauen und zugleich einen neuen Nationalismus schaffen, der Mexikos heterogene Bevölkerung in einer patriotischen Einheit verbinden sollte. Das Grundthema der nachrevolutionären Zeit war »forjando patria«⁸¹, das Vaterland schmieden, eine Nation zu schaffen, die mehr war als nur ein »geographischer Ausdruck«.⁸² Auf der Basis einer kapitalistischen Entwicklung, sollte über die Bildung staatlicher Institutionen die Moderne Einzug halten. Das Agrarministerium kontrollierte die Landverteilung, das Arbeitsministerium schuf Institutionen, um die Einhaltung der neuen Gesetzgebung zu überwachen, eine Vielzahl von Regierungsagenturen war mit der Förderung der allgemeinen Wohlfahrt beauftragt, das Bildungssystem erfuhr eine nie dagewesene Ausweitung und Kunst und Kultur erhielten staatliche Finanzierung. Hinter diesen Modernisierungspolitiken stand auch der Anspruch das mexikanische Volk zu nationalisieren und zu rationalisieren, indem sie Mentalitäten verändern, nationale Gefühle erwecken und die mexikanische Gesellschaft über neue soziale Tugenden formen sollten. Die Herstellung einer Nation über mit sozialtechnischen Mitteln basierte auf der Vorstellung einer imaginären Gemeinschaft, die nun vollendet werden sollte. Damit verbunden war die spezifische Wahrnehmung und Interpretation der geschlechtsspezifischen und rassistischen Herrschaftsstrukturen und ihre Funktionalisierung für das revolutionäre Projekt der Nationalstaatsbildung.

81 Manuel Gamio, *Forjando patria*, Mexiko 1960; Manuel Gamio, Anthropologe und Archäologe, ab 1925 stellvertretender Minister für Bildung, gehörte zu dem Kreis von Intellektuellen, die maßgeblich den Indegenismus prägten und die eine 'genuine' mexikanische Identität schaffen wollten.

82 Alan Knight, *Racism, Revolution and Indigenismo: Mexico, 1910-1940*, in: Richard Graham (Hg.), *The idea of race in Latin America, 1870-1940*, Austin 1990, S. 84.

3.4.1 Die Bedeutung von Geschlecht und Rasse für Nationalstaatlichkeit in der nachrevolutionären Ära

Mit dem Einbruch der bewaffneten Auseinandersetzungen in das alltägliche Leben kam es zu Verschiebungen und Auflösungen der Grenzen zwischen privatem Leben und öffentlichem Handeln mit den entsprechenden Folgen für geschlechtsspezifische Rollen und Räume.

Die Erfahrungen in den liberalen Clubs und im revolutionären Kampf waren von entscheidender Prägung für eine Vielzahl von Frauen. Sie partizipierten als Soldatinnen, im Nachrichtenwesen, als Versorgerinnen im Nachschub und in vielen anderen notwendigen Aktivitäten.⁸³ Bereits 1916 fand in Yucatán der erste feministische Kongress statt, auf dem die Frauen Reformen im Familienrecht, reproduktive Rechte und das Wahlrecht forderten. Hermila Galindo de Topete, Privatsekretärin des späteren Präsidenten Carranza und Edelmira Trejo de Méllon brachten die Forderungen der Frauen im gleichen Jahr auf dem verfassungsgebenden Kongress ein. Die Reformen, die umgesetzt wurden, umfassten im Arbeitsrecht bezüglich der Frauen Regelungen zum Mutterschutz, gleiche Lohnansprüche, aber auch Verbot der Nachtarbeit und ein Verbot bestimmter als gefährlich und ungesund eingestufte Tätigkeiten. Im Familienrecht wurde die Möglichkeit der Scheidung eingeräumt, jedoch mit unterschiedlicher Bewertung der Scheidungsgründe wie z.B. Ehebruch für Frauen und Männer und mit für Frauen nachteiligen Bestimmungen im Erziehungsrecht.⁸⁴ Die Frauen scheiterten insbesondere mit ihrer Forderung nach dem Wahlrecht.

»[...] in dem Zustand, in dem sich unsere Gesellschaft befindet, hat die Aktivität der Frauen nicht den Zirkel des häuslichen Heimes verlassen, noch haben sich ihre Interessen von denen der männlichen Mitglieder der Familie gelöst, ebenso ist es unter uns nicht zu einem Bruch der Familieneinheit gekommen wie es mit dem Fortschritt der Zivilisation zu geschehen pflegt, also empfinden die Frauen auch keine Notwendigkeit an öffentlichen Angelegenheiten zu partizipieren, was auch die Abwesenheit einer kollektiven Bewegung in dieser Hinsicht zeigt. [...] die Tatsache, dass einige außergewöhnliche Frauen die Bedingungen erfüllen, ihre politischen Rechte in befriedigendem Maße ausüben zu können, schließt nicht die Schlußfolgerung mit ein, diese der Frau als Klasse (!) zuzuge-

83 Vgl. Ana Lau/Carmen Ramos, *Mujeres y revolución*, Mexiko 1993; Alan Knight, *The mexican revolution*, vol. 2, Lincoln 1990.

84 Vgl. Ana Lidia García, op. cit.

stehen. Die Schwierigkeit eine Auswahl zu treffen, autorisiert die Ablehnung.«⁸⁵

Mit dieser Argumentation wurde den Frauen das Wahlrecht verweigert. Die Frauen an der politisch-staatlichen Öffentlichkeit nicht partizipieren zu lassen, wurde nicht nur die vielfache Beteiligung der Frauen, und nicht nur eben einiger weniger, an der Revolution und ihr Bürgerinnenstatus negiert, sondern die häusliche Sphäre als eigentliches weibliches Betätigungsfeld festzuschreiben versucht und das Männliche als staatlich-öffentlich konstituiert. Die Revolution wurde in der offiziellen Geschichtsschreibung zu einer Revolution der »caudillos«, der männlichen (An-) Führer, welche die »Pyramide des mexikanischen Machtgefüges«⁸⁶ prägten. Ihren politischen Führungsanspruch bezogen diese Männer auch aus ihren militärisch errungenen Siegen. Mit der Negierung einer Beteiligung von Frauen an der Revolution und der Heroisierung männlicher Taten wurde ein militärisch-männlicher Habitus für Politik festgeschrieben. Politische Befähigung entsprang damit u.a. aus militärisch erworbenen und darüber männlich genormten Führungsqualitäten. Über die Konstruktion des Staates als Epizentrum der Gesellschaft wurde Staat und Politik in eins gesetzt, was auch den Staat in eine »wesensmäßige Identität« mit einer imaginierten Männlichkeit brachte.⁸⁷ Die Folge war eine Gefolgs männerkultur, die über Männerfreundschaften und Loyalitätsbeziehungen gebildet wurde, alle zentralen gesellschaftliche Bereiche strukturierte und bis hinauf zum jeweiligen Präsidenten, dem obersten »Caudillo«, reichte. Diese Inszenierung von Männlichkeit ermöglichte es, die durch die Herrschaftsstrukturen geschaffenen hierarchisierten Differenzen, die auch nicht alle Männer gleichermaßen an Macht partizipieren

85 Diario de los Debates del Congreso Constituyente, 1916-1917, Mexiko 1960, I., S. 829: »[...] en el estado en que se encuentra nuestra sociedad, la actividad de las mujeres no ha salido del círculo del hogar doméstico, ni sus intereses se han desvinculado de los miembros masculinos de la familia, no ha llegado entre nosotros a romperse la unidad de la familia, como llega a suceder con el avance de la civilización, las mujeres no sientan pues la necesidad de participar en los asuntos públicos, como demuestra la falta de todo movimiento colectivo en este sentido. [...] el hecho de que algunas mujeres excepcionales tengan las condiciones para ejercer satisfactoriamente los derechos políticos no funda la conclusión de que estos deban concederse a la mujer como clase. La dificultad de hacer la selección autoriza la negativa.«

86 Marianne Braig/Teresita de Barbieri, *Geschlechterverhältnis zwischen Modernisierung und Krise*, in: Dietrich Briesemeister/Klaus Zimmermann (Hrsg.), *Mexiko heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*, Frankfurt/M. 1992, S. 438.

87 Eva Kreisky, *Diskreter Maskulismus. Über geschlechtsneutralen Schein politischer Idole, politischer ideale und politischer Institutionen*, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer, *Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin*, Frankfurt/M./New York 1997, S. 201.

ließen, zu überdecken und dem Nationalstaat eine Legitimationsgrundlage zu verschaffen. Auf der symbolischen Ebene lösten sich so die Strukturkategorien Klasse und Ethnie in der »korporativen Inszenierung von Männlichkeit«⁸⁸ auf. Zentraler Bestandteil der Legitimationsstrategie war auch die Verwendung eines in mehrfacher Hinsicht wirkenden familialistischen Diskurses, der sowohl den öffentlichen als auch den privaten Raum miteinschloß. Die Sicherung der Loyalitätsbeziehungen im öffentlich-staatlichen Bereich wurde über die beständige Evozierung der Zugehörigkeit zur »familia revolucionaria«, der »revolutionären Familie« versucht zu erreichen. Dies betraf zwar vordergründig zunächst nur die »Caudillos« samt ihrer Gefolgsleute, schloß aber implizit über die »Funktionalisierung der von Frauen getragenen Familien- und Verwandtschaftsgeflechte«⁸⁹, in der die Familie als privater Raum einen Gegenpart und zugleich eine Ergänzung zur Öffentlichkeit darstellen sollte, auch die Frauen in das nationalstaatsbildende Projekt mit ein.

Die Einführung eines Familienlohns und die Bildung der Einheitsgewerkschaft mit einer engen Anbindung an den Staat und weitreichenden Einstellungskontrollen führten zu einer Verdrängung der Frauen aus industriellen und zum Teil arbeitsrechtlich abgesicherten Berufen.⁹⁰ Demgegenüber bot das Regime über den Ausbau des Bildungs- und Gesundheitswesens den Frauen neue an ihrer Geschlechterrolle ausgerichtete Möglichkeiten, am Aufbau der Nation teilzunehmen. Die Lehrerin wurde von den Revolutionären geradezu missionarisch aufgewertet, sie repräsentierte den neuen säkularen Staat in ihrer Aufgabe, den Einfluß der Kirche zu minimieren und patriotische Gefühle zu wecken.⁹¹ Die Einbeziehung der Frauen in staatstragende Aufgaben war auch der zunehmenden Mobilisierung dieser zu verdanken. Neben der Gründung zahlreicher Organisationen wie Línea de Orientación Femenina, Bloque Nacional de Mujeres Revolucionarias, Partido Feminista Revolucionaria sowie der Frauensektion der kommunistischen Partei war es auch die Mobilisierung zigtausender Frauen in der katholischen Cristero-Bewegung, die die Partei schließlich »bewogen«, sich näher mit der Frauenerfrage auseinanderzusetzen.⁹² Der Partido Nacional Revolucionario (PNR) öffnete sich für die Frauen und »entdeckte« ihre Möglichkeiten, den Fortschritt zu fördern:

»Die Frau ist der notwendigste Faktor, um mit größerem Erfolg den Fortschritt der Völker zu erreichen. Laßt uns (!)

88 Ibid., S. 173.

89 Marianne Braig/Teresita Barbieri, 1992, op. cit., S. 441.

90 Vgl. Dawn Keremitsis, *La industria de empaques y sus trabajadoras 1910-1940*, in: Encuentro 5, Guadalajara 1984, S. 57-73.

91 Vgl. Alan Knight, 1990, op. cit., S. 82.

92 Vgl. Alma Rosa Sánchez Olvera, 1985, op. cit., S. 70.

Frauenorganisationen gründen, die uns eine wertvolle Hilfestellung in sportlichen Aktivitäten, Antialkoholismuskampagnen, in der Defanatisierung (!), in der Wohlfahrt, in der Förderung der öffentlichen Bildung und in all den Bereichen in denen sie befähigt ist, geben können [...].«⁹³

Die Bildung als Mittel zur Modernisierung und sozialen Entwicklung erhielt unter der korporatistischen Politik der Massenmobilisierung von Cárdenas eine fundamentale Dimension, da es nicht nur darum ging, die Massen zu organisieren, sondern sie zur Trägerin einer neuen Moral zu machen. In diesem Bildungsprojekt fungierten die Frauen als Lehrerinnen und Lernende zugleich. Denn der Großteil der Frauen wurde in der offiziellen Parteilogik noch immer als rückständig und »fanatisch« (weil religiös) wahrgenommen. Nachdem sich zahlreiche feministische Organisationen der Partei angeschlossen hatten, ortorgierte diese 1935 den Frauen das Recht, an den internen Kandidatenwahlen zu partizipieren, zur Erprobung ihrer staatsbürgerlichen Fähigkeiten und als Mittel der Vorbereitung für das allgemeine Wahlrecht.⁹⁴ Die Konzeptionalisierung der breiten Masse der Frauen als minderjährig und politisch ungebildet wurde auch von zahlreichen Frauen innerhalb der Partei mitgetragen.⁹⁵ Dennoch: Die Frauen nutzten das politische Klima dieser Zeit und organisierten sich landesweit und parteiübergreifend im »Frente único pro derechos de la mujer«, um das allgemeine Wahlrecht auch für Frauen einzufordern – und scheiterten erneut.⁹⁶

Das ambitionöse Bildungsprojekt der »sozialistischen Erziehung« sollte nicht nur die Frauen »erlösen«⁹⁷, sondern war auch ein zentraler Aspekt im Indigenismo-Projekt des revolutionären Nationalismus. Indigenismo

93 Lázaro Cárdenas, *Mensaje de Gobierno*, Morelia 1929, zit. nach María Antonieta Rascón, *La mujer y la lucha social en México*, in: Cuadernos Agrarios, No. 9, 1979, S. 108.

94 Vgl. María Eugenia d'Aubeterre, 1987, op. cit., S. 106.

95 Ibid., S. 113.

96 In der gesamten Literatur zum Thema des FUPDM steht ein großes Fragezeichen warum das frauenwahlrecht, obwohl im Parlament positiv darüber entschieden worden war, nie zur Ratifizierung kam. Viele Analystinnen vermuten, daß die Regierenden befürchteten, die Frauen könnten sich für den konservativen Gegenkandidaten entscheiden. Erst 1953 sollten die Frauen endlich das Wahlrecht erhalten.

97 »Ein weiterer Aspekt der fortschrittlichen Schule ist die Erlösung der Frau [...] Die Frau zu erziehen, ohne dass sie ihre Weiblichkeit verliert, ohne dass ihr Charakter als häusliche Frau zerstört wird [...] soll sie gebildet werden für das neue Leben [...]«. Discurso de Emilio Portes Gil, Presidente del PNR, *Sobre la Educación socialista*, 2. November 1935, in: Historia documental del Partido de la Revolución, tomo III, PNR-PRM (1934-1938), Mexiko o.J., S. 123 (Übersetzung der Verf.).

war in die offizielle Ideologie inkorporiert worden und verfolgte das Ziel der Emanzipation von Unterdrückung und Integration der indigenen Gruppen in den Nationalstaat über Erziehung und Landreform. Die Gebräuche, Riten und Tänze wurden rehabilitiert und in einen folkloristischen Nationalismus eingewoben. Ähnlich wie ihre porfiristischen Vorgänger gingen jedoch auch die Revolutionäre davon aus, dass die indigenen Gruppen gegenüber dem Nationalstaat wenig Loyalität empfanden und im allgemeinen »das essentielle Gefühl des Bürgers, die politische Solidarität, die die Basis des Prinzips der Nationalität ist«⁹⁸, vermissen ließen. Daher stand hinter dieser Idee von Anfang an eine zentralisierende und assimilierende Konzeptionalisierung, Indigenismo war das Mittel zur politischen und kulturellen Integration und somit ein Instrument der Nationalstaatsbildung. Innerhalb dieser Konzeptionalisierung wurde die indigene Kultur zwar mit größerem Wert bedacht, aber letztendliches Ziel war dennoch, die Indígenas im mestizischen Nationalstaat zu assimilieren, und der Staat sah sich gerechtfertigt, auch entsprechende Maßnahmen zu unternehmen. Auch die Revolutionäre setzten Mestizaje mit nationaler Einheit gleich.⁹⁹ Die indigenen Gruppen selbst sahen sich dabei von außen gesetzten Kriterien gegenüber, die nicht unbedingt mit ihren eigenen Vorstellungen und Wahrnehmungen übereinstimmten. Der Konflikt zwischen offizieller Ideologie und soziopolitischen Realitäten stellte und stellt ein Paradox dar. Auf der einen Seite wird wiederholt der Wert indigener Kulturen betont, und auf der anderen Seite verdeutlichen die soziopolitischen Umstände das Wirken rassistischer Vorurteile.

Auch wenn nationale, geschlechtsspezifische und ethnische Grenzbeziehungen innerhalb der Gesellschaft zum Tragen kommen, ist es der unterschiedliche Zugang verschiedener Gruppierungen zum Staat, die die Natur des hegemonialen nationalen Ethos in der Gesellschaft bestimmen. Die Grenzbeziehungen des nationalen Ethos über Geschlecht und Ethnie und der Versuch, das »Vaterland zu schmieden«, sollten in der Folge auch spezifische Konzeptionalisierungen zu Bevölkerung hervorbringen.

3.4.2 Pronatalistische Bevölkerungspolitik bis 1974

Der durch die Revolution hervorgerufene institutionelle Wandel des Staates und zentraler Bereiche der Gesellschaft hatte entscheidende Folgen auf die Konzeptionalisierung von Modernisierung. Der Staatsinter-

98 Alfonso Caso, *La comunidad indígena*, Mexiko 1971, S. 110 (Übersetzung der Verf.).

99 Vgl. Alan Knight, 1991, op.cit., S. 100f.

ventionismus sollte die soziale Gerechtigkeit und den wirtschaftlichen Fortschritt bewerkstelligen und darin eingeschlossen waren auch bevölkerungs- und familienpolitische Konzeptionen.

Der durch die Kriegswirren hervorgerufenen Bevölkerungswund¹⁰⁰ lieferte die Begründung, Bevölkerungswachstum als zentralen Motor für Fortschritt und Modernisierung in die national-revolutionäre Rhetorik zu integrieren. Daher liefen die Forderungen feministischer Aktivistinnen nach geburtenreduzierenden Methoden ins Leere. In Yucatán fand 1916 der »Primer Congreso Feminista«, der erste feministische Kongress statt, auf dem neben Fragen der sozialen und politischen Gleichheit auch das Recht auf eine freie Entscheidung bezüglich der Kinderzahl diskutiert und eingefordert wurden. Als eines der Ergebnisse des Kongresses publizierte die US-amerikanische Aktivistin Margaret Sanger ein Beratungsheftchen zu Fragen der Verhütung »La brújula del hogar: medios seguros y científicos para evitar la concepción«, welches im ganzen Land verteilt wurde. Auch auf der 1917 stattfindenden »Convención Regional Obrera« in Tampico wurde das Recht einer Beschränkung der Vermehrung, wenn diese die Situation der Arbeiterinnen und Arbeiter erschwere, anerkannt.¹⁰¹ Ebenso wenig jedoch wie die politischen Rechte der Frauen, wurden die reproduktiven Rechte Bestandteil des offiziellen Diskurses.

In Anknüpfung an die Politiken des 19. Jahrhunderts insistierte das Regime auf einem pronatalistischen Paradigma, das über Bevölkerungswachstum und der Aufnahme von Immigranten, eine gleichmäßigere Verteilung der Bevölkerung auf nationalem Territorium und so sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt anstrebte. Symbol der Modernität und Garant des Bevölkerungswachstums war die Kernfamilie, deren Förderung sich der Staat zur Aufgabe machte. Bereits in der Verfassung von 1917 wurde ein Mindestlohn festgelegt, der als Familienlohn konzipiert war, damit der Ehemann seiner Pflicht nachkommen konnte »für den Unterhalt seiner Ehefrau sowie aller notwendigen Ausgaben zur Erhaltung des Heimes«. Die Ehefrau hatte die »Pflicht allen häuslichen Aufgaben nachzukommen, da sie diejenige ist, die speziell für die Erziehung und Pflege der Kinder sowie der Führung und Regelung der häuslichen Dienste zuständig ist.«¹⁰² Um die zivile Ehe durchzusetzen, wurde ab

100 1910 lebten noch ca. 15 Millionen Einwohner auf mexikanischem Territorium, 1921 waren es nur noch 14 Millionen (summiert man die nicht geborenen dazu, handelte es sich um einen Rückgang von ca. 2 Millionen Menschen). Vgl. Raúl Benítez Zenteno, *Distribución de la población y desarrollo urbano en México*, in: José Luis Calva (Hg.), *Desarrollo regional y urbano. Tendencias y alternativas*, tomo 1, Mexiko 1995, S. 166.

101 Vgl. Gustavo Cabrera Acevedo, *El estado mexicano y las políticas de población*, Mexiko 1994, S. 350f.

102 Ley sobre Relaciones familiares 1917, Art. 42: »[...] se impone al marido el deber de dar alimentos a la mujer y hacer todos los gastos necesarios para el

1930 die kirchliche Trauung ohne vorhergehende zivile Trauung untersagt. In den 1940ern wurden offizielle Kampagnen organisiert, um die »uniones libres« (Ehen ohne Trauschein) zu legalisieren, die in Kollektivzeremonien endeten, bei denen mehrere hundert Paare gleichzeitig getraut wurden.¹⁰³ Die Kernfamilie erhielt ihre Legitimation einzig über die staatlich sankionierte Ehe, deren zentrale Aufgabe darin bestand, den »Fortbestand der Spezies zu garantieren«.

Neben den familienpolitischen Gesetzgebungen waren die Maßnahmen im Bereich Bevölkerungswachstum die nationale Bevölkerung betreffend eher zurückhaltend. Die Gesetzgeber konzentrierten sich 1926 in einer Neuauflage des Bevölkerungsgesetzes von 1908 mehr auf den Aspekt der Migration. So wurden die Einreise und Aufenthaltsbestimmungen verschärft und ein Touristenvisum eingeführt. Der selektive Charakter der Einreisebestimmungen wurde beibehalten, d.h. die Bestimmungen, unerwünschte Migranten über medizinische Kontrollen von der Einwanderung abzuhalten, blieben bestehen.¹⁰⁴ Darüber hinaus wurden 1931 große Kontingente von Chinesen nach jahrelanger rassistisch motivierter Regulierungen, des Landes verwiesen.¹⁰⁵

Im Jahre 1936 wurde der »Consejo Consultivo de Migración« mit dem in Kraft treten der »Ley General de Población« in »Consejo Consultivo de Población« umbenannt und erst zu diesem Zeitpunkt kann auch von einer Programmatik in Bezug auf Bevölkerungswachstum gesprochen werden. Den Anstoß für gezieltere Interventionen im Bereich Be-

sostenimiento del hogar«. Art. 44: »[...] a la mujer la obligación de atender todos los asuntos domésticos; por lo que ella será la especialmente encargada de la dirección y cuidado de los hijos y del gobierno y dirección del servicio del hogar.«

103 Vgl. Soledad Gonzáles Montes/Julia Tuñón, *Familias y mujeres en México: del modelo a la diversidad*, Mexiko 1997, S. 15.

104 Dies betraf insbesondere Chinesen, britische Inder, Syrer, Libanesen, Araber und Türken. Diese Gesundheitsbestimmungen wurden 1934, 1949 und 1954 weiter ergänzt. Zudem legte die »Ley de Migración« Prinzipien fest, die die Ausreise der Mexikaner regelten, um somit die Abwanderung einzudämmen. 1930 wurde der »Consejo Consultivo de Migración« als interministerieller Rat gegründet, der die Anwendung des Gesetzes überwachen und neue Politiken formulieren sollte. Vgl. Carlos Justo Sierra Brabatta, *Antecedentes y comentarios a la Ley General de Población*, Mexiko 1988.

Ein zentrales Anliegen des Rates war es die ethnische Fusion der nationalen Gruppen zu begünstigen und den *mestizaje* über die Assimilierung der Emigranten voranzutreiben und somit »den allgemeinen Schutz, die Erhaltung und die Verbesserung der Spezies« zu bewerkstelligen. Zit. nach Gustavo Cabrera Acevedo, op. cit., S. 352.

105 Den Chinesen wurde unterstellt, Krankheiten zu verbreiten, das Laster zu fördern und die mexikanische »Rasse« zu »verunreinigen«, vgl. Alan Knight 1990, op. cit., S. 96f.

völkerung gab Gilberto Loyo mit seiner 1935 im Verlag der Staatspartei PNR (Vorläufer des PRI) erschienen Publikation »La política demográfica de México«. Neben der selektiven Immigration und der Reintegration der Emigrierten forderte er pronatalistische Maßnahmen, die die Geburtenrate fördern und die Sterblichkeitsrate senken sollten.¹⁰⁶ Das neue Gesetz verfolgte die Wiederbevölkerung des nationalen Territoriums, die Erhaltung der Souveränität und die Vollendung der ökonomischen Entwicklung. Beabsichtigt war die Ehe zu fördern (das Eheschließungsalter für Frauen wurde auf 14 das der Männer auf 16 Jahre herabgesetzt), den Kinderschutz zu verbessern, Hygienemaßnahmen zu entwickeln und die allgemeinen Lebensbedingungen zu fördern. Vielköpfige Familien sollten besondere Leistungen erhalten und bei Einstellungen vorrangig berücksichtigt werden. Ein weiteres Ziel bestand in der Besiedlung der wenig bevölkerten Gebiete, besonders der Grenzgebiete, die über finanzielle Hilfestellung gewährleistet werden sollte. Die Auswanderung wurde nur dann gestattet wenn ein Arbeitsvertrag über sechs Monate vorgelegt und ausreichende Entlohnung nachgewiesen werden konnte. Einwanderern wiederum war per Gesetz nur die Ausübung bestimmter Berufe erlaubt, ausgeschlossen waren die Freiberufler wie Ärzte, Juristen, Architekten.¹⁰⁷

1947 wurde erneut ein Bevölkerungsgesetz vorgelegt, welches kaum Unterschiede zu dem vorherigen aufwies. Die Verantwortung für die Umsetzung wurde nun dem Innenministerium unterstellt, das sich daraufhin mit Maßnahmen zur Geburtenförderung auseinandersetzte und die Immigration weiter reglementierte. In dem vom Ministerium publizierten »Manual del extranjero« (Handbuch des Ausländers) wurde denn auch die »kollektive Einwanderung von gesunden Ausländern mit guter Führung und leicht an unserer Umwelt assimilierbar zum Vorteil der Spezie und der Ökonomie unseres Landes«¹⁰⁸ favorisiert.

Damit wurde in den Gesetzen die Idee der ethnischen Fusion, des »mestizaje«, als bevölkerungspolitisches Konzept aus dem 19. Jahrhundert übernommen und die selektive Immigrationspolitik, die Bevorzugung europäischer Migranten, fortgesetzt. Modernisierung bedeutete weiterhin die ethnische Homogenisierung, die dann wiederum über den Körper der Frauen durch deren Gebärfähigkeit erreicht werden sollte.

106 Gilberto Loyo, *La política demográfica de México*, Instituto de Estudios Sociales, Políticos y Económicos del Partido Nacional Revolucionario, Mexiko 1935. Gilberto Loyo war unter Ruiz Cortines von 1952-58 Wirtschaftsminister.

107 Vgl. Gerónimo Martínez García, *Evolución de la política de población de México*, in: III Reunión Nacional sobre la investigación demográfica en México, El Colegio de México, 3-6 Nov. 1986, Mexiko 1986.

108 »Inmigración colectiva de extranjeros sanos, de buena conducta, y facilmente asimilables a nuestro medio, en beneficio de la especie y para la economía del país«, zit. nach Luz María Valdés, *Ensayo sobre la política de población, 1970-1980*, in: *Demografía y Economía*, XIV, num. 4 (44) 1980, S. 469.

Die pronatalistische Rhetorik, fußend auf dem national revolutionären Projekt der Partei, asigrierte den Frauen die politische Partizipation einzig via Mutterschaft und Erziehung der künftigen »revolutionären« Generationen.¹⁰⁹ Die Geschlechterordnung war Teil des nationalistischen Diskurses, wurde durch diesen instrumentalisiert, um zugleich wieder daraus hervorzugehen als quasi natürliche Notwendigkeit und Garant der Bildung und Erhaltung des nachrevolutionären Nationalstaates.¹¹⁰ In den Schulbüchern unterstrich man den Zusammenhang zwischen größerem Bevölkerungsvolumen und Souveränität und Stärke der Nation und verherrlichte die Großfamilie. Besonders fruchtbare Frauen wurden prämiert sowie Kampagnen gestartet, die der Huldigung und dem Respekt der Mütter gelten sollten.¹¹¹

Der mexikanische Film, der in den 1940er und 1950er Jahren sein »goldenes Zeitalter« erlebte, war ähnlich wie das klassische Hollywoodkino für die USA, äußerst effizient in der Herausbildung und Inszenierung einer nationalen Ikonographie, die den mestizo und die ländliche Bevölkerung idealisierte.¹¹² Teil dieser Ikonographie war ebenfalls die selbstlose sich aufopfernde Frau, vorzugsweise in der Rolle der Mutter, und ihr Gegenpart, die wenig mütterliche »selbstsüchtige« ZerstörerIn familiärer Strukturen.¹¹³

»Über unsere Leinwände flimmern der Kult der Mutterschaft, die Verherrlichung der Männlichkeit, abergläubische und fanatische Religiosität [...] tränenreiche Geschichten über Armut und Fatalismus, reine Mädchen inmitten von Korruption.«¹¹⁴

Auf der Planungs- und Durchführungsebene verfolgte der Staat, um ein Bevölkerungswachstum zu erreichen, zwei politische Strategien. Im Bereich der distributiven Politik wurde das Gesundheitswesen ausgebaut, um der allgemeinen und insbesondere der hohen Kinder- und Müttersterblichkeit vorzubeugen. Unter Präsident Lázaro Cárdenas (1934-40) wurde die Mutter-Kind Fürsorge innerhalb der Gesundheitspolitik zur Priorität erklärt. Zentraler Bestandteil der Politik waren Kampagnen zur

109 Zur Diskussion um die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen s.u.

110 Vgl. Elsa Muñiz, *Identidad femenina y nacionalismo en México, 500 años después*, Mexiko 1993.

111 Gabriela Cano, *La ciudadanía de las mujeres: Disjuntiva entre la igualdad y la diferencia sexual (México 1917-1953)*, in: Martha Moscoso (Hg.), *Palabras del silencio. Las mujeres latinoamericanas y su historia*, Mexiko 1995, S. 169.

112 Vgl. Jean Franco, *Plotting women. Gender and representation in Mexico*, New York 1989, S. 147.

113 Vgl. Alicia Lozano Mascarúa, *El melodrama familiar en el cine mexicano: Una perspectiva de lectura feminista*, Mexiko 1990.

114 Manuel Michel, *Der mexikanische Film. Ein Überblick*, in: Filmstudio 51, Nr. 37 Aachen 1988 S. 45.

Eliminierung bestimmter Krankheiten wie Malaria, Typhus und Pocken, die zu einer Minderung der Sterblichkeitsraten führen sollte.¹¹⁵

War die distributive Politik mehr oder weniger geschlechtsneutral, so zielten die regulativen Maßnahmen viel klarer auf Frauen: Abgesehen von vereinzelt Aktionen wie die Einführung einer Steuer für Ledige und Geschiedene bzw. verwitwete ohne Familie im Bundesstaat Tamaulipas¹¹⁶, waren die prohibitiven Gesetze geschlechtsspezifischer Natur. So wurde zum einen 1931 die Abtreibung unter Strafe gestellt. Laut Art. 332 des Strafgesetzbuches drohte Frauen die abgetrieben hatten eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis zu einem Jahr, wenn sie (1.) keinen schlechten Ruf hatten, (2.) die Schwangerschaft verbergen konnten und (3.) die Schwangerschaft das Resultat einer illegitimen Beziehung war. Traf keiner der drei Umstände zu, drohte ihnen ein Gefängnisarrest von einem bis fünf Jahren.¹¹⁷ Trotzdem wurden weiterhin Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen, die jedoch auf Grund ihrer Illegalität gerade bei ärmeren Frauen, da sie oft von Puschern oder selbst durchgeführt wurden, von erheblichen Gesundheitsrisiken begleitet waren und in vielen Fällen zum Tod führten.¹¹⁸

Zum anderen wurde ab 1947 die Werbung für und der Verkauf von Antikonzeptiva verboten und die entsprechenden Medikamente aus der Liste der staatlichen Gesundheitsinstitutionen gestrichen. Auch diese Maßnahme betraf insbesondere Frauen aus den ärmeren städtischen und ländlichen Gebieten, da diese auf die staatlichen Gesundheitsorganisationen angewiesen waren und nicht die Möglichkeit hatten, die Verhütungsmittel privat zu finanzieren.

Die Modernisierung von Staat und Gesellschaft sollte neben Industrialisierung und erweiterten Bildungschancen über ein verstärktes Bevölkerungswachstum erreicht werden und ging einher mit der Beschneidung reproduktiver Rechte. Die selektive Einwanderungspolitik, die

115 Vgl. Mario Rivera, *La medicina social en el sexenio de Lázaro Cárdenas*, Medicina y Sociedad II, Mexiko 1979; Comisión de Salud y Seguridad Social, *Hacia un sistema de salud*, Mexiko 1983.

116 Vgl. Gustavo Cabrera Acevedo, 1994, op. cit., S. 353.

117 Código Penal, Art. 332: »Se impondrán de seis meses a un año de prisión a la madre que procure voluntariamente un aborto o consiente en que otro la haga abortar, si concurren estos tres circunstancias: I. Que no tenga mala fama, II. Que haya lograda ocultar el embarazo, III. Que este sea fruto de una unión ilegítima. Faltando alguna de las circunstancias mencionadas se le aplican de uno a cinco años de prisión«.

118 Bei der Verlesung des neuen Bevölkerungsgesetzes von 1973 räumte der damalige Innenminister Mario Moya Palencia ein, daß die Todesfälle aufgrund von Abtreibungen bis zu 500000 jährlich betrugen. Vgl. Alicia Lozano Mascaraúa, *Contextualización de las principales coyunturas del debate sobre el aborto en México*, Mexiko 1991.

asiatische und arabische Migranten über angebliche Gesundheitsrisiken an der Einwanderung hinderte und die propagierte ethnische Fusion zwischen Indígenas und Weißen verweisen auf die rassistischen Implikationen dieser pronatalistischen Politik.

3.5 Der Paradigmenwechsel in der Bevölkerungspolitik 1974: die Bestimmungsfaktoren

Zu Beginn der 1970er Jahre wandelte sich der Diskurs um Bevölkerung in Mexiko von einem pronatalistischen zu einem antinatalistischen. Das Gebot der Stunde hieß nun Geburtenreduzierung, wenn der Fortschritt und die Entwicklung gewährleistet bleiben bzw. weiter vorangetrieben werden sollten. Die Wahrnehmung und Konstatierung eines Überbevölkerungsproblems war in einen Prozeß eingebunden, den verschiedene Faktoren bedingten und der schließlich in ein Handlungsgebot für eine neue Bevölkerungspolitik mündete.

Die Frage, der im Folgenden nachgegangen wird, ist die nach dem Prozeß der Problematisierung der bisherigen Bevölkerungspolitik und der sich anschließenden Entscheidung für eine zukünftige. Dabei ist von Bedeutung, welche AkteurInnen wann eine bestimmte Situation dahingehend interpretierten, daß eine Handlungsrelevanz entstand, die Staatstätigkeit erforderte. Innerhalb eines Politikprozesses ist die Problemdefinition von entscheidender Bedeutung, da sie sich in der anschließenden Agenda-Gestaltung und Umsetzung niederschlägt. Bereits in der Definitionsphase werden meines Erachtens spezifische Herrschaftsverhältnisse reproduziert., die sich in geschlechtsspezifischen Repräsentationscodes von Männern und Frauen und in ethnischen Zuschreibungen wieder spiegeln. Daher ist es von Bedeutung, den unterschiedlichen Wahrnehmungen und Deutungen der verschiedenen AkteurInnen innerhalb dieser Phase des Politikprozesses nachzugehen. Welche Interessen stehen hinter den AkteurInnen und wer ist am Entstehungs- und Entscheidungsprozeß beteiligt? Welche gesellschaftlichen Faktoren bedingten eine Problematisierung zu diesem Zeitpunkt und wie hängt dieser Prozeß mit den Charakteristiken der politischen Organisation, des Wirtschafts- und Entwicklungsstils sowie den internen und externen Ungleichheitsstrukturen zusammen?

Von Bedeutung für die Politikgestaltung sind der Zeitpunkt, die Gründe und das Ausmaß, in denen bestimmte Sachverhalte, Interessen und sogenannte Problembereiche politisiert werden. Inwieweit hängt die Problematisierung mit der Konjunktur eines Themenbereichs zusammen und wie entsteht daraus ein sog. »Handlungsgebot«, das Staatsintervention, in diesem Fall im Bereich der Bevölkerung, legitimiert? Wie beeinflußt die Art und Weise der Konzeptionalisierung des »Problems«

die Politikgestaltung? Welche nichtstaatlichen Akteure beteiligen sich an der Konzeptionalisierung und Gestaltung der Bevölkerungspolitik und welche bleiben außen vor?

3.5.1 Die demographische Entwicklung

Als Folge der pronatalistischen Politik verzeichnete die mexikanische Bevölkerung bis in die 1970er Jahre enorme Zuwachsraten, die letztendlich wiederum eine der Begründungen für die spätere antinatalistische Politik lieferten. Die Verankerung einer Reproduktionsnorm, in der für Frauen die primäre weibliche Identifikation sowie die gesellschaftliche Anerkennung nur über ihre Mutterrolle gewährleistet war, führten zu einer kaum oder gar nicht regulierten Fertilität. Bei also gleichbleibenden Fruchtbarkeitsraten und einer gleichzeitigen sukzessiven Senkung der Sterblichkeitsraten und steigender Lebenserwartung war das Resultat eine stetig wachsende Bevölkerung.

Durch die unterschiedliche Maßnahmen wie die Verbesserung des Gesundheitswesens, der sanitären Bedingungen und eine Ausweitung des Impfschutzes konnte die Kindersterblichkeit von 200 pro 1000 Geburten im Jahr 1930 auf 74 pro 1000 im Jahr 1960 gesenkt werden.¹¹⁹ Desgleichen ging die Müttersterblichkeit, bedingt durch die zunehmende prä- und postnatale Betreuung, zurück.¹²⁰ Aufgrund der höheren Lebenserwartung für beide Geschlechter – sie lag 1930 bei 33 Jahren und erhöhte sich bis 1970 auf 66 Jahre – gab es mehr Frauen im fruchtbaren Alter, und die Partnerschaften dauerten wegen verringerter Witwenschaft länger an, was wiederum die reproduktive Phase verlängerte. Als Folge der verbesserten Gesundheitsbedingungen sank auch die Wahrscheinlichkeit durch Krankheit oder Entbindung hervorgerufener Sterilität, was wiederum die Anzahl der kinderlos bleibenden Frauen senkte. Das Verhältnis von Frauen mit Kindern im Vergleich zur gesamten weiblichen Bevölkerung nahm beständig zu und erreichte mit 98% in den 1970ern das höchste Level.¹²¹ Diese erstaunlich hohe »Mütterquote« ist ein klares Indiz für die Wirksamkeit von gesamtgesellschaftlich vertretenen Reproduktions- und Geschlechternormen

Aus dem Durchschnittswert verschiedener Umfragen und statistischer Berechnungen wurde eine Fruchtbarkeitsziffer zwischen sieben

119 Vgl. Manuel Odorica, *Evaluación de la mortalidad infantil en la república mexicana, 1930-1970*, in: Dirección General de Estadística, *Evaluación y Análisis III*, num. 1, Mexiko 1975.

120 Vgl. SSA, *Patrones de atención materno-infantil en México*, Dirección de Salud Materno-infantil y Planeación Familiar, Mexiko 1981.

121 Vgl. María Eugenia Zavala de Cosío, 1992, op. cit., S. 78.

und 7,5 Kindern pro Frau bis in die 1960er Jahre hinein errechnet.¹²² Differenziert man die Daten nach Stadt-Land Aspekt und Schulbildung der Frauen, so traten erhebliche Unterschiede zwischen den Frauen die Kinderzahl betreffend auf. Die Fertilitätsraten der städtischen Frauen, zumindest derer die in den urbanen Zentren geboren und aufgewachsen waren, waren niedriger als die der Frauen, die in ländlichen Gebieten lebten oder erst in die Zentren migriert waren. Die Differenz betrug 1,25 in den 30er und 40er Jahren und stieg auf 1,9 Kinder in den 60ern.¹²³ Ein Geburtenrückgang begann sich noch stärker bei den städtischen Frauen abzuzeichnen, die zwischen 1967 und 1971 etwa 30 Jahre alt waren und geht einher mit dem Beginn einer kontrazeptiven Praxis in den Metropolen.¹²⁴ Laut einer Umfrage von 1969/70 kannten dagegen 66% der ländlichen Frauen im Alter von 15-49 keinerlei Kontrazeptiva, 52% lehnte deren Gebrauch prinzipiell ab und 90% hatten noch nie welche angewendet.¹²⁵ Ein weiterer Grund für die höhere Kinderzahl ländlicher Frauen – im Durchschnitt 8,5-9 Kinder – ist das frühere Heiratsalter bzw. die jünger eingegangenen Partnerschaften: 10-15% der Frauen ging vor dem 15. Lebensjahr eine Partnerschaft ein, 45% im Alter von 15-19 Jahren und 20% im Alter von 20-24 Jahren.¹²⁶

Signifikanter noch sind die Unterschiede, wenn das Bildungsniveau als Variable herangezogen wird. Frauen, die mindestens sieben Jahre Schulbildung genossen hatten, neigten im Durchschnitt auch zu geringerer Kinderzahl. Am Ende ihrer fertilen Phase hatten diese Frauen vier anstelle von 7,5 Kinder des Landesdurchschnitts. Trotz der Unterschiede in den Fruchtbarkeitsziffern war die Geamtziffer im Vergleich mit anderen lateinamerikanischen Staaten auch in den urbanen Zentren immer noch sehr hoch. So lag die durchschnittliche Kinderzahl in Buenos Aires unter zwei Kindern und in Rio de Janeiro bei 3,5 Kindern, während sie sich in Mexiko-Stadt um die fünf Kinder bewegte.¹²⁷

Betrug die Bevölkerungswachstumsrate in den 1930er Jahren ca. 1,1 bis 1,5%, stieg sie auf 3,4% Mitte der 60er Jahre an. Der erste Verdopplungszeitraum betrug 50 Jahre. Zwischen 1900 und 1950 stieg die Be-

122 Vgl. Encuesta Mexicana de Fecundidad 1976/1977; Marta Mier y Terán, *Évolution de la population mexicaine à partir des données des recensements: 1895-1970*, Montréal 1982; Centro Latinoamericano de Demografía (Celade), *Estimaciones y proyecciones de población*, San José de Costa Rica 1983.

123 Vgl. Martina Krause, *Mexiko. Heterogenität und Bevölkerungsentwicklung*, Frankfurt/New York 1996, S. 154.

124 María Eugenia Zavala de Cosío, 1992, op.cit., S. 72.

125 Brígida García, *Anticoncepción en el México rural*, in: Julieta Quilodrán (Hg.), *La fecundidad rural en México*, Mexiko 1983, S. 225-295.

126 Vgl. Martina Krause, 1996, op.cit., S. 155.

127 Vgl. Francisco Alba, 1977, op. cit., S. 39; Amando de Miguel, *Ensayo sobre la población en México*, Madrid 1983, S. 33.

völkerungsanzahl von 13,6 auf 25,8 Millionen. Der nächste Verdopplungszeitraum betrug dagegen nur noch 20 Jahre. 1970 zählte Mexiko bereits mehr als 50 Millionen Einwohner, von denen 46,2% unter 15 Jahre waren¹²⁸ Bei gleichbleibendem Wachstum prognostizierten die damaligen Schätzungen ein Bevölkerungsvolumen von ca. 70 Millionen für 1980, ca. 100 Millionen für 1990 und ca. 148 Millionen für das Jahr 2000.¹²⁹

Die steigenden Bevölkerungszahlen und die zunehmende Industrialisierung zeitigten auch den Effekt einer rapiden Urbanisierung des Landes. 1940 lebte noch 70% der Bevölkerung in Lokalitäten unter 15.000 Einwohner.¹³⁰ In Mexiko-Stadt lebten um die zwei Millionen, in Guadalajara und Monterrey kaum eine halbe Million Menschen, und die mittelgroßen Städte, deren Gründung auf die Kolonialzeit zurückging behielten ihre urbane Stellung bei. Während der Jahre des »desarrollo estable« 1955-1970, verzeichnete die landwirtschaftliche Produktion weniger Wachstum als die Bevölkerung, wohingegen die industrielle Produktion einen Zuwachs von mehr als acht Prozent verbuchen konnte.¹³¹ Die einsetzende Binnenmigration führte zu einem Bevölkerungsvolumen der metropolitanen Zone Mexiko-Stadt von über neun Millionen Einwohnern in 1970 und stieg in den darauffolgenden Jahren auf über 14 Millionen an. Guadalajara und Monterrey verdreifachten ihre Einwohnerzahl im gleichen Zeitraum und die ehemaligen kolonialen Zentren wurden in der Hierarchie von den Grenzstädten abgelöst Der Anteil der ruralen Bevölkerung am Gesamtvolumen fiel auf 43%.¹³²

Während der 1950er und 1960er Jahre wurde innerhalb der politischen und akademischen Kreise das Bevölkerungswachstum und die zunehmenden Migrationsströme zwar wahrgenommen, aber nicht als Hemmschuh für Entwicklung eingestuft. In offiziellen Verlautbarungen erklärten die Regierenden ihre Zufriedenheit ob der demographischen Zuwächse und beurteilten deren Effekte durchwegs positiv.¹³³ Die Wissenschaftler, die sich mit demographischen Themen beschäftigten gingen davon aus, daß die zunehmende Binnenmigration genau die Arbeitskraft

128 Consejo Nacional de Población (CONAPO), *México Demográfico*, Mexiko 1979.

129 Vgl. Francisco Alba, 1977, op. cit., S. 114 (1994 zählte Mexiko ca. 90 Millionen Einwohner).

130 Vgl. Luis Unikel/Gustavo Garza/Crecencio Ruiz Chiapetto, *El desarrollo urbano de México*, Mexiko 1976.

131 Vgl. Leopoldo Solís, *La realidad económica mexicana: retrovisión y perspectivas*, Mexiko 1970.

132 Vgl. Crecencio Ruiz Chiapetto, *Hacia un país urbano*, Mexiko 1994 (laut Zensusdaten von 1990 fiel der Anteil auf unter 30%, die Einwohnerzahl von Mexiko-Stadt stieg auf fast 20 Millionen).

133 Vgl. die Informes Presidenciales 1958 (Ruiz Cortines), 1964 (López Mateos) und 1970 (Díaz Ordaz).

zur Verfügung stellte, die in der Industrialisierungsphase benötigt wurde.¹³⁴ Kritische Anmerkungen, wie die des Erziehungsministers Narciso Bassols, der auf das rapide Wachstum der Hauptstadt aufmerksam machte und sich für Familienplanung einsetzte, wurden prompt als Neomalthusianismus abqualifiziert.¹³⁵ Eine der wenigen nicht nur ökonomisch argumentierenden Kritiken bezogen sich auf die von Loyo formulierten qualitativen und quantitativen Mängel der Bevölkerung und warfen demselbigen einen propagandistischen demografischen Nationalismus vor, den dieser an faschistischen Universitäten studiert hätte.¹³⁶

Aufgrund der beschriebenen Geschlechterordnung und des darüber in vorwiegend ökonomischen oder demographischen Termini verlaufenden Diskurses, wurden die individuellen und reproduktiven Rechte der Frauen auf eine Möglichkeit der Geburtenbeschränkung überhaupt nicht thematisiert. Scheinbar gingen die pronatalistischen Rethoriker davon aus, daß alle Frauen auch die Kinder bekommen wollten, »qué diós me mande«, die Gott ihnen schickt.

Die Aussage des Gesundheitsministers José Alvarez Amésquita (1958-64), daß die Geburtenkontrolle gegen die religiösen und moralischen Werte des mexikanischen Volkes verstöße, widerspricht jedoch der Tatsache, daß zahlreiche Frauen, die es sich leisten konnten, durchaus Verhütungsmethoden in Anspruch nahmen. Diskurse und soziale Praxis klaffen hier teilweise stark auseinander. Dies ist sowohl über Umfragen als auch über die differentiellen Kinderzahlen von Stadt-Land und Frauen mit höherer Schulbildung erkennbar. Zudem wurden nachwievor Abtreibungen praktiziert. Die Kinderzahlen pro Frau waren zwar nachwievor auch im lateinamerikanischen Vergleich hoch, dennoch waren ab den 1960ern Tendenzen ersichtlich, die auf eine Abnahme der Geburtenziffern bei Frauen aus urbanen Zentren mit Schulabschluss deuten.¹³⁷

Mit dem Paradigmenwechsel innerhalb der Bevölkerungspolitik wurden die hohen Kinderzahlen nur wenige Jahre später als Modernisierungsdefizit interpretiert, das unter anderem mit den angeblichen religiösen und moralischen Empfindungen der Frauen in Zusammenhang gebracht wurde. Die Frauen, die bereits vor der Institutionalisierung der

134 Vgl. Manuel Odorica, *Evolución demográfica y estudios de población en México*, Mexiko 1994.

135 Vgl. Moisés González Navarro, *Población y sociedad en México (1900-1970)*, Bd. I und II, Mexiko 1974, S. 125.

136 Clarence Senior, *Reforma agraria y democracia en la Comarca Lagunera*, in: Problemas agrícolas e industriales de México 8/2, Mexiko 1956; zit. nach José Linhard, *Bevölkerungspolitik in Mexiko*, Berlin (Diss.) 1978, S. 100.

137 Vgl. Fátima Juárez/Julieta Quilodrán, *Mujeres pioneras del cambio reproductivo en México*, in: Fátima Juárez/Julieta Quilodrán/María Eugenia Zavala de Cosío, *Nuevas pautas reproductivas en México*, Mexiko 1996.

antinatalistischen Politik selbständig mit einer Reduzierung begonnen hatten, wurden daraufhin plötzlich zu den Vorreiterinnen eines kulturellen Wandels.

3.5.2 Die ökonomische und politische Krise von 1968

Ein weiterer Faktor im Entscheidungsprozess hin zu einer neuen Bevölkerungspolitik war die politische und ökonomische Krise mit der sich das Regime ab Mitte der 1960er Jahre konfrontiert sah und die zunehmend die Partei und den Präsidenten unter Legitimitätsdruck setzte. Dieses Jahrzehnt korrespondierte mit einem politischen Stillstand und der seitens der Regierung verdrängten Tatsache, daß das wirtschaftliche Wachstum nicht zu der gewünschten Entwicklung geführt hatte. Die sozialen Rückstände waren nur zum Teil abgebaut und neue waren auf Grund des Modernisierungskurses hinzugekommen. Die Studentenunruhen von 1968 und die nachfolgenden Ereignisse waren ein Alarmzeichen für die Gefährdung der politischen Stabilität und der Anfang vom Ende der politischen Selbstzufriedenheit des PRI-Systems.¹³⁸ Das Trauma der gewalttätigen Eskalation der politischen Auseinandersetzungen bewirkte nicht nur einen staatlichen Legitimitätsverlust, sondern auch das Entstehen neuer politischer Räume und sozialer Bewegungen.

Ein Bestandteil des seit Jahrzehnten propagierten 'desarrollo estabilizador', der stabilisierten Entwicklung, war die Unterordnung der Landwirtschaft unter die Ziele der Industrialisierung. In dieser ökonomischen Strategie sollte die Landwirtschaft Devisen erwirtschaften, die Industrie mit Rohstoffen versorgen und billige Arbeitskräfte liefern. Nachdem jedoch im Laufe der 1960er die Bundesinvestitionen im landwirtschaftlichen Sektor drastisch abnahmen und eine Reorientierung hin zu landwirtschaftlichen Produkten mit staatlich garantierter Preisstabilität und entsprechenden Preisverfällen stattfand, sank das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion ab 1965 mit nur 2,1% auf unterhalb des demographischen Wachstums.¹³⁹ Hinzukam die zunehmende Transferierung der in diesem Bereich erwirtschafteten Gewinne in den Industriesektor; nur 60% der Spareinlagen der ruralen Banken wurde für Kreditvergaben verwendet, der Rest ging an die Industrie.¹⁴⁰ Die Folge waren massive Versorgungsprobleme auf dem internen Markt und ab Mitte der 1960er Jahre war Mexiko nicht mehr in der Lage die Bevölkerung mit

138 Vgl. Luis Medina Peña 1994, op. cit., S. 200ff.

139 Vgl. Arturo Warman, *El problema del campo*, in: Pablo González Casanova/Enrique Florescano, México, hoy, Mexiko 1979, S. 108-120.

140 Vgl. Héctor Guillén Romo, *Orígenes de la crisis en México; inflación y endeudamiento externo (1940-1982)*, Mexiko 1985, S. 101.

landwirtschaftlichen Gütern selbst zu versorgen, was zu einem wachsenden Import dieser Produkte führte und damit zu einem erheblichen Devisenrückgang und zu Handelsbilanzdefiziten. Die Krise auf dem Land bewirkte zudem eine wachsende Emigration der Landbevölkerung in die Städte und die drastische Zunahme der städtischen Armutsgürtel.¹⁴¹

Weitere Krisenanzeichen begannen im Laufe dieser Zeit sichtbar zu werden. Auf der einen Seite wurde durch die internationale wirtschaftliche Krise der Zugang zu externen Ressourcen eingeschränkt und auf der anderen Seite verschärfte sich das Handelsbilanzdefizit nicht nur durch den Import von Agrargütern, sondern auch durch den zunehmenden Import anderer Produktionsgüter, die für das Wachstum und die Industrialisierung notwendig wurden. Zudem hatte die protektionistische Wirtschaftspolitik zu einer Schließung des nationalen Marktes und zu einer im internationalen Vergleich wenig wettbewerbsfähigen Wirtschaft geführt.¹⁴² Das ökonomische Modell des 'desarrollo estabilizador' generierte zwar erhebliche Wachstumsraten, in der einschlägigen Literatur sprach man auch von 'milagro mexicano', dem »mexikanischen Wunder«,¹⁴³ aber nur ein geringer Teil der Bevölkerung profitierte wirklich davon. Einzig die Mittel- und Oberklassen konnten Einkommenszuwächse verzeichnen, während der Rest der Bevölkerung Reallohneinbußen hinnehmen mußte. Aus einer Untersuchung, die auf den Zensusdaten von 1950 sowie zwei Umfragen zum Familieneinkommen zwischen 1950 und 1963 basierte, ging klar hervor, daß der wirtschaftliche Fortschritt nicht zu größerer Umverteilung geführt hatte. 40% der befragten Familien waren im Verlauf dieser 13 Jahre von massiven Reallohneinbußen betroffen, 30% stagnierten. Die 20% der Mittelklasse zugehörigen Familien konnten ihr Einkommen in diesem Zeitraum verdoppeln und die restlichen 10% behielten ihr Niveau bei.¹⁴⁴

Dennoch verbreitete die Regierung weiterhin ihre optimistische Sichtweise. Die Amtsperiode von Adolfo López Mateos (1958-64) war zwar von der Verhaftung der Anführer der Eisenbahnerbewegung, Va-

141 Vgl. Luis Unikel et al., *El desarrollo urbano de México. Diagnóstico e implicaciones futuras*, Mexiko 1976, S. 25.

142 Vgl. Luis Medina Peña 1994, op. cit., S. 145.

143 Wer diesen Begriff wann zuerst genannt hat, ist nicht mehr nachzuvollziehen, er taucht jedoch in allen Veröffentlichungen, seien sie lateinamerikanischer, US-amerikanischer oder auch deutschsprachiger Provenienz auf und bezieht sich nicht nur auf die ökonomische Entwicklung, sondern beinhaltet auch die langanhaltende politische Stabilität.

144 Vgl. Ifigenia Martínez Navarrete, *La distribución del ingreso en México: tendencias y perspectivas*, in: *El perfil de México en 1980*, Mexiko 1970.

Laut einer Studie des 'Banco de México' lag 1968 50% des nationalen Einkommens bei 15% der Bevölkerung, und die große Mehrheit von 85% teilte sich die verbleibenden 50% des gesamten Einkommens.

lentín Campa und Demetrio Vallejo sowie der Ermordung des Bauernführers Rubén Jaramillo überschattet. Trotzdem war sie auch von einer fortschreitenden Sozialpolitik, einer unabhängigen Außenpolitik und der nach außen hin hervorragend erscheinenden Wirtschaftsentwicklung gekennzeichnet. Insbesondere der Zuschlag, die Olympischen Spiele 1968 in Mexiko auszurichten, galt sowohl der Regierung als auch einem großen Teil der Öffentlichkeit, als Anerkennung für den geleisteten Fortschritt und die Stabilität durch die internationale Gemeinschaft. Die Erhaltung der Stabilität war dann auch das oberste Ziel der nachfolgenden Regierung unter Gustavo Díaz Ordaz, einem im Gegensatz zu López Mateos uncharismatischen und zudem extrem autoritären und reaktionären Präsidenten, der schon als vorheriger Innenminister die Stabilität nicht so sehr durch eine ökonomische Krise als vielmehr durch die 'kommunistische Gefahr' bedroht sah. Die mexikanische Kommunistische Partei selbst hatte längst durch ihre Stalintreue und zahlreiche Aufsplitterungen ihren Einfluß eingebüßt. Unter dem Einfluß der kubanischen Revolution und dem französischen Marxismus hatte sich jedoch eine neue Linke herausgebildet, die sich größtenteils aus PolitologInnen und SchriftstellerInnen zusammensetzte und die sich als prokubanisch, prodemokratisch, antipriistisch und antiimperialistisch verstand.¹⁴⁵ Wenn auch ihr Einfluß auf das politische Geschehen zunächst eher gering war, so veränderte die neue Linke die universitäre Landschaft. Bis dahin hatten sich die Sozialwissenschaften kaum mit der Forschung und Analyse des politischen Systems auseinandergesetzt. Die Historiker beschäftigten sich mit der Kolonialzeit, dem 19. Jahrhundert oder ästhetischen Fragestellungen, und die Philosophen erforschten größtenteils das Wesen der Mexikaner und drifteten mehr und mehr in einen banalen Sozialpsychologismus ab. Im wesentlichen waren es US-amerikanische Wissenschaftler, die sich mit Analysen des politischen Systems und den Stabilitätsursachen auseinandersetzten. Den Wendepunkt bildete 1965 die Publikation des Soziologen Pablo González Casanova »La democracia en México«, die es sich zur Aufgabe machte, die Herrschaftsmechanismen und ihre Verknüpfung mit den ökonomischen Entscheidungen zu entschlüsseln. Für González Casanova waren die sich abzeichnenden ökonomischen Verzerrungen ein Symptom für die zugrunde liegende politische

145 Einige der führenden Köpfe waren Elena Poniatowska, Carlos Fuentes, der Philosoph Luis Villoro, die Gründer der 'Escuela Nacional de Ciencias Políticas', Víctor Flores Olea, Enrique González Pedrero und Francisco López Cámara, sowie der Herausgeber der Zeitschrift 'Política', Manuel Marcué Parodiñas. In dieser Zeitschrift veröffentlichten zahlreiche Intellektuelle im August 1961 ein Manifest zur Gründung eines 'Movimiento Nacional de Liberación' (Nationale Befreiungsbewegung), der als Dachorganisation der gesamten linken Gruppierungen fungieren sollte. Vgl. Gabriel Careaga, *Los intelectuales y la política en México*, Mexiko 1971.

Krise, die sich in zunehmenden autoritären Herrschaftsstrukturen, einem übermäßigen Präsidentialismus und den geringen Partizipationmöglichkeiten manifestierte. Diese Demokratiedefizite ermöglichten wiederum ein ökonomisches Modell, das zu Verzerrungen in den sozialen Strukturen und der damit einhergehenden sozial ungerechten Verteilung führte. Diese Veröffentlichung wurde zu einem Bestseller und hatte immensen Einfluß auf die nachfolgenden sozial-und politikwissenschaftlichen Arbeiten. Die neue Linke entfaltete einen Großteil ihrer Aktivitäten innerhalb des universitären Raums und insbesondere in den Sozialwissenschaften konnte sie unter der jungen Professorenschaft mit zahlreichen Sympathisanten rechnen. Die Universitäten waren es auch, die im Laufe der 1960er zum Zentrum der politischen und sozialen Proteste werden sollten.

Parallel zum Erstarken der neuen linken Bewegungen scheiterte innerhalb des PRI der Versuch einen Demokratisierungsprozess in Gang zu setzen. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei endeten jedoch mit dem Rücktritt des Parteipräsidenten Carlos Madrazos und der Erhalt der inneren Einheit wurde über die Reformen gestellt. Damit hatte die Partei eine Chance der Demokratisierung und Aktualisierung vergeben, entfernte sich von den sozialen und politischen Realitäten und überließ dieses Terrain der Opposition.¹⁴⁶

Ein Bestandteil dieser Verschließung vor den Realitäten und eine zunehmende Kompromißlosigkeit gegenüber Reformforderungen führte schließlich zu einer zunehmenden Eskalation der Auseinandersetzungen. Den Beginn dieser Auseinandersetzungen bildeten 1964/65 die Proteste von Teilen der Ärzteschaft, die im öffentlichen Gesundheitssektor beschäftigt waren. Zu Anfang beliefen sich ihre Forderungen auf arbeitsrechtliche Belange, mit der Zeit erweiterten die Forderungen sich jedoch auf Bereiche der gewerkschaftlichen Demokratisierung verbunden mit einer immer stärker werdenden Kritik am staatlichen Autoritarismus. Während des letzten Streiks im August 1965 griff die Regierung daraufhin zu Zwangsmaßnahmen. Sie setzte Militärärzte ein um die Leistungen aufrechtzuerhalten, ließ einen Teil der führenden Köpfe der Bewegung inhaftieren und die Krankenhäuser mit Militäreinheiten umstellen. Anstatt auf Verhandlungen setzte die Regierung auf staatliche Gewalt.

Der nächste größere Konflikt dieser Art ereignete sich 1966 an der Universität von Michoacán. Anstatt wie in vorangegangenen Konflikten mit StudentInnen auf Verhandlungen und Kompromisse zu setzen, reagierte die Regierung mit immer stärker werdenden Repressionen. Nachdem die StudentInnen daraufhin den Rücktritt des Gouverneurs forderten, entsandte der Präsident das Militär, um die Universität zu besetzen,

146 Vgl. Rogelio Hernández Rodríguez, *La formación del político mexicano. El caso de Carlos A. Madrazo*, Mexiko 1991.

mit der Rechtfertigung die studentischen Vertretungen seien von nationalen und internationalen professionellen Agitatoren unterwandert. Die Besetzung der Universität war der Anfang einer Politik, die sich in den nachfolgenden Monaten fortsetzen sollte, die gewaltsame Unterdrückung eines neuen Phänomens: eine soziale Bewegung, die sich wie zuvor bei den ÄrztInnen aus Teilen der Mittelschicht zusammensetzte.¹⁴⁷ Die Flexibilität, die vorherige Regierungen im Umgang mit der Arbeiterbewegung und bäuerlichen Protesten entwickelt hatten, die Kanalisierung und Inkorporierung, schien bei Bewegungen aus den Mittelschichten, die nicht dem PRI verbunden waren, nicht mehr zu funktionieren.¹⁴⁸ Gerade gegenüber der StudentInnenschaft entwickelten die Regierenden ein fast an Paranoia grenzendes Mißtrauen. Bereits ab Mitte der 1960er Jahre wurden die Universitäten von polizeilichen V-Männern unterwandert, die jegliche soziale Unruhe feststellen und melden sollten. Unter dem Einfluß des Kalten Krieges galt schon der kleinste Protest als von kommunistischen Machenschaften gesteuert und erhielt die Ausmaße einer transnationalen Verschwörung. Schon in den Anfängen der mexikanischen StudentInnenbewegung wurden Parallelen zu den Bewegungen in Frankreich, Deutschland und den USA gezogen, ohne eine Analyse der verschiedenen Ursachen, und prompt eine internationale Verschwörung vermutet, die insbesondere die olympischen Spiele in Mexiko und damit das gesamte Regime in Mißkredit bringen sollte. Die Unfähigkeit mit neuen politischen Realitäten umzugehen, sollte bei dem tragischen Verlauf der StudentInnenbewegung von 1968 manifest werden.

Auslösendes Moment der studentischen Proteste in Mexiko-Stadt war eine militante Auseinandersetzung zwischen Studierenden, die von der Polizei und militärischen Einheiten gewaltsam aufgelöst wurde und von zahlreichen Verhaftungen begleitet war. Dieses Ereignis führte im August 1968 zu einer Großkundgebung, an der etwa 150 000 Menschen, darunter Studierende aller wichtigen Universitäten beteiligt waren sowie zur Bildung des 'Consejo Nacional de Huelga', des nationalen Streikrates. Die Forderungen beliefen sich zunächst auf die Entlassung der Verantwortlichen, weiteten sich dann auf die Freilassung der politischen Gefangenen und auf ein neues Versammlungsrecht aus und endeten letztendlich in der Infragestellung des politischen Systems. In den darauffolgenden Monaten reagierten die Autoritäten auf die zunehmende Radikalisierung und Ausweitung der Bewegung mit zögerlichem Verhandlungswillen und gleichzeitig steigender Repression. Im Zuge massiver Verfolgung entwickelten die StudentInnen neue Formen des Protestes, wie das

147 Mit ähnlicher Repression ging die Regierung auch gegen Proteste von StudentInnen in Tabasco, Morelos und Puebla vor.

148 Vgl. María Guadalupe Escamilla Gil, *Un diario para el auge y la crisis*, Mexiko 1991.

‘mitín relámpago’, die Blitzkundgebung, in denen die öffentlichen Verkehrsmittel, Märkte und Kinos zu schnellen Kundgebungen und der Nachrichtenverbreitung genutzt wurden. Über diese Protestform konnten sich die StudentInnen wachsende Sympathien unter der städtischen Bevölkerung sichern, die auch im Zuspruch der darauffolgenden kleineren Kundgebungen und insbesondere der Großdemonstrationen ihren Ausdruck fand.¹⁴⁹ Im Gegenzug zeigte die Regierung jedoch ihre Unfähigkeit, die Bewegung zu verstehen und Politiken zu entwickeln, mit den Protesten adäquat umzugehen. Die Verhandlungsangebote von studentischer Seite, die unter anderem einen öffentlichen über die Medien verbreiteten Diskurs forderten, wurden größtenteils ignoriert. Die wenigen Kontakte, die sich schließlich doch herstellten wurden dann von den Ereignissen von Tlatelolco am 2. Oktober 1968 zu einem abrupten Ende gebracht. Diese Kundgebung war nach den zwei Wochen zuvor erfolgten Besetzungen der Universität und einer Berufsschule durch das Militär vom Streikkomitee einberufen worden. Der Stadtteil, in dem die Kundgebung stattfand, war zu einem der aktivsten Zentren der Bewegung geworden und stand daher sowieso schon unter ständiger polizeilicher Kontrolle. Am Nachmittag des 2. Oktober rückten zusätzlich große Militärkontingente an und schlossen die Demonstrierenden ein. Warum und auf wessen Befehl die Soldaten an diesem Nachmittag plötzlich begannen auf die Demonstrierenden zu schießen ist bis heute nicht aufgeklärt worden. Zehn Tage vor Beginn der olympischen Spiele ermordeten das Militär und die Polizei über 300 Menschen, darunter viele Kinder und Jugendliche, verletzten tausende und inhaftierten in den folgenden Tagen mehrere hundert Aktivisten. Das Massaker von Tlatelolco bedeutete das Ende der StudentInnenbewegung und war zugleich die Bankrotterklärung eines Regimes, das auf Staatsterror zur Herrschaftserhaltung zurückgriff.¹⁵⁰ Die Gefahr einer politischen Destabilisierung lag für die Regierung nicht so sehr in den StudentInnenbewegungen selbst, sondern in deren Fähigkeit die unzufriedenen Mittelschichten und die von

149 Dies wurde angesichts von TeilnehmerInnenzahlen von 300 000 Menschen bei der Demonstration vom 27. August und über 600 000 bei der ‘Gran Manifestación del Silencio’ am 13. September offensichtlich.

150 Vgl. zur StudentInnenbewegung Elena Poniatowska, *La noche de Tlatelolco. Testimonios de historia oral*, Mexiko 1971; dies., *Fuerte es el silencio*, Mexiko 1980; Paco Ignacio Taibo II, *68*, Mexiko 1991; die Artikel von Fernando Castillo, *El movimiento de 68 fue autónomo* (entrevista a Roberto Escudero), Gilberto Guevara Niebla, *El 68 y la Universidad de México* sowie Luis Villoro, *1968: signo de revolución, señal de lo que viviremos*, alle in: *Revista de la Universidad de México* Nr. 4/5 Mexiko 1978/79; Donald Mabry, *The mexican university and the state: Student conflicts 1910-1971*, College Station Texas 1982; Judith A. Hellman, *Mexico in crisis*, New York/London 1983; Salvador Hernández, *El PRI y el Movimiento estudiantil de 1968*, Mexiko 1971.

der Modernisierung ausgeschlossenen Gruppierungen zu mobilisieren. An den großen Protestmärschen nahmen neben den StudentInnen Teile aus der nicht über die offiziellen Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft, Bauern, Taxifahrer, StraßenverkäuferInnen, LadenbesitzerInnen und Angestellte teil. Diese gesellschaftlich heterogene Opposition offenbarte die Unfähigkeit der vertikalen Strukturen des Staatskorporatismus, die Interessen und politischen Forderungen noch neutralisieren zu können. War das Regime in den Jahrzehnten zuvor mit den Forderungen aus den korporatistisch organisierten Sektoren konfrontiert gewesen, so traten nun neue AkteurInnen auf den Plan, die ebenfalls erheblichen Druck ausüben konnten und so potentiell das Regime gefährdeten.¹⁵¹ Die nachfolgende Regierung stand somit unter dem Druck ihre Legitimität über progressive Reformen anstelle von staatlicher Gewalt wiederherzustellen. Denn die brutale Niederschlagung der Oppositionsbewegung hatte nicht nur einen Schock im nationalen Rahmen ausgelöst. Da aufgrund der bevorstehenden Olympischen Spiele zahlreiche internationale Korrespondenten angereist waren, fand das Geschehen eine breite Berichterstattung in der internationalen Presse. Dies sorgte neben dem nationalen auch für einen erheblichen internationalen Legitimitäts- und Prestigeverlust. Für die nachfolgende Regierung lagen entsprechend die zentralen Ziele ihrer Politik in der Restauration der Glaubwürdigkeit der Partei und der Regierung mittels Reformen.¹⁵²

Der ab 1970 amtierende Luis Echeverría Álvarez sah den Weg aus der Legitimationskrise in einer Modernisierungspolitik, die sich wieder stärker verteilungspolitischen Aspekten und in expliziter Bezugnahme auf Lázaro Cárdenas der marginalisierten Landbevölkerung über die Weiterführung der Agrarreform und den städtischen Unterschichten widmete. Die Ökonomie sollte via einer Ausweitung der Staatsinterventionen in den Dienst der Wiederherstellung der politischen Stabilität gestellt werden. Das neue ökonomische Paradigma lautete nun 'desarrollo compartido', 'teilende Entwicklung', die mit arbeitsmarkt- sozial- und bildungspolitischen Programmen geschaffen und über eine massive Staatsverschuldung finanziert werden musste. Innerhalb kurzer Zeit wurden verschiedene mehr oder weniger erfolgreiche Wohnungsbauprogramme sowohl für die sozialversicherungspflichtigen Arbeiter, als auch für Staatsangestellte und die urbanen Randgruppen ins Leben gerufen¹⁵³.

151 Vgl. James Cockcroft, *Coercion and ideology in Mexican politics*, in: James Cockcroft/André Gunter Frank/Dales L. Johnson, *Dependence and underdevelopment in Latin America's political economy*, New York 1972.

152 Vgl. Rose Spalding, *State power and its limits: Corporatism in Mexico*, in: *Comparative Political Studies* 14 (2) 1981; laut ihrer Analyse wurde Echeverría nur von 37% der Wahlberechtigten gewählt.

153 Vgl. José Antonio Aldrete Haas, *The decline of the Mexican State? The case of state housing intervention*, Massachusetts 1989.

Daneben wurde der parastaatliche Sektor ausgebaut, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Zahl der Angestellten im Bildungsbereich verdoppelt. Der größte Budgetfaktor mit bis zu 34% jährlicher Zuwachsrate innerhalb der Sozialpolitik wurde jedoch für »zusätzliche Ausgaben« verwendet. Hier handelte es sich um verschiedene spezielle Projekte, die der Präsident auf seinen zahllosen Rundreisen durchs Land ausgehandelt hatte und die dem Regime einen populistischen Anstrich verliehen. Dahingegen stagnierten die Staatsausgaben in den Bereichen Gesundheit und Infrastruktur.¹⁵⁴

Ein weiterer zentraler Bestandteil der Reformpolitik war die »demokratische Öffnung«, »la apertura democrática«, die u.a. eine Wahlrechtsreform, die Zulassung neuer Oppositionsparteien und unabhängiger Gewerkschaften, eine größere Pressefreiheit und die Freilassung zahlreicher politischer Gefangener beinhaltete. In der Amtsperiode von Echeverría bewies der PRI damit wiederum seine Fähigkeit, große Teile der faktischen und potentiellen Opposition zu kooptieren und auf diese Weise zu entschärfen. Einer Vielzahl von Wissenschaftlern, Künstlern, Universitätsprofessoren, und ehemaligen Studentenführern wurden Beraterstellen im Dunstkreis der Regierung angeboten sowie einige Intellektuelle wie Flores Olea oder Carlos Fuentes mit Botschafterposten betraut.¹⁵⁵ Hinzu kam eine auf Antikapitalismus und Dritte Welt Solidarität zugeschnittene Rhetorik, die das oppositionelle Umfeld sowohl von Intellektuellen als auch der urbanen und ländlichen Marginalisierten wieder an die Regierung binden sollte.

Innerhalb dieses auf politische und ökonomische Reformen ausgerichteten Modernisierungsprojektes sollte nun die neue Bevölkerungspolitik einen zentralen Stellenwert erhalten. Den Inhalten nach war das Ziel dieser Politik, die ökonomischen und sozialen Reformen zu komplettieren und ein Verbindungsglied zwischen mehreren reformbedürftigen Politikfeldern zu bilden. Die Bevölkerungspolitik wurde so zum Dreh- und Angelpunkt nicht nur des ökonomischen, sondern auch des sozialen Wandels stilisiert. Mit der Propagierung einer neuen Bevölkerungspolitik, die an ein die gesamte Bevölkerung umfassendes Modernisierungsversprechen gekoppelt war, bot sich für Echeverría die Möglichkeit die Legitimationsdefizite auszugleichen. Ihm bot sich damit die Gelegenheit, Forderungen der Studentinnenbewegung und progressiven Mittelklasse, die Diskurse über sexuelle Befreiung und Emanzipation in die gesellschaftliche Diskussion eingebracht hatten, als einen Aspekt der Famili-

154 Vgl. Luis Medina Peña, 1994, op. cit., S. 186f.

155 Vgl. Roderic A. Camp, 1991, op. cit.; Manfred Mols, *Mexiko unter Luis Echeverría Álvarez*, in: Manfred Mols/Hans Werner Tobler, Mexiko. Die institutionalisierte Revolution, Köln/Wien 1976, S. 171-234, mit kritisch-satirischem Blick: José Agustín, *Tragicomedia mexicana 2. La vida en México de 1970 a 1982*, Mexiko 1998.

enplanung zu fassen und damit in sein politisches Legitimierungsprogramm einzubinden. Dies war nicht nur für die innenpolitische Stabilisierung wichtig, sondern verbesserte auch erheblich das außenpolitische Standing Mexikos.

3.5.3 Die Wahrnehmung und Definition eines »Bevölkerungsproblems« im Kontext der mexikanischen Außenpolitik

Die Entscheidung, eine die Geburten reduzierende Bevölkerungspolitik zu implementieren fiel nicht zufällig zu Beginn der 1970er Jahre. Von Bedeutung für eine Abkehr von pronatalistischen Konzepten zu diesem Zeitpunkt war auch Mexikos internationale Selbstdarstellung und eine Außenpolitik, die sich durch das Engagement in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen auszeichnete. Diese wiederum übernahmen im Zuge der Entwicklungsdebatten eine Bevölkerungspolitik, die zuvor schon die US-amerikanische Entwicklungshilfe kennzeichnete und die ab den 1970ern verstärkt in der Überbevölkerung das Fortschrittshemmnis schlechthin zu entdecken glaubte (siehe Kap. 2.2.3)

Mexikos sich in internationalen Organisationen entfaltendes außenpolitisches Engagement sowie die Prinzipien und Richtlinien, die diese Politik ausmachen, sind das Resultat spezifischer historischer Erfahrungen und bedingen sich durch die geopolitische Lage des Landes. Außenpolitische Leitlinien sind zumeist der Spiegel nationaler Interessen und angesichts zahlreicher Invasionen und Interventionen verfolgte Mexiko seine nationalen Interessen mit der Unterstützung der Normen des internationalen Rechts: Ablehnung von Interventionen in die inneren Angelegenheiten eines Staates, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Nichtanerkennung von Territorien, die durch Gewalt erworben wurden, Gleichheit unter den Staaten in Status und Rechten, Verteidigung der Integrität und nationaler Souveränität insbesondere der »schwächeren« Nationen, Gerechtigkeit in internationalen Handelsverträgen, etc. Das Respektieren der internationalen juristischen Normen lieferte die Möglichkeit die eigene Integrität und Souveränität zu verteidigen.

Die im offiziellen Diskurs in Erscheinung tretende Selbstwahrnehmung und Selbstdarstellung als »schwache« Nation bis in die 1980er Jahre, deren Unabhängigkeit und Souveränität beständig bedroht ist, leiteten sich u.a. aus der Phase der Nationalstaatsbildung im 19. Jahrhundert her und setzen sich mit den Erfahrungen während der Revolution und der Zeit danach in diesem Jahrhundert fort. Zudem ergänzte, spätestens seit der Konsolidierung des nachrevolutionären politischen Systems unter Präsident Calles, das Postulat des Eingebettetsein der außenpolitischen Prinzipien in die ideologischen Elemente und politischen Ideen des aus

der Revolution hervorgegangenen nationalen Projektes, die revolutionäre und nationalistische Selbstdarstellung.

Die ökonomische Außenabhängigkeit Mexikos von den USA hatte sich in den Jahrzehnten nach der Revolution kontinuierlich erhöht und bot so beständig die Möglichkeit seitens der USA, ökonomischen und politischen Druck auszuüben. Gleichzeitig war (und ist) die politische, ökonomische und soziale Stabilität Mexikos von vitalem Interesse für die US-amerikanischen Sicherheitsüberlegungen. Die »besondere Beziehung«¹⁵⁶ bedingte also einerseits die enge und notwendige Zusammenarbeit auf bilateraler Ebene, andererseits gestattete sie auch Abgrenzungen in außenpolitischen Fragen, die für Mexikos »Image« als unabhängiger, revolutionärer Staat sowohl nach Innen als auch nach Außen wichtig waren und so zur Stabilisierung des politischen Systems beitrugen.

In diesem Zusammenspiel aus historischen Inhalten, ideologischen Annahmen, konkreten Interessen und politischen Prämissen ergab sich ein außenpolitischer Verhaltenskodex, der durch »starke Bedachtsamkeit auf völkerrechtliche Korrektheit«¹⁵⁷ – heute würden wir es »political correctness« nennen – geprägt war. Dies äußerte sich z.B. in der Nichtanerkennung der Invasion Tschechiens und der Annektion Österreichs durch die Nationalsozialisten sowie in den Protesten gegenüber der finanziellen und militärischen Unterstützung Francos durch Mussolini und Hitler während des spanischen Bürgerkrieges. Nachdem der Versuch die westlichen Demokratien zur Unterstützung der Republikanischen Regierung Spaniens zu bewegen scheiterte, beherbergte Mexiko die spanische Exilregierung und gestattete die Einreise zigtausender spanischer Flüchtlinge. Bis zum Tod Francos 1975 unterhielt Mexiko keinerlei diplomatische Beziehungen zu Spanien.

War Mexiko während des 2. Weltkrieges noch Verbündeter der Alliierten, lehnte es eine Einbeziehung in das von den USA während des Kalten Krieges initiierte Netzwerk militärischer Allianzen ab und partizipierte auch nicht im für Lateinamerika entwickelten militärischen Kooperationsprogramm, das die Schulung lateinamerikanischer Militärs in den USA sowie die Entsendung von Militärmissionen nach Lateinamerika beinhaltete.¹⁵⁸

Die Abgrenzung Mexikos verstärkte sich zunehmend, nachdem über die Auseinandersetzung mit der UDSSR und das Entstehen der beiden Blöcke die US-amerikanische Politik entscheidend durch das Konzept der »hemisphärischen Sicherheit« bestimmt wurde, d.h. Lateinamerika

156 Sowohl mexikanische als auch US-amerikanische Politiker rekurrten beständig auf den Terminus der »relación especial« bzw. »special relation«, wenn es sich um bilaterale Angelegenheiten handelt (vgl. u.a. Needler, op. cit., S. 115ff.).

157 Manfred Mols, 1976, op. cit., S. 206.

158 Vgl. Needler, op. cit., S. 122.

wurde zum »Hinterhof«, den es vor kommunistischen Einflüssen zu bewahren galt¹⁵⁹ Der daraus resultierenden Außenpolitik, die sich weniger an Prinzipien oder einer klar definierbaren und identifizierbaren Strategie orientierte, setzte Mexiko seine über »nationale Traditionen« bestimmte Außenpolitik entgegen:

»Eine weitere Charakteristik der mexikanischen Außenpolitik ist, daß sie als eine Prinzipienpolitik betrachtet werden muß [...] Mexiko hat während seines langen historischen postrevolutionären Weges einen Prinzipienkörper beibehalten, der in jedem Moment die Außenpolitik bestimmte.«¹⁶⁰

Unter dieser Prämisse verweigerte Präsident Ruiz Cortinez die Unterzeichnung der »Declaration of Caracas«, die die Legitimation des Sturzes der Regierung Arbenz' in Guatemala lieferte. Desweiteren bestand Präsident López Mateos darauf, die diplomatischen Beziehungen zum revolutionären Kuba aufrechtzuerhalten und Präsident Díaz Ordaz entzog der Entsendung der »Inter-American Peace Force« in die Dominikanische Republik seine Unterstützung. Echeverría unterstützte Allende in Chile und brach nach dessen Sturz durch Pinochet und anschließenden Ermordung die diplomatischen Beziehungen ab. Insbesondere Mexikos Engagement in Zentralamerika, z.B. die Unterstützung Torijos den Panama Kanal betreffend, der Abbruch der Beziehungen zum Somoza Regime sowie die anschließende Unterstützung der Sandinisten in Nicaragua, die Anerkennung der Guerilla in El Salvador als »repräsentative politische Kraft« und die Bildung der Contadora-Gruppe, kennzeichnen die Position Mexikos gegenüber den hegemonialen Präntentionen seines nördlichen Nachbarn. Hinzukamen Initiativen zur internationalen Friedensicherung, wie z.B. der Vertrag von Tlatelolco, in dem die unterzeichnenden lateinamerikanischen Staaten auf die Herstellung und Stationierung von Atomwaffen verzichteten.

Internationale Foren wie die Vereinten Nationen, die OAS und andere waren und sind zentrale Institutionen für diese auf multilateraler Ebene agierende Außenpolitik Sowohl für Mexiko, als auch für andere »kleine« oder 3. Welt Staaten boten sie die Möglichkeit, ihre auf bilateraler

159 Vgl. Lars Shoultz, *National security and United States policy toward Latin America*, Princeton 1987.

160 »Otra característica de la política exterior mexicana es que debe ser considerada como una política de principios [...]. México ha sostenido a lo largo de su trayectoria histórica posrevolucionaria un cuerpo de principios que ha normado en todo momento su política exterior.« Bernardo Sepúlveda Amor, *Reflexiones sobre la política exterior de México*, Foro Intrnacional, vol. XXIV, no. 4, Mexiko 1984, S. 409.

Ebene eingeschränkten Handlungsspielräume erweitern zu können.¹⁶¹ Zudem ermöglichte dieses im Falle Mexikos wertorientierte Agieren und Argumentieren einen internationalen Prestigezuwachs, der auch die Funktion der Legitimierung und Aufrechterhaltung von Herrschaftsansprüchen hatte.

Im Weberschen Sinne sind Staaten Herrschaftsorganisationen, die auf Loyalität angewiesen sind, die wiederum auf der Legitimität der Herrschaftsansprüche beruht. Diese Legitimität stellt sich auch »aus der Überzeugungskraft staatlicher Ideologien« her und daher sind Staaten »permanent in ideologische Debatten verwickelt, in denen sie ein transnationales Publikum von der Legitimität ihrer Herrschaftsansprüche zu überzeugen versuchen.«¹⁶² Der tatsächlich erfolgte Prestigezuwachs, der sich anhand zahlreicher mexikanischer PolitikerInnen in den Vorständen internationaler Gremien sowie in der Ausrichtung internationaler Konferenzen – z.B. Weltfrauenkonferenz 1975 und Weltbevölkerungskonferenz 1984 – ablesen läßt, ist auch ein Hinweis auf den Erfolg solch einer normativen, auf den Grundsätzen des internationalen Rechts basierenden, Außenpolitik.

Kern dieser staatlichen Ideologie, die sowohl das transnationale als auch das nationale Publikum im Blickfeld hatte, war das mexikanische Modernisierungsprojekt und die diesbezügliche Rolle des Staates. Daher auch das Bestehen auf der Kontinuität der Prinzipien, die beständig und fast bis zum Ermüden durch Wiederholung bestätigt werden sollten.¹⁶³

»Glücklicherweise – ich möchte diesen Gemeinplatz wiederholen – geht die mexikanische Außenpolitik von alten und starken Wurzeln aus, die seit Morelos bestehen, ihre Krönung durch Juárez erfahren und sich mit Carranza, Calles, Cárdenas [...] und allen Staatschefs, die uns führten, fortsetzen.«¹⁶⁴

Die Insistenz seitens des offiziellen Diskurses, die Politik in eine lang anwährende Tradition zu stellen, leitete sich aus der Konzeptionalisierung dieser Politik als Staatspolitik im Gegensatz zu Regierungspolitik ab. Als Staatspolitik war die Grundorientierung nicht an Veränderungen

161 Vgl. Baghat Korany (Hg.), *How foreign policy decisions are made in the Third World*, Boulder, 1986.

162 Frank Schimmelfennig, *Rhetorisches Handeln in der internationalen Politik*, S. 220 in: ZIB, 1997, S. 219-254.

163 Vgl. Guadalupe González, op. cit., S. 36.

164 »Por fortuna –quiero repetir el lugar común– la política exterior de México tiene raíces viejas y fuertes que arrancan de Morelos, alcanzan su momento estelar con Juárez y se prolongan con Carranza, con Calles, con Cárdenas; (en justicia – salvo Santa Ana) con todos los jefes de estado que nos han dirigido.« Antonio Carrillo Flores, *Reflexiones acerca de la política exterior y la diplomacia mexicanas*, in: Diálogos, Nr. 120, Nov./Dez. 1984, S. 11.

durch Regierungs- oder Administrationswechsel gebunden, sondern an ein nationales Projekt, dessen Grundlage die Revolution darstellte.¹⁶⁵ Dieses national-revolutionäre Projekt wiederum legitimierte sich über die Anbindung an den seit der Unabhängigkeit bestehenden Modernisierungsdiskurs. Da Modernisierung der zentrale Topos der Nationalstaatsbildung war und nur der Staat als in der Lage gesehen, diese zu verwirklichen, war auch die Außenpolitik als Staatspolitik Teil und Mittel zugleich dieser Modernisierung. Indem Modernisierung auf allen Ebenen und das heißt auch auf der internationalen, verteidigt und unterstützt wird, wirkt sie zum einen auf die eigene Modernisierung zurück und bestätigt sie gleichzeitig.

Der auf der Perzeption des »retraso permanente«¹⁶⁶ und gleichzeitigen Moderne basierende Legalismus in der Außenpolitik bildete den Hintergrund eines spezifischen »belief-system« und konnte somit als Grundlage eines »operational code« verstanden werden, der »im Sinne eines Verhaltenprogramms die Einstellungen des Entscheidungsträgers zu politischen Fragen beinhalte(t) und sein Verhalten steuer(e)t«.¹⁶⁷ Dabei handelte es sich keineswegs um einen auf Knopfdruck funktionierenden Automatismus, sondern kennzeichnete lediglich den Institutionalisierungsgrad bestimmter Verhaltens- und Handlungsweisen.¹⁶⁸ Verstärkt wurde die Kontinuität dieser Parameter, innerhalb derer sich die Außenpolitik bewegte, zudem durch die Machtpermanenz einer politischen Elite, die sich über den PRI, bzw. seine Vorläufer artikuliert und aus der die Entscheidungsträger hervorgehen.

Im Falle Mexikos ist der letztendliche Entscheidungsträger in der Außenpolitik der Präsident, dem verfassungsrechtlich die Kompetenzen bezüglich der Gestaltung und Richtlinien übertragen werden. Die Legislative hatte somit wenig Gestaltungsspielraum, zumindest solange wie Kongreß und Senat durch die PRI-Mehrheit beherrscht wurden.¹⁶⁹

Zu den verschiedenen Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik, die sich durch historische Komponenten, die Rolle des Staates und der

165 Vgl. Guadalupe González, op. cit., S. 36.

166 Zur »permanenten Unterentwicklung« vgl. Roger Bartra, *Oficio mexicano*, Mexiko 1993.

167 Helga Haftendorn, *Zur Theorie außenpolitischer Entscheidungsprozesse*, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, S. 415.

168 1987 wurden die traditionellen außenpolitischen Prinzipien wie Selbstbestimmungsrecht der Völker, juristische Gleichstellung, internationale Entwicklungskooperation, etc. in verfassungsrechtlichen Rang erhoben. Vgl. Jorge Chabat, *La incorporación de los principios tradicionales de la política exterior mexicana*, in: Carta de Política Exterior Mexicana, Jg. 8, Nr. 3-4, Mexiko, CIDE 1987.

169 Vgl. Jorge Chabat, *El marco jurídico de la política exterior: tendencias y perspectivas*, in: Cuadernos de la Política Exterior Mexicana, Nr. 2, Mexiko, CIDE 1986, S. 23ff. sowie Jorge Carpizo, *El presidencialismo mexicano*, Mexiko 1978, S. 130.

Staatspartei PRI, die Wahrnehmung und Darstellung als zugleich moderner und rückständiger Staat und die daraus resultierenden institutionalisierten Parameter, bedingen, kommen also noch die persönlichen Erwägungen und Konzeptionen nationaler Interessen der jeweiligen Präsidenten hinzu. Denn trotz des Rahmens – im Äußeren die Berücksichtigung der US-Interessen, im Inneren die Aufrechterhaltung der Legitimität und der politischen Stabilität¹⁷⁰ – konnte und kann der Präsident durch seine weitreichenden Befugnisse innerhalb der ihm zur Verfügung stehenden Parameter unterschiedliche Prioritäten setzen, die in Verbindung zu seiner Wahrnehmung von innenpolitischen Gegebenheiten und besonderen Konjunkturen stehen. Da politische Akteure auch aufgrund ihrer »durch Persönlichkeit, Sozialisation und Erfahrung gebildeten Einstellungsmuster«¹⁷¹ handeln, spielen die unterschiedlichen Modernisierungskonzeptionen eine wichtige Rolle in den Entscheidungsprozessen. Ein zentrales Vehikel dieser Modernisierungspolitik war Echeverría's »neue Außenpolitik«, die in ihrer prononcierten Dritte Welt-Rhetorik und ihren internationalistischen Projekten Mexikos Führungsrolle innerhalb der Dritten Welt intendierte. In seinem Bestreben, die außenwirtschaftliche Abhängigkeit von den USA zu reduzieren und gleichzeitig eine internationale Solidarität gerade unter den Ländern der Dritten Welt herzustellen, unternahm Echeverría zahllose Reisen ins Ausland.¹⁷²

Die stärkere Bezugnahme auf die Dritte Welt sowie die offensiven internationalistischen Projekte Mexikos verlangten auch im Innenpolitischen konkrete Maßnahmen. Darin kann zum einen ein »Reflex (spät-)revolutionärer Legitimationsbedürfnisse«¹⁷³ gesehen werden, erreicht werden sollte aber auch eine internationale Visibilitätssteigerung. Bevölkerungspolitik erschien in diesem Zusammenhang als ein Politikfeld, das sowohl mit der internationalistischen Selbstverpflichtung Echeverría's als auch mit seinem Projekt der Modernisierung und der nationalen Entwicklung kompatibel war.

170 Vgl. Jorge Chabat, *Condicionantes del activismo de la política exterior mexicana (1960-1985)*, in: Humberto Garza Elizondo (Hrg.), *Fundamentos y prioridades de la política exterior de México*, Mexiko, S. 89-108.

171 Helga Haftendorn, op.cit., S. 415.

172 Seinen größten außenpolitischen Erfolg konnte er mit der Annahme seiner bereits auf der UNCTAD III 1972 in Chile eingebrachten »Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten« durch die UN-Vollversammlung im Dezember 74 verbuchen. Diese Charta stellte eine Art Ergänzungsdokument zur Erklärung der Menschenrechte dar und beinhaltet grundlegende Forderungen für den Aufbau einer neuen Weltwirtschaftsordnung. (Weitere Vorschläge Mexikos auf UN-Ebene galten u.a. der Einrichtung eines internationalen Welternährungsfonds und der Gründung eines internationalen landwirtschaftlichen Entwicklungsfonds.)

173 Manfred Mols, 1976, op. cit., S. 208.

Die Organisation Amerikanischer Staaten hatte bereits 1967 eine Expertenkommission zu Bevölkerungsfragen ins Leben gerufen, und organisierte 1970 eine lateinamerikanische Konferenz zu demografischer und ökonomischer Planung. Die für die mexikanische Entscheidung wohl wichtigste Konferenz war die regionale Vorbereitungskonferenz für Bukarest in Costa Rica 1972. In Abgrenzung zum »Aktionsplan« der UNO (siehe Kap. 2.2.3) wurde ein bevölkerungspolitisches Konzept erarbeitet, welches nicht nur die reine Reduktion im Blickfeld hatte, sondern ebenso den Aufbau, die Struktur und die Verteilung der Bevölkerung. Familienplanung wurde so zu einem Aspekt unter anderen und erhielt die entsprechende Legitimation über die Einordnung in allgemeine regionale Entwicklungspolitik und die Eindämmung bzw. Reorientierung der Migrationsflüsse. Mit dieser Diskursverschiebung wurde der Bevölkerungspolitik der neomalthusianische Touch genommen. In der Endfassung des »Aktionsplans« erscheint als vorrangiges Ziel die Entwicklung und die Integration der Frauen.¹⁷⁴ Der Einfluß der lateinamerikanischen Länder und insbesondere Mexikos - der Mexikaner Antonio Carrillo Flores war Generalsekretär der UN-Weltbevölkerungskonferenz von 1974 - auf die Endfassung des »Aktionsplans«¹⁷⁵ ist von nicht zu unterschätzendem Legitimationswert für die Umsetzung in nationale Politik. Mit der Gesetzesänderung von 1974 konnte die mexikanische Regierung auf der Weltbevölkerungskonferenz ihr neues Bevölkerungsgesetz präsentieren und sich somit als Vorreiterin in Sachen Bevölkerungspolitik im Kontext der Dritten Welt inszenieren. Außerdem konnte sich die Regierung dadurch, daß die Gesetzesänderung bereits im Vorfeld der Bevölkerungskonferenz in Kraft getreten war, auch innenpolitisch dem Vorwurf erwehren, sie sei Erfüllungsgehilfe der US-imperialistischen Bevölkerungskontrolleure.¹⁷⁶

Die Wahrnehmung von Bevölkerungspolitik als eine für den Staat dringliche Aufgabe und das daraus resultierende Handlungsgebot, was zwangsläufig die Aufnahme in die präsidentielle Agenda zur Folge hatte, war u.a. durch die Konjunktur des Themas in den internationalen Foren bedingt. Gleichzeitig konnte durch die Implementierung derselben ein außenpolitischer Erfolg in mehrfacher Hinsicht erzielt werden. Neben der erwähnten Beteiligung an der Ausarbeitung des Aktionsplans war es die Umsetzung, die rethorisch mit einem tercermundistisch-

174 Vgl. Viviane Brachet-Márquez, *La política de planificación familiar en México. Un proceso institucionalizado?*, in: Revista Mexicana de Sociología vol. XLVI, no. 2 (April-Juni 1984), S. 285-310.

175 Luis Leñero Otero, *Valores ideológicos y las políticas de población en México*, Mexiko 1979, S. 67.

176 Vgl. Víctor Urquidí, *Consideraciones acerca de la aplicación del Plan de Acción Mundial sobre Población*, in Demografía y Economía, X, Nr.1 (28), 1976.

populistischen Anstrich versehen, die Anerkennung seitens der Staaten der Dritten Welt gewährleistete. Dies war nicht nur außenpolitisch von Bedeutung. Über die beständige Wiederholung, daß es sich bei dieser Politik um eine »nationalisierte« Bevölkerungspolitik handele¹⁷⁷, sollte innenpolitisch eine Reaktion der oppositionellen Linken delegitimiert werden. Die Anerkennung der Industriestaaten, die einhellig Bevölkerungspolitik als Allheilmittel betrachteten, war gleichermaßen gewährleistet und manifestierte sich in der Einladung des Modernisierers Echeverría zu den Salzburger Gesprächen des Club of Rome im Februar 1974.¹⁷⁸

3.5.4 Akteure im bevölkerungspolitischen Diskurs

Trotz des starken Präsidentialismus, der es dem jeweiligen Präsidenten ermöglichte, sowohl die Exekutive als auch die Legislative zu bestimmen, spielten verschiedene AkteurInnen im Prozeß der Entscheidungsfindung eine, wenn auch eher indirekte, Rolle. Sie legten jedoch über beratende Funktionen oder dem Angebot von Problemlösungsstrategien sowie spezifischen Forderungen, die in Teilen mit dem Modernisierungsdiskurs übereinstimmten, weitere Legitimationsgrundlagen für eine Gesetzesänderung.

3.5.4.1 Die mexikanische Bevölkerungswissenschaft

Die Problematisierung von Bevölkerungswachstum, Binnenmigration und Entwicklung seitens einiger Wissenschaftler setzte ab Mitte der 1960er Jahre ein und verlief in etwa zeitgleich mit der Institutionalisierung der Bevölkerungswissenschaft in verschiedenen Forschungseinrichtungen.¹⁷⁹

In den Jahrzehnten vor der Institutionalisierung wurden bevölkerungswissenschaftliche Probleme aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln behandelt. Verschiedene Politik- und Sozialwissenschaftler und auch Philosophen beschäftigten sich insbesondere mit der ethnischen Heterogenität der Bevölkerung und deren Folgen für die nationale Identität und die Modernisierung mit oftmals stark rassistisch eingefärbten Analysen und Interpretationen. Ihr Augenmerk lag auf der Herstellung einer homogenen Ethnizität, deren staatliche Seite sich in den selektiven

177 Luis Leñero Otero, 1979, op. cit., S. 67.

178 Vgl. María Eugenia Zavala de Cosío, 1992, op. cit., S. 179.

179 1961/62: Programa de Sociología de La Población am Instituto de Estudios sociológicos der UNAM, 1964: Centro de Estudios Económicos y Demográficos (CEED) am Colegio de México.

Einwanderungsgesetzen und der fortwährenden Marginalisierung der indigenen Gemeinschaften materialisierte.

1935 wurde in Mexiko die »Fédération Internationale Latine des Sociétés d'Eugénique« gegründet, in der sich Eugeniker aus südeuropäischen und südamerikanischen Staaten organisierten. Aufgrund ihrer Anbindung an die katholische Kirche lehnten diese Eugeniker die Politik anglo-amerikanischer und nationalsozialistischer Provenienz, die auf Sterilisation und Geburtenverhütung bei vermeintlich Erbkranken abzielte, ab und setzten sich statt dessen für eine Vermehrung genetisch »höherwertiger« Paare ein.¹⁸⁰ Mehr Einfluß bei der Problematisierung von »Überbevölkerung« nahmen die Demographen und Ökonomen. Den Anstoß für die wissenschaftliche Erforschung demographischer Daten gab der »Primer Congreso Demográfico Interamericano« von 1943 auf dem neben der Postulierung pronatalistischer Positionen die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung der lateinamerikanischen demographischen Erhebungen und Statistiken gefordert wurde. Dies war der Ausgangspunkt des ab 1950 installierten »Programa del Censo de las Américas«, eines von der UN finanzierten Datenerhebungsprogramms für Lateinamerika. 1958 wurde in Santiago de Chile mit US-amerikanischen und UN-Geldern das »Centro Latinoamericano de Demografía« (CELADE) gegründet, das die vorhandenen Daten wissenschaftlich auswertete, neue Erhebungen zu Fruchtbarkeit und Migration förderte und die Ausbildung von WissenschaftlerInnen, u.a zahlreichen mexikanischen, vorantrieb.

Die Kooperation und der wissenschaftliche Austausch von vornehmlich US-amerikanischen Forschern mit mexikanischen, der am CELADE begonnen hatte, wurde in dem 1964 mit Unterstützung der Ford Foundation gegründeten Centro de Estudios Económicos y Demográficos (CEED)¹⁸¹ am Colegio de México, fortgesetzt. Der Direktor des Colegio de México war sehr daran interessiert, internationale Kontakte und wissenschaftliche Austausche zu etablieren. Aus der Kooperation mexikanischer und US-amerikanischer Wissenschaftler gingen zahlreiche langjährige Forschungsprojekte hervor, die sich mit demographischen Phänomenen in Mexiko auseinandersetzten.

Die US-amerikanischen Wissenschaftler hatten schon viel früher damit begonnen die Zusammenhänge von Urbanisierung, Bevölkerungswachstum und Entwicklung zu problematisieren. In einer 1958 von der Weltbank und dem Population Council finanzierten Studie analysierten Ansley J. Coale und Edgar Hoover die Auswirkungen des Bevölkerungswachstums auf den ökonomischen Fortschritt in Mexiko und

180 Vgl. Stefan Kühl, 1997, op. cit., S. 144f.

181 Später wurde das Zentrum in *Centro de Estudios Demográficos y Desarrollo Urbano* umbenannt.

kamen zu der Schlußfolgerung, daß antinatalistische Bevölkerungsprogramme zwar notwendig in nächster Zeit aber nicht absehbar wären.¹⁸² Stießen diese Ergebnisse zunächst auf wenig Gegenliebe, begann in den darauffolgenden Jahren ein langsames Umdenken auch an mexikanischen Forschungseinrichtungen.

Für eine Ablösung des vorangegangenen Optimismus und der Ablehnung bevölkerungspolitischer Maßnahmen einiger Wissenschaftler waren u.a die Zensusdaten von 1960 und 1970 ausschlaggebend, deren Auswertung in zwei Publikationen 1970 veröffentlicht wurden.¹⁸³ Insbesondere letztere beschäftigte sich mit den ökonomischen und sozialen Folgen eines beschleunigten Bevölkerungswachstums und warf die Frage auf, ob dieses Wachstum beginne den sozialen Fortschritt zu unterminieren.¹⁸⁴ In eine ähnliche Richtung zielten weitere Veröffentlichungen, die die Abnahme der Arbeitskraftnachfrage seitens der Industrie und die unvollständige Transformation des Arbeitsmarktes problematisierten. Es wurde deutlich gemacht, daß die formalen oder modernen Komponenten nicht ausreichend in der Lage waren, die informellen und traditionellen zu absorbieren.¹⁸⁵ Im gleichen Jahr erschien eine Publikation der Nationalen Universität UNAM, die sich ebenfalls mit dem Thema Bevölkerung, Entwicklung und Perspektiven der Ökonomie auseinandersetzte: »El perfil de México en 1980.«¹⁸⁶ In einem der Artikel stellte Victor L. Urquidi fest, daß die Bevölkerungsdynamik die nationalen Probleme in vielen Bereichen zusätzlich belaste und forderte eine bevölkerungsreduzierende Politik als integralen Bestandteil von Entwicklungspolitik.¹⁸⁷

Die Forderung einiger mexikanischer Demographen und Ökonomen nach einer Änderung der Politik läßt sich nicht allein auf den Umstand ihrer Zusammenarbeit mit US-amerikanischen Wissenschaftlern und Institutionen sowie diversen UN-Organisationen zurückführen. Der Hin-

182 Vgl. Ansley J. Coale, *Population growth and economic development: The case of Mexico*, in: *Foreign Affairs: An American Quarterly Review*, Januar 1978.

183 »Proyecciones de la población de México« von Benítez und Cabrera 1966 und in »Dinámica de la población de México« vom CEED.

184 Vgl. CEED, *Dinámica de la población de México*, Mexiko 1970, S. 234ff.

185 Vgl. Sául Trejo, *Industrialización y empleo en México*, Mexiko 1973; Grupo de Estudio del Problema del Empleo, *El problema ocupacional en México. Magnitud y recomendaciones*, Mexiko 1973.

186 Instituto de Investigaciones Sociales (UNAM), *El perfil de México en 1980*, Mexiko 1970.

187 Zur gleichen Zeit veranstaltete Urquidi mit der Unterstützung der IUSSP, der CELADE und CEPAL am Colegio de México die »Conferencia Regional Latinoamericana de Población«, auf der zahlreiche Beiträge dahingehend übereinstimmten, daß eine Intervention in demographische Phänomene dringend erforderlich wäre.

weis auf diese Zusammenarbeit verdeutlicht jedoch, wie stark die internationale und nationale Debatte ab den 1970ern von einem spezifischen Blickwinkel beeinflußt und auf eine bestimmte Problemwahrnehmung und -lösung ausgerichtet war.¹⁸⁸

Gegen Ende der 1960er hatte sich unter mexikanischen und latein-amerikanischen Wissenschaftlern eine Kontroverse entwickelt über die Konzeptionalisierung von Entwicklung, insbesondere über die Zielsetzungen von Entwicklung. Davon ausgehend, daß das rapide ökonomische Wachstum nicht unbedingt dazu geführt hatte, die Probleme von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit zu beseitigen, sondern sie zum Teil noch verschlimmerte, entstand die kritische Hinterfragung der Konzeptionalisierung und Gleichsetzung von ökonomischem Wachstum und Entwicklung. Daraus entsprang das Konzept der »sozialen Entwicklung«, das eine Erweiterung der Zielsetzung von Entwicklung beinhaltete mit Forderungen nach einer Umverteilung des Einkommens und der Befriedigung der Grundbedürfnisse, also eine Umverteilung mit Wachstum.¹⁸⁹ Insbesondere die Debatte um die Befriedigung der Grundbedürfnisse legte die ökonomischen, politischen und sozialen Strukturen offen, die eine derartige Zielsetzung erschwerten oder sogar verhinderten. Damit beinhaltete die Konzeptionalisierung von sozialer Entwicklung die Dimension und Notwendigkeit von Entwicklung als sozialem Wandel. In Bezug auf Bevölkerung bedeutete dies, daß angesichts von Bevölkerungswachstum eine Anpassung des ökonomischen und sozialen Systems erfolgen müsste und nicht umgekehrt.¹⁹⁰ Die Gegenposition der neoklassischen bzw. neoliberalen Analyse, zumeist angelsächsischer Provenienz, vertrat weiterhin die Überzeugung, daß Wachstum allein früher oder später zu einer Reduktion der Bevölkerung führen würde. Das anhaltende Bevölkerungswachstum würde jedoch die Spar- und Investitionsmöglichkeiten und somit die Akkumulation und das Wachstum einschränken. Von daher stellten sie die bekannte Forderung nach einer Reduzierung des Bevölkerungswachstums als Bedingung für Wachstum auf.

Interessant ist, daß trotzdem ab den 1970ern einige Vertreter der »Entwicklungstheorie« in einem Punkt mit den neoliberalen Ökonomen in der Ansicht, eine Reduzierung des Bevölkerungswachstums mittels staatlicher Interventionen sei nötig, zusammengingen. Obwohl sie für einen Wandel des Entwicklungsprozesses eintraten sahen sie diesen zukünftigen Wandel in Gefahr, von einem steigenden Bevölkerungswachstum eingeholt oder überrollt zu werden. Die Vertreter des sozialen

188 S. Kapitel 2.2.3.

189 Vgl. Hallis Chenery et al., *Redistribution with growth*, London 1974.

190 Vgl. Amílcar Herrera et al., *Catástrofe o nueva sociedad?*, Buenos Aires 1972.

Wandels unterschieden sich allerdings darin, daß sie Bevölkerungspolitik in den Entwicklungsprozeß integriert sehen wollten.¹⁹¹

Ohne daß ein wissenschaftlich fundierter analytischer Konsens bezüglich der Einschätzung der Effekte und Folgen eines rapiden Bevölkerungswachstums erzielt werden konnte, wurde der wissenschaftliche Diskurs zuehrend von den Befürwortern einer antinatalistischen Bevölkerungspolitik dominiert. Die zahlreichen Veröffentlichungen und Konferenzen führten zu einer verstärkten öffentlichen Wahrnehmung und Thematisierung von Bevölkerungswachstum, Modernisierung und Bevölkerungspolitik. Sowohl in der Tagespresse, als auch in einer Vielzahl von Zeitschriften äußerten sich WissenschaftlerInnen, SchriftstellerInnen und Intellektuelle zu den unterschiedlichsten Facetten der Bevölkerungsproblematik.¹⁹²

Im Prozeß der Problematisierung und letztlich Entscheidungsfindung ist die Rolle der Experten und Intellektuellen in der mexikanischen Gesellschaft und Politik nicht zu unterschätzen. Zum einen stand ein Großteil der Intellektuellen über ihr politisches Engagement auf Regierungsposten in enger Beziehung zum Staat.¹⁹³ Zum anderen wurden ab den 1960ern verstärkt externe Experten in die Politikberatung miteinbezogen:

»Es existiert – und ich würde diesem Punkt größtes Gewicht beimessen – die Partizipation der Akademiker und Technokraten in Form von technischen Konsultationen, von Vorbereitungen politischer Entscheidungen oder schlicht von Gesprächen [...] die ernst genommen werden.«¹⁹⁴

Im Bereich der Bevölkerungspolitik waren dies insbesondere Victor L. Urquidí und andere Wissenschaftler des Colegio de México, sowie Ver-

191 Vgl. Francisco Alba, *El pensamiento mexicano sobre población y desarrollo (1965-1990)*, Mexiko 1994; Victor L. Urquidí, *El crecimiento demográfico y el desarrollo económico latinoamericano*, in: Demografía y Economía, vol. 1, no. 1, Mexiko 1967; ders., *El crecimiento demográfico y el desarrollo económico*, in: Demografía y Economía, vol. 3, no. 2, Mexiko 1969; Gustavo Cabrera Acevedo, *Diálogos sobre población*, Mexiko (CEED), 1966; Susana Lerner, *La investigación y planeación demográficas en México*, in: Demografía y Economía, vol. 1, no. 1, Mexiko 1967; Ifigenia Navarrete, *Sobrepoblación y desarrollo económico*, Mexiko 1967.

192 Vgl. Luis Leñero Otero 1979, op. cit., S. 55; Octavio Paz, *El ogro filantrópico*, Barcelona 1990, S. 168ff; Luis Calderón, *Extractos de contenidos de prensa*, IMES, Mexiko 1976.

193 Vgl. Roderic A. Camp, *Intellectuals and the state in Mexico, 1920-1980: The influence of family and education*, in: Roderic A. Camp/Charles A. Hale/Josefina Zoraida Vázquez (Hrsg.), *Los intelectuales y el poder en México*, Mexiko/Los Angeles 1991, S. 551-565.

194 Manfred Mols, *Faktoren der politischen Stabilität Mexikos*, in: Berichte 2/8, München, Nov./Dez. 1976, S. 26.

treter verschiedener privater Familienplanungsorganisationen. Der Einfluß einiger Experten auf die Wahrnehmung und Entscheidung des Präsidenten wurde von vielen Analysten dieses spezifischen Politikprozesses untermauert.¹⁹⁵ Gleichzeitig erfuhr die Politikentscheidung dadurch, daß externe Experten hinzugezogen wurden, einen entscheidenden Legitimationsschub. Im offiziellen Diskurs wurde immer wieder betont, daß Effizienz und wissenschaftliche Sachkenntnis in die Politikformulierung und die Programme mit einbezogen wurden. Die Experten fungierten über ihren »Beitrag zum wissenschaftlichen Fortschritt« und der »Bereitstellung ihrer Kenntnisse zur nationalen Realität«¹⁹⁶ auch als die wissenschaftlichen Legitimatoren der neuen Bevölkerungspolitik.

3.5.4.2 Private Familienplanungsorganisationen

Angesichts der dezidierten pronatalistischen Haltung der Regierung begannen einige private Organisationen mit Hilfe internationaler Geldgeber in verschiedenen bevölkerungspolitisch relevanten Bereichen tätig zu werden. Wie zuvor beim Vertriebsverbot für Verhütungsmittel, legte auch hier der Staat eine »laissez-faire-Haltung« an den Tag, die es den Organisationen erlaubte, Dienstleistungen im Bereich der Familienplanung anzubieten. Von offizieller Seite wurden die verschiedenen Einrichtungen als Forschungszentren eingestuft, was zunächst die Autorisierung ermöglichte.¹⁹⁷ Die Gründungsmitglieder waren vornehmlich ÄrztInnen, Ökonomen, DemographInnen, SoziologInnen sowie Industrielle, deren vorrangiges Ziel in der Förderung der Familienplanung bzw. einer neuen Bevölkerungspolitik bestand. Mit der Finanzierung von

195 Vgl. Moisés González Navarro, 1974, op. cit.; Gustavo Cabrera Acevedo, 1994, op. cit.; Viviane Brachet-Márquez, 1984, op. cit.; Terry L. McCoy, *A paradigmatic analysis of mexican population policy*, in: Terry L. McCoy (Hg.), *The dynamics of population policy in Latin America*, Cambridge 1974; Clark D. Mueller, *Decision making in Mexico: the politics of population policy formation*, Utah 1976.

196 Luis Echeverría Álvarez, *III Informe del Gobierno*, zit. in: México a través de los informes presidenciales, tomo 1: los mensajes políticos, Mexiko 1976 S. 486f.

197 Bereits 1959 gründete sich die 'Asociación Pro-Salud Maternal, A.C.' (AP-SAM), darauf folgte das 'Centro de Investigaciones de la Fertilidad y Esterilidad' (CIFE) 1964 und 1965 die 'Fundación para el Estudio de la Población' (FEPAC) – heute bekannt unter dem Namen *Fundación Mexicana para la Planificación Familiar* – und das 'Centro de Estudios de la Reproducción', sowie einige kleinere Zentren an privaten Krankenhäusern wie 'Hospital de la Mujer' und 'Hospital Juárez'. 1973 schlossen diese Organisationen sich unter dem Dachverband der 'Asociación Mexicana de Población, A.C. zusammen. Vgl. *Un poco de historia: Los precursores mexicanos*, in: Médico Moderno, Sept. 1973, Mexiko; Viviane Brachet-Márquez, 1984, op. cit., S. 285.

IPPF, Rockefeller Foundation, Ford Foundation, des Population Council und verschiedener Pharmakonzerne boten sie Beratungen zu Familienplanung sowie Ausbildung im Bereich von Bevölkerung und Familienplanung für ÄrztInnen, Krankenschwestern und SozialarbeiterInnen an und führten Forschungen zu neuen Verhütungsmethoden sowie deren Akzeptanz durch.¹⁹⁸

Die Erforschung und Prüfung von Verhütungsmethoden stand besonders im Mittelpunkt der Arbeit der APSAM, die gleichzeitig eine Klinik für Familienplanung betrieb. Die Direktorin Dr. Edris Rice-Wray, die zuvor in Puerto Rico die ersten Forschungen zur »Pille« durchgeführt hatte, kam zunächst im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation nach Mexiko, um die Akzeptanz von Verhütungsmethoden bei Frauen aus den unteren Klassen zu untersuchen. Durch Geldgeber wie IPPF, Ford Foundation, Pathfinder Fund und Pharmakonzerne wie Searle, Schering und Syntex konnte sie 1958 die Klinik eröffnen und 1959 die Organisation gründen.¹⁹⁹ Der Schwerpunkt ihrer Forschung lag auf hormonalen Verhütungsmitteln, deren Wirksamkeit und Akzeptanz innerhalb des mexikanischen Familienplanungsangebots an tausenden von Frauen getestet wurden.²⁰⁰ In den folgenden Jahren untersuchte die Asociación fast alle auf dem nationalen und internationalen Markt verfügbaren hormonalen Mittel. Die Erforschung und Erprobung von nicht zugelassenen Medikamenten, die Tatsache, daß die Direktorin US-Amerikanerin war und die Finanzierung fast ausschließlich aus den USA kam sowie die öffentliche Forderung nach Familienplanung, führte zeitweilig zu heftigen, über die Presse ausgetragenen Auseinandersetzungen und hatte 1963 die kurzfristige Schließung der Einrichtung zur Folge.²⁰¹ Die Pressekampagne gegen die Organisation und die zeitweilige Schließung verhalf jedoch nur dem nationalistischen Diskurs, sich wieder einmal in Szene zu setzen, hatte aber kaum Konsequenzen für die Arbeit der Einrichtung, die damit fortfuhr unterschiedliche Kombinationspräparate an Frauen zu erproben.

Das von der Ford und Rockefeller Foundation finanzierte Programm zur Erforschung von Sterilisationstechniken am 'Hospital de la Mujer' wirft vielleicht noch stärker ein Licht auf die Problematik des Zusammenhangs von Vorgaben und Richtlinien spezifischer Geldgeber und eines daraus resultierenden Demokratiedefizits. Im Falle des 'Hospital de

198 Vgl. Alfonso Sanoval, *La población en México*, in: Alfonso Sandoval et al., *Setenta y cinco años de revolución. Desarrollo social I*, Mexiko 1988.

199 Vgl. Asociación Pro-Salud Maternal, A.C., *1968-1969 Population and family planning programs*, Mexiko 1968.

200 Vgl. Annual Report Mexiko 1964ff.; laut der Jahresberichte verzeichnete die Asociación allein 1959 40000 Zugänge.

201 Vgl. Terry L. McCoy, 1974, op. cit., S. 377ff.

la Mujer' war die Finanzierung an eine Sterilisierungsquote gekoppelt, die schließlich zu nicht verlangten Sterilisationen führte. Publik wurde dies als zwei Frauen – eine 15- und eine 65-jährige – an die Öffentlichkeit gingen, um gegen die an ihnen durchgeführten Sterilisationen zu protestieren.²⁰² Unter dem Hinweis, daß Mexiko keine Familienplanung benötige, wurde diese Institution ebenfalls zeitweilig von den Behörden geschlossen. Bei beiden Schließungen ging es jedoch weniger um den Schutz der Frauen vor etwaigen Übergriffen, als vielmehr um die Nutzung der Möglichkeit, den pronatalistischen national-revolutionären Diskurs erneut in den Vordergrund zu stellen.²⁰³

Eine geringere öffentliche Aufmerksamkeit kennzeichnete das 'Centro de Investigaciones de la Fertilidad y Esterilidad (CIFE)', das ebenfalls an der Erforschung und Erprobung hormonaler Präparate und insbesondere des Intauterinpessars ('Spirale') arbeitete. Mit der Finanzierung von Pharmakonzernen wie Syntex und Organon wurden auch hier eigentlich nicht zugelassene Präparate untersucht, jedoch keine öffentlichen Dienstleistungen angeboten.

Im Gegensatz zur APSAM und dem Programm des 'Hospital de la Mujer' nahm die 'Fundación para Estudios de la Población' (FEPAC) bereits vor 1974 eine andere Stellung ein. Von WissenschaftlerInnen aus verschiedenen Disziplinen gegründet, verfolgte die FEPAC das Ziel, insbesondere Politiker und Ärzte über die Veranstaltung von Seminaren und Publizierung von Informationsmaterial, hinsichtlich einer Problematik des Bevölkerungswachstums zu sensibilisieren. Neben der Erforschung demographischer Phänomene, richtete die Organisation Beratungsstellen für Familienplanung im ganzen Land ein. In ihrem Auftreten verhielt sich die Organisation eher zurückhaltend, um einen Konfrontationskurs mit der Regierung zu vermeiden.²⁰⁴ Zudem stellte sie in den Vordergrund, daß es sich um eine mexikanische Einrichtung handelte, die ihre Finanzierung aus eigenen Mitteln und von der IPPF bestritt, nicht aber aus US-amerikanischen Quellen.²⁰⁵ 1971/72 wurden Mitglieder der FEPAC mehrfach von Präsident Echeverría zu Beratungsgesprächen eingeladen und begannen späterhin mit dem Gesundheitsministerium zusammenzuarbeiten.

202 Vgl. Teresa Arreola, *Programas de control natal: arma del imperialismo*, in: Clara Aranda et al.: *La mujer: explotación, lucha, liberación*, México 1976, S. 153.

203 Die am 'Hospital de la Mujer' entwickelte Praxis der 'Tubenligatur', eine Sterilisationsmethode, wurde nach der Wende in der Bevölkerungspolitik zu der mit am häufigsten angewandten Methode der Geburtenregulierung.

204 Vgl. Terry L. McCoy, 1974, op.cit., S. 384.

205 FEPAC war Mitglied des IPPF und erhielt bis 1974 über 1,1 Mio US\$, vgl. José Linhard, 1978, op. cit., S. 122ff.

In seinem ‘Informe Presidential a la Nación’ von 1972 bestätigte Präsident Echeverría die Aussagen des Ministers und des Untersekretärs von ‘Salubridad y Asistencia’ bezüglich des Beginns von Familienplanungsangeboten an einigen staatlichen Kliniken für die Teile der Bevölkerung, die diese wünschte. Der Beginn von Regierungsaktivität auf diesem Gebiet geschah zunächst in der Praxis und in Zusammenarbeit mit privaten Organisationen, obwohl zu dieser Zeit weder im Código Sanitario noch im Bevölkerungsgesetz diese Leistungen vorgesehen waren.²⁰⁶ Vermutlich geschah dies aus Gründen der Erprobung der Akzeptanz seitens der Bevölkerung auf staatliche Familienplanungsangebote.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß alle diese privaten Organisationen als Projekte einzustufen waren, die »top-down«, also eben gerade nicht basisorganisiert, arbeiteten und die in erheblichem Maße in ihrer Arbeit durch internationale Finanzierungsquellen geprägt wurden. Obwohl die mexikanischen Frauen auf die Tradition einer bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstandenen Bewegung, die sich mit reproduktiven Rechten auseinandersetzte, zurückgreifen konnten, gab es zum Zeitpunkt der 1960er und Anfang der 1970er Jahre keine Organisation, die sich mit den Bedürfnissen und Forderungen von Frauen im reproduktiven Bereich beschäftigte, die für die politische Entscheidung als relevant berücksichtigt wurde. Eine Folge davon war, daß im Zusammenhang der Problemwahrnehmung und späteren Umsetzung der Bevölkerungspolitik, Frauenbelange, d.h. feministische Forderungen nach reproduktiven Rechten, nur bedingt einen Eingang in die Konzeptionalisierung unter dem Blickwinkel einer Frauenförderung²⁰⁷, und damit auch keine Berücksichtigung in den ersten staatlichen Maßnahmen fanden.

3.5.4.3 Die mexikanische Frauenbewegung

Den Frauen innerhalb des PRI war 1973 qua Präsidiumsbeschluß eine neue an den Parteistrukturen orientierte Dachorganisation geschaffen worden, die ‘Agrupación Nacional Femenil Revolucionaria’ (ANFER). Diese Organisation, der alle der Partei zugehörigen Frauen automatisch angeschlossen waren, verfolgte zwar das Ziel, die politische Partizipation von Frauen zu erhöhen und Ungleichheiten in Bildung, Arbeit und Kultur zu reduzieren. Sie war aber in keiner Weise an der Konzeptionalisierung der demographischen Frage oder einer neuen Bevölkerungspoli-

206 Luis Leñero Otero, *Valores ideológicos y las políticas de población en México*, Mexiko 1979, S. 63.

207 Zur Funktionalisierung der Frauenförderung für Geburtenreduzierung im internationalen Diskurs s. Kap. 2.2.4.

tik beteiligt. Obwohl diese Organisation durchaus mit Definitionsmacht innerhalb des PRI ausgestattet war, partizipierte sie erst nachdem die Entscheidung für eine neue Bevölkerungspolitik gefallen war und zwar über die Implementierung von konkreten Programmen.²⁰⁸ In den Kanon ihrer bisherigen sozialen Programme wie Handarbeitskurse, Kurse für Haushaltsführung, Arbeitsbörse und Kindertagesstätten für PRI-Angehörige kam nun der Aspekt der Familienplanung hinzu. Familienplanung verstand sich als »Orientierung für Familien über eine permanente Kampagne zu verantwortungsvoller Elternschaft« und beinhaltete auch die zur »Verfügungstellung von Basiswissen und Methoden der Geburtenkontrolle«.²⁰⁹ Mit der Übernahme der Begrifflichkeit von der »verantwortungsvollen Elternschaft« positionierte die ANFER sich innerhalb des offiziellen Diskurses um Familienplanung und bekräftigte die Familienrolle der Frau und die eher ökonomisch ausgerichtete Konzeptionalisierung von Familienplanung.

Die unabhängigen feministischen Gruppierungen, die u.a. aus der StudentInnenbewegung entstanden waren, vertraten dagegen das Konzept der »maternidad voluntaria«, der »freiwilligen Mutterschaft«, das im Gegensatz zu den Positionen der ANFER auch eine Legalisierung der Abtreibung miteinschloß. Die autonomen Organisationen waren jedoch durch eine geringe Verhandlungsmacht gekennzeichnet, die sich zum Einen aus ihrer Position am Rande der politischen Kanäle und zum Anderen aus den Konflikten innerhalb der Linken bedingte. Eine der wichtigsten Gruppierungen war die 1971 gegründete Organisation »Mujeres en Acción Solidaria« (MAS), die sich zu großen Teilen aus Frauen der Mittelschicht mit hohen Bildungsabschlüssen zusammensetzte. Obwohl sie als Feministinnen den politischen Diskurs im Rahmen der Linken führten, da sie diesen als einzig möglichen Raum für autonome Politik wahrnahmen, waren sie den altbekannten Vorwürfen des Sektiererintums und einer pro-US-amerikanischen Haltung sowohl von Seiten der linken, männlich dominierten, oppositionellen Gruppen als auch der ANFER ausgesetzt.²¹⁰ Letztere verstand sich ja selbst im Kontext der revolutionären Parteirethorik als links und konnte zudem aufgrund der Affiliationspraktiken auf eine Massenbasis verweisen. In ihrer Selbstdarstellung als legitime Vertreterinnen des 'Volkes', verstanden als Männer

208 Vgl. María Eugenia d'Aubeterre, *Feministas o femeniles: La presencia de las mujeres en el Partido oficial del estado mexicano*, Mexiko 1987, S. 219ff.

209 »Orientación familiar a través de una campaña permanente sobre paternidad responsable; »Proporcionar los conocimientos básicos y los métodos sobre control natal«, in: Estatutos de la ANFER, Comité Ejecutivo Nacional ANFER-PRI, S. 180; 223.

210 Vgl. Lourdes Arzipe/Mercedes Pedreo/Margarita Velázquez, *Las mujeres mexicanas y el desarrollo nacional durante el decenio de las Naciones Unidas para la Mujer 1975-1985*, Mexiko 1985.

und Frauen als Einheit, gelang es ihr die Forderungen der Feministinnen als Partikularinteressen hinzustellen.²¹¹ Eine weitere Schwierigkeit für den Verhandlungsprozess bildete das politische Selbstverständnis vieler Feministinnen in den 1970ern in Bezug auf Autonomie. Da sie nicht das Risiko eingehen wollten, daß die Ergebnisse feministischer Diskurse und ihre Aktionen über den Weg des Korporatismus kooptiert werden würden, agierten sie oftmals außerhalb der offiziellen politischen Kanäle.²¹² Damit waren sie auch in dem Dilemma gefangen, einerseits die Legalisierung von Verhütungsmethoden, die mit der neuen Bevölkerungspolitik einherging, als einen Schritt auf dem Weg zu mehr Selbstbestimmung zu befürworten und andererseits der dahinter stehenden Konzeptionalisierung entgegen arbeiten zu müssen.

3.5.5 Problemdefinition und Paradigmenwechsel

Betrachtet man den politischen Prozeß des Wechsels von einer pronatalistischen zu einer antinatalistischen Politik als Handlungsoption seitens der mexikanischen Regierung, so kann festgestellt werden, daß diese Option nicht auf eine gesamtgesellschaftliche Problematisierung der vormaligen Bevölkerungspolitik zurückzuführen war. Es existierte keine in die Breite gehende organisierte Interessengemeinschaft, die in der Öffentlichkeit für eine Änderung der Bevölkerungspolitik eingetreten wäre. Weder gab es innerhalb der Oppositionsparteien noch in der Regierungspartei PRI Anzeichen für eine öffentliche Problematisierung der bisherigen Bevölkerungspolitik. Es gab während der Phase der Meinungsbildung keine Auseinandersetzung zwischen Parteimitgliedern und Regierung um diese Frage.²¹³

Die Wahrnehmung eines handlungsrelevanten Problems und die Aufnahme in die präsidentielle Agenda bedingten sich durch die Lobbyarbeit mehr oder weniger hinter den Kulissen und durch die Priorität, die das Thema der Geburtenreduzierung in den internationalen Gremien erhalten hatte. Das Agieren einiger Akteure aus dem Wissenschaftsbe-

211 Vgl. María Eugenia d'Aubeterre, 1987, op. cit.

212 Vgl. Florinda Riquer Fernández, *El Estado Mexicano, las feministas y los estudios de la mujer*, in: La Reunión: Mujeres e investigación social, Santo Domingo 1991.

213 Vgl. Clark D. Mueller, 1976, op. cit., S. 127; den mangelnden Dialog exemplifiziert die Aufzeichnung eines Gesprächs Muellers mit einem Parteimitglied: »[...] when administration announced its intentions to actively support responsible parenthood, we in the PRI where as speechless as others in the country. The reason we were surprised, [...] is not because we are against family planning [...] but because the president was so much opposed to it [...] we did not expect him to change his mind. It was not our job to try to change the President's mind.«

reich und aus privaten Familienplanungsorganisationen kann durchaus mit der Entscheidung des Präsidenten in Zusammenhang gebracht werden. Neben den sozioökonomischen Faktoren, die die Wissenschaftler ins Spiel brachten, boten die privaten Organisationen ihre praktischen Erfahrungen im Bereich der Geburtenreduzierung an und zeigten, daß durchaus eine Nachfrage nach Geburtenregulierung bestand. Auf diese Weise konnte einerseits die Notwendigkeit einer Staatsintervention legitimiert und zugleich die Durchführbarkeit demonstriert werden.

Dies allein erklärt aber nicht die Kehrtwende in der Bevölkerungspolitik. Ein weiterer wichtiger Faktor war die Kompatibilität dieser Politik mit internationalen Entwicklungsstrategien sowie die Legitimation, die eine neue Bevölkerungspolitik für das nationale Modernisierungsprojekt und damit für Echeverría persönlich lieferte. Die Durchsetzungsmöglichkeit einer solchen Politik war ebenfalls gewährleistet, da innerhalb der organisierten und in die Herrschaftsstruktur integrierten Sektoren der Gesellschaft nicht mit Widerständen zu rechnen war. Denn im Kern, handelte es sich bei dieser Politik um die Legalisierung und Institutionalisierung von Familienplanung. Mit den distributiven Politiken wurde eigentlich »nur« ein weiterer öffentlicher Dienst innerhalb des bereits existenten Gesundheitswesens angeboten. Dies beinhaltete die Schaffung von medizinischen Arbeitsplätzen sowie eines Marktes für den Import bzw. die Herstellung von Antikonzeptiva. Hinzu kam, daß die Familienplanungsprogramme nicht mit öffentlichen Geldern finanziert werden mußten, da zumindest bis 1976 die Finanzierung über internationale Quellen gewährleistet war.²¹⁴ Damit entging die Regierung den Konflikten mit Gewerkschaften und Sozialversicherungsexperten, die schon zuvor gegen eine Verwendung der Gelder aus dem Sozialversicherungsfond für Programme der Ausweitung der Angebote auf Nichtversicherte protestiert hatten.²¹⁵ So versprach diese »Verteilung« einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen, ohne bereits erworbene Privilegien zu beschneiden und zumindest augenscheinlich, ohne einem gesellschaftlichen Sektor zu schaden. Den größten Nutzen sollten die Frauen von dieser Politik tragen. Über die Möglichkeit einer Geburtenreduzierung und die daraus freiwerdenden Kapazitäten sollte die Integration der Frauen in den Fortschritt gewährleistet und somit ein grundlegender sozialer Wandel herbeigeführt werden. Was jedoch ins Auge fällt, ist die Abwesenheit und die Nichtbeteiligung eben jener organisierten und mit Definitionsmacht ausgestatteten Frauengruppierungen, der angeblichen »Hauptnutznießerinnen«, am Problematisierungs- und Entstehungsprozeß.

214 Vgl. Viviane Brachet-Márquez, 1984, op. cit., S. 305.

215 Vgl. Viviane Brachet-Márquez 1994, op.cit., S. 138f; 1973 wollte die Regierung ihr Programm »Solidaridad Social« für die Nichtversicherten mit Geldern finanzieren, die zu 40% aus dem Fond der Sozialversicherung (IMSS) bereitgestellt werden sollten.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß zumindest in der Entstehungsphase die Konzeptionalisierung der veränderten Bevölkerungspolitik sich kaum an Fragen des Selbstbestimmungsrechts von Frauen orientierte. Dies ist wie dargestellt Folge der mangelnden Berücksichtigung von eigentlich Adressierten als Akteurinnen bei der Problemdefinition. Stattdessen liegt dieser Bevölkerungspolitik ihr Legitimationsnutzen im nationalen und internationalen Bereich und die ökonomische Relevanz der über sie propagierten Kleinfamilie zu Grunde. Dies wird auch im öffentlichen Diskurs deutlich, der auf die Entscheidung zu einer neuen Bevölkerungspolitik folgte.

3.6 Agenda-Gestaltung: Bevölkerungspolitische Gesetze ab 1974

Nachdem die Entscheidung des Präsidenten, eine neue Bevölkerungspolitik zu autorisieren, gefallen war, wurde im Hinblick auf eine Reduzierung der Geburtenraten in zwei Richtungen vorgegangen. Zum einen wurde ab 1972 das Konzept der »verantwortungsvollen Elternschaft« in den staatlichen Gesundheitseinrichtungen lanciert und Familienplanungsprogramme in einigen Kliniken installiert. Dafür wurde im Februar 1973 im Nachhinein der bisher gültige Artikel 24 des Gesundheitskodex, der die Verbreitung von Verhütungsmittel verbot, aufgehoben. Zum anderen wurden Gesetze und Reglements entwickelt, die den juristischen Rahmen der Programme bilden und sie legitimieren sollten.²¹⁶

Auf Grund der spezifischen Herrschaftsmechanismen und der Funktionsweise des Regimes wurde sowohl die Entscheidung als auch die Formulierung der neuen Bevölkerungspolitik erst innerhalb des Jahresberichtes am 1. September 1973 den BürgerInnen und damit ebenso dem Parlament offiziell zur Kenntnis gebracht. Gleichzeitig informierte der Präsident über bereits 1972 stattgefundene Versuchsprojekte familienplanerischer Aktivitäten in einigen Kliniken der Sozialversicherung. Die Gesetzesänderung wurde am 11. Dezember vom Innenminister Mario Moya Palencia ins Parlament eingebracht und ohne jegliche Kontroverse seitens selbst konservativer, katholisch geprägter Oppositionsparteien wie der PAN, angenommen.

Der Hauptschwerpunkt des neuen Gesetzes lag in der Festlegung der neuen Bevölkerungspolitik und den Aktivitäten des Bevölkerungsrates. Mit der Bildung des »Consejo Nacional de Población« (CONAPO), dem nationalen Bevölkerungsrat als intraministerielle Institution, dem die demographische Planung unterstand und der die Koordination der neuen Politik gestalten sollte, wurde dieser Schwerpunkt unterstrichen. Die zu leistende Koordination beinhaltete die Zielsetzungen, die Artikel 3 des

216 Vgl. María Eugenia Zavala de Cosío 1992, op. cit., S. 180f.

neuen Gesetzes spezifizierte und folgendermaßen zusammengefasst werden können: Anpassung des Volumens, der Struktur, der Dynamik und Verteilung der Bevölkerung an die Programme zur ökonomischen und sozialen Entwicklung; die Erarbeitung von Programmen der Familienplanung und die Überwachung ihrer Umsetzung im Rahmen der Wahrung der Grundrechte des Menschen und der Würde der Familien; Bekämpfung der Sterblichkeitsraten; die Verbreitung erzieherischer Programme im Themenbereich Bevölkerung; die Integration der Frauen in den Fortschritt; die Integration der marginalisierten Gruppen in die Entwicklungsprogramme; die Redistribution der Bevölkerung über das nationale Territorium. Dies alles sollte die vom CONAPO koordinierte demographische Planung erreichen. Dem CONAPO, der vom Innenminister presidiert und von einem Generalsekretär geleitet wurde, gehörten zunächst sieben Ministerien, die staatlichen Gesundheitsorganisationen und die AMEP als beratende Organisation an. Die Repräsentanten der verschiedenen Ministerien waren die Minister oder ihre Stellvertreter, was dem Rat eine enorme politische und administrative Macht verlieh.²¹⁷

Die Bedeutung, die die Regierung der neuen Politik beimaß, läßt sich auch an dem medialen Aufwand ablesen, mit dem dieses Ereignis in Szene gesetzt wurde. Die Erscheinung des Innenministers vor dem Parlament und die anschließenden Deklarationen wurden über Fernsehen und Radio live übertragen. Dem folgten zahlreiche über das Fernsehen ausgestrahlte Programme, Konferenzen und Diskussionsrunden. Sämtliche Tageszeitungen berichteten bereits im Vorfeld und in der Zeit danach in ausführlichen Chroniken, in denen sich Regierungsfunktionäre, Gouverneure, Minister, Gewerkschaftsführer und Arbeitgebervertreter zum Thema zu Wort meldeten und den national bedeutsamen und strategischen Charakter dieser Politik unterstrichen.

Die Formulierung und Begründung der neuen Bevölkerungspolitik weist in ihrer Präsentation eine Legitimationsstrategie auf, die von unterschiedlichen, zum Teil widersprüchlichen, Wertvorstellungen geprägt war. Mit einer Verfassungsänderung des Artikels 4 im Dezember 1973 wurde die freie Entscheidung jeder Person über die Anzahl und den Abstand zwischen den Kindern, zu einem Grundrecht erhoben. Damit wurde dem 1968 in Teheran verabschiedeten Zusatz zur UN-Menschenrechtserklärung, die auch von Mexiko ratifiziert worden war, Genüge getan. In Antizipierung der Weltfrauenkonferenz, die 1975 in Mexiko stattfinden sollte, wurde in einem weiteren Zusatz des Artikels 4 die Gleichheit von Mann und Frau vor dem Gesetz verfassungsrechtlich verankert. Als drittes wurde die Organisation und die Entwicklung der

217 Vgl. Luis Leñero Otero, 1979, op. cit., S. 93ff.

Familie unter den Schutz der Verfassung gestellt.²¹⁸ Diese drei in einem Artikel zusammengefassten Grundrechte bilden die Legitimationsbasis des bevölkerungspolitischen Diskurses und exemplifizieren zugleich den Widerspruch zwischen dem Modernisierungsversprechen einerseits und den patriarchalen Vorstellungen und Intentionen andererseits. Zwar wird das Recht auf eine freie Entscheidung jeder Person gewährt, gleichzeitig wird jedoch der Schutz der Familie postuliert, was auch in der Bezeichnung Familienplanung, mit der die Geburtenreduzierung umschrieben wird, zum Ausdruck kommen sollte. Der liberalen Rechtsauffassung, die in der freien Entscheidung und dem Gleichheitsgrundsatz aufscheint, wird die traditionale Auffassung von der Familienhaftigkeit und damit von der primären Rolle der Frau als Ehefrau und Mutter an die Seite gestellt. Dies wird auch durch die Übernahme des Konzeptes der »verantwortungsvollen Elternschaft« aus der katholischen Familienlehre deutlich. Obwohl die Regierung die Ablehnung der Kirche gegenüber modernen Verhütungsmethoden verurteilte, übernahm sie deren Konzept, da dieses mit der eigenen Familienvorstellung an sich übereinstimmte und gleichzeitig ein abstraktes und moralisches Legitimationsargument für eine Geburtenreduzierung lieferte. Im offiziellen Diskurs taucht »verantwortungsvolle Elternschaft« daher sowohl als Synonym für Familienplanung in ihren modernisierenden Effekten und in ihrer Funktion als Motor des sozialen Wandels auf: »Die verantwortungsvolle Elternschaft wird das effektivste Instrument sein, um die mentale Unterentwicklung, die schwer auf unserer Nation liegt, zu beenden.«²¹⁹ Zugleich steht sie aber auch für den Erhalt der Familie: »Die verantwortungsvolle Elternschaft besteht darin, die Integration der Familienzelle als dem saubersten, nobelsten und dynamischsten biologischen (!) Prinzip des sozialen Organismus zu erreichen.«²²⁰ In dieser Konzeptionalisierung bleibt die Familie die Kernzelle des Staates als »Sammelbecken der tiefsten Traditionen der Gesellschaft« und soll zugleich das Instrument des sozialen Wandels werden, denn »wenn die Familie sich wandelt [...] wandelt sich die Ge-

218 Constitución política de los Estados Unidos Mexicanos, Artículo 4: »El varón y la mujer son iguales ante la ley. Esta protegerá la organización y el desarrollo de la familia. Toda persona tiene derecho a decidir de manera libre, responsable e informada sobre el número y el espaciamiento de sus hijos«.

219 Salvador Garcilito Castillo (stellvertretender Direktor des INPI), »La paternidad responsable será el instrumento más efectivo para terminar con el subdesarrollo mental que pesa sobre nuestra nación.« Zit. in Teresa Arreola, 1976, op. cit., S. 128.

220 Luis Echeverría Álvarez, *Visión*, Mexiko 1973, S. 32: »La paternidad responsable consiste en lograr la integración de la célula familiar como el principio biológico más limpio, noble y dinámico del organismo social.«

sellschaft«.²²¹ Die Modernisierung der Familie wiederum sollte über das Einwirken des Staates auf das reproduktive Verhalten bewerkstelligt werden. Die Rationalisierung der Sexualität intendierte dabei die Verbreitung der Kleinfamilie, da »dieser Familientyp der einzige ist, der sich an die Anforderungen der urbanen, modernen Gesellschaft anpassen und in Einklang bringen kann«.²²² Die Bezugnahme auf das Konzept der verantwortungsvollen Elternschaft ermöglichte also unterschiedliche, auf einander Bezug nehmende Legitimationslinien. Die »unverantwortungsvolle Elternschaft« als Gegenstück zur verantwortungsvollen, wurde a posteriori plötzlich auch zu einer der Ursachen der politischen Unruhen von 1968 erklärt, als »...eine indirekte Konsequenz der großen ungeplanten Familien.«²²³ Nicht der Mangel an Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, sondern der Mangel an elterlicher Verantwortung und stark konservativ konnotierter moralischer Wertvorstellungen waren auch Echeverría zufolge eine Ursache politischer Proteste:

»Es ist für alle von Nutzen [...] eine Reflektion über die Analyse der Zusammensetzung dieser kleinen Gruppen von feigen Terroristen zu machen. [...] Sie sind aus Heimen hervorgegangen, die sich im Allgemeinen in einem Auflösungsprozeß befinden, erschaffen in einem Ambiente der familiären Unverantwortlichkeit [...] mit einem bemerkenswerten Hang zur sexuellen Promiskuität und einem hohen Grad an männlicher und weiblicher Homosexualität [...].«²²⁴

Die patriarchal geprägten und widersprüchlichen Wertvorstellungen spiegeln sich auch in der Vehemenz wieder, mit der den Forderungen seitens einiger Feministinnen den Gleichheitsgrundsatz und das Recht auf eine freie Entscheidung auch in Bezug auf die Abtreibung zu realisieren, entgegengetreten wurde. Die Legalisierung der Abtreibung würde eine »Freiheitsausübung der Frauen im schlechten Sinne« zur Folge ha-

221 Mario Moya Palencia, *IV Informe de Gobierno*, in: CONAPO, *La igualdad de la mujer*, Mexiko 1975, S. 78.

222 Ibid., S. 84f.

223 Zit. in Teresa Arreola, 1976, op.cit., S. 129: »[...] los grandes disturbios estudiantiles [...] fueron una consecuencia indirecta de las grandes familias no planeadas.«

224 *Luis Echeverría Álvarez in Bezug auf Guerillaaktivitäten*, 1. Sept. 1974, in: México a través de los informes presidenciales, 1976, op. cit., S. 345: »Es útil para todos [...] que hagamos alguna reflexión derivada del análisis de la composición de estos pequeños grupos cobardes terroristas. [...] Surgidos de hogares generalmente en proceso de disolución, creados en un ambiente de irresponsabilidad familiar, [...] con una notable propensión a la promiscuidad sexual y con un alto grado de homosexualidad masculina y femenina [...].«

ben, die »antisozial« wäre.²²⁵ Die Abtreibung stünde im Gegensatz zum »Prinzip der rationalen (!) Freiheit der Familienplanung« und ihre Liberalisierung wäre eine Entscheidung entgegen der nicht näher definierten »Basisprinzipien der mexikanischen Gesellschaft.«²²⁶ Die Frauen waren so mit dem Widerspruch konfrontiert, daß die Entscheidung ein Kind nicht haben zu wollen zwar eine rationale und auch staatlich gewollte Entscheidung war, aber mit der Einschränkung, dass die Rationalität nur über die Familienplanung gewährleistet werden konnte. Keine Familienplanung zu betreiben käme einem irrationalen Verhalten gleich, das in dieser Wahrnehmung auf keiner Entscheidung beruhte, sondern das Resultat mangelnder Bildung und Unwissenheit war. Die Abtreibung wird in diesem Sinne ebenfalls als irrational delegitimiert, obwohl es sich hier offensichtlich um eine Entscheidung handelt. Diese angebliche Irrationalität korrespondiert mit der Wahrnehmung, dass Frauen alleine nicht in der Lage sind, über ihren eigenen Körper zu entscheiden. Erst mit Hilfe des Staates über das Bildungs- und Gesundheitswesen erlangen sie demnach ausreichend Qualifizierung, um über ihre Reproduktion entscheiden zu können. Im Diskurs um die Gleichheit der Frauen wurde von Regierungsseite immer wieder betont, dass »kein Phänomen eine stärkere Verbindung mit der Gleichheit der Frau hat, wie das Phänomen der Fortpflanzung« und das daher die »Familienplanung eng mit der Gleichheit der Frau verbunden ist, denn wenn die Frau die Sklavin ihrer Fruchtbarkeit ist, beginnt sie die Freiheit zu verlieren.«²²⁷ Ähnlich wie sich Familienwerte und Familienplanung bedingen, bedingen sich auch Familienplanung und Gleichheit der Frau in dieser Konzeptionalisierung. So erscheinen in den offiziellen Verlautbarungen wie dem jährlichen Regierungsbericht die Passagen, die sich mit Gesetzgebung in Bezug auf Frauen, mit der Weltfrauenkonferenz und der Durchführung deren »Aktionsplans« auseinandersetzen, immer nur unter der Rubrik »Demographische Politik.«²²⁸ An erster Stelle steht die Geburtenreduzierung und die Verbesserung der Stellung der Frau in der Gesellschaft leitet sich daraus als ein Nebeneffekt ab. Das bedeutet, dass die Frauen zwar laut Verfassung gleichgestellt werden und das Recht auf eine freie Entscheidung in Bezug auf ihre Reproduktion haben, die Kontrolle über ihre Körper letztendlich aber dem Staat obliegt, der festschreibt innerhalb welcher

225 Vgl. Moya Palencia, 1975, op. cit, S. 58ff.; »[...] porque malamente puede haber ejercicio de la libertad de la mujer [...] que sería un acto antisocial [...]«.

226 Die Abgeordnete der PRI, María Eduwiges Vega Padilla, zit. in: CONAPO, *La igualdad de la mujer*, Mexiko 1975, S. 53: »El aborto [...] es contrario a principio de libertad racional de la planificación familiar [...] contradictorio con principios básicos de la sociedad mexicana.«

227 Mario Moya Palencia, 1975, op. cit., S. 41ff.

228 Vgl. die Regierungsberichte 1973-1976, in: México a través de los informes presidenciales, tomo 1, los mensajes políticos, Mexiko 1976.

Parameter und Reproduktionsnormen sich diese Entscheidung bewegen darf.

Die Widersprüchlichkeit und letztendlich die Implementationsproblematik trat auch in einer in einer Umfrage unter PolitikerInnen und Programmleiterinnen in Bezug auf das Konzept der 'verantwortungsvollen Elternschaft' zu Tage. Die Unterschiede zwischen verantwortungsvoller Elternschaft, Familienplanung und verantwortungsvoller Fortpflanzung konnten von diesen nicht klar definiert werden. Für einige war die Familienplanung das Mittel, um eine verantwortungsvolle Elternschaft zu begünstigen. Bei anderen lag die Sachlage genau andersherum. Entweder war also die Verantwortung vor der Fortpflanzung oder danach primär. Ebenso wenig Konsens bestand, bei wem das 'Problem' unkontrollierter Fortpflanzung anzusiedeln war, bei den Frauen, bei den Männern oder bei beiden zugleich.²²⁹ Ähnlich diffus war auch die Vorstellung darüber, was die Bevölkerungspolitik im innerfamiliären Bereich bewirken sollte und bewirken konnte. Als Anstrebenswert galt die Kleinfamilie, die ausschließlich heterosexuell, monogam und stabil konzeptionalisiert wurde. Andere Familienmodelle, die gerade in den ärmeren Bevölkerungsschichten die Mehrheit stellten, und daraus folgende alternative Konzeptionalisierungen wurden erst gar nicht thematisiert. Aber selbst in Bezug auf die Kleinfamilie waren die Wahrnehmungen und Konzeptionalisierungen widersprüchlich. Einerseits die Vorstellung einer Gleichheit zwischen den Ehepartnern, andererseits die Problematisierung der familiären Desintegration hervorgerufen durch die Beendigung der traditionellen Abhängigkeit der Frau. Die rigiden familiären Strukturen sollten liberalisiert werden und zugleich wollte man eine familialistische Moral aufrechterhalten. Die Frauen sollten ihre Persönlichkeit entwickeln, sich in den Arbeitsmarkt integrieren und gleichzeitig wurde von ihnen die Doppelbelastung erwartet, um familiäre Konflikte zu verhindern.²³⁰ Hinter der Konzeptionalisierung von »Familienplanung« steht ganz klar die Absicht, die Familie als Einheit zu stärken und nicht die Frauen.

Die eklektizistische Legitimationsstrategie und die Vorstellungen der Verantwortlichen, die die Agenda bestimmten, waren in hohem Maße von Wertungen und abstrakten Zielen geprägt. Die konkreten Programme, die entwickelt wurden, drehten sich jedoch fast ausschließlich um die Verbreitung von Verhütungsmethoden.²³¹ In dem Zeitraum zwischen 1973 und 1976, der unter die Bezeichnung »verantwortungsvolle Eltern-

229 Vgl. Clara Levi, *Entrevistas a ejecutivos de agencias. Subestudio. Agencias de población*, Mexiko 1975, S. 110-133.

230 Vgl. María del Carmen Elu de Leñero, *El trabajo de la mujer en México*, Mexiko 1975, S. 147-158.

231 Vgl. Luis Leñero, 1979, op. cit., S. 86f.

schaft« fällt, wurden die legalen und administrativen Instrumente vervollständigt. Es wurde begonnen, über die öffentlichen Gesundheitsinstitutionen und privaten Einrichtungen Verhütungsmittel zu vertreiben. Unter der Präsidentschaft von Echeverría war die Planung noch ausschließlich an sektorale Programme gebunden, die direkt der 'Presidencia de la República' und damit dem Präsidenten unterstellt waren. Dies erschwerte zum einen die Verknüpfung der Ziele und Programme der Bevölkerungspolitik mit allgemeineren Programmen der Entwicklungspolitik.²³² Zum Anderen hatte es, bedingt durch das »Gefolgs männer-System«, die Konsequenz, dass zahlreiche Politiker plötzlich als Aktivisten in bevölkerungspolitischen Fragen auf den Plan traten, die zuvor keine oder sogar eine ablehnende Position bezogen hatten.²³³ Verstärkt wurde dieses Engagement noch durch die als sicher geltende Nominierung des damaligen Innenministers Moya Palencia als Präsidentschaftskandidat, der einer der vehementesten Verfechter der neuen Bevölkerungspolitik war. Entgegen aller Voraussagen wurde jedoch Ende 1975 José López Portillo und nicht Mario Moya Palencia als Präsidentschaftskandidat nominiert. Einige Autorinnen vermuteten, dass gerade die dezidierte Haltung Moya Palencias gegenüber der Bevölkerungspolitik und seine Favorisierung seitens der USA einen Einfluß auf seine Niederlage hatte.²³⁴

Mit dem Regierungswechsel 1976 und der Amtsübernahme durch José López Portillo kam es zu einer Depolitisierung des Themas in der präsidentiellen Agenda und zu einer Verschiebung auf eine eher technische Ebene der familienplanerischen Aktivitäten und auf gesundheitspolitische Aspekte. Depolitisierung ist jedoch nicht mit Bedeutungsverlust gleichzusetzen, sondern bedeutete, dass die Bevölkerungspolitik von der Regierungsagenda in die Staatsagenda transferiert wurde. Die Planung und Budgetvergabe wurde von der 'Secretaría de Programación y Presupuesto' (Ministerium für Planung und Haushalt) übernommen und im Rahmen dieser administrativen Reform wurde die Bevölkerungspolitik ab 1977 in den Nationalen Entwicklungsplan integriert. Der 'Primer Plan Global de Desarrollo' (1980-1982) verlegte die 'Demographische Politik' in den Bereich der Sozialpolitik. Der Komplex der Sozialpolitik erschien im Nationalen Plan als eine Deklaration von Absichten und die Instrumente, um diese zu verwirklichen, waren auf der einen Seite der 'Plan Nacional de Planificación Familiar' und auf der anderen Seite »indirekte Maßnahmen sozioökonomischer Natur, die auf die Entwicklung der

232 Vgl. María Eugenia Zavala de Cosío, op. cit., 1992, S. 182.

233 Vgl. Luisa María Leal, *La nueva política demográfica: planeación familiar*, Mexiko 1974.

234 Vgl. Luis Leñero 1979, op.cit., S. 98.

menschlichen Siedlungen einwirken.«²³⁵ Letzteres war der Regierungsschwerpunkt von López Portillo und führte zur Bildung eines neuen Ministeriums, der »Secretaría de Asentamientos Humanos y obras Públicas« (Ministerium für menschliche Siedlungen und Infrastruktur).²³⁶ Dies entsprach unter anderem den Empfehlungen der UN-Konferenz zu menschlichen Siedlungen, Habitat, die 1976 erstmalig in Vancouver tagte und die einen engen Zusammenhang zwischen demographischer Entwicklung und dem sozioökonomischen Wandel menschlicher Siedlungen herstellte und staatliche Maßnahmen bezüglich Wohnungsbau und Bodenrecht forderte. Mit der Integration der Bevölkerungspolitik in die Sozialpolitik ging erstmals auch eine Festlegung konkreter demographischer Zielsetzungen in Form von Geburtenraten einher, die im Folgenden tabellarisch aufgelistet werden.

Demographische Zielsetzungen in der Amtszeit López-Portillos:²³⁷

Zeitraum	Zielsetzung	Veränderte Zielsetzung	Erfolg
1977-1982	2.5	-	2.4
1983-1988	1.9	-	2.1
1989-1994	1.4	1.9	1.8
1995-2000	1.0	1.5	1.57

Bevölkerungspolitik wurde zwar als Sozialpolitik konzeptionalisiert, letztendlich fiel die Implementierung der Maßnahmen und die Entwicklung der familienplanerischen Programme jedoch fast ausschließlich in den Aufgabenbereich des staatlichen Gesundheitswesens und damit der Schwerpunkt der Durchführung auf technisch-medizinische Aspekte der Verhütung. Die Familienplanung wurde innerhalb des Gesundheitssektors zur einzigen wirklich überall angebotenen Dienstleistung.

3.7 Akteure und Prozesse der Implementierung

In den ersten fünf Jahren (1976-1981) wurden die genannten bevölkerungspolitischen Ziele verwirklicht: Die durchschnittliche Kinderzahl

235 »[...] medidas indirectas de orden económico y social que influyen en el desarrollo de los asentamientos humanos.« Plan Global de Desarrollo 1980-1982, Secretaría de Programación y Presupuesto, Mexiko 1980, S. 188.

236 Die SAHOP wurde gegen Ende der Präsidentschaft von López Portillo aufgelöst und durch die 'Secretaría de Desarrollo Urbano y Ecología' (Ministerium für urbane Entwicklung und Ökologie) von seinem Nachfolger Miguel de la Madrid 1982 ersetzt.

237 *Carta sobre Población*, Grupo Académico de Apoyo a Programas de Población, Nr. 3, Sept. 1994; CONAPO: *III Informe de avances del Programa Nacional de Población 1995-2000*, Mexiko 1998.

pro Frau ging von 5,5 im Jahre 1976 auf 4,4 in 1981 zurück. Ab diesem Zeitpunkt jedoch trat ein langsamerer Rückgang ein.²³⁸ In ihrer »Programa Nacional de Población 1988-1994« definierte CONAPO daher neue Ziele für das Bevölkerungswachstum: 1,8% für 1994 und 1,5% für 2000.²³⁹ Dennoch wurde die ursprünglich genannte Wachstumszahl von 1% noch einmal als grundlegendes, langfristiges Ziel betätigt.²⁴⁰

Letztendlich wurde die Wachstumsrate für 1994 auf 1,67% geschätzt – mit 2,5 Kindern pro Frau. Diese Schätzung basierte auf den Erhebungen von 1987 und soziodemographischen Abwägungen in Verbindung mit dem seit 20 Jahren erhobenen Datenmaterial über Fruchtbarkeit.

Hinter diesen Zahlen steht, daß 1991 62% der in einer Beziehung stehenden Frauen Verhütungsmethoden anwendeten (chirurgisch, hormonell, DIU), also 9,3 Millionen Frauen. Von diesen wurden 56,5% vom IMSS betreut, 14,5% von SSA, 4,9% von ISSTE und 21% vom Privatssektor.²⁴¹ Nach Daten der Enfes gibt es eine sog. ungedeckte Nachfrage, die sich darüber herstellt, daß laut der Umfrage von den 3,8 geborenen Kindern tatsächlich nur 3 gewünscht waren. Laut dieser Studie wollten 58,9% der befragten Frauen keine weiteren Kinder, wobei 44% von ihnen keine oder die sog. traditionelle Verhütung praktizierten. Von dieser Gruppe der nicht oder traditionell verhütenden Frauen lebten 43% im ländlichen Raum, 70,5% hatten keinen Grundschulabschluß, und 51,8% waren über 35 Jahre alt. Diese Frauen sind das prioritäre Ziel der aktuellen Bevölkerungspolitik.

Prozentualer Anteil verhütender Frauen²⁴²

1976	1979	1982	1987	1990	1994	1997
30,2%	37,8%	47,7%	52,7%	59,8%	65%	68,7%

238 Nach Ergebnissen des ENFES gab es 1987 3,8 Kinder pro Frau, was einem Bevölkerungswachstum von 2,2% entsprach und damit um 0,3% höher lag als anvisiert worden war.

239 CONAPO, *Programa Nacional de Población 1988-1994*, Mexiko 1988, S. 60.

240 Carlos Welti, *Políticas de población y descenso de la fecundidad*, Vortrag auf der Conferencia Centroamericana, del Caribe y México sobre políticas de población, la Antigua Guatemala, 9.-12. April 1991, S. 17.

241 Francisco Alarcón/Octavio Mojarro, *Los retos del programa de planificación familiar*, in: DEMOS, Nr. 4, 1991, S. 11-12.

242 Encuesta Mexicana de Fecundidad (EMF) 1976; Encuesta nacional de Fecundidad (ENF) 1979; Encuesta Nacional Demográfica (END) 1982; Encuesta Nacional sobre Fecundidad y Salud (ENFES) 1987; Encuesta Nacional de Planificación Familiar (ENPF) 1995; CONAPO, III Informe 1998.

Verteilung nach Verhütungsmethoden in Prozent²⁴³

	1976	1979	1982	1987	1992
Pille	35,9%	33,0%	29,7%	18,2%	15,3%
Spirale	18,7%	16,1%	13,8%	19,4%	17,7%
Tubenligatur	8,9%	23,5%	28,1%	36,2%	43,3%
Hormonspritze	5,6%	6,7%	10,6%	5,3%	5,1%
Vasektomie	0,6%	0,6%	0,7%	1,5%	1,4%
Lokale Meth.	7,0%	5,0%	4,1%	4,7%	5,0%
Andere	23,3%	15,1%	13,0%	14,7%	12,2%

Aktive BenutzerInnen und Zugang zu Verhütungsmethoden²⁴⁴

	1979	1982	1987
Staatlicher Sektor	51,1%	53,2%	61,9%
IMSS	27,9%	32,3%	37,5%
ISSTE	3,9%	4,9%	5,4%
SSA	14,7%	14,5%	15,5%
Andere	4,6%	1,7%	3,5%
Privater Sektor	48,9%	46,6%	38,1%
Apotheken	31,3%	31,3%	21,9%
Arztpraxis	15,4%	14,2%	14,3%
Andere	2,2%	1,1%	1,9%

Verteilung nach Verhütungsmethode im staatlichen Sektor²⁴⁵

	1979	1982	1987
Pille	29,8%	23,1%	28,9%
Spirale	29,5%	24,2%	28,9%
Tubenligatur	38,2%	44,7%	56,1%
Andere	2,5%	8,0%	3,9%

243 ENFES 1987; Carta de población, grupo Académico de de Apoyo a Programas de Población, Nr. 4, Nov. 1994.

244 ENFES 1987.

245 ENFES 1987.

Über die Programme boten und bieten die Gesundheitsinstitutionen der Bevölkerung konkrete Mittel an und helfen so mit, die Nachfrage zu bilden, eine Nachfrage, die über die Auswirkungen anderer ökonomischer und sozialer Politiken komplementiert wird. Für die Analyse ist es wichtig, die Auswirkungen der staatlichen Politiken, Programme und Aktionen auf die Wertestruktur, die Normen und den Habitus der Bevölkerung zu untersuchen. Denn Staatsintervention findet nicht nur direkt, also über die Bereitstellung der Mittel, sondern auch indirekt im Bereich der Sozialisation und der Verbreitung von biomedizinischen Normen die Fortpflanzung betreffend statt. Dies führt zu Interferenzen mit den bestehenden Normen in den jeweiligen Haushalten und zieht eine Medikalisierung der Fortpflanzung und neue Reproduktionsschemata nach sich. Die Akteure und die Institutionen des Gesundheitswesens sind in der Lage, insbesondere über die vor- und nachgeburtliche Behandlung die Normen und die entsprechenden Mittel zu verbreiten.²⁴⁶

Die Institutionalisierung des Gesundheitswesens in Mexiko begann 1943 mit der Bildung der Secretaría de Salubridad y Asistencia (SSA) und des Instituto Mexicano del Seguro Social (IMSS). Mit der Einrichtung des Instituto de Seguridad y Servicios Sociales de los Trabajadores del Estado (ISSSTE) im Jahr 1960 wurde die medizinische Infrastruktur erweitert. Während die beiden letzteren Institutionen nur einer bestimmten Klientel zur Verfügung standen, der abhängig Beschäftigten, die Beiträge entrichten im Falle des IMSS und der Staatsbediensteten im Falle des ISSSTE, war die SSA der gesamten Bevölkerung zugänglich. Zu Beginn deckte der IMSS nur 1,6% der Bevölkerung, erhöhte dies 1950 auf 3,8% und selbst 1960 waren erst 11% der Bevölkerung über IMSS oder ISSSTE versichert. Anfang der 70ern verdoppelte sich die Anzahl auf 22%, um dann 1980 63,1% und schließlich 1982 68,5 % der Bevölkerung Zugang zu den Gesundheitsdiensten zu verschaffen.²⁴⁷

Parallel zur Ausweitung des Gesundheitswesens, läßt sich eine zunehmende Intervention dieser Institutionen in den Reproduktionsbereichen erkennen. Ab 1973 wurden die Aktivitäten im Bereich der Familienplanung auf nationaler Ebene als integraler Teil des Plan Nacional de Salud, des Nationalen Gesundheitsplans festgeschrieben. Den staatlichen Institutionen des Gesundheitswesens oblag somit die zentrale Aufgabe der Entwicklung und Ausgestaltung dieser familienplanerischen Aktivitäten. Sie waren maßgeblich an der Ausformulierung des Plan Nacional de Planificación Familiar, des Nationalen Plans für Familienpla-

246 Vgl. Susana Lerner/André Quesnel, *Instituciones y reproducción. Hacia una interpretación del papel de las instituciones en la regulación de la fecundidad en México*, in: Francisco Alba/Gustavo Cabrera (Hrsg.), *La población en el desarrollo contemporáneo de México*, Mexiko 1994, S. 85-117.

247 Rosa María Camarena Córdova, *Instituciones sociales y reproducción*, Mexiko 1991, S. 25.

nung, von 1977 sowie an der Bereitstellung der entsprechenden Dienstleistungen beteiligt. Seit 1983 ist die Secretaría de Salud, das Gesundheitsministerium, die Koordinatorin des Programa Institucional de Planificación Familiar, des Institutionellen Programms für Familienplanung. Im Gesundheitsbereich konnte der Mangel an tatsächlichen Investitionen durch den Aufbau der Familienplanung, deren Finanzierung auch über internationale Fonds lief, überdeckt werden.

Anhand der Daten der ENFES-Befragung von 1987 läßt sich erkennen, in welchem Maße das staatliche Gesundheitswesen, gerade in Bezug auf Schwangerschaft und Geburt, an Bedeutung gewonnen hat. In den fünf der Umfrage vorangehenden Jahren wurden 71% der Frauen während ihrer Schwangerschaft von einem Arzt oder einer Krankenschwester betreut (68% auch unter der Geburt). 63% der Geburten fanden in Kliniken oder Arztpraxen statt.²⁴⁸ Differenziert man die Zahlen nach urbanem und rurem Umfeld, so lassen sich signifikante Unterschiede ablesen. In ruralen Gegenden erhielten nur ca. 50 % der Frauen eine Behandlung während ihrer Schwangerschaft (44% während der Geburt) und nur 34% der Geburten fand in einer Klinik statt. In städtischen Gebieten, die Dreiviertel der Bevölkerung Mexikos ausmachen, waren dagegen 83% während ihrer Schwangerschaft in ärztlicher Behandlung (86% während der Geburt), wovon 80% in Kliniken stattfanden.²⁴⁹

Die Vorrangstellung der staatlichen Institutionen des Gesundheitswesens im Reproduktionsbereich und insbesondere im Bereich der Familienplanung stellt diese in eine privilegierte Position Inhalte und Richtung der Bevölkerungspolitik zu verbreiten. Die Legalisierung der Geburtenkontrolle und die Festschreibung dieser als Rechtsanspruch über das Bevölkerungsgesetz von 1974, haben zusammen mit einer Intensivierung institutioneller Aktivitäten zu einem substantiellen Anstieg der Verhütungspraxis in Mexiko geführt.²⁵⁰ Die Einflußnahme seitens der staatlichen Institutionen bzw. ihrer MitarbeiterInnen auf die Verhütungspraxis der Frauen wird auch in einer Studie von 1987 vertreten, in der Frauen aus dem ländlichen Milieu, die zwischen 1979 und 1982 entbunden hatten, befragt wurden. Die Frauen, die innerhalb des öffentlichen Gesundheitswesens behandelt wurden zeigten eine leicht stärkere Neigung moderne Verhütung zu praktizieren, als Frauen, die privat behandelt wur-

248 Yolanda Palma Cabrera, *Mortalidad infantil y salud*, S. 207f., in: Encuesta Nacional sobre Fecundidad y Salud 1987; Memoria de la Reunión celebrada el 30 de Septiembre de 1988, SSA, Mexiko 1988, S. 193-213.

249 Vgl. Yolanda Palma Cabrera, op. cit.

250 Um 1973 benutzten ca. 15% der Frauen irgendeine Methode der Verhütung. Bereits 1978 wurde Verhütung von 30% der Frauen praktiziert und in den darauffolgenden Jahren stieg die Zahl kontinuierlich auf 38% 1979, 48% 1982, 1987 53% 250 und 1992 auf 63 % an. CONAPO, Demográfica 1992, in: Programa Nacional de Población 1995-2000, Mexiko 1995, S. 22.

den. Beide Gruppen zusammengenommen wiederum rekurrten stärker auf Verhütungsmethoden als die Frauen, die während Schwangerschaft und Geburt überhaupt keine moderne medizinische Betreuung erfahren hatten.²⁵¹

Stärker noch sind die Unterschiede laut der END-Studie von 1982 zwischen den öffentlich oder privat betreuten Frauen in Bezug auf die angewandten Verhütungsmethoden. So wurde an den in staatlichen Kliniken betreuten Frauen wesentlich häufiger eine Sterilisation vorgenommen, als an den privat medizinisch betreuten sowie um ein vielfaches öfter die Spirale eingesetzt. Die privat medizinisch angebundenen Frauen tendierten dafür mehr zu hormonellen Verhütungsmethode Anschluß an die Alma-Ata Konferenz der WHO 1978, die sich zum Ziel gesetzt hatte, bis ins Jahr 2000 alle Menschen mit einer Basisgesundheitsversorgung zu erreichen, wurde 1979 die Coordinación General del Plan Nacional de Zonas Deprimidas y Grupos Marginados COPLAMAR installiert. Das Modell war Teil des »Programa Nacional de Solidaridad por Cooperación Comunitaria« und sollte eine Basisversorgung aller die Gesundheit bedingender Faktoren miteinbeziehen. Dies beinhaltete eine der ökonomischen Situation des Landes angepaßte Gesundheitsversorgung, Förderung einer Beteiligung der Gemeinden und Individuen, sowie Forschung über Krankheitsursachen und Prävention.²⁵² Insbesondere der IMSS übernahm ab 1977 die führende Rolle in der Familienplanung, da diese Institution im Plan Nacional de Planificación Familiar für die Gewinnung von 57% der »Neubenutzerinnen« für den Zeitraum 1977-1982 vorgesehen war. Im November 1977 gründete der IMSS die Jefatura de Servicios de Planificación Familiar und ab Oktober 1980 konnte die Dienstleistung im Bereich Familienplanung an den Kliniken des IMSS auch Personen angeboten werden, die nicht Beitragszahler waren.

Das IMSS Personal und die Hebammen hatten die Zielaufgabe, monatlich eine bestimmte Anzahl an »Neubenutzerinnen zu gewinnen, d.h. die Nachfrage herzustellen. Die Anzahl der zu gewinnenden Frauen

251 Joseph E. Potter/Octavio Mojarro/Leopoldo Núñez, *The influence of health care on contraceptive acceptance in rural Mexico*, in: *Studies in Family Planning*, vol. 18, no. 3, 1987, S. 144-156.

252 COPLAMAR übertrug die Umsetzung des Programms dem IMSS, der zwischen 1979 und 1986 weitere 76 Landkrankenhäuser und 3034 Gesundheitsstationen gründete. Das medizinische Personal rekrutierte sich aus jungen ÄrztInnen, die ihr vorgeschriebenes soziales Jahr absolvieren mußten, sowie Krankenschwestern und meizinisches Hilfspersonal, d.h. Frauen aus der Umgebung, die eine drei- bis sechsmonatige Schulung des IMSS durchlaufen hatten. Im Zeitraum zwischen 1974 und 1983 bildete der IMSS zusätzlich 14835 sogenannte »parteras empíricas«, Hebammen, die speziell in Familienplanung geschult sind, aus, die ca. 30% der Familienplanungsberatung auf dem Land übernahmen. Vgl. IMSS, *Planificación familiar, población y salud en el México rural*, Mexiko 1986, S. 72-79.

wurde über eine interne Evaluierung der Inanspruchnahme der Familienplanung der einzelnen Institutionen sowie über die geschätzte Zahl der noch zu gewinnenden Frauen, um das Ziel von 2,5% Wachstumsrate für 1982 zu erreichen, ermittelt. In allen Bundesstaaten wurden zwischen Juli und Dezember 1978 Evaluierungstreffen organisiert. Laut dieser Datenerhebung mußte jeder Arzt mindestens fünf und jede Hebamme mindestens zwei neue Frauen monatlich in den ländlichen Gebieten »anwerben«. Um eine möglichst konstante Anzahl von Benutzerinnen zu erhalten wurde den IMSS-MitarbeiterInnen empfohlen Kontrazeptionsmethoden mit hoher Kontinuitätsrate zu fördern.²⁵³ Im Klartext bedeutet dies neben Sterilisation, Intrauterinpessare, und 3 Monatsspritze sowie Hormonimplantate. Die indigene Bevölkerung war jedoch von der direkten »Anwerbung« nicht betroffen. Hier sollte der IMSS nur auf die Nachfrage reagieren.²⁵⁴

Die Institutionen des staatlichen Gesundheitswesens konnten also ihre für bestimmte Bevölkerungsschichten geltende Monopolstellung dahingehend nutzen spezifische Reproduktionssnormen weiterzugeben und so einen erheblichen Teil der Frauen in Richtung einer Antikonzeptionspraxis kanalisieren. Die Normen beziehen sich dabei auf das Gebäralter, die Intervalle zwischen den Geburten, die ideale Kinderzahl und die modernen Verhütungsmethoden. Dabei tauchen sowohl in den Medizinbüchern als auch in den Diskursen der jeweiligen Akteure vor Ort, weniger die Argumente hinsichtlich der Menschenrechte oder aber der Mutter-Kind-Gesundheit auf. Den Legitimationshintergrund lieferten dagegen die Stichworte Überbevölkerung und Unterentwicklung. Die ÄrztInnen bezogen sich zudem oftmals in ihrem Diskurs auf die sozioökonomischen Bedingungen der Frauen, reinterpretierten diese in einem größeren regionalen oder nationalen Rahmen und gaben diese neuen Interpretationen wieder an die Frauen zurück. Diese internalisierten die neuen Vorstellungen.²⁵⁵ Die ÄrztInnen und das medizinische Personal übernahmen damit in einem wohlfahrtsstaatlichen Zusammenhang der Bereitstellung von medizinischer Versorgung eine zusätzliche Sozialisierungsarbeit. Die Institutionen des Gesundheitswesens und ihre Akteure integrierten die Regierungsposition zu Bevölkerungswachstum und Wachstumsbegrenzung in ihre Gesundheitsprogramme und konnten so die Reproduktionsideale diffundieren und in der Gesellschaft verankern.

253 IMSS, Programa Nacional de Planificación familiar, Mexiko 1985.

254 Vgl. Jorge Martínez Manautou (Hg.), *La revolución demográfica en México 1970-1980*, Mexiko IMSS 1982 sowie CPNPF, *Las bases de programación para la planificación familiar, 1979-1982*, Mexiko 1979.

255 Vgl. dazu die Studie von Susana Lerner/André Quesnel, op. cit., S. 111.

Der Bevölkerungsrat und verschiedene Gesundheitsinstitutionen sowie die Produzenten und Vertreiber von Verhütungstechnologie nutzten die Medien, insbesondere Radio und Fernsehen, um Informations- und Bildungsprogramme zur Familienplanung zu verbreiten.²⁵⁶ In Werbespots, »radionovelas« und »telenovelas«, in Liedern sowie Kurzfilmen für das Kino wurden Themen wie Verantwortliche Elternschaft, Entwicklung und Frauen, Gesundheit und Versorgung der Kinder, Sexualität, Mutterschaft, Familie sowie allgemeine Informationen zu Verhütung behandelt. Slogans wie »vamonos haciendo menos para vivir mejor todos« oder »la pequeña familia vive mejor«²⁵⁷ gelangten so über die Massenmedien in die letzten Winkel des Landes. In den Städten wurden Wände und Brückenübergänge mit Sprüchen zur Familienplanung beschrieben. Des weiteren wurden Flugblätter in großer Auflage verbreitet sowie Comics entworfen, die sich an die des Lesens nicht oder wenig mächtige Bevölkerung wandten. Aufgrund der hohen Analphabetenquote lag daher der Schwerpunkt der Propaganda mehr auf Medien wie Radio und Fernsehen als auf Zeitungen und Zeitschriften, wenngleich auch hier Anzeigen geschaltet wurden.²⁵⁸ Die Planer und Entscheidungsträger versprachen sich vom Fernsehen die größten Erfolge, einen Wechsel oder Wandel im reproduktiven Verhalten der Bevölkerung betreffend.²⁵⁹ Sie hofften, daß über eine Verbreitung westlicher Normen, wie Kleinfamilie, bestimmte Formen des sozialen Zusammenlebens, Einstellung in Bezug auf Sexualität, Heirat und Fortpflanzung sowie spezifisches Konsumverhalten, die Massenmedien einen Wandel in den Wertesystemen herbeiführen könnten.

Die Präsenz des Fernsehens in den mexikanischen Haushalten hatte in den vorangegangenen Jahrzehnten kontinuierlich zugenommen. Besaßen 1970 ca. 2,1 Millionen Haushalte mindestens einen Fernsehapparat so betrug die Zahl in den 1980er Jahren bereits 10,1 Millionen Haushalte, bei einer Gesamtanzahl von 12,1 Millionen Haushalte im Jahr 1980. Dies

256 CONAPO, *Programa de Comunicación. Informe y proyecto*, Mexiko 1975.

257 »[...] laßt uns weniger werden, damit wir alle besser leben; die Kleinfamilie lebt besser« (Übersetzung der Verf.).

258 Ana Cristina Covarrubias/Olivia González de Rivero, *La comunicación y el cambio cognoscitivo, actitudinal y conductual en la planificación familiar*, in: Jorge Martínez Manatou (Hg.), *La revolución demográfica en México 1970-1980*, Mexiko 1982, S. 151-201.

259 Vgl. Carmen Miró/Joseph E. Potter, *Población y desarrollo. Estado del conocimiento y prioridades de investigación*, Mexiko 1982; J.C. Caldwell, *Mass education as a determinant of the timing of fertility decline*, in: *Population and development Review* Nr. 6, 1980, S. 225-255.

bedeutete eine Zunahme der ZuschauerInnen von 11 Millionen auf 52,2 Millionen innerhalb weniger Jahre.²⁶⁰

Über 85% der Haushalte auf nationaler Ebene empfangen die vom Privatsender Televisa (Televisión via Satélite, S.A.) sowie die vom staatlichen Sender Imevisión in der Hauptstadt produzierten und größtenteils kommerziellen Programme. Die restlichen 15% setzen sich aus kleineren lokalen Sendern sowie die dem Innenministerium unterstellte Televisión de la República Mexicana (TRM), die fast ausschließlich Bildungs- und Informationsprogramme vornehmlich hinsichtlich der Erwachsenenbildung herstellte. Der Monopolist Televisa, der Sender unter der Leitung der Familie Azcárraga, beherrscht nicht nur den mexikanischen Fernsehmarkt, sondern auch den lateinamerikanischen und den spanischsprachigen der USA und war schon seit seiner Gründung 1950 aufs engste mit der Staatspartei PRI verbunden. »This television consortium considers itself a part of the governmental system, [...]. I have said publicly that we are part of the system and the president of the republic is our ultimate head, and we are glad it is this way.«²⁶¹ Die »Verbundenheit« hatte zur Folge, daß zum einen aufgrund der Regierungskonformität des Senders kaum kritische Reportagen über die neuen bevölkerungspolitischen Programme zu erwarten waren und zum anderen, daß Televisa selbst Fernsehserien zum Thema Bevölkerungspolitik produzierte. Mit Fernsehserien, die von erzieherischen Inhalten geprägt waren, reagierte Televisa zudem auf die zunehmende Kritik an der rein kommerziellen Ausrichtung des Senders.

Nachdem 1975 die Austrahlung des bildungspolitischen Melodrams »Ven conmigo«, das sich an die vom Bildungssystem ausgeschlossene Bevölkerung wandte und deren Alphabetisierung zum Ziel hatte, tatsächlich Erfolge verzeichnen konnte (laut eines internen rating sahen allein im Hauptstadtgebiet rund 3,9 Millionen Zuschauer die Serie), startete Televisa im Anschluß zwei Telenovelas mit familienplanerischen Inhalten. 1977 produzierte das Konsortium die Telenovela »Acompáñame«, die in Zusammenarbeit mit dem Bevölkerungsrat (CONAPO) und der Coordinación Nacional de Planificación Familiar des Gesundheitsministeriums entstanden war. Für die Realisierung der Serie wurden staatlicherseits medizinische Infrastruktur und Materialien zur Verfügung gestellt. Televisa verbuchte den Anstieg von 32,5% Neubenutzerinnen

260 Nach Schätzungen hatten 1986 etwa 80% der Bevölkerung Zugang zu diesem Medium, davon 55% in den ländlichen Gebieten, 90% in den kleineren Städten und 97% im Hauptstadtgebiet. Vgl. BANAMEX, México Social 1987. Indicadores seleccionados, Mexiko 1988.

261 Emilio Azcárraga, Präsident von Televisa, zitiert nach José Antonio Crespo, *Governments of the opposition. The official respond*, S. 29 in: Victoria E. Rodríguez/Peter M. Ward (Hg.), *Opposition government in Mexico*, Albuquerque 1995, S. 17-33.

im Zeitraum der Ausstrahlung der Serie (August 1977-April 1978) auf ihr Konto. Eine Behauptung natürlich, die so monokausal nicht bestätigt werden kann, sicherlich aber in Teilen zutrifft. Die zweite Telenovela »Vamos juntos« wurde 1979 ebenfalls in Koordination mit verschiedenen Regierungsstellen hergestellt. Darunter war wieder die Coordinación de Planificación Familiar sowie zusätzlich das Bildungsministerium (SEP), das DiF (Desarrollo Integral de la Familia, das CORA (Centro de Orientación para adolescentes und die CIJ (Centros de Integración Juvenil). Außerdem waren diesmal Organisationen der UN und UNICEF beteiligt. »Vamos juntos« wurde in 180 halbstündigen Episoden produziert und alltags ausgestrahlt. Nach Aussagen der Verantwortlichen bei Televisa bestand das hehre Ziel in der Vermittlung eines ganzen Wertekatalogs: »...una innovación importante, en esta telenovela, consiste en que no se apoya únicamente en un valor (como en Ven Conmigo el estudio y Acompáñame la armonía familiar), sino que se busca apoyar en el público una verdadera trama de valores que actúan como factores interactivos para el mejor desarrollo de los adultos ante el niño, la armonía conyugal, la armonía familiar, la interacción de la familia y la comunidad«. ²⁶² Ein Novum in der Produktion dieser Telenovela bestand auch in der Nutzung anderer Medien, die das Fernsehprogramm unterstützen sollten. So wurde die Telenovela für das Radio adaptiert, ein spezielles Radioprogramm entwickelt und über die Zeitschrift TV-Novelas (sogenannte Fotoromane) zusätzlich unterstützt. ²⁶³

Der Einfluß der Massenmedien auf das reproduktive Verhalten – über die Propagierung der Kleinfamilie und die Verbreitung urbaner Normen – läßt sich sicherlich nicht von der Hand weisen. Im Vorangegangenen wurden nur die spezifisch mit bevölkerungspolitischen Inhalt produzierten Sendungen berücksichtigt, die eine Motivation hinsichtlich Geburtenreduzierung direkt intendierten. Natürlich hat das Medium Fernsehen als ganzes gesehen einen noch größeren Einfluß auf gesellschaftliche Werte und Normen. Die Modelle gesellschaftlichen und individuellen Verhaltens, spezifische Frauen und Männerbilder, moderne Familienformen usw., die über eine Vielzahl von Sendungen inklusive Werbespots vermittelt werden, tragen zu einer kulturellen und sozialen

262 IMEC (Instituto Mexicano de Estudios de la Comunicación), Telenovela Vamos juntos, zit. nach Alberto Rojas Zamorano, 1987, op. cit., S. 136.

263 Auch TRM entwickelte 1977, speziell für die marginalisierte Landbevölkerung, in Zusammenarbeit mit der Dirección General de Educación para la Salud der SSA, dem Instituto Nacional de la Nutrición, dem CONAPO sowie der Coordinación de Planeación Familiar der SSA zwei Fernsehserien zu den Themen Gesundheit und Familienplanung. Vgl. Alberto Rojas Zamorano, *Televisión y educación*, S. 131, in: Raúl Trejo Delarbre, Televisa – el quinto poder, Mexiko 1987, S. 125-149. Im Jahr 1983 wurden unter Miguel de la Madrid die Gelder für die Familienplanungsserien wieder gestrichen.

Modernisierung, bzw. die als solche wahrgenommen oder dafür gehalten wird, bei.²⁶⁴

Während der Echeverría Administration verdreifachten sich die Investitionen im Bildungsbereich. Im Zuge des Bevölkerungsgesetzes wurden die Lehrinhalte im Grundschulbereich um die Themen Demographie, Hygiene, Sexualität und Umweltverschmutzung erweitert. Innerhalb kurzer Zeit wurden über 80 Millionen Schulbücher mit den neuen Inhalten an LehrerInnen und SchülerInnen verteilt.²⁶⁵ Mit Hilfe der UNFPA wurde ein Ausbildungsprogramm für LehrerInnen ins Leben gerufen, das ihnen ermöglichen sollte, Themen der Familienplanung im Unterricht pädagogisch umzusetzen.²⁶⁶ Der Einsatz der Massenmedien und die Arbeit der Institutionen im Gesundheitssektor führte dazu, daß laut einer Umfrage 1992 bereits 93,6 und 1997 96,6 % aller Frauen in Beziehungen Kenntnisse über Verhütungsmethoden besaßen.²⁶⁷

3.8 Fazit: Bevölkerungspolitik bis 1994

Die Kehrtwende in der Bevölkerungspolitik bedeutete für viele Frauen aus den unterschiedlichsten Schichten die Möglichkeit, die Anzahl ihrer Kinder und die Intervalle zwischen den Geburten zu bestimmen. Die Verfügbarkeit von wirksamen Verhütungsmethoden, die erschwinglich und in großen Mengen produziert werden konnten, ermöglichte zudem eine Trennung zwischen Sexualität und Reproduktion. Die sich relativ schnell einstellenden »Erfolge« in der Reduzierung der Geburtenraten lagen auch im Wunsch vieler Frauen begründet, ihre Kinderzahl zu kontrollieren und ihre Sexualität ohne Konsequenzen ausleben zu können. Das Recht auf eine freie Entscheidung, wie es in der Menschenrechtserklärung von Teheran 1968 postuliert und in die mexikanische Verfassung übernommen wurde, ist, trotz einiger Einschränkungen, ein wesentlicher Fortschritt für Frauen, der von den Frauen mit erkämpft wurde.²⁶⁸ Schließlich waren es in der Mehrheit die Frauen, die in den unterschiedlichsten Bewegungen und Organisationen für ein Recht auf Geburten-

264 Vgl. Martina Krause, *Mexiko. Heterogenität und Bevölkerungsentwicklung*, Frankfurt, 1996, S. 201.

265 Vgl. José Linhard 1978, op. cit., S. 229f.

266 Vgl. Luisa María Leal, *Informe sintético sobre el estado actual de la política de población en México*, San José 1976.

267 Vgl. CONAPO, *Situación actual de la mujer en México. Diagnóstico sociodemográfico*, Mexiko 2000, S. 24

268 Vgl. Teresita de Barbieri, *Las mujeres, menos madres. Control de la natalidad: control de la mujer?*, in: Nueva Sociedad, Nr. 75, Caracas, Januar/Februar 1985, S. 105-113.

kontrolle, Sexualerziehung, und Abtreibung und gegen eine Fremdbestimmung ihrer Körper eintraten.

Dennoch wirft die Art und Weise, wie diese Politik insbesondere für bestimmte Teile der Bevölkerung umgesetzt wurde, kritische Fragen in Bezug auf die gesundheitlichen Konsequenzen und die tatsächliche Selbstbestimmung der Frauen und ihre Autonomiegewinne auf. Zudem wurden, was auch schon im Entscheidungsprozess und der Agenda-Gestaltung deutlich wurde, bestimmte Zusammenhänge wie Geschlechterverhältnisse, Wertungen zu Mutterschaft und Mütterlichkeit, die Rolle der Väter sowie weibliche und männliche Sexualität mit den Phänomenen der Reproduktion und Fruchtbarkeit nicht berücksichtigt.

Mit Beginn der demographischen Analysen von 1979 (ENP) und 1982 (END) zeichneten sich bereits Kritikpunkte bei den interviewten Frauen in Bezug auf die Verhütungsmethoden und speziell in Bezug auf die Praxis der Sterilisationen ab. 4% der Befragten von 1979 gaben z.B. an, dass sie glaubten die Sterilisation sei eine Methode, um die Intervalle zwischen den Geburten zu verlängern.²⁶⁹ Aus der Datenerhebung von 1982 ergab sich, dass 68% der Sterilisationen während der Geburt des damit letzten Kindes vorgenommen wurden und in 49% dieser Fälle die Sterilisation die erste Verhütungsmethode überhaupt war.²⁷⁰ 1987 gab es bereits 2,3 Millionen sterilisierte Frauen. 26% dieser Frauen gab an, vor dem chirurgischen Eingriff keinerlei Information über andere Verhütungsmethoden oder über den irreversiblen Charakter der Sterilisation erhalten zu haben. Von 40% wurde entweder keine schriftliche Einverständniserklärung verlangt oder sie erhielten diese, lasen sie aber nicht und unterschrieben auch nicht. An 17% der Frauen wurde keine oder eine sehr nachlässige medizinische Voruntersuchung durchgeführt. 79% dieser Eingriffe wurden an staatlichen Kliniken durchgeführt.²⁷¹ Ein Großteil der ohne Einwilligung der Frauen oder ohne eine ausreichende Information durchgeführten Sterilisationen fand bei Frauen aus den marginalisierten ländlichen Gegenden und überproportional bei Frauen

269 Carlos Welti, *La investigación del efecto de la anticoncepción sobre la fecundidad en México*, Vortrag: Seminario sobre Fecundidad, Colegio de México CEED Mexiko März 1984.

270 Mario Bronfman/Elsa López/Rodolfo Tuirán, *Práctica anticonceptiva y clases sociales en México: experiencia reciente*, in: Estudios Demográficos Año 1, Nr. 1, 1986.

271 Vgl. Juan Guillermo Figueroa Perea/ Ricardo C. Aparicio Jiménez, *El abandono de la anticoncepción*, in: Demos 4, 1991, S. 13-14; Rodolfo Tuirán Gutiérrez, *Esterilización anticonceptiva en México: »satisfacción« e »insatisfacción« entre las mujeres que optaron por ese método*, Vortrag auf der IV. Reunión Nacional de Investigación Demográfica en México, SOMEDE, Mexiko (April 1990).

aus den indigenen Gemeinschaften statt.²⁷² Dennoch war die durchschnittliche Geburtenrate in den indigenen Gemeinschaften höher als der Landesdurchschnitt, ebenso wie die Kindersterblichkeit. Dies lag daran, dass gerade die indigenen Gemeinschaften am wenigsten von der öffentlichen Gesundheitsfürsorge profitieren konnten, da in den entlegenen Gebieten weder Krankenhäuser noch Ärzte zu finden waren, was andererseits dazu führte, dass auch keine Familienplanungsangebote zur Verfügung standen.²⁷³ Dies verweist auf einen weiteren Aspekt des nicht eingelösten Modernisierungsversprechens: Die Reduzierung der Geburtenzahlen hatte nicht zu einer Verbesserung der Lebensumstände eines großen Teils der Bevölkerung beigetragen. Die 1980er Jahre, allgemein als »verlorene Dekade« bezeichnet, waren durch eine ökonomische Krise gekennzeichnet, die zu einer Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und zu einer Vertiefung der sozialen Ungleichheiten führte. Nach den eigenen nationalen Kriterien von Armut, 1,5 Mindestlohn, lebten 1989 40 Millionen MexikanerInnen in Armut und von diesen 17 Millionen in extremer Armut. Die neoliberalen Strukturanpassungen führten zu einer Reduktion der öffentlichen Ausgaben zwischen 1982 und 1988, die die Mittel für Bildung von 16,4 auf 7,4 und die für Gesundheit von 4,5 auf 1,1% der gesamten Regierungsmittel schrumpfen ließ. Demgegenüber stieg die Tilgung der Auslandsschulden auf 69,3% der öffentlichen Ausgaben.²⁷⁴

Von den ca. 90 Millionen Einwohnern Mexikos, waren auch 1994 noch 10 Millionen von gesundheitlichen Leistungen ausgeschlossen. Dies betraf insbesondere Bevölkerungsgruppen aus ländlichen Gegenden, Indígenas und städtische Randgruppen. Hinzu kamen weitere große Bevölkerungsteile, die nur einen begrenzten oder ungenügenden Zugang zu gesundheitlichen Leistungen hatten.²⁷⁵ 1994 benutzten 65% der in einer Beziehung lebenden Frauen eine Verhütungsmethode, aber nur 1,5% der Männer hatte eine Vasektomie vornehmen lassen und weniger als 5% benutzte Kondome. Unter den Jugendlichen unter 20 Jahren war die Verwendung von Verhütungsmethoden mit nur 36% weitaus geringer als der Landesdurchschnitt, ebenso wie bei den in ländlichen Gebieten lebenden Frauen mit 44%. Bei den Verhütungsmethoden überwogen

272 Vgl. J.G. Figueroa Perea/ María Gabriela Hita Dussel/Blanca Margarita Aguilar Ganado, *Algunas notas sobre reproducción, derechos humanos y políticas de planificación familiar*, in: fem Nr. 136-138, México 1994.

273 Vgl. Luz María Valdéz, *Hacia la expansión demográfica de los grupos étnicos*, in: Demos. Carta Demográfica sobre México, num. 2, 1989, S. 18f.

274 Vgl. Raúl Béjar Navarro et. al., *Desigualdad social y población*, in: Francisco Alba/Gustavo Cabrera, *La población en el desarrollo contemporáneo de México*, Mexiko 1994, S. 237f.

275 Vgl. Poder Ejecutivo Federal, *Plan Nacional de Desarrollo 1995-2000*, Secretaría de Hacienda y Crédito Público, Mexiko 1995, S. 95.

weiterhin die definitiven Methoden wie Sterilisation oder Methoden, die eine direkte Kontrolle garantierten, wie die Spirale oder die Hormonspritze.²⁷⁶ Mehrere Fallstudien und einige Anzeigen offenbarten, daß in vielen Fällen die Behandlung der Frauen seitens der Institutionen zu wünschen übrig ließ und daß den Frauen oftmals nicht genügend Informationen vermittelt worden waren.²⁷⁷ Obwohl die Müttersterblichkeit in den 1980er Jahren gesunken war, war sie 1994 noch immer doppelt so hoch wie in den Industrieländern.²⁷⁸ Die Gründe lagen u.a. in den illegalen und dadurch unter hohen gesundheitlichen Risiken durchgeführten Abtreibungen²⁷⁹ und in Ernährungsproblemen, die noch immer 63,7% der Frauen im reproduktiven Alter betrafen.²⁸⁰ Das gleiche gilt für die Kindersterblichkeit. Auch wenn diese im nationalen Durchschnitt gesenkt werden konnte, waren noch immer enorme regionale Unterschiede vorhanden. In den ländlichen Gebieten lag die Kindersterblichkeit um 27% höher als der Landesdurchschnitt und unter der indigenen Bevölkerung sogar um 70% höher.²⁸¹ Unter den Gesichtspunkt der reproduktiven Rechte fallen aber weitere Faktoren, die innerhalb der Familienplanungsprogramme bisher kaum berücksichtigt wurden, wie Krebserkrankungen, sexuell übertragbare Krankheiten und Probleme der sexuellen Gesundheit. Gebärmutter- und Brustkrebs zählten 1992 zu den häufigsten Todesursachen von Frauen zwischen 15 und 64 Jahren. 1994 hatte nur eine von vier Frauen entsprechende Vorsorgetests durchführen lassen, in ländlichen Gebieten nur 17%.²⁸² Die geringe Vorsorge hängt zum Einen mit der mangelnden weiblichen Kultur der Selbstkontrolle, bedingt durch die Geschlechterverhältnisse und die sozialen Umstände und zum anderen mit der Konzentration des Gesundheitssektors auf die Verteilung von Verhütungsmethoden zusammen. Daneben wurden Männer, die über die sexuelle Übertragung des Papiloma-Virus, die maßgeblich an Gebärmutterkrebserkrankungen beteiligt sind, in den Vorsorgeuntersuchungen völlig vernachlässigt. Ein weiteres Problem stellt die Zunahme von sexuell übertragbaren Krankheiten um 16% zwischen

276 Vgl. *Programa de Salud Reproductiva y Planificación Familiar 1995-2000*, Mexiko 1995, S. 3ff.

277 Vgl. Gisela Espinosa Damián, *Avances y retos de la Salud Reproductiva en México. Discurso, financiamiento y praxis*, Mexiko 1999, S. 16.

278 Vgl. Secretaría de Gobernación, *Decreto por el que se aprueba el Programa Nacional de la Mujer 1995-2000*, 8. März 1996, S. 14.

279 Vgl. CONAPO, *Programa nacional de Población 1995-2000*, Mexiko, S. 25; hier wird die Abtreibung als fünfthäufigste Todesursache bei Frauen genannt.

280 Vgl. Poder Ejecutivo Federal, *Programa de Salud Reproductiva y planificación familiar 1995-2000*, Mexiko 1995, S. 25.

281 CONAPO 1996, op. cit., S. 8f.

282 Vgl. Secretaría de Gobernación, 1996, op. cit., S. 13f.

1990-1993 dar. Die HIV-Infektion wurde zur drittstärksten Todesursache von Männern zwischen 25 und 34 Jahren und zu sechststärksten bei Frauen der gleichen Altersgruppe, wobei die Infektion bei Frauen proportional stärker anstieg als bei Männern.²⁸³

Da die staatlichen Politiken sich in den letzten Jahrzehnten fast ausschließlich auf Frauen im reproduktiven Alter konzentrierten, waren Probleme der Wechseljahre oder der Postmenopause, die 1994 immerhin sieben Millionen Frauen betrafen, nicht berücksichtigt worden. Ebenfalls aus dem Bereich fielen Jugendliche, deren Probleme nicht unbedingt mit der Reproduktion, sehr wohl aber mit der sexuellen Gesundheit zusammenhängen.

Angeichts eines signifikanten Anstiegs der Verhütungspraxis kann die mexikanische Bevölkerungspolitik durchaus Erfolge verzeichnen, nicht aber, was diese Politik für viele Frauen bedeutete, und auch nicht unter dem Aspekt einer Sozial- und Gesundheitspolitik. Im Zeitraum 1994-1996 nahm die Anzahl der in extremer Armut lebenden noch einmal um 10,6 Millionen zu, während zur gleichen Zeit nur 15 Personen 9% des nationalen Reichtums unter sich aufteilten.²⁸⁴ Fast die Hälfte aller MexikanerInnen war aus der Gesundheitsversorgung als Anspruchsberechtigte über die Sozialversicherung ausgeschlossen. Die verheerende Finanzkrise von 1994 führte zu weiteren Einsparungen im öffentlichen Sektor zu einem Zeitpunkt, der redistributive Maßnahmen mehr denn je erforderte.

Über den Einschluß geschlechtsspezifischer und ethnischer Grenzziehungen des Nationalen in den Modernisierungsdiskurs konnte die Modernisierung des Landes immer nur als Teilmodernisierung verwirklicht werden. Diese manifestiert sich in dem Ausschluß breiter Bevölkerungsteile aus sozialer und politischer Partizipation und ihrer mangelnden Repräsentation in den politischen Prozessen und Strukturen.

Die Ereignisse in Chiapas, der bewaffnete Aufstand von indigenen Gruppen am 1. Januar 1994 zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Freihandelsabkommens NAFTA mit den USA und Kanada, stehen exemplarisch für die durch diese Teilmodernisierung bestimmten Spannungen. Die Forderungen nach Land, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Ernährung und Behausung sowie nach Autonomie, Demokratisierung und Anerkennung der plurikulturellen und multiethnischen Realität des Landes sind Forderungen, die auf die nicht eingelösten Modernisierungsversprechen verweisen. Zugleich verweisen sie auf den Entwurf einer alternativen Moderne, der in den zahlreichen Mobilisierungen und Kämpfen der zi-

283 1980 war eine Frau unter 15 Männern infiziert, 1988 lag das Verhältnis bereits eins zu sechs; vgl. Secretaría de Gobernación, 1996, op. cit., S. 14 sowie Poder Ejecutivo Federal, 1995, op. cit., S. 9f.

284 Vgl. Encuesta Nacional de Ingreso – Gasto en los hogares, Mexiko 1996.

vilgesellschaftlichen Akteure seit den 1970er Jahren und verstärkt seit den 1980er Jahren immer wieder die politischen Prozesse und Strukturen des mexikanischen Staates hinterfragte.²⁸⁵ Die Thematisierung feministischer Standpunkte innerhalb der Forderungen der zapatistischen Befreiungsarmee (EZLN) in der »Ley Revolucionaria de Mujeres« verbinden darüber hinaus die Infragestellung der Unterordnung des »Indigenen« unter das Nationale mit der Problematisierung der Geschlechterverhältnisse. Die Frauen der EZLN konnten auf ein Netz von feministischen Basisorganisationen zurückgreifen, die zunehmend Demokratisierung und politische Partizipation mit Forderungen nach sozialen und reproduktiven Rechten verknüpften. Die Partizipation von Frauen in den sozialen Bewegungen der letzten Jahrzehnte – in der Menschenrechtsbewegung, den ländlichen und urbanen Bewegungen für verbesserte Lebensbedingungen, den Landforderungen, der StudentInnenbewegungen, den freien Gewerkschaften, der Frauenbewegungen, der Demokratisierungsbewegungen und vielen mehr – war ebenso konstant wie vielfältig.²⁸⁶ Ihr wichtigster Beitrag lag in der Theoretisierung von Demokratie in allen Sphären des mexikanischen gesellschaftlichen und politischen Lebens und damit in einer Aufhebung der Differenz von Öffentlichkeit und Privatheit. Die Bewegung um die reproduktiven Rechte, die ab Mitte der 1990er Jahre an Stärke und Einfluß gewinnen sollte, gliederte sich in diese vielfältigen Aktivitäten ein.

285 Vgl. Alberto Betancourt, *El zapatismo: La intervención de una modernidad alternativa*, in: Dora Kanoussi (Hg.), *El zapatismo y la política*, Mexiko 1998, S. 83.

286 Vgl. Lynn Stephen, *Gender and grassroot organizing: Lessons from Chiapas*, in: Victoria E. Rodríguez, *Women's participation in mexican political life*, Austin 1998, S. 162.

4. Jenseits des Staates? – Feminismus zwischen Abgrenzung und Zusammenarbeit

Trotz vieler eklatanter Mißstände im Bereich der Bevölkerungspolitik wurde dieses Feld staatlichen Handelns nur von einigen wenigen engagierten Feministinnen einer genaueren Betrachtung unterzogen.¹ Wie in vielen anderen Ländern entstanden zwar auch in Mexiko Frauengesundheitsszentren und die internationale Bevölkerungskonferenz von 1984, die in Mexiko abgehalten wurde, bot Raum für Proteste gegen spezifische Maßnahmen, wie zum Beispiel die Dreimonats-Spritze. Dennoch wurde Bevölkerungspolitik nicht (anders als die Themen Abtreibung und Gewalt gegen Frauen) unter dem Aspekt ihrer strukturellen Zusammenhänge von Herrschaftsverhältnissen, staatlicher Politik und Modernisierung thematisiert. Dies hatte auch zur Folge, daß es zu keinen übergreifenden Koalitionen wie im Fall des Gesetzesentwurfes zur Gewalt gegen Frauen oder anderen gemeinsamen Initiativen kam. In den feministischen Diskursen fehlte auch eine Thematisierung der Gleichsetzung von Bevölkerungspolitik mit Sozial - und Gesundheitspolitik seitens des mexikanischen Staates mit den entsprechenden Folgen für die Ressourcenvergabe. Bevölkerungspolitik wurde nur im Zusammenhang mit einer Ausweitung des Rechtes auf Familienplanung und auf Abtreibung diskutiert oder aber auf Grund einzelner spezifischer Fälle von Menschenrechtsverletzungen kritisiert.

Erst in den 1990ern kam es zu einer verstärkten Bildung von NGOs, die sich auch mit diesem Bereich staatlichen Handelns auseinandersetzten. Die Herausbildung von feministisch orientierten NGOs in Mexiko ist zum einen durch internationale Entwicklungen erklärbar; zum anderen aber erhielt zivilgesellschaftliche Politik in Mexiko in den 1990er Jahren einen neuen Stellenwert.

Auf der internationalen Ebene ist ab den 80er Jahren allgemein eine zunehmende Bedeutung von NGOs zu verzeichnen. Parallel dazu gewann der feministische Diskurs und dabei besonders der feministische Diskurs aus der 3. Welt an Bedeutung. Das Engagement mexikanischer NGOs auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik steht ebenfalls in einem engen Zusammenhang mit der internationalen feministischen Debatte zu Bevölkerungspolitik und dem zunehmenden Einflußgewinn im Vorfeld der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994.

1 Zu nennen wären hier insbesondere Teresita de Barbieri, die sich seit den 1980er Jahren in ihren Forschungsarbeiten mit Bevölkerungspolitik beschäftigt, und die Journalistin Sara Lovera, die in ihrer Zeitungsbeilage 'Doble Jornada' immer wieder auf dieses Thema hinwies.

4.1 Internationale Entwicklungen: Der wachsende Einfluß von feministischen Diskursen 1970-1990

Die Organisation von Frauen im Nichtregierungsbereich auf internationaler Ebene fand zum einen durch Frauengruppierungen statt, die sich schon vor 1970 gebildet hatten und innerhalb der Vereinten Nationen agierten. Zum anderen entstanden in dieser Zeit Organisationen und Netzwerke, die sich außerhalb der Vereinten Nationen etablierten.

Die bereits etablierten NGOs wie 'International Alliance of Women', 'Women's International Democratic Federation' und 'International Federation of Business and Professional Women' verfolgten in ihren Aktivitäten die internationale Kooperation von Frauen mittels einer Form der Politik von Interessensgruppen. Sie vermittelten Informationen über die Angelegenheiten von Frauen an die UN oder die Mitgliedsstaaten und ebenso an ihre Mitglieder über die Aktivitäten der UN. Daneben betrieben sie Lobby-Politik gegenüber den RepräsentantInnen der Mitgliedsstaaten und dem UN-Sekretariat.² Die meisten dieser Gruppierungen hatten einen beratenden Status gegenüber ECOSOC oder anderen spezialisierten Unterorganisationen, der es ihnen erlaubte, an den intergubernamentalen Treffen teilzunehmen und Erklärungen abzugeben.³

Diese Gruppierungen waren maßgeblich an der Rahmengestaltung und Unterstützung der UN-Frauendekade beteiligt. Ihr Status ermöglichte es zudem, spezifische Forschung in Bezug auf Frauen sowie Geldmittel für Fraueninstitutionen und Mechanismen zur Überwachung des Frauenstatus innerhalb des UN-Systems durchzusetzen. Darüber hinaus koordinierten sie die Nichtregierungsaktivitäten zu Frauen innerhalb des UN-Systems. Innerhalb der Koordinierungsorganisation der Nichtregierungsorganisationen (CONGO), wurden während der Frauendekade drei verschiedene Komitees gegründet, in New York, Wien und Genf. Sie förderten die Diskussionen um Frauenbelange bei interessierten NGOs, ermöglichten Untersuchungen zu spezifischen Themenbereichen und erarbeiteten Resolutionen. Diese drei Komitees erbrach-

2 Vgl. Deborah Stienstra 1994, op. cit., S. 96.

3 Vgl. Union of International Associations, *Yearbook of International Organizations*, Vol. 1, 1990/91, München 1990. Sieben dieser Gruppierungen besaßen beratenden Status I bei ECOSOC, 18 beratenden Status II und bei anderen UN-Organisationen, die traditionell mit Bereichen zu tun hatten, die Frauen betrafen wie Erziehung, Arbeit, Ernährung, Gesundheit und Kinder. 18 hatten einen Status bei UNICEF und UNESCO, 17 mit ILO, 9 mit FAO und 7 mit WHO. Nur die aktivsten Gruppierungen wie 'International Council of Women', 'International Alliance of Women' und 'International Federation of Business and Professional Women' beteiligten sich darüber hinaus in UNCTAD, UNIDO, UNDP, UNFPA und UNEP.

ten auch die organisatorische Unterstützung für die drei Nichtregierungskonferenzen während der Frauendekade.

Eine weitere Aktivität, wenn auch in weitaus geringerem Umfang, waren Projekte in Kooperation mit UN-Abteilungen wie z.B. in der Nachfolge von Kopenhagen 1980, die Erarbeitung eines 'development education kit' zusammen mit »Joint United Nations Information Committee«, das Materialien zu unterschiedlichen Bereichen wie Frauen und Erziehung, Frieden, Behausung und ökonomische Krise enthielt und in der Entwicklungsarbeit tätigen Organisationen zur Verfügung gestellt wurde. Mit dem zunehmenden Interesse des 'United Nations Development Fonds for Women' (UNIFEM) an einer Zusammenarbeit mit den NGOs kam es vermehrt zu Kooperationen. So erarbeitete das 'International Women's Tribune Center' (IWTC)⁴ 1990 eine Reihe von Workshops für UNIFEM.⁵

Die ständige Präsenz und die konstante Arbeit der NGOs innerhalb der Vereinten Nationen führten dazu, daß die Analyse der Situation der Frauen aus einer Nichtregierungsperspektive in den Kontext der Vereinten Nationen eingebunden wurde. Das auf ihr Engagement zurückgehende Internationale Jahr der Frau 1975 und die Frauendekade waren entscheidende Katalysatoren für internationale Aktivitäten in Bezug auf Frauen sowohl auf Regierungsebene, als auch auf der internationalen Ebene.

Andererseits war ihre Arbeit aus verschiedenen Gründen Beschränkungen unterworfen. Das vorrangige Ziel der meisten dieser Gruppierungen lag in der Förderung der internationalen Kooperation unter Frauen oder darin, die Frauen zu organisieren, die eine ähnliche Identität teilten. Außer der 'International Alliance of Women' definierte sich keine dieser Gruppierungen als feministisch. Daher waren sie zumeist von der

4 Das IWTC entstand auf dem NGO-Forum 1975, unterhält ein Dokumentationszentrum und fördert den Austausch von Informationen zwischen Frauenorganisationen weltweit; IWTC hat beratenden Status bei ECOSOC.

5 Noch seltener, zumindest bis in die 1990er Jahre, waren gemeinsame Unternehmungen der NGOs mit beratendem Status untereinander. Die Zusammenarbeit beschränkte sich zumeist auf die Unterzeichnung der jeweiligen Erklärungen der anderen NGOs. Erst 1990 trafen sich die Präsidentinnen einiger NGOs um gemeinsame Aktionen zu planen. Eine der wenigen Ausnahmen bildete das 'Project-Five-O', bei dem seit 1975 mehrere NGOs gemeinsam Projekte in der Dritten Welt in den Bereichen Alphabetisierung, Gesundheit und Landwirtschaft ins Leben riefen. Vgl. Project-Five-O: *An example of coalition building for the advancement of women*, in: Workshop: NGO Consultation 1990, Making the forward looking strategies, Wien 1990; die beteiligten NGO's waren: Soroptimist International, International Federation of Business and Professional Women, International Federation of University Women, International Council of Women und Associated Country Women of the World; die ACWW verließ 1987 das gemeinsame Projekt.

Entwicklung feministischer Theoretisierungen der geschlechtsspezifischen Ungleichheitsstrukturen, die weltweit im Entstehen waren, abgetrennt. Eine weitere Beschränkung lag in ihren bürokratischen und hierarchischen Organisationsstrukturen, was eine Verbindung zur Basis und Mitgliedschaft erschwerte. Die meisten der Führungspositionen dieser NGOs waren zudem mit weißen Mittelschichtsfrauen aus der Ersten Welt besetzt, die ihre Organisationen vor den Vereinten Nationen repräsentierten und die Aktivitäten in Bezug auf Frauen auf der internationalen Ebene prägten. Die breit angelegten Mandate gaben zwar die Möglichkeit, sich in einer Vielzahl von Bereichen zu äußern, die Ziele und Strategien blieben aber eher vage. Angesichts der Rahmenvorgaben innerhalb des UN-Systems mußten außerdem die Aktivitäten auf die jeweiligen Agenden der intergubernamentalen Körperschaften zugeschnitten werden, was neue Fragestellungen oder andere Herangehensweisen innerhalb dieses Forums behinderte. Insgesamt fehlte es diesen Organisationen oftmals an Vitalität und feministischen Zielen, die auf der internationalen Ebene vonnöten waren.

Die Zunahme feministischer Bewegungen und Aktivitäten in einer Vielzahl von Ländern führte ab Mitte der 1970er Jahre zu einer verstärkten Zusammenarbeit auf internationaler Ebene auch außerhalb der Vereinten Nationen. Ziel dieser neuen Gruppierungen war es, Frauen zusammenzubringen um Informationen, Ressourcen und Strategien auszutauschen und über Netzworkebildung Frauen auf lokaler und internationaler Ebene zu mobilisieren. Während die traditionellen Frauenorganisationen innerhalb des UN-Systems über mehr Ressourcen, stärkere Organisationskapazitäten und bessere Verbindungen zu den Vereinten Nationen verfügten, zeichnete die neueren Gruppierungen eine stärkere Vitalität, Kreativität und Verbindungen zu den sogenannten »grassroot« Organisationen aus:

»[...] many of the networks have rejected rigid and heavy bureaucratic structures in favor of informal, nonhierarchical and open structures and ways of operating. This gives networks a flexibility and possibility to respond and take action quickly when necessary.«⁶

Die meisten dieser neuen Gruppierungen definierten sich selbst als feministisch und organisierten sich in Bezug auf die UN-Konferenzen der Frauen-Dekade und andere UN-Konferenzen, oder in Bezug zu spezifischen Themen wie internationale Schuldenkrise, Prostitution, internationale geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, Frieden, Kommunikation, Ge-

6 Marilee Karl, *Networking the global women's movement*, in: Karl/Charnes (Hg.), *Women, struggles and strategies: Third World perspectives*, Rome 1986, S. 10; Karl war eine der Mitbegründerinnen von ISIS (International Women's Information and Communication Service).

sundheit und reproduktive Rechte.⁷ Die Aktivitäten beschränkten sich jedoch nicht nur auf die Herausbildung von Organisationen und Netzwerken. Ein großer Teil der Frauenorganisation organisierte sich über internationale und regionale Konferenzen, Tribunale und Workshops. Dazu zählten auch die Entwicklung von Kommunikationsorganisationen, und Forschungseinrichtungen, die Gründung zahlreicher feministischer Verlage und die in regelmäßigen Abständen stattfindenden feministischen Buchmessen.

Die Abgrenzungsstrategie und das Bedürfnis, alternative Organisationsformen zu entwickeln, lag in der Tatsache begründet, daß die bisherige internationale Frauenpolitik als viel zu kurz greifend und an den Bedürfnissen von Frauen vorbeigehend empfunden wurde. Die 1975 in Mexiko stattfindende UN-Frauenkonferenz war ein wichtiger Schritt hin zur Legitimierung von Frauenbelangen auf der internationalen Ebene, und die dort erarbeiteten Dokumente enthielten erstmalig eine internationale Analyse von geschlechtsspezifischer Ungleichheit. Der dort verabschiedete »Plan of Action« wurde dennoch zu Recht als »shopping-list of issues related to women«⁸ kritisiert, der kaum ein Rahmenwerk bot, die verborgenen Ursachen von Frauenunterdrückung zu analysieren. Die wesentlichen dort behandelten Themen, die üblicherweise mit Frauen in Zusammenhang gebracht werden, waren: Mutter-Kind-Gesundheit, Bildung, Familie, politische Partizipation und Beschäftigung. Nicht behandelt wurden Themen wie Gewalt gegen Frauen; ökonomische Entwicklungspolitiken und Frauen, Industrie, Technik und Wissenschaft; Frauen in den informellen Arbeitsmärkten; Umwelt, Handel; Erbrechte und Landrechte.⁹

Ein Jahr später wurde daher als Gegenveranstaltung in Brüssel das »International Tribune on Crimes against Women« abgehalten, auf dem mehr als 2000 Frauen aus 40 Ländern teilnahmen. Die Organisatorinnen betonten explizit ihre Opposition zur UN-Frauenkonferenz, da diese

»in all possibility achieve little beyond window dressing, and that, more seriously, it might succeed in leading women to believe that these patriarchal governments and the male-dominated UN itself have our best interests at heart. This could all too easily result in a co-optation of women's energy, a

7 Vgl. Deborah Stienstra, 1994, op. cit.; über 60% dieser Gruppierungen fallen unter die Kategorie »issue-orientated«, 30% sind Identity-orientated, meistens Berufsgruppen und weniger als 10% boten Dienstleistungen an, vgl. ibid., S. 102.

8 Rounaq Jahan, *The International Women's Year Conference and Tribune*, in: *International Development Review*, vol. 3, 1975, S. 38.

9 Vgl. Report of the World Conference of the International Women Year, Mexico-City, June, 19-July, 2, 1975.

blunting of our anger at our true situation [...], and a co-optation of the women's liberation movement, or sections thereof. [...] we wanted to engage in counteraction that would be both radical and constructive.«¹⁰

Auf diesem Tribunal kamen zahlreiche Frauen zu Wort, die alle über die vielfältigen Mechanismen und Strategien der Frauenunterdrückung berichteten. Die behandelten Themen waren u.a. erzwungene Mutterschaft, Gewalt gegen Frauen, ökonomische Verbrechen und die doppelte Unterdrückung der Frauen in der 3. Welt. Mit diesen persönlichen Berichten sollten Analysen unternommen und Lösungsstrategien gefunden werden. Aber gerade der letztere Tagesordnungspunkt, die Frauen in der 3. Welt, sollte für die Feministinnen in den nächsten Jahrzehnten zum Gegenstand ihrer Auseinandersetzungen untereinander werden. Diese Auseinandersetzungen fanden nicht nur unter den Frauen statt, die innerhalb des UN-Systems agierten.

Der 'Nord-Süd'-Gegensatz der internationalen Frauenbewegungen wurde an der Prioritätensetzung in feministischen Fragestellungen und dem frauenpolitischen Gehalt spezifischer Forderungen deutlich. In den Augen einiger Feministinnen des Südens wurde der feministische Diskurs durch die ethnozentrische Sichtweise weißer europäischer Mittelschichtsfrauen dominiert, was feministischen Forderungen nach ökonomischen und sozialen Rechten eine geringere oder gar keine Priorität einräumen würde. So distanzierten sich auf einer am Wellesley College in 1976 organisierten Konferenz, an der mehr als 500 Teilnehmerinnen aus aller Welt mit zumeist akademischen Hintergrund partizipierten, mehrere Feministinnen aus dem Süden in einem offenen Brief von der von ihnen als einseitig empfundenen feministischen Wahrnehmung weißer Mittelschichtsfrauen. In diesem Brief äußerten sie das Ziel: »[...] to destroy the myth that the mere fact of being women will unite us and that women are not political beings; that political discussions at women's meetings mean 'diverting from women's issues'.«¹¹ In ihrem feministischen Verständnis sollten internationale Treffen jedwede politische Unterdrückung sowie die Verbindungen zwischen Ökonomie, multinationalen Unternehmen, internationalem Handel und Frauenunterdrückung thematisieren.

Auf einem internationalen Workshop in Bangkok 1979 zu »Feminist ideology and structures« versuchten mehrere Feministinnen aus unterschiedlichen Ländern Feminismus als Ziel und konzeptionelle Basis für

10 Diane E.H. Russell/Nicole van de Ven, *Crimes against women: Proceedings of the International Tribunal*, East Palo Alto, (CA) 1984, S. 218f.

11 Nawal el Saadawi/Fatima Mernissi/Mallica Vajrathon, *A critical view of the Wellesley Conference*, in: *Quest: A Feminist Quarterly*, Vol. 4, Nr. 2, 1978, S. 105.

eine internationale Organisierung von Frauen zu definieren und erarbeiteten zwei langfristige Zielvorstellungen:

»First the freedom of oppression for women involves not only equity, but also the right of women to freedom of choice, and the power to control their own lives within and outside of the home. Having control over our lives and our bodies is essential to ensure a sense of dignity and autonomy for every women. [...] the second goal of feminism is therefore the removal of all forms of inequity and oppression through the creation of a more just social and economic order, nationally and internationally. This means the involvement of women in national liberation struggles, in plans for national development, and in local and global strategies for change.«¹²

Im direkten Anschluß an Bangkok wurde ein zweiter Workshop in Stony Point 1980 zu »Developing Strategies for the Future: Feminist Perspectives« abgehalten und brachte erneut Frauen aus dem Süden und Norden zusammen, um gemeinsame Strategien zu diskutieren. Diese beiden Workshops stellten ein Rahmenwerk für die Diskussionen um Feminismus in den 1980ern dar und galten als Manifeste für die UN-Frauen Konferenz 1980 in Kopenhagen. Ihr Ziel war es, die Frauen zu mobilisieren und die Aufmerksamkeit für allgemeine Implikationen von Feminismus sowie in Bezug zu Entwicklung zu wecken.¹³ In diesem Sinne veranstalteten 'International Women's Information and Communications Service' (ISIS) und 'International Women's Tribune Center' (IWTC) in Kopenhagen mehrere Workshops zu dem Thema einer Zusammenarbeit unter Frauen auf der internationalen Ebene und zur globalen Bedeutung von Feminismus.¹⁴ Gerade diese beiden Organisationen waren bereits seit Mitte der 70er bestrebt, Kontakte und Diskussionen von Frauen aus dem Süden und dem Norden zu fördern und aufrechtzuerhalten.

Der ISIS formierte sich erstmals im Anschluß an das Tribunal von Brüssel, dessen Berichte es 1976 publizierte und daraufhin das 'International Feminist Network' koordinierte. Vorrangiges Ziel von ISIS war es die Arbeit von Frauengruppen weltweit zu dokumentieren und diese in Kontakt miteinander zu bringen. 1984 spaltete sich ISIS in ISIS-International mit Sitz in Rom und ISIS-WICCE (Women's International Cross-Cultural Exchange) mit Sitz in Genf auf. ISIS-International hielt

12 Charlotte Bunch/Shirley Castley, *Developing strategies for the future: feminist perspectives. Report of the International Feminist Workshop held at Stony Point, New York, April 20-25, 1980*, New York (IWTC) 1980, S. 27.

13 Vgl. Charlotte Bunch/Roxanna Carrillo, *Feminist perspectives on women in development*, in: Irene Tinker (Hg.), *Persistent inequalities: Women and world development*, New York 1990, S. 70-82.

14 Vgl. NGO Programme, Forum '80, 14th of July 1980, Kopenhagen.

die Publikations- und Informationsarbeit aufrecht und koordinierte über ein Büro in Santiago de Chile das 'Latin American and Caribbean Women's Health Network'. ISIS-WICCE hat mit seinem internationalen Austauschprogramm den neuen Weg beschritten, die Kommunikation unter den Frauen aus aller Welt zu fördern. Jedes Jahr wird ein Austauschprogramm zu einem spezifischen Thema organisiert, in dem Frauen mehrere Monate in einer Frauenorganisation mitarbeiten, die in einer anderen Kultur beheimatet ist. Dies hat neue Verbindungen unter Frauen auf der lokalen Ebene geschaffen und zudem einer Vielzahl von Frauen ermöglicht etwas von den Frauensituationen anderer Kulturen zu lernen.¹⁵

Ein weiteres Netzwerk, das bestrebt war die Nord-Süd Kommunikation zu fördern, war das im Anschluß an das NGO-Forum 1975 gegründete 'International Women's Tribune Center' (ITWC). Ursprünglich mit der Absicht gegründet die Kommunikation unter den 6000 Teilnehmerinnen des Forums aufrechtzuerhalten, entwickelte sich ITWC zu einem Netzwerk der Netzwerke. Es versorgt Frauengruppen weltweit mit technischer Hilfe und verteilt Informationen über eine regelmäßig erscheinende Zeitschrift und andere Publikationen. Die Publikationen erscheinen in mehreren Sprachen, sind einfach zu lesen und daher auch Frauen mit geringem Lesevermögen zugänglich. Auf diese Weise können diese Publikationen, die für Frauen aus dem Süden umsonst sind, auch von Basisgruppen verwendet werden.¹⁶

Trotz dieser zahlreichen Versuche, Gemeinsamkeiten festzulegen und Strategien zu entwickeln, war die Konferenz in Kopenhagen stärker durch die Differenzen geprägt. Auf der Regierungsebene waren die delegierten Frauen mit dem Dilemma konfrontiert, daß Frauenbelangen sowohl von den Regierungen, als auch von der UN eher marginale Bedeutung zugedacht wurde. Viele von ihnen waren durchaus mit dem Anspruch angetreten, einen Aktionsplan für Frauen zu verwirklichen und gleichzeitig die Positionen ihrer Regierungen zu Zionismus, Apartheid und Neuer Ökonomischer Weltordnung zu vertreten, ohne jedoch über ausreichende Erfahrungen der diplomatischen Praktiken der UN-Konferenzen zu verfügen.¹⁷ Die Debatten der Konferenz waren demnach sehr gespalten und zeugten von den Spannungen der verschiedenen

15 Vgl. Jane Cottingham, *ISIS: A decade of international networking*, in: Ramona R. Rush/Donna Allen (Hrsg.), *Communications at the crossroads: The gender gap connection*, Norwood 1989, S. 238-250; *Women's Cross-Cultural Learning Exchange Programme*, in: ISIS Women's International Bulletin, Vol. 29, 1983, S.5-10; ISIS-International zog 1990 nach Manila.

16 Vgl. IWTC, *Women organizing: A collection of IWTC newsletters on women's organizing and networking strategies*, New York 1984.

17 Vgl. Irene Tinker, *A feminist view of Copenhagen*, in: Signs. Journal of Women in Culture and Society, Vol. 6, Nr. 3, 1981, S. 531-535.

feministischen Wahrnehmungen, einer unterschiedlichen Auffassung über Gleichheit in den verschiedenen Ländern und den Spannungen zwischen Süd und Nord. Auf dem parallel stattfindenden NGO-Forum war eine ähnliche Situation gegeben. Insbesondere das Thema der Frauenbeschneidung rief heftige Kontroversen hervor:

»Some Third World feminists [...] felt that the crusading zeal with which western women had seized on the issues was a mute but nevertheless blatant, declaration that as usual it was up to the good ol' paternalistic West to come and save the Third World, even or perhaps particularly when it was a matter of saving it from its own nasty, backward habits. The very fuss over the issue seemed to contain an insidious implication that only in the Third World were truly misogynistic things done to women. Therefore Western women's involvement with this issue was seen as an attempt to assert – and reassure themselves of – their own superiority.«¹⁸

Während einige Frauen des Südens ihre marginale und zahlenmäßig geringe Position auf dem Forum kritisierten und die Inklusion von Themen wie Imperialismus, Rassismus, Ausbeutung, MigrantInnen, Nukleartests und Frauenarbeit in der Landwirtschaft forderten¹⁹, riefen einige Frauen des Westens zu einem internationalen auf gemeinsamen Erfahrungen aufbauenden Feminismus auf und versuchten die sog. »politischen« Themen von den feministischen zu trennen: »Women's participants in the NGO Forum [...] were surprised by the extensive discussion of issues that they considered political and not feminist. They voiced complaints that 'politics' was brought to a conference on women. Thus they set up a false dichotomy between 'women's issues' and 'politics'.«²⁰

Die Erfahrung in Kopenhagen zeigte deutlich, welche Annahmen und Auslegungen über das Geschlechterverhältnis auf der internationalen Ebene vorherrschten. Die meisten der Regierungsdelegierten wählten Verhandlungspositionen, die ihre Annahmen über das Geschlechterverhältnis reflektierten. Eine dieser Annahmen war, daß Frauenbelange von geringerer Bedeutung in internationalen Verhandlungen war, als z.B. die Palästinafrage oder die 'Neue Ökonomische Weltordnung'. Sie agierten oftmals in der Auffassung, daß Frauenbelange ein Luxus wären, über den

18 Margaret McIntosh et al., *Comments on Tinker's »A feminist view of Copenhagen«*, in: Signs: Journal of Women in Culture and Society, vol. 6, Nr.4, 1981, S. 780.

19 Vgl. Georgina Ashworth, *The United Nations »Women's Conference« and international linkages in the women's movement*, in: Peter Willets (Hg.), *Pressure groups in the global system*, London/New York 1982, S. 125-147.

20 Nilufer Cagatay/Ursula Funk, *Comments on Tinker's »A feminist view of Copenhagen«*, in: Signs: Journal of Women in Culture and Society, Vol. 6, Nr. 4, 1981, S. 777.

verhandelt werden könnte, wenn eine Einigung über die 'wichtigen' Themen erfolgt war. Darüber hinaus weigerten sich die meisten Delegierten, eine stärkere Analyse von Frauenunterdrückung und das Wort »Sexismus« in das Abschlusdokument zu integrieren. Kopenhagen veranschaulichte zudem die Wahrnehmung, daß es eine gleiche Situation von Frauen oder ihrer Perspektiven gibt. Die Diskussionen des Forums machten oftmals den Ethnozentrismus und bisweilen Rassismus einiger Feministinnen deutlich, aber auch die Regierungsdelegationen zeichneten sich durch eine mangelnde Reflektion der Vielfalt von Unterdrückungsmechanismen über Klasse, Ethnie und Nationalität, denen viele Frauen unterworfen sind, aus. In den Vorbereitungstreffen und in den Dokumenten der Konferenz war wenig über die Situation dieser Frauen ersichtlich.²¹

Während der 1980er Jahre organisierten sich verstärkt die Frauen der 3. Welt, um für sich den Begriff Feminismus neu zu definieren. 1981 wurde in Bogotá das erste Treffen lateinamerikanischer Feministinnen abgehalten, auf dem sich mehr als 250 Frauen aus 11 lateinamerikanischen Ländern über Feminismus austauschten und einen Raum für eine autonome feministische Bewegung in ihrer Region schufen. In der Folge wurden immer wieder Treffen von lateinamerikanischen und karibischen Frauen organisiert, die von einer zunehmenden Stärke zeugten.²²

Die »Dakar Declaration on another development with women«, die aus einem Treffen in Senegal 1982 von Frauen aus Nord und Süd hervorging, war in gewisser Weise eine Fortführung der Workshops von Bangkok und Stony Point und beschrieb was Feministinnen einte und trennte:

»Feminism is international in defining as its aim the liberation of women of all types of oppression and in providing solidarity among women of all countries; it is national in stating its priorities and strategies in accordance with particular cultural and socio-economic conditions.«²³

Diese Definition von Feminismus im globalen Kontext sollte die Organisation der Frauen in den kommenden Jahren auf internationaler Ebene entscheidend prägen.

Eine für den internationalen Diskurs um Frauen und Entwicklung prägendsten Organisationen war das 1984 gegründete Netzwerk DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era), in dem Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen aus Lateinamerika, Asien und Afrika

21 Vgl.: Deborah Stienstra 1994, op. cit., S. 129f.

22 Vgl. Ana María Portugal, *History of the meetings*, in: Women in Action, vol. 3/4, S. 18-19.

23 Charlotte Bunch/Roxanna Carrello, 1990, op. cit., S. 80.

vom Standpunkt der Armen aus forschen und Aktionen initiieren. In ihren Analysen verknüpfen sie die Entwicklungspolitiken mit ökonomischen und ökologischen Krisen mit der Unterdrückung von Frauen durch Klasse, Ethnie und Geschlecht. Ihr für Nairobi erarbeiteter Bericht »Development, Crisis and Alternative Visions: Third World Women's Perspectives« zu einer alternativen Sicht der Weltentwicklung, hinterließ einen nachhaltigen Eindruck in Nairobi und ist seitdem eines der grundlegenden Dokumente zu Entwicklung.²⁴ Die Frauen von DAWN entwickelten das Konzept des »empowerment«, das in der Nachfolge sowohl bei den Vereinten Nationen, als auch bei Regierungen einen Niederschlag und Eingang in die Dokumente gefunden hat.

Ebenso richtungsweisend für Nairobi war die Reihe von Workshops, die auf dem »Second Interdisciplinary Congress of Women« mit über 600 Teilnehmerinnen in Groningen 1984 zu feministischen Perspektiven stattfanden. Die von den Workshops erarbeiteten Empfehlungen zu einer zielgerichteteren, internationaleren und diversifizierteren Konferenz wurden in den Vorbereitungen des NGO-Forums in Nairobi umgesetzt.²⁵

Die Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 unterschied sich von den bisherigen Konferenzen in mehrerer Hinsicht. Die Nichtregierungsfrauen waren diesmal sowohl in den Vorbereitungen des NGO-Forums als auch der intergubernamentalen Konferenz beteiligt. Das Planungskomitee der internationalen NGOs für Nairobi hatte im Vorfeld Fragebögen an 64 Organisationen verschickt, um einen möglichst großen Input zu gewährleisten. Zusammen mit diesen Antworten und den verschiedenen regionalen Vorbereitungstreffen war das Komitee in der Lage, einen Einfluß auf die Entwicklung der 'Nairobi Forward Looking Strategies for the Advancement of Women' (FLS), die von der Regierungskonferenz verabschiedet wurde, auszuüben.

Auf dem Forum in Nairobi war Entwicklungspolitik das vorherrschende Thema, mit einer Vielzahl von Sitzungen zur Weltentwicklungskrise, Basisorganisierung, Nahrungsmittelsicherheit, Energie und Umwelt. Daneben wurden in anderen Workshops die Flüchtlings- und MigrantInnenprobleme behandelt. Ein großer Teil der Treffen beschäftigte sich wieder mit der Bildung von Netzwerken. Dieses Mal wurden sie aber vorwiegend von Frauen aus dem asiatisch-pazifischen Raum, schwarzen Frauen, Afro-Amerikanerinnen, Afrikanerinnen und Indígenas organisiert. Ebenso waren lesbische Frauen viel stärker vertreten als

24 Vgl. Gita Sen/Caren Grown, *Development, crisis and alternative visions: Third World women's perspectives*, New York 1987.

25 Vgl. Charlotte Bunch/Roxanna Carrillo/Ied Guinee, *Feminist Perspectives: Report of the Feminist Perspectives Working Group to the Closing Plenary*, in: Women's Studies International Forum, Vol. 8, Nr.4, 1985, S. 243-247.

bei bisherigen Konferenzen. Hier zeigte sich die wachsende Bedeutung der Organisierung von Frauen aus dem Süden und von Frauen, die in den westlichen Frauenbewegungen oft marginalisiert waren.²⁶ Von den 15000 Teilnehmerinnen des Forums kamen über 60% aus den Ländern des Südens und einige der NGOs konnten während der Konferenz noch Ergänzungen zu Teilen des FLS erwirken.

Insgesamt beinhaltete das FLS ein wesentlich größeres Themenspektrum als die vorangegangenen Abschlußdokumente, was auf das zunehmende Wissen über Frauenbelange innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen zurückzuführen war. Das Strategiepapier empfahl Maßnahmen zu den Fragen Energie, Umwelt, der Beteiligung von Frauen in Wissenschaft und Technik, der Bedürfnisse armer Frauen und der Belange von Migrantinnen und Minderheiten. Es rief die Regierungen auf, die Beteiligung von Männern an der reproduktiven Arbeit zu fördern und die unsichtbaren Leistungen der Frauen im informellen ökonomischen Bereich anzuerkennen. Zudem widmet das FLS der Gewalt gegen Frauen eine zunehmende Aufmerksamkeit und unternahm damit einen ersten Schritt private und öffentliche Gewalt gemeinsam zu analysieren. Im Kontext der Vereinten Nationen bedeutete dies eine veränderte Wahrnehmung und Analyse der Bedeutung von Geschlechterverhältnissen. In den Forderungen wurde erneut die Notwendigkeit einer gerechten Repräsentation von Frauen in Entscheidungsprozessen betont und darüber hinaus wurden die Frauen dazu aufgerufen: »[...] to play a central role as intellectuals, policy-makers, decision-makers, planners, and contributors and beneficiaries of development.«²⁷ Dies beleuchtete ein verändertes Verständnis der Rolle von Frauen für ihren eigenen Fortschritt, von Objekten entwicklungspolitischer Maßnahmen hin zu Subjekten ihrer Gestaltung.²⁸

Die erfolgreiche Inklusion von neuen Themenbereichen in das Abschlußdokument von Nairobi zeugen von der Komplementarität und gegenseitigen Verstärkung, die zwischen den innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen agierenden Frauenorganisationen und einigen Institutionen der Vereinten Nationen bestand.²⁹

26 Forum '85, NGO Planning Committee. Final Report: Nairobi, Kenia, New York (ITWC), 1985.

27 § 15 der Nairobi Forward looking Strategies for the Advancement of Women.

28 Vgl. Hilka Pietila/Ingrid Eide, *United Nations and the advancement of women: The role of the nordic countries to promote efforts by the Un-system for the Advancement of Women*, Report no. 16, Stockholm 1990.

29 Als zentrale Anlauf- und Schnittstelle für Frauen innerhalb des UN-Systems verwendete die 'United Nations Division for the Advancement of Women' die Forschungen und Publikationen der internationalen Frauenorganisationen, mit und ohne Status, in ihren Dokumentationen zur Vorbereitung der Konferenzen und für Treffen der 'Commission on the Status of Women'. Die Division

Eine weitere Einflußnahme auf die Inhalte der internationalen und nationalen Frauenorganisationen rührte auch von deren Verbindungen zu den jeweiligen Regierungen und dem Druck den sie darüber ausüben konnten. In einigen Regierungsdelegationen waren Repräsentantinnen von NGOs vertreten, was diesen zusätzliche Stärke verlieh.

Die größte Bedeutung kam jedoch sicherlich der überwältigenden Präsenz der Frauenorganisationen vor und während der Konferenz zu, die damit einen Handlungsdruck erzeugten:

»Forum '85 demonstrates more than anything else the political will that exists among women and the political will that has been created within governments by women as a constituency [...] government delegates were well aware that the Forum represented the strength of the women's movement around the world and in their own countries that would ultimately hold them accountable for their own actions.«³⁰

Die Vielzahl und Vielfältigkeit der Teilnehmerinnen ermöglichte eine nie dagewesene internationale Öffentlichkeit und Beachtung, die wiederum auf die Legitimations- und Definitionsmacht der Frauen innerhalb der UN und der Frauen in ihren jeweiligen nationalen Kontexten über Nairobi hinaus Auswirkungen hatte.

Die internationalen Frauenorganisationen verfolgten unterschiedliche politische Strategien und Praktiken, die sich grob in »mainstreaming«- und »disengagement«-Politiken einteilen lassen. »Mainstreaming« praktizierten insbesondere die Gruppierungen, die formell organisiert und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet waren und oftmals einen beratenden Status innerhalb der Vereinten Nationen hatten. Sie praktizierten Lobby-Politik gegenüber Regierungsangehörigen und MitarbeiterInnen innerhalb internationaler Organisationen und diese Strategie war am erfolgreichsten, wenn die Frauenorganisationen eng mit den zuständigen MitarbeiterInnen der einzelnen UN-Sekretariate oder RegierungsrepräsentantInnen auf ein spezifisches Ziel hin zusammenarbeiteten und wenn innerhalb der internationalen Organisationen ein Umdenken eingesetzt hatte.³¹

unterhält ein Informationssystem über Forschungen in Bezug auf Frauen innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen und ermöglicht so, daß die Forschungsergebnisse von Wissenschaftlerinnen und NGOs allen innerhalb des UN-Systems zugänglich sind. Über diese Zusammenarbeit ist das Sekretariat auch in der Lage, Expertinnen kennenzulernen und diese zu spezifischen Themen zu UN-Treffen einzuladen. (Als zentrale Einheit für alle Frauenbelange innerhalb des UN-Systems stellt die Division das Sekretariat für CSW und CEDAW.)

30 Sheila J. Regehr, *The Nairobi Forward-looking Strategies for the Advancement of Women. Theoretical and practical questions*, Carleton 1989, S. 105f.

31 Vgl. Deborah Stienstra, 1994, op. cit., S. 148.

Die »disengagement«-Politik wurde beim »Tribunal of Crimes against Women« von 1976, aber auch in den zahlreichen feministischen Forschungskonferenzen und workshops und den vielfältigen Netzwerken, sichtbar. Am deutlichsten wurde sie auf dem Nairobi-Forum 1985, wo viele dieser Gruppierungen, die sich von intergubernamentalen Treffen distanziert hatten, ihre eigenen Inhalte zur Diskussion stellten. Das stellte in der Wahrnehmung vieler Beteiligten eine Alternative von Frauen für Frauen dar.

In Zusammenarbeit mit verschiedenen UN-Institutionen waren die internationalen Frauenorganisationen durch ihre Aktivitäten an einer Wahrnehmungsverschiebung und an einer Diskursveränderung bezüglich der Geschlechterverhältnisse innerhalb des Kontextes der UN maßgeblich beteiligt. Dies geschah zunächst über die Integration der rechtlichen Gleichstellung der Frau in die UN-Charta und über die 1979 von der Generalversammlung angenommene 'Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women' (CEDAW) sowie später über die Verbindung von Frauen und Entwicklung. Das Thema Entwicklung war das vorrangige Thema der Frauendekade und führte 1985 zur Einrichtung des Fonds UNIFEM sowie zu einer Verpflichtung der Organisationen innerhalb des UN-Systems, den Bereich Frauen und Entwicklung unter ihr Mandat zu stellen, zu fördern und für die Implementierung verantwortlich gemacht werden zu können. Des weiteren wurde innerhalb des UN-Systems ein frauenspezifisches Forschungsinstitut, das 'International Research and Training Institute for the Advancement of Women' (INSTRAW), gegründet.

Die Professionalisierung der Frauen in der internationalen Politikarena und die Öffentlichkeit für Frauenthemen, welche die zahlreichen Initiativen von Frauen erreichten, ermöglichten ein relativ hohes Profil für Frauenthemen auf der internationalen Ebene und eröffneten in den 1990ern die Ausweitung der Themenbereiche. Die Bildung großer Netzwerke und die intensivierte Lobbyarbeit rückten so feministische Fragestellungen und Diskurse, wie »Gewalt gegen Frauen« und »reproduktive Rechte« ins Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit.

4.1.1 Der Diskurs der Reproduktiven Rechte – Der Einfluß der Feministinnen auf die internationale Menschenrechtsdebatte

Im Laufe der 1990er Jahre kam es zu einem erheblichen Zuwachs an international und national arbeitenden NGOs, was zu einer weiteren Spezialisierung und Diversifizierung führte. Dies hing mit der Tatsache zusammen, daß in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zunehmend NGOs miteingebunden wurden, was wiederum aufgrund der Praxis der Ressourcenvergabe der Geberinstitutionen zur Bildung neuer

Organisationen führte. Angesichts der Vielfalt von Organisationen wurde auf Weltkonferenzen, aber auch auf Vorbereitungs- und Regionalkonferenzen das 'Caucus-System' eingeführt, ein System von Koordinierungsgremien, die der Absprache von Lobbyaktivitäten, Veranstaltungen und Aktionen zu einem bestimmten Thema dienen sollten. Auf allen Konferenzen der letzten Jahre gab es Frauen-Caucuse zu spezifischen Themen wie Menschenrechte, Gesundheit, Homosexualität, etc., die über die Einbindung möglichst vieler Frauen und Organisationen eine breite Legitimationsbasis für Erklärungen des NGO-Forums an die Regierungsdelegationen oder die Vereinten Nationen herstellten und somit Einfluß auf die Abschlusserklärungen ausüben konnten. Eine zusätzliche Einflußmöglichkeit besteht weiterhin in der Lobbyarbeit, mit dem Unterschied allerdings, daß in den letzten Jahren die Frauen mit ihren Fachkenntnissen viel stärker als früher in den Entscheidungsprozeß miteinbezogen wurden. So waren NGO-Repräsentantinnen auf den letzten Weltkonferenzen in den Regierungsdelegationen vertreten. Die Effektivität dieser Lobbyarbeit hängt in entscheidendem Maße von den Fachkenntnissen, aber auch von der Kompromißfähigkeit und der Erfahrung der Lobbyistinnen mit UN-Gremien und deren Verfahrensweisen ab.³² Prominentes Beispiel erfolgreicher Lobbypolitik ist die 1990 von der US-Amerikanerin Bella Abzug ins Leben gerufene 'Women's Environment and Development Organization' (WEDO). Durch die intensive Lobbyarbeit von WEDO gelang es, eine Vielfalt von Forderungen verschiedener Frauenorganisationen auf den Weltkonferenzen der 1990er Jahre in die Abschlusddokumente einzubringen.³³

Durch die Vielzahl der Organisationen, die über nationale und internationale Netzwerke miteinander verbunden sind, war es daher möglich die im Vorfeld der Menschenrechtskonferenz in Wien 1993 initiierte Kampagne »Frauenrechte sind Menschenrechte«, weltweit aufzugreifen, Petitionslisten zu verteilen und so eine breite internationale Diskussionsebene zu schaffen.³⁴

32 Vgl. Ines Holthaus/Ruth Klingebiel, *Vereinte Nationen – Sprungbrett oder Stolperstein auf dem langen Marsch zur Durchsetzung von Frauenrechten?*, in: Ruth Klingebiel/Shalini Randeria (Hg.), *Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen*, Bonn 1998, S. 55f.

33 WEDO organisierte und koordinierte zusammen mit anderen Frauenorganisationen den Caucus in Rio 1992, den Caucus in Kairo 1994 und in Kopenhagen 1995, sowie die Vorbereitungskonferenzen; vgl. Hilikka Pietilä/Jeanne Vickers, *Making women matter. The role of the United Nations*, London 1994, S. 156f.

34 Die Kampagne wurde vom 'Center for Women's Global Leadership' in Zusammenarbeit mit UNIFEM gestartet. Sie begann mit einer Petition, die von 250000 Frauen in 120 Ländern unterzeichnet wurde und CWGP organisierte und koordinierte den Caucus und die Vorbereitungen in Wien.

Das Thema der Kampagne 'Frauenrechte sind Menschenrechte' kann als übergeordneter Diskurs der Weltkonferenzen der 1990er Jahre in Wien, Kairo und Peking unter dem Aspekt einer Ausweitung des Konzeptes der Menschenrechte betrachtet werden. Obwohl mit CEDAW erstmalig ein umfassendes frauenspezifisches Menschenrechtsinstrument geschaffen wurde, wurde Gewalt gegen Frauen hier nicht explizit als Menschenrechtsverletzung definiert. Menschenrechte wurden nur im Zusammenhang von Staat und staatlicher Gewalt gegenüber Individuen im Sinne eines öffentlichen Politikbereichs konzipiert. Sie waren somit zuvorderst Schutzansprüche gegenüber staatlichen Übergriffen wobei Öffentlichkeit, Staat und Politik hier eine konzeptionelle Einheit bildeten. Über die Zuordnung von Frauen in die Privatsphäre, wurde auch Gewalt gegen Frauen nicht als öffentlich und somit nicht als politisch wahrgenommen. So wurde in Asylverfahren Verfolgung aufgrund des Geschlechts nicht berücksichtigt und Frauen waren im Kontext der Vereinten Nationen von der Normbildung zu geschlechtsspezifischer Gewalt und dem dazu gehörenden Monitoring weitestgehend ausgeschlossen.³⁵

In Wien gelang es den Frauen, daß Gewalt im sog. Privatbereich erstmals als Menschenrechtsverletzung definiert und so die Grenzen zwischen privat und öffentlich zumindest teilweise aufgehoben wurden. Die Abschlusserklärung der Konferenz widmete ein großes Kapitel den Frauenrechten: II.B:3., »The Equal Status and Human Rights of Women«. Darin wurde beschlossen, daß sowohl die UN, als auch die Mitgliedstaaten

»should work towards the elimination of violence against women in public and private life, the elimination of all forms of sexual harassment, exploitation and trafficking in women, the elimination of gender bias in the administration of justice and the eradication of conflicts which may arise between the rights of women and the harmful effects of certain traditional or customary practices, cultural prejudices and religious extremism. [...] violations of the human rights of women in situations of armed conflicts are violations of the fundamental principles of international human rights and humanitarian law. All violations of this kind, including in particular murder, systematic rape, sexual slavery, and forced pregnancy, require a particularly effective response.«³⁶

35 Vgl. Hilary Charlesworth, *What are »Women's International Human Rights«?*, in: Rebecca Cook (Hg.), *Human rights of women. National and international perspectives*, Philadelphia 1994, S. 59-84.

36 World Conference on Human Rights, *The Vienna Declaration and Programme of Action*, June 1993, New York, DPI/1394-1399.

Die Generalversammlung wurde aufgerufen die »Declaration on the Elimination of Violence against Women« zu verabschieden sowie eine spezielle Berichterstatterin im Zusammenhang mit Gewalt gegen Frauen zu berufen. Darüber hinaus wurde im Schlußdokument das Petitionsrecht über ein Zusatzprotokoll der CEDAW eingeführt. Diese Art von Protokoll steht in Verbindung zum »International Covenant on Civil and Political Rights« (1966) und ermöglicht es Individuen, sich mittels eines Hilfersuchs oder einer Klage, direkt an CEDAW zu wenden.

Im Dezember 1993 wurde in der UN-Generalversammlung die »Declaration on the Elimination of Violence against Women« angenommen und definierte explizit was Gewalt gegen Frauen beinhaltet:

»Violence against women means any act of gender-based violence that results in physical, sexual or psychological harm or suffering to women, including threats of such acts, coercion or arbitrary deprivation of liberty, whether occurring in public or in private life.«³⁷

In Artikel 2 der Deklaration wurden darüber hinaus konkrete Bereiche beschrieben und Beispiele gegeben:

»Violence against women shall be understood to encompass, but not be limited to, the following: a) Physical, sexual and psychological violence occurring in the family, including battering, sexual abuse of female children in the household, dowry-related violence, marital rape, female genital mutilation and other traditional practices harmful to women, non-spousal violence and violence related to exploitation; b) physical, sexual and psychological violence occurring within the general community, including rape, sexual abuse, sexual harassment and intimidation at work, in educational institutions and elsewhere, trafficking in women and forced prostitution; c) physical, sexual and psychological violence perpetrated or condoned by the State, wherever it occurs.«³⁸

Mit der zusätzlichen Ernennung einer speziellen Berichterstatterin für Gewalt gegen Frauen innerhalb der Menschenrechtskommission fiel somit erstmals die Aufdeckung und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt unter das Mandat der UN.

Im Vorfeld der Vorbereitungen der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 konzentrierten sich die Bemühungen auf eine weitere Ausweitung der Menschenrechte bezüglich der reproduktiven Rechte und um deren positive Ausgestaltung. Mit offensiver Lobbypolitik durch die

37 United Nations, *Declaration on the Elimination of Violence against Women*, General Assembly, 20th of December 1993.

38 Ibid.

internationalen Frauenorganisationen gelang es, das Konzept der reproduktiven Rechte als Menschenrecht zu etablieren und als Basis für bevölkerungspolitische Programme zu verankern:

»[...] umfassen reproduktive Rechte (Rechte bezüglich der Fortpflanzung) bestimmte Menschenrechte, die bereits in nationalen Rechtsvorschriften, völkerrechtlichen Menschenrechtsdokumenten und anderen Dokumenten der Vereinten Nationen, [...] anerkannt sind. Diese Rechte stützen sich auf die Anerkennung des Grundrechts aller Paare und Individuen, frei und eigenverantwortlich über die Anzahl, den Geburtenabstand und den Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder zu entscheiden und über die bezüglichen Informationen und Mittel zu verfügen, sowie des Rechts auf Erfüllung der zu verwirklichenden höchsten Anforderungen bezüglich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit. Dies umfaßt auch das Recht von Paaren und Einzelpersonen, frei von Diskriminierung, Zwang und Gewalt Entscheidungen in Bezug auf die Fortpflanzung zu treffen, wie es in Menschenrechtsdokumenten niedergelegt ist.«³⁹

Die eher vage gefasste Formulierung der sexuellen Gesundheit und die Auslassung des Konzeptes der sexuellen Rechte hatten jedoch zur Folge, daß Menschenrechtsverletzungen im bevölkerungspolitischen Bereich wie Zwangssterilisationen, erzwungene Abtreibungen und die Erprobung von Verhütungsmethoden ohne die Einwilligung der Betroffenen nicht explizit definiert wurden. Ebenso wenig gelang es, ein Recht auf Abtreibung durchzusetzen. Darüber hinaus ist mit diesem eingeschränkten Konzept der reproduktiven Rechte die Gefahr verbunden, insbesondere den weiblichen Körper auf die Fortpflanzungsfunktion zu reduzieren und die Rolle der Frau in der gesellschaftlichen Produktion zu vernachlässigen.⁴⁰

Die 1995 in Peking stattfindende 4. Weltfrauenkonferenz baute auf Wien und Kairo auf und so waren die Menschenrechte von Frauen ein Schwerpunkt des Abschlußdokuments. Gegen den Widerstand des Vatikans und einiger Staaten konnte hier das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Frauen im Abschlußdokument verankert werden: »Die Menschenrechte von Frauen schließen ihr Recht ein, frei und verantwortlich über Fragen ihrer Sexualität zu entscheiden, frei von Zwang, Diskrimi-

39 Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGNV) (Hg.), *Aktionsprogramm der Konferenz der Vereinten Nationen über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) vom 5.-13.9.1994*, Bonn 1994, § 7.3.

40 Vgl. Farida Akhter, *Reproduktive Rechte und Bevölkerungspolitik*, in: Brot für alle, Wenig Kinder – viel Konsum?, Basel/Zürich/Luzern, S. 34-41.

nierung und Gewalt.«⁴¹ Dies beinhaltete auch die explizite Verurteilung von Zwangssterilisationen, erzwungenem Gebrauch von Verhütungsmitteln und erzwungener Abtreibung als Menschenrechtsverletzungen.

Es waren insbesondere die Frauen des Südens, die Frauenpolitik als Weltpolitik definierten. Weltpolitik in diesem Zusammenhang bedeutet Kritik an den bisherigen Entwicklungsstrategien und Entwicklung von Alternativen, die durch Einflußnahme über internationale Kampagnen und Lobbyarbeit verwirklicht werden sollen. Im Zuge der Globalisierungsdebatten, die zentrales Thema in Peking waren, wurde auch deutlich, daß die Nord-Süd Dichotomie ausgedient hatte. Bereits vor Peking schlossen sich mehrere Organisationen, unter ihnen DAWN, WIDE, WEDO und ALTWID zu der 'Women's Global Alliance for Economic Alternatives' zusammen und veranstalteten auf dem NGO-Forum in Huairou Workshops, Podiumsdiskussionen und Tribunale. Dieser Zusammenschluß verfolgte das Ziel über die Nord-Süd Gegensätze hinweg Alternativen zu entwickeln: »Wir haben heute einen Süden im Norden und einen Norden im Süden. Die wirtschaftliche Globalisierung ist eine Kraft, die die Menschen in allen Weltregionen und innerhalb der Regionen sowohl vereint als auch fragmentiert.«⁴²

4.1.2 Zwischen Pragmatismus und Ablehnung: Feministische Positionen in der internationalen Bevölkerungspolitik

In ihrem Bestreben, allgemeine internationale Forderungen zu formulieren, erschien der Kampf gegen Bevölkerungspolitik für viele Feministinnen als eine Möglichkeit, Zusammenhänge und Verbindungen der weltweit unterschiedlichen Formen von Frauenunterdrückung herzustellen. Bevölkerungspolitik wurde zum »catch-all«-Zusammenhang eines weltweit agierenden Patriarchats, »da sich hier die sonst nur als anonyme Macht vorgestellten komplexen Gewaltverhältnisse in der Gestalt eines internationalen Netzes von Institutionen verdichteten.«⁴³

In den späten 1970er Jahren entstand eine internationale Frauengesundheitsbewegung, die neben anderen Fragestellungen auch die Prämissen von Bevölkerungspolitik und ihre Umsetzung in den Familienpla-

41 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, *Dokumentation der Erklärung und Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz 1995. Gleichberechtigung – Entwicklung – Frieden*, Bonn 1996.

42 Pam Sparr (ALTWID), *Bridging North and South*, in: WIDE Bulletin, März 1996, Brüssel, S. 16.

43 Susanne Schultz, *Feministische Bevölkerungspolitik? Zur internationalen Debatte um Selbstbestimmung*, in: Cornelia Eichhorn/Sabine Grimm (Hg.), *Gender Killer. Texte zu Feminismus und Politik*, Berlin 1995, S. 14.

nungsprogrammen hinterfragte und kritisierte.⁴⁴ In der Folge bildeten sich in verschiedenen Ländern Frauengesundheitsprojekte, deren gemeinsames Ziel in der reproduktiven Selbstbestimmung der Frauen lag. Sie forderten alternative Praxen in der Gesundheits-, Sexual- und Schwangerenberatung und führten diese zum Teil selbst durch. Auf den folgenden internationalen Treffen der Frauengesundheitsbewegung entstanden Zusammenschlüsse und mit dem Erfahrungsaustausch begann sich ein gemeinsamer Widerstand gegen Bevölkerungspolitik und die Entwicklung der Gen- und Reproduktionstechnologie zu formieren.

1984 gründete sich das Netzwerk 'Feminist International Network of Resistance to Reproductive and Genetic Engineering' (FINRRAGE) mit dem Ziel, die Entwicklung reproduktiver Technologien, wie Verhütungsmethoden, in vitro Fertilisation, vorgeburtliche Geschlechtsbestimmung und genetisches Screening zu überwachen, ein öffentliches Bewußtsein für diese Problematik zu wecken und eine Widerstandsbewegung von Frauen gegen diese Technologien aufzubauen.⁴⁵ In ihren Arbeiten zu Bevölkerungspolitik verbanden sie die Zusammenhänge und gemeinsamen Grundlagen von reproduktiven und genetischen Techniken mit der Ideologie der Eugenik, welche die Körper zu reproduktiven Objekten und zu »Versuchskaninchen« degradiert und die Diskriminierung über Geschlecht, Rasse, Klasse, Kaste, Religion und Behinderungen aufrechterhält.⁴⁶

War FINRRAGE eher an einer theoretischen Auseinandersetzung mit den neuen Gen- und Reproduktionstechnologien und einer dahingehenden Netzwerkbildung und internationaler Mobilisierung orientiert, so arbeitete das 1978 in Amsterdam gegründete 'Women's Global Network on Reproductive Rights' (WGNRR) stärker mit Frauengesundheitsprojekten aus der 3. Welt zusammen. Diese auf lokaler Ebene arbeitenden 'grass-root' Gruppen verbanden oftmals ihre Forderungen nach einer umfassenderen Gesundheitsversorgung mit Forderungen nach politischen und ökonomischen Rechten. Das WGNRR brachte Gruppierungen aus der 3. Welt mit Individuen oder Gruppierungen aus den Industrieländern zusammen und unterstützte die Projekte in ihren Auseinandersetzungen oder in ihrer Zusammenarbeit mit Regierungsstellen und anderen NGOs.⁴⁷

44 Vgl. *First International Meeting on Women and Health*, Rom 1977.

45 Vgl. *Feminist Forum*, in: *Women's Studies International Forum*, Vol.8, Nr.1, 1985, S. I-X; bis 1985 nannte sich das Netzwerk FINNRET (Feminist International Network on New Reproductive Technologies).

46 Vgl. Conference Report: *International Conference on Reproductive and Genetic Engineering and Women's Reproductive Health*, in: *Resources for Feminist Research*, Vol. 18, Nr. 3, 1989, S. 83-89

47 Vgl. Ruth Dixon-Mueller, 1993, op. cit., S. 48f.

Am Beispiel dieser beiden Organisationen und ihrer unterschiedlichen Strategien läßt sich die Problematik der politischen Auseinandersetzung mit Bevölkerungspolitik seitens der feministischen Organisationen darstellen. Teil dieser Auseinandersetzung ist die Frage, ob die Bio-Politik der Bevölkerung die eigentliche Machttechnik der Neuzeit und damit Grundlage für die totalitären Erscheinungen der Moderne darstellt. Ein anderer Teil ist die Frage, ob eine Rationalisierung der Fortpflanzung nicht auch eine individuelle Antwort auf die sozialen und ökonomischen Veränderungen der Modernisierung sein kann. Wie ist damit umzugehen, daß einerseits die Akzeptanz von Verhütungsmethoden eine individuelle Antwort von Frauen auf veränderte Lebensumstände darstellen kann und andererseits gleichzeitig die Bevölkerungspolitik auf die Normierung der Sexualität und Fortpflanzung im Zuge einer Rationalisierung der Lebensverhältnisse in Modernisierungsprozessen abzielt?

Feministinnen sahen sich infolgedessen in ihrer Kritik an Bevölkerungspolitik mehreren Problembereichen und Widersprüchen ausgesetzt. Im gemeinsamen Kampf gegen sowohl pro- als auch antinatalistische Bevölkerungspolitik wurde das Gegenkonzept der reproduktiven Selbstbestimmung entwickelt, das sich jedoch im Zuge differenzierterer Analysen als problematisch erwies. Zum einen wurde hier eine Einheit aller Frauen als Opfer patriarchalischer Zugriffe postuliert, wobei der Unterschied zwischen Pro- und Antinatalismus als ein rein quantitativer erschien, also die Forderung nach mehr oder nach weniger Kindern nur dem geschlechtsspezifischen Herrschaftsverhältnis geschuldet sei. Die Verknüpfung des sexistischen mit den eugenischen und rassistischen Diskursen wird so nicht sichtbar. Pronatalismus zielt auf den Einschluß der Frauen über ihre Gebärfähigkeit in die Volksgemeinschaft, Antinatalismus auf den Ausschluß. Und dies wurde auch von Frauen mitgetragen, wie die Geschichte der Geburtenkontrolle und die Entwicklung moderner Gen- und Reproduktionstechnologie zeigt. Andererseits blendet die Opferargumentation wiederum aus, daß bestimmte bevölkerungspolitische Maßnahmen, sei es nun Kindergeld oder die Verteilung von Antikonzeptiva durchaus mit der individuellen Lebensplanung von Frauen zusammentreffen können.

Eine weitere Problematik im Begriff der Selbstbestimmung liegt darin, daß er die Ambivalenzen zwischen individuellen und sozioökonomischen sowie politischen Faktoren der Reproduktion auch vernachlässigen kann. Allein auf die Fortpflanzung beschränkt, argumentieren auch Bevölkerungspolitiker mit dem Begriff der Selbstbestimmung und mit dem Konzept einer voluntaristischen Sexualität. Selbstbestimmung wird so reduziert auf rationale Planbarkeit und uneingeschränkten Zugang zu Technologien.

Ausgehend von diesen Dilemmata wurde der Begriff der Selbstbestimmung von Feministinnen dahingehend erweitert, daß er sowohl die Reproduktions- als auch die Produktionsverhältnisse umfaßte. Reproduktive und sexuelle Rechte wurden im Kontext von Macht und Ressourcen thematisiert. Danach müssen Frauen einerseits ermächtigt werden, informierte Entscheidungen fällen zu können und andererseits die dafür notwendigen Ressourcen wie individuelle und sozioökonomische Sicherheit sowie politische Freiheit besitzen.⁴⁸

Reproduktive Rechte beinhalten die Möglichkeit, dass Frauen in die Lage versetzt werden, ihre Sexualität zu verstehen und zu genießen, Kenntnisse über ihren Körper und ihre sexuellen Bedürfnisse sowie ihre sexuellen Rechte zu erlangen. Des weiteren müssen sie in der Lage sein eine Schwangerschaft mit sicheren Methoden verhüten zu können, eine ungewollte Schwangerschaft abubrechen und eine gewollte Schwangerschaft austragen zu können. Reproduktive Gesundheit beinhaltet die Abwesenheit von Krankheit, Verstümmelungen oder Tod (hervorgerufen durch ihre Sexualität und Reproduktion), und es beinhaltet das Recht Kinder auszutragen und entsprechend aufzuziehen.

Dieser Grundkonsens erleichterte jedoch nicht die Frage nach den geeigneten Strategien in Zusammenhang mit Bevölkerungspolitik. Die Weltbevölkerungskonferenz von 1984 in Mexiko hatte gezeigt, daß die Mehrheit der 3. Welt Staaten inzwischen auf Grund der Schuldenkrise und den Anforderungen der Strukturanpassungsmaßnahmen nationale bevölkerungspolitische Programme eingeführt hatten. Der Protest vieler Frauen auf dem NGO-Forum gegen Sterilisationen und Dreimonats-Spritzen ging jedoch weitestgehend unter.

In der Folge begannen in einigen Ländern Frauenorganisationen mit Regierungsstellen und internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten, von denen sie erhofften, eine gemeinsame Basis finden zu können. So sollte eine Umwandlung von Familienplanung sukzessive in eine Politik der reproduktiven Rechte gelingen. Dazu gehörte auch die Forderung, daß spezifische demographische Ziele seitens der Regierungen oder internationaler Organisationen aufgegeben werden müssten, damit eine Fokussierung auf die individuellen Bedürfnisse und ein breites Angebot an reproduktiver Gesundheitsvorsorge stattfinden konnte.

Eine Politik der reproduktiven Rechte sollte in der Lage sein, ein Rahmenwerk zu bilden, das es erlaubt, Frauen wie Männer vor antinatalistischen oder pronatalistischen Kräften zu schützen. Diese Politik legt die Basis für eine freie Entscheidung für Ehe oder Scheidung, für jede Art sexueller Beziehungen und Freiheit in der Auswahl von Verhü-

48 Vgl. Sonia Correa/Rosalind Petchesky, *Reproductive and sexual rights: A feminist perspective*, in: Gita Sen (Hg.), *Population policies reconsidered. Health, empowerment and rights*, Boston 1994, S. 107-126.

tungsmethoden. Inzest, sexueller Mißbrauch von Kindern, Vergewaltigung und Gewalt ebenso wie Zwang zur Prostitution müssen strafrechtlich verfolgt werden. Homosexuelle Beziehungen und heterosexuelle Beziehungen von Nichtverheirateten werden entkriminalisiert. Der Import, die Herstellung und der Vertrieb sowie die Werbung für Verhütungsmethoden werden erlaubt und unter eine ständige Qualitätskontrolle gestellt. Es dürfen keine Restriktionen über Information und Dienstleistung für Jugendliche oder Unverheiratete oder das Einverständnis des Ehegatten oder der Eltern gesetzt werden. Abtreibung auf freien Wunsch muß legalisiert werden und die entsprechenden medizinischen Standards zur Verfügung gestellt werden. Um Mißbrauch innerhalb der Programme zu unterbinden, werden finanzielle Anreize für die »Verteiler« verboten. Unabhängige Kommissionen werden damit beauftragt, Klagen über Mißbrauch, Vernachlässigung oder andere schädigende Praktiken seitens einer Dienstleistungsstelle, eines Verteilers oder einer Forschungsinstitution nachzugehen und die Klagenden rechtlich zu unterstützen.⁴⁹

Nach jahrelangen Kontroversen zwischen »Population Establishment« und feministischen Organisationen begann in den 1990er Jahren eine Annäherung und Zusammenarbeit in den internationalen Foren und in der Vorbereitung der UN-Bevölkerungskonferenz in Kairo 1994. Dies war auch eine Reaktion der Feministinnen auf die Tatsache, daß Frauenorganisationen in nationalen Kontexten einen pragmatischeren Umgang mit Familienplanungsorganisationen praktizierten.

Private Organisationen wie die Ford Foundation und der Population Council sowie der UN-Bevölkerungsfonds hatten bereits seit Mitte der 1980er Jahre damit begonnen, auch feministische Projekte zu finanzieren. Dahinter stand ein sozialtechnisch ausgerichteter Ansatz, der Geburtenreichtum und den Status der Frauen in einen Zusammenhang brachte. Die neuen Strategien verbanden daher Frauenbildung, einkommenschaffende Maßnahmen und Gesundheitseinrichtungen mit Familienplanung. Die Zusammenarbeit mit Frauen-NGOs auf diesem Gebiet fußte auf der Erfahrung, dass isolierte Programme nicht zu den gewünschten Ergebnissen führten und auf der Erwartung, daß diese Organisationen auf Grund ihrer Basisnähe effektiver arbeiteten und sie eine Akzeptanzsteigerung bevölkerungspolitischer Programme herstellen könnten.

Die feministischen Organisationen ihrerseits sahen darin eine Möglichkeit, an Gelder zu kommen und so ihre eigenen Vorstellungen von

49 Vgl. Ruth Dixon-Mueller, 1993, op. cit., S. 199ff.

reproduktiver Gesundheit besser umsetzen zu können.⁵⁰ Joan Dunlop von der 'International Women's Health Coalition' (IWHC) war maßgeblich an einigen Kooperationen zwischen Bevölkerungsestablishment und Frauenorganisationen beteiligt und positionierte die IWHC als Vermittlungsinstanz.⁵¹

In der Nachfolge der Rio-Konferenz organisierte die IWHC 1992 ein internationales Treffen, auf dem Vertreterinnen zahlreicher Frauen-Gesundheitseinrichtungen und -netzwerke Erfahrungen austauschten und Strategien entwickelten, um die Forderungen von Frauen in die Vorbereitung der UN-Weltbevölkerungskonferenz 1994 einzubringen. Um einen größtmöglichen Einfluß auf die Inhalte der Abschlusserklärung zu erlangen, die maßgeblich die Möglichkeiten der Frauenorganisationen und ihre Arbeit (mit-) bestimmen, beschlossen die Frauen, strategische Bündnisse mit den Organisationen des Bevölkerungsestablishments einzugehen. Mehrere Organisationen, darunter WEDO, DAWN und WGNRR schlossen sich zu einer Allianz zusammen, um die Lobbyarbeit zu koordinieren und effektiver zu gestalten. Daneben organisierten sie eine Vielzahl von nationalen und internationalen Treffen.⁵² Als Diskussionsgrundlage für die Verhandlungen mit RegierungsvertreterInnen und RepräsentantInnen der internationalen Agenturen, verfasste die Allianz eine »Frauenerklärung zu Bevölkerungspolitik« (Women's Voices '94), die in der Folge von zahlreichen Frauenorganisationen unterzeichnet wurde. Die zentralen Forderungen dieses Dokumentes waren, daß bevölkerungspolitische Maßnahmen bestimmte ethische Richtlinien, das Prinzip der Selbstbestimmung berücksichtigen und als Ziel das »empowerment« von Frauen verfolgen müssten. Zusätzlich wurde eine größere Beteiligung von Frauen bei der Planung, Umsetzung und Evaluierung von bevölkerungspolitischen Programmen sowie ausreichende finanzielle Unterstützung gefordert.⁵³

Die Tatsache, dass sich einige Frauenorganisationen nicht mehr explizit gegen Bevölkerungspolitik aussprachen und einige ihrer Vertreterinnen den Standpunkt vertraten, es gäbe ein Überbevölkerungspro-

50 Vgl. Heide Mertens, *Frauen und internationale Bevölkerungspolitik. Was heißt hier Selbstbestimmung?*, in: Uta Ruppert (Hg.), *Lokal bewegen - global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht*, Frankfurt/New York 1998, S. 172.

51 Vgl. Susanne Heim/Ulrike Schaz, *Berechnungen und Beschwörungen. Überbevölkerung – Kritik einer Debatte*, Berlin 1996, S. 188.

52 Vgl. Sonia Correa/Rosalind Petchetsky, *Reproductive and sexual rights: A feminist perspective*, in: Sita Gen (Hg.), *Population policies reconsidered. Health, empowerment and rights*, Boston 1994, S. 107-126.

53 Vgl. Diane Hummel, *Feministische Debatten über Bevölkerungspolitik und reproduktive Rechte: Einmischungen und Abgrenzungen*, in: Ruth Klingebiel/Shalini Randeria (Hg.), *Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen*, Bonn 1998, S. 199f.

blem,⁵⁴ führte zu heftigen Kontroversen zwischen verschiedenen Frauenorganisationen. Kernpunkt der Kritik von den Gegnerinnen jedweder Bevölkerungspolitik war, daß konstruktive Forderungen in Bezug auf Bevölkerungspolitik nicht möglich seien, da sich die Diskurse um Bevölkerung und reproduktive Rechte grundsätzlich widersprechen und nicht miteinander vereinbar seien. Im Dezember 1993 fand in Bangladesh das Symposium »Peoples Perspective's on 'Population'« statt, auf dem sich die Vertreterinnen verschiedener Frauenorganisationen, u.a. FINRRAGE, in ihrer Abschlusserklärung grundsätzlich gegen jegliche Form von Bevölkerungspolitik aussprachen:

»Bevölkerungspolitik hat zum Ziel, über die Körper, die Fruchtbarkeit und das Leben von Frauen zu bestimmen, denn bisher sind es immer noch die Frauen, die Kinder bekommen. Bevölkerungspolitik ist rassistisch und eugenisch und bedeutet Selektion: Sie spricht den einen das Recht auf Überleben zu, während sie es gleichzeitig allen anderen abspricht: indigenen Menschen, behinderten Menschen und Schwarzen. Sie hat das Ziel die Armen abzuschaffen, nicht die Armut. Bevölkerungspolitik vertritt die Interessen der privilegierten Schichten, die im Norden wie im Süden ihren verschwenderischen Lebensstil verteidigen. Es kann keine feministische Bevölkerungspolitik geben, denn das würde allen Positionen von Frauenbefreiung widersprechen und ihre Grundsätze verletzen.«⁵⁵

In den Vorbereitungen zu Kairo konnten sich die eher reformerisch angelegten Positionen des »konstruktiven Dialogs« durchsetzen und so wurde der Frauen-Caucus in Kairo auch von Bella Abzug von WEDO und Jean Dunlop von IWHC organisiert, die gleichzeitig Mitglieder der US-amerikanischen Regierungsdelegation waren. Kairo unterschied sich von den vorangegangenen Bevölkerungskonferenzen dahingehend, daß hier erstmalig die Frauenorganisationen aktiv in den Prozeß der Konsensfindung auf Regierungsebene mit eingebunden waren und aus ihrer bisherigen defensiven Position in die Offensive gegangen waren. Die Abschlusserklärung und das Aktionsprogramm tragen mit ihren Schlagwörtern von »reproduktiver Gesundheit«, »reproduktiven Rechten« und »empowerment« eindeutig eine feministische Handschrift. So steht in der Abschlusserklärung:

54 »Ich glaube, daß das Konzept der reproduktiven Rechte die Basis von Bevölkerungspolitik werden kann und sollte [...]. Ich glaube fest daran, daß es kein Bevölkerungsproblem (!) geben würde, wenn Frauen wirklich eine Wahl hätten« (Marge Beerer), zit. nach Susanne Heim/Ulrike Schaz, 1996, op. cit., S. 192.

55 Declaration of People's Perspectives on »Population« Symposium 1994, in E. coli-bri, Nr. 9/19, 1994, S. 13.

»Die Ermächtigung und Autonomie von Frauen und die Verbesserung ihres politischen, sozialen und wirtschaftlichen Status sowie ihres Gesundheitszustandes sind ein überaus wichtiges Ziel für sich selbst. Außerdem sind sie unabdingbar für die Erlangung einer nachhaltigen Entwicklung.«⁵⁶

In dem Kapitel der Abschlusserklärung zu »Reproduktiven Rechten und Gesundheit« konnten die Frauen Familienplanung in ein breiteres Konzept reproduktiver Gesundheitsversorgung einbinden, welche die Vor- und Nachsorge bei Schwangerschaft, die Gesundheitsversorgung von Säuglingen, die Prävention sexuell übertragbarer Krankheiten und eine gynäkologische Basisversorgung, die das Brustkrebs- und Gebärmutterrisiko minimieren soll, umfassen.

Problematisch an den Ergebnissen von Kairo bleibt das Festhalten an demographischen Zielsetzungen, das sich indirekt in der Forderung nach einer Steigerung der Geldmittel insbesondere im Familienplanungsbereich ausdrückte:

Berechnungen von UNFPA zu weltweit benötigten Mitteln in US-Dollar:

	Jahr 2000	Jahr 2015
Familienplanung	10,2 Mrd \$	13,8 Mrd \$
Reproduktive Gesundheit	5,0 Mrd \$	6,1 Mrd \$
Sexuell übertragene Krankheiten	1,3 Mrd \$	1,5 Mrd \$
Forschung und Analyse	0,5 Mrd\$	0,3 Mrd\$
Insgesamt	17 Mrd \$	21,7 Mrd \$ ⁵⁷

Die Forderung wurde von UNFPA mit einer Studie begründet, die einen sogenannten »ungedeckten Bedarf« an Verhütungsmitteln festgestellt hatte. Danach belief sich die Zahl der Frauen, die eigentlich ihre Kinderzahl beschränken wollen, es aber nicht tun, auf etwa 120 Millionen, was wiederum die weltweit unterschiedlichen Fruchtbarkeitsraten erklären würde. Entwicklungspolitische Maßnahmen seien für eine Senkung der Raten nur bedingt notwendig, da sich gezeigt hatte, daß sich die Fruchtbarkeitsraten auch in den Ländern gesenkt hatten, deren Wirtschaftswachstum stagnierte. Es würde zunächst also ausreichen, den Bedarf an

56 United Nations, *Report of the International Conference on Population and Development*, 1994, S.25, zit. nach Diana Hummel 1998, op. cit., S. 193.

57 Daten aus: Louise Lassonde, *Los desafíos de la demografía. Que calidad de vida habrá en el siglo XXI?*, Mexiko 1997, S. 121.

Verhütungsmitteln zu decken, um eine Senkung der Geburtenraten von derzeit 2,3% auf 1,6% zu erreichen.⁵⁸

»Experten« plädieren wieder für eine Inundationspolitik von Verhütungsmitteln über Marketingstrategien: »If Coca Cola can sell its product in many countries by having a sound knowledge of clients' tastes and convenient sales points we [...] can make sure that we know our client.«⁵⁹ Hierbei wird jedoch völlig ausgeblendet, daß Kinderwünsche keiner marktwirtschaftlichen Logik von Angebot und Nachfrage unterliegen, was sich in den unterschiedlichen durchschnittlichen Kinderzahlen zeigt. Frauen in Zimbabwe haben z.B. durchschnittlich 1,5 Kinder mehr als Frauen in Indien, trotz der gleichen Gebrauchsrate von 45% von Verhütungsmethoden. Viel entscheidender dagegen sind die kulturellen Vorstellungen von Sexualität, die Geschlechterbeziehungen, das Generationenverhältnis, das soziale und politische Umfeld und die ökonomischen Bedingungen.⁶⁰

Die enormen Geldmittel für Familienplanung sprechen auch dafür, daß Bevölkerungswachstum noch immer in einen Kausalzusammenhang mit Armut, Umweltzerstörung und Unterentwicklung gebracht wird. Internationale Organisationen argumentieren daher weiterhin mit Katastrophenszenarien, die den Gebrauch und die Erforschung langfristig wirksamer Verhütungstechnologie legitimieren. Dabei handelt es sich in der Regel um Mittel wie Spirale, Implantate, Dreimonats-Spritzen und seit neuester Zeit einen Anti-Schwangerschaftsimpfstoff, die von den Frauen selbst nicht kontrolliert werden können. Unterstellt wird den Frauen dabei oftmals, daß sie gar nicht in der Lage sind, selbst eine Kontrolle ausüben zu können: »The cyclical dosage system with the combined Pill does not coincide with the way of thinking of the rural woman.«⁶¹

Der mangelnde Zugang zu staatlichen Gesundheitsdiensten, der sich im Zuge der Strukturanpassungsmaßnahmen in vielen Ländern und Kürzungen im Sozialbudget eher noch verschlechtert, birgt ein erhebliches Risiko für die Frauen in den Nebenwirkungen dieser Methoden. Die zynische Behauptung, daß Nebenwirkungen allemal weniger risikobelastet seien als eine Schwangerschaft, blendet die Tatsache, daß Schwangerschaften an sich unter den entsprechenden gesundheitspoliti-

58 Vgl. Robey Bryant/Shea O. Rutstein/Leo Morris, *The fertility decline in developing countries*, in: Scientific American, Dezember 1993.

59 *Family planning for life: experiences and challenges for the 1990s*, papers presented at the Conference on Management of Family Planning Programs, Harare, Zimbabwe 1989, IPPF London 1990, S. 177.

60 Vgl. Diana Hummel, 1998, op. cit., S. 207.

61 *Family planning for life* 1990, op. cit., S. 198.

schen, sozialen und ökonomischen Bedingungen ein geringes Gesundheitsrisiko darstellen, einfach aus.⁶²

Der Gebrauch von Verhütungsmitteln sagt wenig über den Grad der Selbstbestimmung der Frau aus, wenn sich insgesamt ihre sozioökonomische und politische Situation nicht geändert hat. Eingeengt auf die freie Auswahl von Kontrazeptiva wird das Konzept der reproduktiven Rechte vereinnahmt und ausgehöhlt:

»Letting the public know that no danger exists is best done by abandoning the medical check-up and making contraceptives available more freely [...] let people make their own choice [...]. Those who would like supervision [...] can consult a doctor [...] others take their Pills as they take a painkiller, a laxative [...].«⁶³

Also alles nur Papier? Ja und Nein. Der feministischen Lobby ist es nicht gelungen, den hegemonialen Diskurs um Überbevölkerung zu delegitimieren. Aber ihnen gelang eine Wahrnehmungs- und Diskursverschiebung über die Rechte der Frauen. Die einzelnen Maßnahmen in der Bevölkerungspolitik geraten unter Rechtfertigungszwang und die einzelnen Regierungen sowie die großen internationalen Familienplanungsorganisationen müssen sich an ihren Erklärungen messen lassen.

Alles in allem sind die Vereinten Nationen ein Instrument der Regierungen, das heißt, die Implementierung von UN-Resolutionen hängt von ihrem Willen ab. Die Macht der UN liegt in der multilateralen Zusammenarbeit, über die sie bestimmte Normen setzen kann und in ihrem Monitoring. Wie Bevölkerungspolitik konkret umgesetzt wird, wird größtenteils national ausgehandelt. Die Normsetzung und Erweiterung der Zuständigkeitsbereiche der UN ist jedoch eine wichtige Legitimationsgrundlage und Verstärkung für die Kämpfe der Frauen in den einzelnen Ländern. Die Möglichkeit, sich in Politikprozesse einzumischen, hängt von den jeweiligen nationalen Bedingungen und der innenpolitischen Unterstützung für feministische Politik ab. Internationale Frauenorganisationen können in Zusammenarbeit mit den nationalen als Wächterinnen und Anklägerinnen fungieren, um möglichst breite Öffentlichkeiten herzustellen. Daneben müssen die Frauen in einem sehr langwierigen Prozess über ihre Rechte aufgeklärt werden, um so überhaupt erst ein neues ganzheitliches Selbstbewußtsein über ihre Körper erlangen zu können. Dies ist ein Prozeß, dem keine internationalen Richtlinien zu Grunde liegen können, da dies nur in den spezifischen kulturellen Zusammenhängen erarbeitbar ist.

62 Vgl. Ingrid Spiller, *Objekt 'Frau' in Familienplanungsprogrammen*, in: Christa Wichterich (Hg.), *Menschen nach Maß. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd*, Göttingen 1994, S. 151-162.

63 *Family planning for life 1990*, op. cit., S. 203.

Internationale und nationale Frauenorganisationen sehen sich also vor eine doppelte Aufgabe gestellt. Zum einen muß die Kritik an den Bedingungen und Voraussetzungen von Bevölkerungspolitik aufrechterhalten werden. Das bedeutet, es ist notwendig, »zu analysieren, wie die ökonomische und nationalistische Nachfrage nach mehr oder weniger Menschen mit den sich heute zuspitzenden Problemen des Rassismus, steigender Arbeitslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung verbunden ist.«⁶⁴ Zum anderen muß gleichzeitig innerhalb der bestehenden Strukturen, d.h. auch in Zusammenarbeit mit Regierungsstellen und internationalen Geberinstitutionen, an einer möglichst weitreichenden Verwirklichung der sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen gearbeitet werden.

4.2 Frauen-NGOs in Mexiko – Perspektiven für eine Politik der Reproduktiven Rechte

Die ersten feministischen Organisationen in den 1970er Jahren identifizierten sich noch stark mit den linken Gruppierungen, aus denen sie entstanden waren. In kleinen Gruppierungen praktizierten sie die Politik des »consciousness-raising«, analysierten patriarchale Strukturen, denunzierten die verschiedenen Unterdrückungsmechanismen und traten für Abtreibung und sexuelle Befreiung ein. Im Zuge der Verschärfung der ökonomischen Krise und der Implementierung neoliberaler Politiken sowie der politischen Stagnation, die zu einem erheblichen Legitimitätsverlust der Regierungspartei PRI führten, entstanden im Laufe der 1980er Jahre verstärkt zivilgesellschaftliche Aktivitäten. In diesem Zusammenhang etablierten sich die ersten NGO's von Frauen, die versuchten, den »flüchtigen Bedürfnissen« der Frauen in einer sich modernisierenden Gesellschaft, die über keine Mechanismen verfügte, die Transformationen zwischen den Geschlechtern und Generationen zu assimilieren, zu begegnen.⁶⁵ Die NGOs bildeten sich um Transformationsprojekte in spezifischen Bereichen, und ihre Ziele lagen darin, Alternativen und Lösungen anzubieten. Ihre Forderungen zielten sowohl auf eine Veränderung der gesellschaftlichen als auch der gesellschaftlich-staatlichen Beziehungen. Die NGOs boten nicht nur diskursive Vorschläge, sondern mit ihrer Arbeit auch praktische Lösungen hinsichtlich der heterogenen Probleme, die die Erfahrungen der Frauen kennzeichneten. Die Klientel

64 Sumati Nair, *Beitrag auf der »Conference on Differences and Common Perspectives«*, Bonn 1994, zit. in: Susanne Schultz 1995, op. cit., S. 22.

65 Vgl. María Luisa Tarrés Barraza, *Las organizaciones de mujeres en la reforma política*, in: Alberto J. Olvera, *La sociedad civil. De la teoría a la realidad*, Mexiko 1999, S. 223.

dieser NGOs bestand zumeist aus den Basisorganisationen, die von Arbeiterinnen, Bäuerinnen, Frauen aus den Stadtteilbewegungen, indigenen Frauen, Heimarbeiterinnen und vielen mehr im Laufe der 1980er Jahre gebildet worden waren. Über formelle und informelle Beziehungen waren die NGOs sowohl mit ihrer spezifischen Klientel als auch mit finanzierenden Entwicklungsorganisationen oder Regierungsstellen verbunden. Ihre Anliegen lagen in der Mitgestaltung öffentlicher Policies, der Gesetzgebung und Regulierung sowie der Kontrolle der internationalen Abkommen in den Bereichen, die eng mit Fraueninteressen verknüpft waren – wie Gewalt, Ausbildung und reproduktive Gesundheit.

Die internationale Aufmerksamkeit für die Bevölkerungskonferenz von Kairo und die intensiven Bemühungen zahlreicher feministischer Organisationen um Einflußnahme führten auch in Mexiko zu verstärkten Diskussionen um Bevölkerungspolitik seitens der Feministinnen.

Im Vorfeld von Kairo schlossen sich 1993 ca. 80 NGOs, die im Bereich Gesundheit und Frauenrechte tätig waren, zu dem Netzwerk »Foro Nacional de Mujeres y Políticas de Población« zusammen. Das Forum machte es sich zur Aufgabe, die Vorschläge und Forderungen aus den nationalen feministischen Zusammenhängen und aus den Debatten und Diskussionen des Forums zusammenzutragen und mit dieser Basis die Positionen und Entscheidungen der mexikanischen Regierung in Kairo zu beeinflussen. Vor und während der Konferenz etablierte das Forum einen Dialog mit den Regierungsrepräsentantinnen und verpflichtete sich in der Nachfolge den Implementierungsprozeß der Vereinbarungen voranzutreiben und zu überwachen.

Die Zielvorgabe des Aktionsprogramms von Kairo, die effektive Zusammenarbeit (im englischen 'partnership') zwischen allen Regierungsebenen und der Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen und lokalen Gemeindegruppierungen zu fördern, bot einigen Organisationen eine Möglichkeit, sich an einer Transformation der Policies im Feld der Bevölkerungspolitik zu beteiligen. Diese effektive Zusammenarbeit sollte die Konzeptionalisierung, Ausführung, Koordinierung, Überwachung und Evaluierung einzelner bevölkerungspolitischer Programme beinhalten. Die Vereinbarungen von Kairo erforderten von der Regierungsseite, spezifische Mechanismen zu schaffen, um eine Zusammenarbeit der NGOs mit den staatlichen Institutionen in einer gleichberechtigten Weise zu ermöglichen. Zudem sollte sie die legislativen und normativen Rahmenbedingungen schaffen, die vereinbarten Maßnahmen auch umsetzen zu können.

Gleichzeitig erforderte die Umsetzung von Kairo ein Umdenken innerhalb der NGOs und neue Herausforderungen. Um die Forderungen in Praktiken umsetzen zu können, war eine noch stärkere Professionalisierung vonnöten. Dies hieß, die institutionellen Labyrinthe noch besser zu kennen und damit umzugehen zu wissen, in Kontakt mit den Plane-

rInnen zu treten, um die Entscheidungen zu beeinflussen und Verbindungen und Kommunikationszusammenhänge auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene herzustellen. Die Professionalisierung erforderte auch eine stärkere Zusammenarbeit der NGOs untereinander sowie mit WissenschaftlerInnen und anderen Organisationen, um bei Verhandlungen mit staatlichen Institutionen einerseits über ausreichende Informationen zu verfügen, andererseits aber nicht die kritische Perspektive und die Möglichkeiten zu verlieren, Druck auszuüben.⁶⁶

Das Szenarium für eine Umsetzung reproduktiver Rechte im Anschluß an die Kairoer Konferenz war in Mexiko alles andere als erfolgversprechend. Die ehemaligen Maßnahmenfelder Familienplanung und Mutter-Kind-Fürsorge, die unter den neuen Themenkomplex reproduktive Gesundheit fielen, waren zuvor schon defizient und begrenzt gewesen. Sie mußten nun ausgebaut und mit neuen Inhalten gefüllt werden. Nach zwei Dekaden einer spezifischen demographischen Politik galt es, die Konzeptionalisierungen und die Programme zu redefinieren, Funktionen und institutionelle Strukturen zu reorganisieren, auszuweiten und neue Praktiken voranzutreiben. Dies erforderte nicht nur eine Transformation der institutionellen Strukturen und der Vorstellungen über den Frauenkörper als Gebärmutter, sondern stellte auch die Herausforderung an die Individuen, sich gegenüber den Institutionen als Rechtssubjekte begreifen zu können.

Mit dem Regierungswechsel von 1994 und der Amtsübernahme von Präsident Ernesto Zedillo wurden für die kommende sechsjährige Amtszeit neue Programme und Politiken entworfen. Als Konzept erschienen die reproduktiven Rechte im nationalen Entwicklungsplan (Plan Nacional de Desarrollo), im nationalen Bevölkerungsprogramm (Plan Nacional de Población), und in den neu entworfenen Vorhaben »Programm für reproduktive Gesundheit und Familienplanung« (Programa de Salud Reproductiva y Planificación Familiar) sowie dem »nationalen Frauenprogramm« (Programa Nacional de la Mujer).

Innerhalb des »Programms für die reproduktive Gesundheit und Familienplanung«⁶⁷ wurden neue Themenfelder aufgegriffen. Dazu zählten Frauengesundheit; dabei eine verstärkte Beschäftigung mit Gebärmutterhals- und Brustkrebs. Bestandteil waren außerdem ein Programm, das sich exklusiv an Jugendliche richtete, und u.a. Schwangerschaftsverhütung, sexuell übertragbare Krankheiten und Drogenabhängigkeit behandelte sowie ein speziell für die indigenen Gemeinschaften entworfenes Programm.

66 Vgl. Cristina Herrera Carnevale, *Experiencias viables de colaboración entre ONG de mujeres e instituciones gubernamentales en México*, Mexiko 1999.

67 Das Programm wurde im Mai 1995 ins Leben gerufen.

Die Programme verfolgten recht ambitionöse Ziele. So sollte bis zum Jahr 2000 der Zugang aller Bevölkerungsteile zu Informationen und Dienstleistungen im Rahmen reproduktiver Gesundheit gewährleistet sein. Daneben sollte u.a. die Neugeborenenbehandlung um 50% ausgeweitet, die Müttersterblichkeit um 50% gesenkt, die Sterblichkeitsraten bezüglich Gebärmutterhalskrebs um 15% gesenkt und die Übertragung sexuell bedingter Krankheiten um 30% verringert werden.⁶⁸ Alle diese Maßnahmen waren auf eine Verbesserung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit sowie auf eine Senkung der Sterblichkeitsraten ausgerichtet. In vielen Fällen wurden aber die Formen und Wege, diese Ziele zu erreichen, nur ungenügend definiert. Angesichts der drastischen Mittelkürzungen im Gesundheitsbereich erschienen diese Zielsetzungen zudem wenig realistisch. Zwischen 1993 und 1996 sanken die Mittel im Bereich der reproduktiven Gesundheit um 33% und die Mittel im gesamten Gesundheitsbereich um 37%. Dagegen konnten die Mittel im Bereich öffentlicher Ausgaben und Sozialausgaben nach Kürzungen, die durch die Finanzkrise von 1994 bedingt waren, zumindest wieder ihr Niveau von 1993 erreichen.

Ausgaben im öffentlichen und sozialen Bereich sowie im Bereich Gesundheit und reproduktive Rechte (in Millionen Pesos):⁶⁹

	Öffentliche Ausgaben insgesamt	Soziale Ausgaben	Ausgaben Gesundheit	Ausgaben reproduktive Gesundheit
1993	206.897.20	107.043.10	42.444.30	3.496.60
1994	230.360.60	118.777.80	45.722.20	3.945.30
1995	194.523.50	103.841.70	27.260.30	3.539.10
1996	208.608.80	108.307.70	26.988.50	2.339.90

Noch drastischer gestaltet sich das Bild, wenn die Mittel nach den einzelnen Institutionen des Gesundheitswesens aufgeschlüsselt werden. Die wichtigsten Institutionen sind IMSS, ISSTE und SSA. Sie versorgen zwei Drittel der Bevölkerung; die letztere ist für die nicht Sozialversicherten zuständig. Diese Gruppe ist auch die am stärksten benachteiligte in der Mittelvergabe, obwohl sie zu den sozial Schwächsten gehört.

68 Vgl. Poder Ejecutivo Federal, 1995, op. cit., S. 13-24.

69 Vgl. Gisela Espinosa Damián, 1999, op. cit. S. 27.

Anzahl der Nutzungsberechtigten und Anteil am nationalen Durchschnitt und prozentuale Angaben aus den Gesamtmitteln der einzelnen Institutionen für reproduktive Gesundheit (RG) (1996):⁷⁰

IMSS		ISSTE		SSA	
Nutzungs- berechtigte	Anteil der Mittel für RG	Nutzungs- berechtigte	Anteil der Mittel für RG	Nutzungs- berechtigte	Anteil der Mittel für RG
24,12 Mio. (= 37,1%)	43,91%	6,65 Mio. (= 10,2%)	2,03 %	17,98 Mio. (= 27,7%)	6,9%

Die SSA hat versorgt mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung, erhält aber proportional wesentlich weniger Mittel. Diese Benachteiligung bezieht sich nicht allein auf den Bereich reproduktive Gesundheit, sondern auf den gesamten Bereich Gesundheit. Wurden für Sozialversicherte im Durchschnitt 786 Pesos pro Person ausgegeben, so waren es für nicht Sozialversicherte nur 218 Pesos pro Person. Die Polarität ist noch stärker bei IMSS-Solidaridad, ein Programm innerhalb des IMSS, das Nichtversicherte betreut. Hier reichten die Mittel nur für 127 Pesos pro Person.⁷¹ IMSS-Solidaridad erhielt 1996 nur 3,8% der Gelder aus dem Gesamthaushalt des Gesundheitssektors und versorgte aber 17% der Bevölkerung, also 11 Millionen Menschen, die zu den ärmsten zählen.

Diese Mittelkürzungen entsprachen keinesfalls den in Kairo getroffenen Vereinbarungen, in denen die Regierungen sich verpflichteten ausreichende Finanzmittel für die Programme zur Verfügung zu stellen.

Dagegen ist das Festhalten an konkreten demographischen Zielsetzungen ebenso problematisch wie in Kairo. Anstatt sich auf die Möglichkeiten zu konzentrieren, den Zugang zu Information und Methoden auszuweiten, wurde für das Jahr 2000 eine Steigerung der Verbleibraten in der Verhütungspraxis von 64% auf 70%, eine Zunahme der Benutzerinnen von 10,5 auf 12,6 Millionen und der Vasektomie um 100% sowie eine Erweiterung der nachgeburtlichen Verhütungspraxis, also Sterilisation oder Einsetzen einer Spirale direkt nach einer Geburt, von 51% auf 70% anvisiert. Darüber hinaus wurde ein besonderer Nachdruck auf die Verschiebung des Erstgebärerinnenalters, auf die Ausweitung der Geburtsintervalle und auf die Förderung einer frühzeitigen Beendigung der

70 Vgl. *Boletín de Información Estadística de la Secretaría de Salud* (1993-1996), Mexiko 1997.

71 Das Programm IMSS Solidaridad operiert in 1262 Gemeinden, von denen 88% mit der höchsten Marginalisierung eingestuft wird und die den größten Anteil indigener Bevölkerung haben, 80% dieser Gemeinden haben unter 1500 Einwohner.

Fruchtbarkeit gelegt. Damit sollte das Bevölkerungswachstum auf 1,75% im Jahr 2000 und auf 1,45% im Jahr 2005 gesenkt werden.⁷²

Die Konzeptionen der verschiedenen Programme, sind durch Widersprüchlichkeiten geprägt. Auf der einen Seite wird der progressive Diskurs von Kairo integriert, d.h. die Forderungen nach einer integralen Politik der reproduktiven Rechte, die auf Einverständnis und freier Wahl beruht, sind Bestandteil der Programme, auf der anderen Seite wird dieser progressive Diskurs mit reduktionistischen demographischen Zielsetzungen kombiniert. Diese Zielsetzungen und die Formulierungen im nationalen Entwicklungsplan bezüglich der Bevölkerungspolitik zeigen deutlich, daß weiterhin die alten Prämissen gelten: die Reduktion des Bevölkerungswachstums als Armutsbekämpfung.

»Die sozialen Gruppen und die Regionen mit der größten Unterentwicklung sind die gleichen, die aus demografischen Gesichtspunkten den größten Rückstand verzeichnen. [...] Die Marginalisierung neigt dazu, einen perversen demographischen Kreis zu bilden [...] Diesen Teufelskreis von Armut zu durchbrechen, bedeutet eine Herausforderung allerersten Ranges.«⁷³

Das Festhalten an demographischen Zielsetzungen und die Förderung von hohen Verbleibraten korrespondiert mit einer überproportionalen Anzahl von permanenten oder langanhaltenden Verhütungsmethoden.

Verteilung nach Verhütungsmethode in den Zentren der SSA:⁷⁴

	1992	1997
Pille	31,7%	19,3%
Spirale	18,3%	20%
Sterilisation	28,1%	32,6%
Injektion	8,3%	13,6%
Kondome	12,4%	14,3%
Andere	1,2%	0,2%

72 Vgl. Poder Ejecutivo Federal 1995, S. 13-24, CONAPO 1996, S.49-55, Poder Ejecutivo Federal, Plan Nacional de Desarrollo 1995-2000, Mexiko 1995, S. 100f.

73 Poder Ejecutivo Federal, *Plan Nacional de Desarrollo 1995-2000*, Mexiko 1995, S. 99.

74 CONAPO: III Informe 1998 , S. 200.

Über die Hälfte aller Frauen entschied sich für eine permanente Methode wie Sterilisation oder eine langanhaltende wie die Spirale und Hormoninjektionen.

Aus den Gesamtzahlen der vorgenommenen Sterilisationen zwischen 1992 und 1997 ergibt sich auch ein Anstieg der Vasektomie: Standen 1992 Tubenligatur und Vasektomie in einem Verhältnis von 1:54, so reduzierte sich dieses Verhältnis für 1997 auf 1:14; in Zahlen: Wurden 1992 55.517 Frauen und 1035 Männer sterilisiert, waren es 1997 83.443 Frauen und 5775 Männer.⁷⁵ Angesichts der staatlichen Favorisierung von permanenten und langanhaltenden Methoden, bleibt die Frage ob die Entscheidungen in allen Fällen von freiem Einverständnis und ausreichender Information geprägt waren.

Ähnlich verhält sich die Lage bei IMSS-Solidaridad, das auch die Gemeinden in extremer Armut und mit einem hohen Anteil an Indígenas betreut. Im auf 1997 bezogenen Rechenschaftsbericht dieser Institution erscheint die von Armut am stärksten betroffene Bevölkerung als diejenige, die auch mit dem »höchsten demographischen Risiko« belastet ist.⁷⁶ Um zu einer Verringerung dieses »Risikos« beizutragen entwickelte IMSS die Strategie von Abenddienstleistungen und Wochenenddiensten für die urbanen Gegenden sowie fahrbaren Operationssälen, sog. »chirurgische Module« für die abgeschiedenen ruralen Gegenden.

Auf diese Weise sollte der Zeitraum zwischen Entscheidung für eine Methode und deren Durchführung verkürzt werden.⁷⁷ In den Zielgemeinden führte IMSS sog. »Jornadas de Salud Reproductiva« (Wochen der reproduktiven Gesundheit) durch. Für 1997 wird im Bericht die Anzahl von 2251 Jornadas mit einem Saldo von 23221 Tubenligaturen und 782 Vasektomien aufgeführt. Laut der eigenen Evaluierung wurde »eine sehr günstige Dominanz der Methoden mit den wenigsten Nebenwirkungen und den höchsten Verbleibraten produziert. Aus einer qualitativen Sicht erscheint diese Mischung von Verhütungsmethoden als sehr vorteilhaft«.⁷⁸

Die vorrangige Förderung definitiver Methoden führte dazu, daß andere Methoden wie Kondome, die nicht nur Schwangerschaften verhüten, sondern auch sexuell übertragbare Krankheiten eindämmen, weitaus weniger gefördert wurden. Kondome würden auch mehr die Verantwortung der Männer in den Mittelpunkt stellen, die bisher innerhalb der Programme keine relevante Zielgruppe darstellten.

Der Begriff der reproduktiven Gesundheit taucht zwar als vorrangige Komponente in der Sozial- und Gesundheitspolitik auf, es bleibt jedoch

75 CONAPO, III Informe 1998, S. 200.

76 CONAPO, III Informe 1998, S. 288

77 Ibid., S. 272.

78 Ibid., S. 287.

fraglich, welchen realen Inhalt dieses Konzept angesichts der drastischen Mittelkürzungen und der demographischen Zielsetzungen erhalten kann. Dennoch: Die Forderungen, Ansprüche und Bedürfnisse der Bevölkerung treffen auf soziale Politiken, deren Intention und Aufgabe es ist, sie zu erfüllen. Dies ermöglicht die Bildung von Räumen der Übereinstimmung und Zusammenarbeit sowie Verhandlungen zwischen der Zivilgesellschaft und den staatlichen Institutionen. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft kann die Ausgestaltung der öffentlichen Politiken und die Befriedigung der sozialen und reproduktiven Rechte einfacher und effektiver gestalten.⁷⁹ Der internationale und der nationale Diskurs um die reproduktiven Rechte fand zumindest Eingang in die Politiken und Programme der mexikanischen Regierung, ebenso wie die Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit zwischen NGOs und staatlichen Institutionen, die eine zentrale Vereinbarung von Kairo darstellte. Die Zusammenarbeit zwischen NGOs und Regierungstellen wurde auch durch die Dezentralisierung zahlreicher Politiken und Programme begünstigt. Dadurch entstanden auf regionaler und lokaler Ebene direktere Kommunikationsmöglichkeiten sowie eine Visibilitätssteigerung der Arbeit der NGOs und dies erleichterte die Kontaktaufnahme auf beiden Seiten. Dies bot feministischen Organisationen die Möglichkeit, sich in unterschiedlicher Weise in den Politikprozeß einzuschalten.⁸⁰ Die NGOs bieten Dienstleistungen für diejenigen Bevölkerungsgruppen, die oftmals kaum von Regierungstellen berücksichtigt werden wie Frauen, Indígenas und Jugendliche. Eine wichtige Stärke der NGOs besteht weiterhin darin, politischen Druck auszuüben, was zwar zunächst keine Form der Zusammenarbeit darstellt. Aber es ist ein Prozeß, der Herstellung von Öffentlichkeit und Sensibilisierung für bestimmte Problematiken, der dann staatliches Handeln hervorbringen kann.

Im Bereich reproduktiver Rechte gab es in den letzten Jahren eine Vielfalt von Kooperationen zwischen NGOs und staatlichen Instanzen, die zu den unterschiedlichsten Aktionen führten. Verhältnismäßig viele NGOs haben ihren Sitz in der Hauptstadt. Daneben gibt es noch eine größere Konzentration in den Bundesstaaten Puebla und Chiapas. Der Aufbau von Netzwerken und überregional arbeitenden NGOs trägt jedoch dazu bei, diese Zentralisierung abzuschwächen.⁸¹

79 Vgl. Gisela Espinosa Damián, 1999, op. cit. S. 38.

80 Vgl. Cristina Herrera Carnevale, 1999, op. cit., S. 14.

81 Einige dieser Netzwerke sind: Red por la Salud de las Mujeres del DF (RED), Comité Promotor por una Maternidad sin Riesgos (CPMSR), Coordinación Nacional de ONG de Mujeres por un Milenio Feminista (Milenio), Foro Nacional de Mujeres y Políticas de Población (FNMPP), Modemmujer, GIMTRAP, AMARC, Red entre Mujeres, InterKonneXiones, Grupo de Consentimiento Informado, SEXUNAM, Convergencia de Organismos por la Democracia, Alianza Cívica, El Banco Mundial en la Mira de Mujeres; die

Der Entstehung der Netzwerke liegen thematische, regionale oder konjunkturelle Faktoren zu Grunde und ihr Ziel liegt meist in der Verstärkung der Positionen der NGOs, die diese vertreten. Dies wiederum ermöglicht die Zielerreichung der einzelnen NGOs und begünstigt die Zusammenarbeit zwischen NGOs und staatlichen Instanzen.

NGOs in den einzelnen Bundesstaaten mit Schwerpunkt reproduktive Rechte und Entwicklung:⁸²

Bundesstaat	Name der NGO
Aguascalientes	Centro de Capacitación para el Desarrollo Comunitario, A.C. CEDACEC; Mujer Contemporánea; Asociación Aguascalientense de lucha contra el SIDA; Federación Mexicana de Asociaciones Privadas de Salud y desarrollo Comunitario FEMAP
Baja California Norte	El Lugar de la Tía Juana; La Casita, Medicina Social Comunitaria; Organización Lilith; Casa de la Mujer Factor X; Centro de Apoyo a la mujer Ensenadense, Mujeres por un Mundo Mejor; Fundación Mexicana para la Planeación Familiar MEXFAM; FEMAP
Baja California Sur	Centro Mujeres A.C.
Chiapas	Grupo de Mujeres de San Cristóbal de las Casas; Red de Mujeres Pro-Derechos a la Educación y la Salud; Promoción de Servicios Comunitarios, IDEFEM; Centro de Investigación en Salud en Comitán; Chiltak, Formación y Capacitación, Centro de Investigación y Acción de la Mujer Latina; Pronatura; MEXFAM; FEMAP
Chihuahua	Diversa; Grupo Feminista 8 de Marzo; Coordinadora de ONGs en pro de la Mujer de Ciudad Juárez, SADEC, Programa Compañero; Centro de Atención a la Mujer Trabajadora; FEMAP
Coahuila	Diversa-Laguna; Desarrollo y Promoción de la Salud Comunitaria de Saltillo, Red Nacional de Periodistas; FEMAP
Colima	Centro de Apoyo a la Mujer »Griselda Alvarez«, CAM; MEXFAM
Distrito Federal	Acción Popular de Integración Social APIS; Católicas por el Derecho a Decidir; CAM; Centro de Atención Psicológica y Legal para la Familia; Centro de Investigación y Estudios sobre la Sexualidad CIESEX, Asociación Mexicana Contra la Violencia hacia las Mujeres COVAC; Comunicación e Información de la Mujer CIMAC; Equidad y Género; IMIFAP; IRRAQ/ASHOKA; Kina'l Ansetik; MUSEP; Salud Integral para la Mujer SIPAM; Grupo TICIME; Grupo Afluentes; IPAS; Mujeres, Salud y Educación Popular; Grupo de Educación Popular con Mujeres GEM; Defensoras Populares; ADIVAC-Ser Humano; MEXFAM; PRONAM; CORIAC; Grupo de Información en Reproducción Elegida GIRE; Mujeres en Acción Sindical, FEMAP; Red por la Salud de las Mujeres del D.F.; Centro de Orientación para Adolescentes CORA
Durango	MEXFAM
Estado de México	MEXFAM; FEMAP

überregional arbeitenden NGOs sind Fundación Mexicana para la Planeación Familiar (MEXFAM) und Federación Mexicana de Asociaciones Privadas de Salud y Desarrollo Comunitario (FEMAP).

82 Daten in: Conapo, *Ejecución del Programa de Acción de la Conferencia Internacional sobre Población y Desarrollo*. Comité técnico para la revisión de avances CIPD +5, Mexiko 1999, S. 281 ff; zu den Bundesstaaten Campeche, Nayarit und Tabasco konnten keine Daten ermittelt werden.

Bundesstaat	Name der NGO
Guanajuato	Casa, Casa de la Mujer CEMUDECH; Grupo Unidío de Madres Solteras; Centro de Organización y Desarrollo Integral de la Mujer CODIM; MEXFAM, FEMAP
Guerrero	Mujeres Guerrerenses por la Democracia; MEXFAM; FEMAP
Hidalgo	Grupo de Mujeres de Pachuca »Cihuatl«; MEXFAM
Jalisco	Campo; Centro de Investigación y Atención a la Mujer; Centro de Desarrollo Jocotepec; Grupo Lésbico Pallatonalli; MEXFAM; FEMAP
Michoacán	CESEM Heriberto Jara; Equipo de la Promoción de la Salud Comunitaria; MEXFAM
Morelos	CIDHAL; FEMAP
Nuevo León	Género, Ética y Salud Sexual GESS; MEXFAM; FEMAP
Oaxaca	GIRE; CECIPROC; Casa de la Mujer »Rosario Castellanos«; Centro de Estudios de la Mujer y la Familia; MEXFAM; Asociación de Médicas Oaxaqueñas; Transparencia; Ser; FEMAP; Unión de Comunidades Indígenas de la Zona Norte del Istmo
Puebla	Casa de la Sal, A.C.; Centro de Estudios para el Desarrollo Rural CESDER; Comaletzín; Centros Infantiles Campesinos; CIESEX; Diversa-Puebla; Fundación Pro Ayuda a la Mujer Maltratada; Causa Ciudadana; Grupo Promotor de la Asamblea de Mujeres; Maseualsiuamej Mosenyolchicauani; Comité Promotor de la Asamblea Estatal de Mujeres; Desarrollo Estratégico; Fundación Mexicana para la lucha contra el SIDA; Yankuik Yolot de in Sauamej, MEXFAM
Querétaro	Salud y Género; Colectivo Feminista »Encuentro de Mujeres«; FEMAP
Quintana Roo	Estudios de Género; FEMAP
San Luis Potosí	Mujer; Igualdad y Lucha; Gabinete de Enfermeras y centros de Orientación GECO; Centro Potosino de Derechos Humanos; Coordinadora de Salud Sexual y Reproductiva; MEXFAM
Sinaloa	Milenio Feminista; FEMAP
Sonora	GIRE; Asociación de Mujeres Unidas de Sonora AMUSAC; FAI-Sonora; Unión de Mujeres Jefas de Familia; Grupo PLURAL pro Derechos de las Mujeres en Sonora; MEXFAM; FEMAP
Tamaulipas	MEXFAM; FEMAP
Tlaxcala	MEXFAM
Veracruz	GIRE; Colectivo de Investigación, Desarrollo y Educación entre Mujeres; Coordinación de Organismos Civiles de Mujeres; EMAS; Salud y Género; MEXFAM; FEMAP
Yucatán	APIS; UNASSE; GIRE
Zacatecas	Frente Popular de Lucha de Zacatecas; MEXFAM

Eine Möglichkeit zur Zusammenarbeit dieser zahlreichen Gruppen besteht darin, innerhalb eines von einer Regierungsstelle initiierten Programms oder einer Maßnahme mitzuarbeiten. Dies kann sich auf den Entwurf, die Implementierung oder die Evaluierung beziehen. Darüber hinaus kann die NGO auch in der Beratung, Ausbildung oder Weiterbildung, Diagnosestellung oder in der Kanalisierung von Forderungen und Vorschlägen tätig werden. Ein Fall dieser Kooperationsform mit Regierungsstellen war z. B. die Bildung des »Grupo Interinstitucional de Salud Reproductiva«, dem neben allen wichtigen Institutionen des Gesundheitswesens und anderer Regierungsstellen einige NGOs angehörten.⁸³

83 Diese intrainstitutionelle Gruppe für reproduktive Gesundheit wurde im Februar 1995 gegründet. Die partizipierenden NGOs waren: Fundación Mexicana para la Planeación Familiar, Federación Mexicana de Asociaciones Privadas de

Die zentrale Aufgabe dieser Gruppe bestand in der Ausarbeitung des »Programa de Salud Reproductiva y Planificación Familiar« sowie dessen Kontrolle und Evaluierung. Die Mitarbeit der NGOs ermöglichte den Entwurf einer Politik mit der Partizipation der Zivigesellschaft, um so der Fragmentierung, die sonst staatliche Politiken kennzeichnete, zu entgehen, sowie eine interdisziplinäre und multisektorale Bereicherung des Konzeptes der reproduktiven Rechte. Innerhalb dieses Programs wurden offizielle Normen erarbeitet und ratifiziert, die die institutionelle Praxis anleiten und koordinieren sollten.⁸⁴ Über die Mitarbeit der NGOs, insbesondere des Netzwerks »Red por la Salud de las Mujeres del Distrito Federal«, konnte so z.B. erreicht werden, daß in der »Norma Oficial« bezüglich Gebärmutterhalskrebs festgelegt wurde, daß die Behandlung der Frauen an den Kliniken der SSA unentgeltlich erfolgt. Dies führte zu einem substantiellen Anstieg der Früherkennung und Behandlung. Darüber hinaus konnte über die Weiterbildung des Personals die Anzahl der unsachgemäßen Proben reduziert werden. Das Gesundheitsministerium autorisierte daraufhin die Ausweitung der finanziellen Mittel für Früherkennung und die landesweite Förderung des Programms, das sich speziell auch an Männer richtet. Die Frauen konnten auch die Festlegung in Art. 1.2 der Norm durchsetzen, daß »die besondere Aufmerksamkeit den ruralen indigenen Gebieten [...] sowie den marginalisierten urbanen Zonen gilt.«⁸⁵

Eine weitere Form der Zusammenarbeit entsteht, wenn Regierungsstellen in Bereichen mit NGOs in Kooperation treten, die angesichts mangelnder Aufmerksamkeit seitens der Regierung schon längere Zeit zum Aufgabengebiet der NGO zählen. Die NGO ist in diesem Fall mit der Implementierung und der Kontrolle eines spezifischen Projektes befaßt und stellt die personellen und materiellen Ressourcen. Einige dieser

Salud y Desarrollo Comunitario, Consejo de Orientación para Adolescentes, Consejo de Planificación familiar para la Juventud, mittlerweile ersetzt durch Católicas por el Derecho a Decidir, Iniciativa por una Maternidad sin Riesgos en México und Grupo de Información en Reproducción Elegida

84 Zu den Normen oder Richtlinien zählen: Norma Oficial para el Control de la Nutrición (Ernährungskontrolle), N.O. para crecimiento del niño y del adolescente (Heranwachsen der Kinder und Jugendlichen), N.O. de Planificación Familiar (Familienplanung), N.O. de la Atención de la Mujer durante el Embarazo, Parto y Puerperio (Betreuung der Frauen während Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett), N.O. de Prevención, Detección, Diagnóstico, Tratamiento, Control y Vigilancia Epidemiológica del Cáncer Cérvico Uterino (Vorsorge, Diagnose und Behandlung von Gebärmutterhalskrebs), in Bearbeitung sind Brustkrebs, Unfruchtbarkeit und Wechseljahre; vgl. Dirección General de Salud Reproductiva, Normas Oficiales, Mexiko 1999

85 Dirección General de Salud Reproductiva, *Norma Oficial de Prevención, Detección, Diagnóstico, Tratamiento, Control y Vigilancia Epidemiológica del Cáncer Cérvico Uterino*, Art.1.2

Projekte werden dann in ein staatliches Programm integriert und erhalten Unterstützung durch die staatlichen Stellen.

Ein Beispiel hierfür war der Gesetzesvorschlag der »Asociación Mexicana Contra la Violencia hacia las Mujeres« (Mexikanische Vereinigung gegen Gewalt gegen Frauen) für eine Reform im Bereich der intrafamiliären und sexuellen Gewalt, der der »Procuraduría de Justicia del Distrito Federal« (Justizverwaltung des Bundesdistrikts) vorgelegt wurde. Die Gesetzesinitiative basierte auf einer extensiven Forschungsarbeit und empirischen Untersuchungen in neun Städten und nach der Präsentation dieser Arbeit vor mehreren Regierungsstellen und anderen nicht-staatlichen Sektoren, wurde das Gesetz angenommen und trat ab 1998 in Kraft. Das Gesetz beinhaltet auch die kontroversen Fragestellungen zu psychischer und moralischer Gewalt sowie Vergewaltigung in der Ehe. Seit diesem Zeitpunkt arbeitet die Vereinigung im Bereich der Kontrolle der Gesetzesanwendung, organisiert Kampagnen in Zusammenarbeit mit Regierungsstellen und den Vereinten Nationen sowie an der Förderung und Bereitstellung von Anlaufstellen für Opfer (»Unidades de Atención a la Violencia Intrafamiliar«), die als Teil der Sozialpolitik der Regierung des Bundesdistrikts aufgenommen wurden.⁸⁶

Eine weitere Zusammenarbeit zwischen NGO und staatlichen Institutionen in Form von Gegenseitigkeit (partnership) ist dann gegeben, wenn beide Seiten sich auf ein formales Abkommen einlassen, dem ein gemeinsames Handeln zugrunde liegt, und in der ein Gleichgewicht zwischen den Beiträgen, dem Zugang zu Informationen und Ressourcen sowie den Entscheidungsprozessen herrscht. Im Idealfall existieren auch Mechanismen der gegenseitigen Rechenschaft, die sich stabilisierend auf die Vereinbarungen auswirken.

Ein Beispiel hierfür ist ein gemeinsames Projekt zwischen dem »Centro de Estudios para el Desarrollo Rural« und dem »Consejo Estatal de Población del Estado de Puebla«, der für diese Form der Kooperationsprojekte auf Mittel des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen zählen konnte. Gemeinsam wurde ein Projekt der Anpassung der Inhalte Bevölkerung, Familie und reproduktive Gesundheit unter geschlechtsspezifischen Aspekten an die Forschungs- und Entwicklungspläne der ländlichen Gebiete ins Leben gerufen. Dabei wurde primär von den Bedürfnissen der jeweiligen Gemeinden, ihres Wissens über Sexualität und Umgang mit Verhütungsmethoden ausgegangen. Im gemeinsamen Abkommen wurde von Regierungsseite das Projekt analysiert, die NGO in Bezug auf Gestaltung und Haushaltsplan beraten sowie an der Evaluierung teilgenommen. Die NGO entwarf die Bildungs- und Entwick-

86 Vgl. Cristina Herrera Carnevale, 1999, op. cit., S. 27.

lungsmodelle und verpflichtete sich, die Ergebnisse zu evaluieren und in die jeweiligen Gemeinden wieder zurückzutragen.⁸⁷

Die Kooperationen verschiedener NGOs der beschriebenen Beispiele und vieler anderer waren durchaus erfolgreich. Über ihr Handeln und ihren Einsatz wurden die öffentliche Räume ausgeweitet, in denen sich Zivilgesellschaft artikulieren kann und sie ermöglichten die Beteiligung an der Gestaltung, Ausführung und Kontrolle verschiedener Politiken und Programme. Über ihre Arbeit erreichten sie nicht nur die Tatsache, dass Diskurse um Geschlecht und Rasse in die Reflektion, Diskussion, Gestaltung und Programmierung staatlicher Politiken miteinfließen. Sie erreichten in kleineren und größeren Projekten auch, konkret die Lebenssituation vieler Frauen zu verändern und zu verbessern. Sie erbringen medizinische, juristische und psychologische Dienstleistungen in Gebieten und für Bevölkerungsteile, die von Grundrechten und demokratischer Partizipation zumeist ausgeschlossen sind. Darüber hinaus tragen sie dazu bei, zivilgesellschaftliche Partizipation zu fördern und die Verhandlungsfähigkeiten und -möglichkeiten zu stärken.

Die Ausarbeitung und Diskussion des Programms der reproduktiven Rechte hat in großen Teilen nur die Spitzen der Institutionen involviert. Es wird zwar geschätzt, daß z. B. die Schulungen für das dienstleistende Personal über verschiedene Thematiken inzwischen 75% der in diesem Bereich Tätigen umfaßt. Je weiter es aber die »institutionelle Leiter« hinuntergeht bis zu den jeweiligen Dienstleistenden, desto nebulöser wird das Verständnis um die Inhalte und die konkreten Aktionen, die sie implizieren. Die Schulungen und Weiterbildungen gehen von oben nach unten und vom Zentrum in die Peripherie, und sie werden zumeist nicht in die Praxis umgesetzt. Das Verhältnis zwischen Dienstleistenden und KlientInnen basiert daher noch immer vorwiegend auf alten Praktiken und nicht so sehr auf den neuen Einstellungen.⁸⁸

Damit die vielen in diesem Bereich Tätigen die Politiken und Programme der reproduktiven Gesundheit in die Praxis umsetzen, müssen die Vereinbarungen und Programme weiter bekannt gemacht werden. Aber auch die Schulungen müssen bezogen auf die technischen Fragen und im Bereich der Einstellungen, die dieses neue Konzept erfordert, ausgeweitet werden. Die Qualität und die Würdigung im Umgang mit den KlientInnen ist einer der Aspekte, die als problematisch angesehen werden. Sie werden erforscht, um neue Modelle zu entwerfen.⁸⁹

87 Ibid, S. 23.

88 Vgl. Comunicación e Información de la Mujer (CIMAC), *Mujeres y políticas de población*, Mexiko 1999, S. 21.

89 Vgl. Dirección General de Salud Reproductiva, *Carpeta básica de comunicación interpersonal*, Mexiko 1998, dies., *Manual de uso de materiales de información, educación y comunicación*, Mexiko 1999.

1996 wurde die »Comisión Nacional de Arbitraje Médico«⁹⁰ gebildet, die es KlientInnen ermöglicht ihre Rechte gegenüber Dienstleistenden, z.B. Ärzten, zu verteidigen. Trotz dieser Möglichkeit ist die Beziehung meist noch immer asymmetrisch, autoritär und bürokratisch geprägt. Auch die ÄrztInnen, Krankenschwestern, GemeindemitarbeiterInnen usw. sind an spezifische bürokratische Strukturen gebunden und sind so Teil eines Netztes und einer Kultur, die von Grund auf geändert werden müsste, um mehr Gleichheit im Umgang miteinander herstellen zu können. Schiedsgerichte, Kurse und Modelle sind ein Teil der Veränderung, ebenso wichtig ist aber auch die Sensibilisierung für die Problematiken und die Selbstwertschätzung der einzelnen sowie ein Wandel der institutionellen Kultur.

Die andere Seite ist, daß eine Verbesserung in der Betreuung, Beratung und Behandlung der KlientInnen nur dann möglich sein wird, wenn diese genügend Wissen um ihre sexuellen und reproduktiven Rechte sowie eine Selbstwertschätzung entwickeln, um diese einzufordern und durchzusetzen.

Die Kampagnen zur Verbreitung des Konzeptes der reproduktiven Rechte sind über das ganze Land gestreut worden und inzwischen taucht der Terminus nicht nur im offiziellen Diskurs auf, sondern auch in den Parlamenten, den Schulen, in Arztpraxen, in Krankenhäusern bis hin zu Schulbüchern und Briefmarken usw. Eine Sache ist es einige Komponenten der reproduktiven Gesundheit mit diesem Terminus zu assoziieren, eine andere jedoch, sich als Subjekt mit Entscheidungsfreiheit und Rechtsanspruch wahrzunehmen.

Mutterschaft ist nach wie vor ein wichtiges identitätsstiftendes Element für eine Vielzahl von Frauen in Mexiko und kann einen positiven Faktor im Prozeß der Anerkennung der eigenen Entscheidungsrechte und der Selbstwertschätzung darstellen. Studien haben gezeigt, daß eine Vielzahl von Frauen ihre Entscheidungsrechte hinsichtlich ihres Körpers und ihrer sozialen Bedürfnisse am meisten wahrgenommen haben, wenn sie Mitglied in einem Frauennetzwerk waren.⁹¹ Die Arbeit von unabhängigen feministischen Organisationen ist daher sowohl auf der institutionellen Seite als auch auf der Klientinnenseite unabdingbar.

90 Nationale Kommission für medizinische Schiedsverfahren.

91 Vgl. Martina Krause, 1996, op. cit., S. 62.

5. Resümee

Die vorliegende Arbeit ist mit dem Anspruch angetreten, über die Untersuchung eines spezifischen Politikfeldes die geschlechtsspezifische Konstruktion von Politik und Nationalstaat im Detail nachzuzeichnen. Es konnte gezeigt werden, dass staats-theoretische Konzeptionalisierungen innerhalb der policy-Forschung beschränkt bleiben, wenn sie weiterhin die Analyse grundlegender Herrschaftsverhältnisse wie Geschlecht und Rasse außer Acht lassen. Vor dem Hintergrund der Beschäftigung mit einer spezifischen Staatstätigkeit erscheint Staat als Verdichtung eines sozialen Kräfteverhältnisses, in anderen Worten, eines sich ständig ändernden Kompromißgleichgewichts zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften. Herrschaftsverhältnisse und die daraus resultierenden sozialen Differenzen – Geschlecht, Klasse, Ethnie – sind das Ergebnis eines Konstitutionsprozesses unterschiedlicher Akteure und des Staates selbst. Staat erscheint einerseits durchdrungen von diesen Hierarchisierungen und Differenzen und erzeugt sie andererseits. Wenn Politiken von Diskursen und Konzeptionalisierungen geprägt werden, können sie auf dieser Ebene auch verändert werden. Daher dient das präzisere Verständnis darüber, wie politische Entscheidungsprozesse entstehen und verlaufen, dem Versuch, aus einer feministischen Perspektive die Möglichkeiten auszuloten, wie Politiken verändert und mitgestaltet werden können. Wenn also davon ausgegangen werden kann, dass staatlichem Handeln spezifische Konzeptionalisierungen zu Grunde liegen, welche die Machtpotentiale gesellschaftlicher AkteurInnen strukturieren und als Legitimationsgrundlage von Herrschaftsverhältnissen dienen, scheint dies in der Entstehung und dem Verlauf politischer Entscheidungsprozesse wieder auf. Um diesen Zusammenhang zu verdeutlichen, wurde mit der vorliegenden Untersuchung der Versuch einer Verknüpfung der bevölkerungspolitischen »Empirie« mit einer Theoretisierung der Konstitutionsprozesse von Staat unternommen. Die zugrunde gelegte staats-theoretische Hypothese war dabei, dass Diskurse, Ideen (belief-Systems) und Wahrnehmungen einen entscheidenden Einfluß auf staatspolitische Strukturen (polity) und staatstragende Politiken (politics) haben und selbst wiederum von letzteren geprägt werden, woraus sich die konkreten Politikinhalte (policies) erklären. Am Beispiel der Bevölkerungspolitik in Mexiko wurde daher den Bestimmungs- und Einflußfaktoren, den Inhalten und Folgen bevölkerungsrelevanter Staatstätigkeit im Rahmen sowohl der mexikanischen als auch der internationalen Strukturen und Prozesse nachgegangen. Im Zentrum der Analyse stand der Paradigmenwechsel der mexikanischen Bevölkerungspolitik, der 1974 die pronatalistischen Politiken, die über Jahrhunderte im nationalen Diskurs mit Modernisierung und Fortschritt gleichgesetzt wurden, mit einer antinatalistischen Bevölkerungspolitik in ihr genaues Gegenteil verwandelte.

Es wurde deutlich, dass Bevölkerungspolitik eine der Politiken ist, die mit der Herausbildung von Nationalstaatlichkeit aufs engste verknüpft sind, da letztere für die Herstellung und Legitimation ihres Herrschaftsanspruchs bestimmte Kriterien der Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit konstruieren mußten und müssen. Im Mittelpunkt des Nationalstaates steht die Reproduktion der bürgerlichen Familie und die Produktion einer ethnischen Fiktion der nationalen Gemeinschaft. Dabei wirken sowohl geschlechtshierarchische als auch eugenisch rassistische Diskurse auf die Definition des Nationalen und seine Selektionsprinzipien. Es wurde dargelegt, dass im Mittelpunkt von Bevölkerungspolitik immer der Körper der Frau stand und steht, da neben Einwanderungsgesetzen die Geburtenregulierung zentraler Fokus von Bevölkerungspolitik ist. In Mexiko wurden die Frauen auf Grund der Geschichte und Tradition des Landes, auf Grund seiner spezifischen staatlichen Verfaßtheit und auf Grund seiner außenpolitischen Einbettung in ganz spezifischer Weise zum Ziel bevölkerungsrelevanter Politiken.

Die internationale Herausbildung und Gewichtung des Diskurses über Bevölkerung im letzten Jahrhundert bildete den Hintergrund und das Klima, in dem eine enge Verzahnung von Eugenik, Rassismus, Geschlechterordnung und Modernisierung auch im Nationalen stattfand. Für den internationalen Bevölkerungsdiskurs wurde nachgezeichnet, wie die Debatte um Bevölkerung und Eugenik im letzten Jahrhundert verlief. Lag bis 1945 die Priorität des internationalen Bevölkerungsdiskurses auf eugenischen und rassistisch eingefärbten Selektionsprinzipien, verschob sich aufgrund der kritischen Öffentlichkeit, als Reaktion auf die nationalsozialistische Bevölkerungs- und Vernichtungspolitik, der Diskurs auf die Frage, wie dem Bevölkerungswachstum – insbesondere in den ärmeren Teilen der Welt - angesichts ökologischer und sozialpolitischer Katastrophenszenarios begegnet werden sollte. Die 1960er und 1970er Jahre waren weltweit von einem soziopolitischen Klima geprägt, das auf der einen Seite die »Grenzen des Wachstums« mit Untergangsszenarien der Menschheit zeichnete und auf der anderen Seite emanzipatorische Bewegungen und neue Konzeptionalisierungen von Moderne hervorbrachte. Die rassistisch und geschlechtsspezifisch konnotierte Wahrnehmung von Überbevölkerung fand eine rasante internationale Verbreitung, wobei die Kriterien für Überbevölkerung lediglich bei Staaten der Dritten Welt Anwendung fanden und erst auf Grund ihrer Verknüpfung mit Modernisierungsdiskursen eine solch durchschlagende Wirkung erzielten. Viele Nationalstaaten griffen den antinatalistischen internationalen Diskurs bereitwillig auf und prägten ihn wiederum national spezifisch in ihren Modernisierungspolitiken. Mexiko war eine der ersten Staaten und wurde von den Vereinten Nationen Mitte der 1980er Jahre als Musterland für Bevölkerungspolitik prämiert.

Diese Wechselwirkung und enge Verknüpfung von internationalen und nationalen Diskursen stellt einen breiten Teil der vorliegenden Untersuchung dar. So kann in der internationalen Position Mexikos und seiner Außenpolitik ein weiterer Bestimmungsfaktor des Paradigmenwechsels ausgemacht werden: Von Bedeutung für eine Abkehr von pronatalistischen Konzepten zu diesem Zeitpunkt war Mexikos internationale Selbstdarstellung und eine Außenpolitik, die sich durch das Engagement in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen auszeichnete. Indem die soziale und politische Modernisierung auch auf internationaler Ebene verteidigt und unterstützt wurde, wirkte sie auf die staatliche Modernisierungspolitiken zurück und bestätigte sie damit. Ein zentrales Vehikel der mexikanischen Modernisierungspolitik war die »neue Außenpolitik« seit 1970, die in ihrer prononcierten Dritte Welt-Rhetorik Mexikos Führungsrolle innerhalb der Dritten Welt intendierte. Bevölkerungspolitik erschien in diesem Zusammenhang als ein Politikfeld, das sowohl mit der internationalistischen Selbstverpflichtung Mexikos als auch mit seinem Projekt der Modernisierung und der nationalen Entwicklung kompatibel war.

Auch bezogen auf die mexikanische Innenpolitik wurden zentrale Bestimmungsfaktoren für den bevölkerungspolitischen Paradigmenwechsel benannt und in ihrer Entstehungsgeschichte erläutert. Das heutige Mexiko kann in seinen staatlichen Strukturen sowie seinen politischen Entscheidungs- und Handlungsprozessen, die mit der Form und Ausführung seiner Bevölkerungspolitik verknüpft sind, nur mittels einer historischen Rekonstruktion verstanden werden. So schleppte der mexikanische Nationalstaat sein koloniales Erbe in Bezug auf Rasse und Geschlecht in das 19. Jahrhundert mit und übertrug es mithilfe neuer Bedeutungszusammenhänge in das 20. Jahrhundert. Die sozialen Bedingungen der nationalen Revolution von 1910 sowie ihre ideologischen Elemente waren ausschlaggebend für die Legitimierung der neu entstandenen politischen Institutionen in Mexiko. Über den Einschluß des politischen Liberalismus, der Arbeits- und Landreform, des ökonomischen Nationalismus, des Indigenismus und Antiklerikalismus in die Modernisierungsprojekte bildeten sich der Präsidentialismus als Entscheidungsstruktur sowie der korporatistisch geprägte Einparteiensstaat heraus. Damit einher ging ein familialistischer Legitimationsdiskurs, der einerseits die Männer in die »Revolutionäre Familie« und damit auf die Partei und den Staat verwies und andererseits die Frauen in ihrer staatsbürgerlichen Funktion als Mütter in die private Sphäre delegierte. Die daraus folgenden familienpolitischen Konzeptionen basierten zunächst auf pronatalistischen Vorstellungen und führten in der Folge zu rapidem Bevölkerungswachstum und Urbanisierung.

Zentral für den Paradigmenwechsel in der mexikanischen Bevölkerungspolitik war der staatliche Legitimitätsverlust, der durch die ökonomische

mische und politische Krise der 1960er Jahre hervorgerufen wurde. Die ökonomische Stagnation und die Marginalisierung breiter Bevölkerungsschichten sowie die Kulmination der politischen Auseinandersetzungen mit dem Massaker von 1968 bedeuteten die Bankrotterklärung eines Regimes, das auf Staatsterror zur Herrschaftserhaltung zurückgriff. Für die nachfolgende Regierung lagen entsprechend die zentralen Ziele ihrer Politik in der Restauration der Glaubwürdigkeit der Partei und der Regierung mittels Reformen. Innerhalb dieses, auf politische und ökonomische Reformen ausgerichteten Modernisierungsprojektes erhielt die neue, antinatalistische Politik einen zentralen Stellenwert. Die Bevölkerungspolitik wurde von der Regierung zum Dreh- und Angelpunkt nicht nur des ökonomischen sondern auch des sozialen Wandels stilisiert. Dabei bedienten sich die neuen familien- und gesundheitspolitischen Programme der feministischen Rhetorik und rekurierten auf die Forderungen der erstarkenden mexikanischen Frauenbewegung nach einem freien Zugang zu Verhütungsmitteln.

Nationale Experten wie Bevölkerungswissenschaftler und Ökonomen legitimierten die neue Bevölkerungspolitik und konnten sich dabei wiederum auf den internationalen Diskurs stützen.

Die neue Bevölkerungspolitik wurde zwar als Sozialpolitik konzeptionalisiert, letztendlich fiel die Implementierung der Maßnahmen und die Entwicklung der familienplanerischen Programme jedoch fast ausschließlich in den Aufgabenbereich des staatlichen Gesundheitswesens und damit der Schwerpunkt der Durchführung auf technische-medizinische Aspekte der Verhütung. Die bevölkerungspolitischen Maßnahmen konzentrierten sich dabei auf die Geburtenkontrolle und bedienten sich der Erforschung und Entwicklung moderner Verhütungstechnologien. Die bevölkerungspolitischen Maßnahmen konzentrierten sich dabei auf die Geburtenkontrolle und bedienten sich der Erforschung und Entwicklung moderner Verhütungstechnologien. Angesichts eines signifikanten Anstiegs der Verhütungspraxis kann die mexikanische Bevölkerungspolitik durchaus als erfolgreich bezeichnet werden. So verbanden sich der Kampf um neue weibliche Lebensentwürfe mit den Möglichkeiten der individuellen Familienplanung und schufen mehr Freiräume für Frauen. Diese blieben jedoch weiterhin alleinige Adressatinnen der bevölkerungspolitischen Maßnahmen und wurden weiterhin auf ihre Rolle als Mütter (nun mit weniger Kindern) reduziert. Die Favorisierung von Verhütungsmethoden seitens des staatlichen Gesundheitswesens, die zu einer Kontrolle über den weiblichen Körper führten, trafen insbesondere die marginalisierten Gruppen der mexikanischen Bevölkerung. In dieser Körperpolitik verbinden sich geschlechtshierarchische und rassistische Praktiken.

Erst seit den 1990er Jahren kam es in Mexiko zu einem verstärkten gesellschaftlichen Widerstand, der sich kritisch mit diesem Bereich staat-

lichen Handelns auseinandersetzte. Das Engagement verschiedener mexikanischer Nichtregierungsorganisationen steht in einem engen Zusammenhang mit der internationalen feministischen Debatte über Bevölkerungspolitik. Mit dem zunehmenden Einflußgewinn von internationalen Frauenorganisationen im Vorfeld der Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen in Kairo 1994 kam es zu einer Wahrnehmungsverschiebung und Diskursveränderung in Richtung eines Konzeptes der Reproduktiven Rechte von Frauen. Der feministischen Lobby ist es zwar nicht gelungen, den hegemonialen Diskurs um Überbevölkerung endgültig zu delegitimieren; die nationalen Regierungen, die Vereinten Nationen sowie die großen internationalen Familienplanungsorganisationen gerieten jedoch unter Rechtfertigungszwang und mussten sich an ihren Erklärungen zu Reproduktiven Rechten und Entwicklung messen lassen.

Die mexikanischen Frauenorganisationen engagierten sich auf dem internationalen Parkett und traten gleichzeitig mit ihren Forderungen in Verhandlungen mit der mexikanischen Regierung. Der Terminus der Reproduktiven Rechte taucht inzwischen nicht nur im offiziellen Diskurs auf, sondern hat Eingang in das mexikanische Alltagsleben gefunden. In die Realität des staatlichen Gesundheitswesens, haben jedoch nur vereinzelte Komponenten der Reproduktiven Gesundheit Eingang gefunden. Für den Kampf um mehr Entscheidungsfreiheit und Rechtsansprüche von Frauen ist daher die Arbeit von unabhängigen feministischen Organisationen weiterhin unabdingbar.

Die Möglichkeit, sich in Politikprozesse einzumischen, hängt von den jeweiligen nationalen Bedingungen und der innenpolitischen Unterstützung für feministische Politik ab. Internationale Frauenorganisationen können in Zusammenarbeit mit den nationalen als Wächterinnen und Anklägerinnen fungieren, um möglichst breite Öffentlichkeiten herzustellen. Daneben müssen die Frauen in einem sehr langwierigen Prozess über ihre Rechte aufgeklärt werden, um so überhaupt erst ein neues ganzheitliches Selbstbewußtsein über ihre Körper erlangen zu können. Zivilgesellschaftliche Aktivitäten waren also durchaus in der Lage, im Bereich der Bevölkerungspolitik an bestimmten Punkten eine Diskurs- und Praxisveränderung zu erreichen. So gibt es in der Zwischenzeit zahlreiche Organisationen, die sich dem Diskurs der reproduktiven Rechte verschrieben und sehr effektive Arbeit im Bereich der Bewußtseinsveränderung und des empowerment von Frauen geleistet haben. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Erfolge auf die staatlichen Politiken derart auswirken, dass von einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung gesprochen werden kann, und ob damit die Modernisierungsversprechen tatsächlich weitgreifender eingelöst werden. Das politische System Mexikos ist von einer Flexibilität gekennzeichnet, die einer der Gründe für den jahrzehntelangen Machterhalt einer Partei darstellt. Die Verhand-

lungsfähigkeit staatlicher wie zivilgesellschaftlicher Akteure übt eine gewisse Faszination aus, die zum Teil auch zu einer Romantisierung gerade bei europäischen und US-amerikanischen WissenschaftlerInnen führt. Diese politischen Verhandlungen dienen vor allem der Konfliktvermeidung, die Ergebnisse münden jedoch selten in einen Rechtsanspruch und verweisen die zivilgesellschaftlichen Akteure auf die staatliche Benevolenz.

Es wurde deutlich, dass die Veränderung von Politikgehalten in der Auseinandersetzung mit dem Staat erfolgen muß, da die Ausübung der individuellen und kollektiven Rechte an diesen gebunden bleibt. Der Staat legt noch immer das institutionelle, symbolische und rechtliche Feld fest, auf dem sich die verschiedenen AkteurInnen bewegen müssen. Schon im historischen Rekurs wurde auf die Verknüpfung von mangelnder Staatlichkeit und nationalem Überhang hingewiesen. Meines Erachtens sind die konstatierten geschlechtshierarchischen Strukturen nicht in der Staatlichkeit begründet, sondern gerade in ihrem Mangel. Auf der Legitimitätsebene wird dieses Defizit durch einen Überhang des Nationalen kompensiert, der sich in einer spezifischen Geschlechterordnung und rassistischen Zuweisungen manifestiert. Diese in das Nationale eingeschriebenen Ordnungen strukturieren wiederum den politischen Zugang zu staatlichen Prozessen, d.h. auch die Handlungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure.

Der massive Rückzug des mexikanischen Staates aus den Bereichen der Wohlfahrt hatte die Zunahme von NGOs zur Folge, die vormals staatliche Aufgaben übernehmen, sei dies nun in sozialen Projekten, in Gesundheitszentren oder in Organisationen für Menschenrechte. Es kann jedoch nicht zivilgesellschaftliche Aufgabe sein, soziale und politische Rechtsansprüche zu garantieren. Ziel sollte vielmehr die Stärkung der BürgerInnenschaft sein, dabei geht es nicht nur um die Bereitstellung von Dienstleitungen, sondern um einen strukturellen Wandel, der neoliberalen Tendenzen entgegensteuert.

Zivilgesellschaftliche Politiken müssen sich daher gerade für den Ausbau von Staatlichkeit engagieren. An die Stelle des Klientelismus und Korporatismus des Einparteiensystems sollte jedoch eine verstärkte demokratische Kontrolle treten, über den Staat sowie über den Zugang zur politischen Definitionsmacht. Die Zivilgesellschaft in Mexiko hat zum politischen Transformationsprozeß in entscheidender Weise beigetragen, der sich auch in einer Diversifizierung der Parteienlandschaft ausdrückt und zu einem Machtverlust der Regierungspartei führte. Die verstärkten parteipolitischen Aktivitäten bergen jedoch die Gefahr eines Rückgangs kollektiver Aktivitäten und einer Rückkehr zu traditionellen politischen Mustern mit ihren Dichotomien von öffentlich-privat, institutionell-informell und sozial-politisch: Mit der Konsolidierung von Parteien können die Visibilität und die Handlungsmöglichkeiten von Frauen als

Gruppe entschwinden. Der Einfluß von Frauenorganisationen auf Bevölkerungspolitik hängt daher in großem Maße von der Offenheit der institutionellen Entscheidungsstrukturen gegenüber demokratischer Partizipation ab. Ihr Veränderungspotential hängt auch von der Fähigkeit verschiedener Frauengruppierungen ab, kollektiv Druck auf die bevölkerungspolitischen Schlüsselorganisationen auszuüben. Für eine feministische Perspektive erscheint eine Kombination unterschiedlicher Strategien am erfolgversprechendsten, um einer Einengung der politischen Räume entgegenzuarbeiten. Frauenpolitik, die auf einer kritischen Hinterfragung gesellschaftlicher und staatlicher Hierarchien und Herrschaftsverhältnissen basiert, muß also auf mehreren Ebene gleichzeitig ansetzen: Zum einen kann sie über eine punktuelle Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen und internationalen Organisationen den Zugang von Frauen zu Entscheidungsprozessen fördern und damit eine demokratische Kontrolle dieser Prozesse vorantreiben. Zum anderen sollte die Kooperation von internationalen Netzwerken und lokalen Frauenorganisationen intensiviert werden, um einen besseren Informationsaustausch sowie die Koordinierung politischer Strategien zu gewährleisten. Für die Entwicklung neuer Handlungsoptionen im Feld der Reproduktiven Rechte ist es notwendig, zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterstützen sowie deren politische Autonomie gegenüber Parteien und religiösen Organisationen zu gewährleisten.

Literatur

- Abrams, Philip: *Historical sociology*, Ithaca 1982.
- Acosta Díaz, Felix: *Hogares más pobres con jefaturas femeninas*, in: Demos Nr. 5, Mexiko 1992.
- Aguilar Marmolejo, María Teresa: *La familia y la ley*, in: CNDH, Reunión Nacional sobre Derechos humanos de la Mujer, Mexiko 1993.
- Aguirre Beltrán, Gonzalo: *La población negra de México. Estudio etnohistórico*, Mexiko 1972.
- Aguirre Beltrán, Gonzalo: *Los símbolos étnicos de la identidad nacional*, in: ders., *Obra polémica*, Mexiko 1975, S. 121-123.
- Aguirre Beltrán, Gonzalo: *The slave trade in Mexico*, Mexiko 1944.
- Aguirre Beltrán, Gonzalo: *Zonas de refugio. El proceso de aculturación*, Mexiko 1957.
- Agustín, José: *Tragicomedia mexicana 2. La vida en México de 1970 a 1982*, Mexiko 1998.
- Akhter, Farida: *Reproduktive Rechte und Bevölkerungspolitik*, in: *Brot für alle, Wenig Kinder – viel Konsum?*, Basel/Zürich/Luzern
- Alarcón, Francisco/Mojarro, Octavio: *Los retos del programa de planificación familiar*, in: DEMOS, Nr. 4, 1991, S. 11-12.
- Alba, Francisco/Potter, Joseph E.: *Población y desarrollo en México: una síntesis de la experiencia reciente*, in: *Estudios demográficos y urbanos*, vol. 1 núm. 1, Mexiko 1986, S. 7-37.
- Alba, Francisco: *El pensamiento mexicano sobre población y desarrollo (1965-1990)*, Mexiko 1994.
- Alberti, Pilar: *Mujeres del Tercer Mundo: un desafío al pensamiento occidental sobre la condición de la mujer*, in: *Mujeres y hombres en la formación del pensamiento occidental*, Madrid 1989.
- Aldrete Haas, José Antonio: *The decline of the Mexican State? The case of state housing intervention*, Massachusetts 1989.
- Alexander, Sally: *Women, class and sexual difference*, in: Anne Phillips (Hg.): *Feminism and equality*, Oxford 1987, S. 160-176.
- Allen Taylor, Ann: *Feminismus und Eugenik im historischen Kontext*, in: *Feministische Studien* 1, 1991, S. 46-68.
- Alonso Tejeda, Blanca Irma: *Seguridad económica a jubiladas y pensionadas*, México 1988.
- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit: *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*, München 1996.
- Anderle, Adan: *El positivismo y la modernización de la identidad nacional en América Latina*, Sevilla 1988.

- Anderson, Benedict: *El efecto tranquilizador del fratricidio: O de cómo las naciones imaginan sus genealogías*, in: Cecilia Noriega Elio (Hg.), *El nacionalismo en México*, Mexiko 1992.
- ANFER: *X Aniversario de ANFER*, México 1983.
- Angeles, Luis (ed.): *Vertientes de la modernización*, México 1990.
- Anguiano, Arturo: *La modernización de México*, México 1990.
- Appelt, Erna/Neyer, Gerda: *Feministische Politikwissenschaft*, Wien 1994
- Appelt, Erna: Familialismus. *Eine verdeckte Struktur im Gesellschaftsvertrag*, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): *Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin*, Frankfurt/New York 1997, S. 114-137.
- Aragónés, Ana/ Candia, José: *Planes de desarrollo y política demográfica en México*, Naucalpan 1990.
- Arendt, Hannah: *Was ist Politik?*, München 1993.
- Arreola, Teresa: *Programas de control natal: arma del imperialismo*, in: Clara Aranda et al.: *La mujer: explotación, lucha, liberación*, México 1976.
- Arrom, Silvia Marina: *Las mujeres de la ciudad de México, 1790-1857*, Mexiko 1988
- Arzipe, Lourdes: *La mujer en el sector de trabajo informal en Ciudad de México: un caso de desempleo o de elección voluntaria?*, in: *Estudios de población* Vol. 1, Nr. 11, Bogotá 1976.
- Arzipe, Lourdes/Pedrero, Mercedes/Velázquez, Margarita: *Las mujeres mexicanas y el desarrollo nacional durante el decenio de las Naciones Unidas para la Mujer 1975-1985*, México 1985.
- Ashworth, Georgina: *The United Nations »Women's Conference« and international linkages in the women's movement*, in: Peter Willets (Hg.), *Pressure groups in the global system*, London/New York 1982, S. 125-147.
- Asociación Pro-Salud Maternal, A. C.: *1968-1969 Population and family planning programs*, Mexiko 1968.
- Asociación Pro-Salud Maternal: *Annual Report 1964*.
- Agustín, José: *Tragicomedia mexicana 2. La vida en México de 1970 a 1982*, Mexiko 1998.
- Balfour, Marshal C. et al.: *Public health and demography in the Far East: Report of a survey trip 1948*, The Rockefeller Foundation, New York 1950.
- Balibar, Etienne: *Die Nation-Form: Geschichte und Ideologie*, in: dies./ Immanuel Wallerstein, *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten*, Hamburg/Berlin 1992
- Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel: *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten*, Berlin 1990
- Ballesteros, Kattia/Monge, Irannia: *Lectura crítica del Código Penal desde la agresión contra las mujeres en relación de pareja*, in: Rosalía Camacho/Alda

- Facio (eds.): *Sobre patriarcas, jercas, patrones y otros varones*, San José 1993.
- BANAMEX: *México Social 1987. Indicadores seleccionados*, Mexiko 1988.
- Barbieri, Teresita de: *Políticas de población y la mujer*, in: *Revista Mexicana de Sociología*, México, September 1982, S. 293-308.
- Barbieri, Teresita de: *Políticas de población y la mujer. Una aproximación al caso de México*, 44o. Congreso Internacional de Americanistas, Manchester, 6. -10. September 1982.
- Barbieri, Teresita de: *Mujeres y vida cotidiana*, México 1984.
- Barbieri, Teresita de: *Las mujeres, menos madres. Control de la natalidad: control de la mujer?*, in: *Nueva Sociedad*, Nr. 75, Caracas, Januar/Februar 1985, S. 105-113.
- Barbieri, Teresita de: *El trabajo femenino y las rencillas por la igualdad*, in: *DEMOS* Nr. 1, México 1988.
- Barbieri, Teresita de: *Breve reseña acerca de la política de población en México*, Vortrag auf der Konferenz: *Mujer y políticas de población en América Latina y el Caribe*, Oaxtepec, 5. -9. Juli 1993.
- Barbieri, Teresita de: *Cambios y resistencias*, in: *DEMOS* Nr. 6, México 1993, S. 18-19.
- Barbieri, Teresita de/ Oliveira, Orlandina de: *Nuevos sujetos sociales, la presencia política de las mujeres en América Latina*, in: *Nueva Antropología* vol VIII Nr. 30, Mexiko 1986.
- Barclay, William et al.: *Population Control and the Third World*, NACLA Newsletter, vol. 4, no. 8, 1970.
- Barreda, Horacio: *El siglo XIX ante el feminismo; una interpretación positivista*, México 1991.
- Barron Martí, Claudia: *El problema no siempre es la ley*, in: CNDH: *Reunión Nacional sobre los Derechos Humanos de la Mujer*, Mexiko 1993.
- Bartolomé, Miguel Alberto: *Gente de costumbre y gente de razón. Las identidades étnicas en México*, Mexiko 1997.
- Basave Benítez, Agustín: *México mestizo. Análisis del nacionalismo mexicano en torno a la mestizofolia de Andrés Molina Enríquez*, Mexiko 1992.
- Béjar Navarro, Raúl / Hernández Bringas, Héctor H.: *Desigualdad social y población*, in: Francisco Alba/Gustavo Cabrera (Hg.), *La población en el desarrollo contemporáneo de México*, Mexiko 1994, S. 229-249 .
- Benería, Lourdes/Roldán, Martha: *Las encrucijadas de clase y género. Trabajo a domicilio, subcontratación y dinámica de la unidad doméstica en la Ciudad de México*, Mexiko 1992.

- Benería, Lourdes/Sen, Gita: *Class and gender inequalities and women's role in development: Theoretical and practical implications*, in: Feminist Studies, vol. 8, no. 1, 1982, S. 157-76.
- Benhabib, Seyla: *Liberaler Dialog kontra Kritische Theorie diskursiver Legitimierung*, in: Bert van den Brink/Willem van Reijen (Hg.): Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie, Frankfurt/M. 1995, S. 411-432.
- Benhabib, Seyla/Nicholson, Linda: *Politische Philosophie und die Frauenfrage*, in: Iring Fetscher/Herfried Münkler (Hg.): Pipers Handbuch der politischen Ideen, Bd. 5, Zürich 1987, S. 513-562.
- Benítez Zenteno, Raúl: *Distribución de la población y desarrollo urbano en México*, in: José Luis Calva (Hg.), Desarrollo regional y urbano. Tendencias y alternativas, tomo 1, Mexiko 1995, S. 165-199.
- Bernal Gómez, Beatriz: *La mujer y el cambio constitucional en México. El decreto del 13 de diciembre de 1974*, Mexiko 1984.
- Betancourt, Alberto: *El zapatismo: La intervención de una modernidad alternativa*, in: Dora Kanoussi (Hg.), El zapatismo y la política, Mexiko 1998, S. 77-105.
- Beyme, Klaus von: *Ansätze zu einer Theorie der Transformation der ex-sozialistischen länder Osteuropas*, in: Wolfgang Merkel (Hg.), Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S. 154.
- Black, Naomi: *The future for women and development*, in: N. Black/ A. B. Cottrell (Hg.): Women and world change: Equity issues in development, Beverly Hills 1981.
- Bock, Gisela: *Zwangssterilisation im Nationalsozialismus*, Opladen 1986.
- Bodin, Jean: *De la démonomanie des sorciers*, Paris 1580.
- Bovin, Olivier: *Privatisation in developing countries; reflections on a panacea*, Paris 1992.
- Brachet-Márquez, Viviane: *La política de planificación familiar en México. Un proceso institucionalizado?*, in: Revista Mexicana de Sociología Vol. XLVI, Nr. 2, April-Juni 1984, S. 285-310.
- Brachet-Márquez, Viviane: *The dynamics of domination. State, class, and social reform in Mexico 1910-1990*, Pittsburgh/London 1994.
- Braig, Marianne: *Mexiko – ein anderer Weg der Moderne. Weibliche Erwerbsarbeit, häusliche Dienste und Organisation des Alltags*, Köln 1992.
- Braig, Marianne: *Frauen in der internationalen Arbeitsteilung*, in: Marianne Braig/Ursula Ferdinand/Martha Zapata (Hrsg): Begegnungen und Einmischungen. Festschrift für Renate Rott zum 60. Geburtstag, Stuttgart 1997, S. 133-146.

- Braig, Marianne: *Frauen als Vermittlerinnen zwischen der Nation und der »Welt der Dörfer« – Lehrerinnen im postrevolutionären Mexiko*, in: Hispanorama, Nr. 81 (1998), S. 12-27.
- Braig, Marianne/Barbieri, Teresita de: *Geschlechterverhältnis zwischen Modernisierung und Krise*, in: D. Briesemeister/K. Zimmermann (Hg.): *Mexiko heute*, Frankfurt/M 1992.
- Brambila Paz, Carlos: *Migración y formación familiar en México*, México 1985.
- Brito de Martí, Esperanza: *Estudio sobre los programas y políticas del gobierno de México en relación a la mujer*, México.
- Bronfman, Mario/López, Elsa/Tuirán, Rodolfo: *Práctica anticonceptiva y clases sociales en México: experiencia reciente*, in: Estudios Demográficos Año 1, Nr. 1, 1986.
- Brown, Wendy: *Finding the man in the state*, in: dies.: *States of injury. Power and freedom in late modernity*, Princeton/New Jersey 1995, S. 166-196.
- Brunner, José Joaquín: *América Latina en la encrucijada de la modernidad*, Santiago de Chile 1992.
- Brunner, José Joaquín: *Tradicionalismo y modernidad en la cultura latinoamericana*, Santiago 1990.
- Bryant, Robey / Rutstein, Shea O. / Morris, Leo: *The fertility decline in developing countries*, in: Scientific American, Dezember 1993.
- Bunch, Charlotte/Carrillo, Roxanna/Guinee, Ied (ed.): *Feminist Perspectives: Report of the Feminist Perspectives Working Group to the Closing Plenary*, in: Women's Studies International Forum, Vol. 8, Nr. 4, 1985, S. 243-247.
- Bunch, Charlotte/Carrillo, Roxanna: *Feminist perspectives on women in development*, in: Irene Tinker (Hg.): *Persistent inequalities: Women and world development*, New York 1990, S. 70-82.
- Bunch, Charlotte/Castley, Shirley: *Developing strategies for the future: feminist perspectives. Report of the International Feminist Workshop held at Stony Point, New York, April 20-25, 1980*, New York (ITWC) 1980.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, *Dokumentation der Erklärung und Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz 1995. Gleichberechtigung – Entwicklung – Frieden*, Bonn 1996.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: *Dokumentation der Erklärung und Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz 1995. Gleichberechtigung – Entwicklung – Frieden*, Bonn 1996
- Cabrera Acevedo, Gustavo: *Diálogos sobre población*, Mexiko 1966.
- Cabrera Acevedo, Gustavo: *El estado mexicano y las políticas de población*, in: Francisco Alba/Gustavo Cabrera (Hg.), *La población*

- en el desarrollo contemporáneo de México, Mexiko 1994, S. 345-371.
- Cagatay, Nilufer/Funk, Ursula: *Comments on Tinker's »A feminist view of Copenhagen«*, in: *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, Vol. 6, Nr. 4, 1981, S. 776-778.
- Calderón de la Barca, Francis: *La vida en México durante una estancia de dos años en ese país*, México 1959.
- Calderón, Luis: *Extractos de contenidos de prensa*, IMES, Mexiko 1976 .
- Caldwell, John/Caldwell, Pat: *Limiting population growth and the Ford Foundation contribution*, London/Dover 1986.
- Caldwell, John: *Mass education as a determinant of the timing of fertility decline*, in: *Population and development Revue* Nr. 6, 1980, S. 225-255.
- Calvo Buezas, Tomás: *Los más pobres en el país más rico. Clase, raza y etnia en el movimiento campesino chicano*, Madrid 1981.
- Camarena Córdova, Rosa María: *Instituciones sociales y reproducción*, México 1991.
- Camp, Roderic A.: *Intellectuals and the state in Mexico, 1920-1980: The influence of family and education*, in: Roderic A. Camp/Charles A. Hale/Josefina Zoraida Vázquez (Hg.), *Los intelectuales y el poder en México*, Mexiko/Los Angeles 1991, S. 551-565 .
- Camp, Roderic A.: *Politics in Mexico*, New York/Oxford 1993.
- Camp, Roderic A.: *Women and political leadership in Mexico: A comparative study of female and male political elite*, in: *The Journal of Politics* vol. 41, Nr. 2, Univ. of Florida 1979.
- Campos Ruíz, David: *Dos momentos históricos en la estrategia de la modernización de México 1940-1986*, México 1986.
- Cano, Gabriela: *La ciudadanía de las mujeres: Disjuntiva entre la igualdad y la diferencia sexual (México 1917-1953)*, in: Martha Moscoso (Hg.), *Palabras del silencio. Las mujeres latinoamericanas y su historia*, Mexiko 1995, S. 149-183.
- Careaga, Gabriel: *Los intelectuales y la política en México*, Mexiko 1971.
- Carpizo, Jorge: *El presidencialismo mexicano*, Mexiko 1978.
- Carrillo Flores, Antonio: *Reflexiones acerca de la política exterior y la diplomacia mexicana*, in: *Diálogos*, Nr. 120, Nov. /Dez. 1984.
- Carr-Saunders, A. M.: *The population problem: A study in human evolution*, London 1936.
- Casas, Bartolomé de las: *Apologética Historia Sumaria (1633)*, Mexiko 1967.
- Casas, Bartolomé de las: *Historia de las Indias (1638)*, Mexiko 1951.
- Alfonso Caso, *La comunidad indígena*, Mexiko 1971.

- Castillo, Fernando: *El movimiento de 68 fue autónomo (entrevista a Roberto Escudero)*, in: Revista de la Universidad de México Nr. 4/5 Mexiko 1978/79.
- Castillo, Victor M. /Ramírez Acosta, Ramón de Jesús: *Restructuring manufacturing: a comparison of the mexican maquiladora industry and East Asian EPZ in the presence of the NAFTA*, Colima 1992.
- Casullo, Nicolás (ed.): *El debate modernidad-postmodernidad*, Buenos Aires 1991.
- CEED: *Dinámica de la población de México*, Mexiko 1970.
- Centro Latinoamericano de Demografía (Celade): *Estimaciones y proyecciones de población*, San José de Costa Rica 1983.
- CEPAL: *III Conferencia regional sobre la integración de la mujer en el desarrollo económico y social de América Latina y el Caribe*, México 1983.
- Cervantes Carson, Alejandro/Sandoval, Germán: *Encuesta Nacional sobre Fecundidad y Salud 1987*, in: Memoria de la Reunión celebrada el 30 de septiembre de 1988, SSA, Mexiko 1988, S. 133-149.
- Cervantes Carson, Alejandro: *De mujeres, médicos y burócratas: Políticas de población y derechos humanos en México*, in: Gloria Careaga Pérez/Juan Guillermo Figueroa/Maria consuelo Mejia (Hg.): *Ética y salud reproductiva*, Mexiko 1996.
- Cervantes Carson, Alejandro: *Nuevas alternativas a viejas premisas para 1989 a 1994*, in: DEMOS Nr. 3, México 1990, S. 22-23.
- Chabat, Jorge: *Condicionantes del activismo de la política exterior mexicana (1960-1985)*, in: Humberto Garza Elizondo (Hg.), *Fundamentos y prioridades de la política exterior de México*, Mexiko, S. 89-108.
- Chabat, Jorge: *El marco jurídico de la política exterior: tendencias y perspectivas*, in: Cuadernos de la Política Exterior Mexicana, Nr. 2, Mexiko: CIDE 1986.
- Chabat, Jorge: *La incorporación de los principios tradicionales de la política exterior mexicana*, in: Carta de Política Exterior Mexicana, Jg. 8, Nr. 3-4, Mexiko Cide 1987.
- Charlesworth, Hilary: *What are »Women's International Human Rights«?*, in: Rebecca Cook (Hg.), *Human rights of women. National and international perspectives*, Philadelphia 1994, S. 59-84.
- Chenery, Hallis et al.: *Redistribution with growth*, London 1974.
- Cicerchia, Ricardo: *Familia, género y sujetos sociales: propuestas para otra historia*, in: Soledad González Montes/Julia Tuñón (Hg.): *Familias y mujeres en México. Del modelo a la diversidad*, Mexiko 1997, S. 31-53.
- CIM: *Evaluación y perspectivas del movimiento femenino del PRI*, México.
- CIM: *La mujer en el nuevo contexto nacional*, México 1992.

- CNDH: *Los Derechos Humanos de la mujer*, México 1992.
- Coale, Ansley J.: *The demographic transition*, in: IUSSP: International Population Conference, Liège 1973.
- Coale, Ansley J.: *Population growth and economic development: The case of Mexico*, in: Foreign Affairs: An American Quarterly Review, Januar 1978.
- Cockcroft, James: *Coercion and ideology in Mexican politics*, in: James Cockcroft/André Gunter Frank/Dales L. Johnson, Dependence and underdevelopment in Latin America's political economy, New York 1972.
- Comisión de Salud y Seguridad Social: *Hacia un sistema de salud*, Mexiko 1983.
- Comunicación e Información de la Mujer (CIMAC): *Mujeres y políticas de población*, Mexiko 1999
- Consejo Nacional de Población (CONAPO): *Igualdad de la mujer*, México 1975.
- CONAPO: *Programa de comunicación. Informe y proyecto*, Mexiko 1975.
- CONAPO: *México demográfico*, Mexiko 1979.
- CONAPO: *Política demográfica nacional y regional. Objetivos y metas 1978-1982*, México 1982.
- CONAPO: *Manual de la familia*, México 1982.
- CONAPO: *Evaluación del Decenio de la Mujer 1975-1985*, México 1985.
- CONAPO: *Programa Nacional de Población 1988-1994*, Mexiko 1988.
- CONAPO: *Programa nacional de población 1989-1994*, México 1991.
- CONAPO: *Informe sobre la situación demográfica de México. Síntesis*, México 1994.
- CONAPO: *Demográfica 1992*, in: Programa Nacional de Población 1995-2000, Mexiko 1995.
- CONAPO: *Avances de ejecución del Programa Nacional de Población 1995-2000 en el ámbito estatal*, Mexiko 1998.
- CONAPO: *La situación demográfica de México*, Mexiko 1998.
- CONAPO: *III Informe de avances del Programa Nacional de Población 1995-2000*, Mexiko 1998.
- Conapo: *Ejecución del Programa de Acción de la Conferencia Internacional sobre Población y Desarrollo. Comité técnico para la revisión de avances CIPD +5*, Mexiko 1999.
- CONAPO: *Ejecución del Programa de Acción de la Conferencia Internacional sobre la Población y el Desarrollo. Comité técnico para la Revisión de Avances*, Mexiko 1999.
- CONAPO: *Situación actual de la mujer en México. Diagnóstico sociodemográfico*, Mexiko 2000.

- CONAPO/CNM: *Informe de la Delegación Mexicana sobre la Conferencia Mundial para el Examen y la Evaluación de los Logros del Decenio de las Naciones Unidas para la Mujer: Igualdad, Desarrollo y Paz*, Mexiko 1985.
- Conference Report: *International Conference on Reproductive and Genetic Engineering and Women's Reproductive Health*, in: Resources for Feminist Research, Vol. 18, Nr. 3, 1989, S. 83-89.
- Connell, Rober W.: *The state, gender, and sexual politics. Theory and appraisal*, in: Theory and Society 19, 1990, S. 507-544.
- Cook, Rebecca (Hg.): *Human rights of women. National and international perspectives*, Philadelphia 1994.
- Cook, Sherburne F./Borah, Woodrow: *The Indian Population of Central Mexico*, Berkely/Los Angeles/London 1960.
- Cook, Sherburne F./Borah, Woodrow: *Essays in Population History: Mexico and the Caribbean*, Berkeley/Los Angeles/London 1971.
- Cornell, Drucilla: *Geschlechterhierarchie, Gleichheit und die Möglichkeit von Demokratie*, in: Herta Nagl-Docekal/Herlinde Pauer-Studer (Hg.): Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität, Frankfurt/M. 1996, S. 397-417.
- Correa, Sonia/Petchetsky, Rosalind: *Reproductive and sexual rights: A feminist perspective*, in: Sita Gen (Hg.), Population policies reconsidered. Health, empowerment and rights, Boston 1994, S. 107-126.
- Cortés, Hernán: *Cartas de relación (1519-1526)*, Mexiko 1985.
- Cottingham, Jane: *ISIS: A decade of international networking*, in: Ramona R. Rush/Donna Allen (Hg.), Communications at the crossroads: The gender gap connection, Norwood 1989, S. 238-250.
- Covarrubias, Ana Cristina/González de Rivero, Olivia: *La comunicación y el cambio cognoscitivo, actitudinal y conductual en la planificación familiar*, in: Jorge Martínez Manatou (Hg.), La revolución demográfica en México 1970-1980, Mexiko 1982, S. 151-201.
- CPNPF: *Las bases de programación para la planificación familiar, 1979-1982*, Mexiko 1979.
- Craske, Nikki: *Mexican women's inclusion into political life: A Latin American Perspective*, in: Victoria E. Rodríguez (Hg.), Women's participation in mexican political life, Austin 1998, S. 41-63.
- Crespo, José Antonio: *Governments of the opposition. The official respond*, in: Victoria E. Rodríguez/Peter M. Ward (Hg.), Opposition government in Mexico, Albuquerque 1995, S. 17-33.
- Cuadernos del Senado: *Industria maquiladora*, México 1991.
- Cuneo, Michele de: *Brief an Annari, 28. 10. 1495*, in: Raccolta Columbiana, III, Bd. 2, S. 95-107.

- D'Aubetierre, María Eugenia: *Feministas o femeniles: La presencia de las mujeres en el partido oficial del Estado Mexicano*, México 1987.
- Davis, Kingsley: *Fertility control and the demographic transition in India*, Milbank Memorial Fund Quarterly, New York 1954.
- Davis, Kingsley: *Apreciación crítica de Malthus*, in: Thomas Malthus: Ensayo sobre el principio de población, México 1951.
- Davis, Kingsley: *Human fertility in India*, in: American Journal of Sociology 52, Nov. 1946.
- Davis, Kingsley: *Population Control: will current programs succeed?*, in: Science, vol. 158, 1967.
- Declaration of People's Perspectives on »Population« Symposium 1994*, in: E. colibri, Nr. 9/19, 1994, S. 13-16.
- Deliens Dellicour, Cristina/Caumus Gómez, Rosario: *La planificación familiar y la mujer*, in: INEGI, Estudios sobre la mujer, vol. 2, México 1985.
- Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hg.): *Hegemonie und Staat*, Münster 1992
- Demirovic, Alex/Pühl, Katharina: *Identitätspolitik und die Transformation von Staatlichkeit: Geschlechterverhältnisse und Staat als komplexe materielle Relation*, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation*, Opladen 1997, PVS Sonderheft 28, S. 220-243
- Denman, Catalina A.: *Industrialización y maternidad en el noroeste de México*, in: IV Reunión Nacional de Investigación Demográfica en México, México 1990.
- Department of Economic and Social Affairs (DIESA): *World survey on the role of women in development*, United Nations New York 1986.
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGNV) (Hg.), *Aktionsprogramm der Konferenz der Vereinten Nationen über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) vom 5.-13.9.1994*, Bonn 1994
- Díaz Castillo, Bernal del: *Historia verdadera de la conquista de la Nueva España (1632)*, Mexiko 1980.
- Díaz-Polanco, Héctor: *Indigenismo, modernización y marginalidad; una revisión crítica*, México 1979.
- Dirección de Salud Materno-infantil y Planeación Familiar : *Patrones de atención materno-infantil en México*, Mexiko 1981.
- Dirección General de Salud Reproductiva, *Carpeta básica de comunicación interpersonal*, Mexiko 1998, dies., *Manual de uso de materiales de información, educación y comunicación*, Mexiko 1999
- Dixon-Mueller, Ruth: *Population policy and women's rights. Transforming reproductive choice*, Westport, CT/London 1993.

- Döhler, Marian: *Ordnungspolitische Ideen und sozialpolitische Institutionen*, in: Czada, Roland / Schmidt, Manfred G.: Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit, Opladen 1993, S. 123-144.
- Duden, Barbara: *Der Frauenleib als öffentlicher Ort*, Heidelberg/Zürich 1991.
- Echeverría Alvarez, Luis: *III Informe del Gobierno*, in: México a través de los informes presidenciales, tomo 1, Los mensajes políticos, Mexiko 1976.
- Echeverría, Luis: *Discurso pronunciado en la sesión inaugural de la Conferencia Mundial del Año Internacional de la Mujer*, México 1975.
- Economismo, culturalismo y política de población*, in: Demos Nr. 4, México 1991, S. 22-23.
- Ehrenreich, Barbara/English, Deidre: *Hexen, Hebammen, Krankenschwestern*, München 1975
- Ehrlich, Paul: *Die Bevölkerungsbombe*, München 1971.
- Eichhorn, Cornelia: *Frauen sind die Neger aller Völker. Überlegungen zu Feminismus, Sexismus und Rassismus*, in: Redaktion diskus (Hg.), Die freundliche Zivilgesellschaft. Rassismus und Nationalismus in Deutschland, Berlin/Amsterdam 1992
- Eichhorn, Cornelia: *Im Dienste des Gemeinwohls. Frauen und Nationalstaat*, in: Cornelia Eichhorn/Sabine Grimm (Hg.): Gender Killer. Texte zu Feminismus und Politik, Berlin/Amsterdam 1994, S. 77-93
- El Saadawi, Nawal/ Mernissi, Fatima/Vajrathon, Mallica: *A critical view of the Wellesley Conference*, in: Quest: A Feminist Quarterly, Vol. 4, Nr. 2 1978, S. 101-107
- Elson, Diane/Pearson, Ruth: *La última fase de internacionalización de capital y sus implicaciones para la mujer del Tercer Mundo*, in: Estudios sobre la mujer vol. 1, Mexiko 1981.
- Elu de Leñero, María del Carmen: *El trabajo de la mujer en México*, Mexiko 1975.
- Encuesta Mexicana de Fecundidad 1976/1977*.
- Entrena Durán, Francisco: *Del caudillismo al populismo estructural*, Sevilla 1995.
- Equal Rights, United Nations Conference and Equal Rights*, vol. 31, no. 4, S. 45 (1945).
- Erklärung des Ausschusses für Familie und Bevölkerungsfragen des internationalen Verbandes für Innere Mission und Diakonie*, Frankfurt/M. 1932.
- Escamilla Gil, María Guadalupe: *Un diario para el auge y la crisis*, Mexiko 1991.
- Espinosa Damián, Gisela: *Avances y retos de la Salud Reproductiva en México. Discurso, financiamiento y praxis*, Mexiko 1999.

- Esquivel Hernández, María Teresa: *Mujer y modernización: análisis estadístico*, in: Sociología Nr. 10, Mexiko 1989.
- Estatutos de la ANFER, Comité Ejecutivo Nacional ANFER-PR*, Mexiko o.J.
- Feick, Jürgen/Jann, Werner: 'Nations matter' – *Vom Eklektizismus zur Integration in der vergleichenden Policy-Forschung?*, in: Manfred G. Schmidt (Hg.), *Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen*, Opladen, 1988, S. 196-220.
- Fernández Kelly, María Patricia: *Las maquiladoras y las mujeres en Ciudad Juárez (México): Paradojas de la industrialización bajo el capitalismo integral*, México 1981/82.
- Fernández Kelly, P.: *Broadening the scope: gender and industrial economic development*, in: Sociological Forum, Baltimore 1990.
- Fernández Poncela, Anna M.: *Transformación social versus modelos culturales persistentes*, in: Irma Saucedo/Florinda Riquer: *Identidades de género*, México 1993.
- Figueroa Mier, M. /Hernández Castillo, R.: *Entre la violencia doméstica y la opresión cultural: La Ley de Costumbre a los ojos de las mujeres. Crónica de una muerte trágica*, in: CNDH: *Reunión Nacional sobre los Derechos Humanos de la mujer*, México 1993.
- Figueroa Perea, J. G. /Hita Dussel, María Gabriela/Aguilar Ganado, Blanca Margarita: *Algunas notas sobre reproducción, derechos humanos y políticas de planificación familiar*, in: Fem Nr. 136-138, México 1994.
- Figueroa Perea, Juan Guillermo/Aparicio Jiménez, Ricardo C.: *El abandono de la anticoncepción*, in: Demos 4, 1991, S. 13-14.
- Figueroa Perea, Juan Guillermo: *Anticoncepción quirúrgica, educación y elección anticonceptiva*, in: IV Reunión Nacional de Investigación Demográfica en México, México 1990.
- Figueroa Ramírez, Silvia Leticia/Aviles Muñoz, Ana María: *Algunas consideraciones teorico-metodológicos para el estudio de la mujer obrera en la industria de la transformación*, in: II Simposio de estudios de Investigación de la Mujer en México, México 1982.
- Florescano, Enrique: *Etnia, estado y nación. Ensayo sobre las identidades colectivas en México*, Mexiko 1997.
- FNUAP: *La mujer, la población y el desarrollo*, New York 1981.
- Foucault, Michel: *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1*, Frankfurt/M. 1991.
- Foweraker, Joe: *Movimientos sociales y derechos del ciudadano en América Latinas*, in: Menno Vellinga (Hg.): *El cambio del papel del estado en América Latina*, México 1997, S. 364-396.
- Franco, Jean: *Plotting women. Gender and representation in Mexico*, New York 1989.

- Franco, Jean: *Las conspiradoras. La representación de la mujer en México*, Mexiko 1994.
- Fraser, Nancy: *Rethinking the public sphere: A contribution to the critique of actually existing democracy*, in: Craig Calhoun (Hg.): *Habermas and the public sphere*, Cambridge 1992, S. 109-142
- Fraser, Nancy: *Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht*, Frankfurt 1994.
- Fucaraccio, Angel: et al.: *Imperialismo y control de la población*, Buenos Aires 1973.
- Fundación Konrad Adenauer: *La importancia de la mujer en el desarrollo social y económico de un país. Un diálogo latinoamericano-europeo*, México 1992.
- Gamio, Manuel: *Forjando patria*, Mexiko 1960.
- García, Ana Lidia: *El divorcio en México en la segunda mitad del siglo XIX: un debate ideológico*, Mexiko 1991.
- Garcá Prince, Evangelina: *Políticas públicas en el enfoque de género en América Latina y el Caribe*, in: Seminario Latinoamericano: Mujeres, género y desarrollo, Bogotá 1992.
- García, Brígida/Oliveira, Orlandina de: *Trabajo femenino y vida familiar en México*, Mexiko 1994.
- García, Brígida: *Anticoncepción en el México rural*, in: Julieta Quilodrán (Hg.), *La fecundidad rural en México*, Mexiko 1983, S. 225-295.
- García, Brígida: *La feminización en la actividad económica*, in: Demos Nr. 5, México 1992.
- García Martínez, Bernardo: *Los pueblos de la sierra. El poder y el espacio entre los indios del norte de Puebla hasta 1700*, Mexiko 1987
- Garrido, Luis Javier: *La transición a la democracia en México: Los esfuerzos frustrados (1986-1992)*, in: Manuel Alcántara/Antonia Martínez (Hg.): *México frente al umbral del siglo XXI. Reformas económicas y democratización política*, Mexiko 1992, S. 151-191.
- Garza Caligari, Anna María et al.: *Sk'op Anzetik. Una historia de mujeres en la selva de Chiapas*, Tuxtla Gutiérrez 1993.
- Garza, Gustavo: *Crisis económica y desarrollo urbano*, in: Demos Nr. 5, México 1992: S. 14-15.
- Gastelum Gaxiola, Ma. de los Angeles: *Agenda de derechos y obligaciones de la mujer*, México 1987.
- Gerhard, Ute: *Verhältnisse und Verbindungen. Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 1978.
- Gerhard, Ute: *Unerbört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung*, Reinbeck 1990.
- Gerhard, Ute: *Frauenforschung und Frauenbewegung – Skizze ihrer theoretischen Diskurse*, in: Deutsche Forschungsgemeinschaft, Senatskommission

- für Frauenforschung (Hg.), Sozialwissenschaftliche Frauenforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Bestandsaufnahme und forschungspolitische Konsequenzen, Berlin 1994, S. 12-28.
- Gilly, Adolfo: *Nuestra caída en la modernidad*, Mexiko 1988.
- GIRE: *El aborto en México: las reformas imprescindibles*, in: Coyuntura Nr. 40, México 1993: 44-45.
- Glantz, Margo: *La Malinche: La lengua en la mano*, in: Debate Feminista, vol. 5 1994, S. 167-182.
- Glaß, Christian: *Bevölkerungswachstum als Katastrophe. Die ideologische Kontinuität der demographischen und ökologischen Diskussion*. Frankfurt/New York 1978.
- Gomariz, Enrique: *Modernidad y cultura en América Latina: una discusión con José Joaquín Brunner*, Santiago de Chile 1991.
- Gómez Magande, Guadalupe: *Integración política de la mujer durante 1975-1985*, in: Línea: teoría y práctica d la revolución mexicana Nr. 28, México 1986.
- Gonzalbo, Pilar/Rabell, Cecilia: *Diálogo abierto sobre la familia iberoamericana*, in: Pilar Gonzalbo Aizpuru/Cecilia Rabell (Hg.): *La familia en el mundo iberoamericano*, Mexiko 1994, S. 9-41.
- González Butrén, María Arcelia: *La mujer en la economía: estrategias de sobrevivencia y cambio*, in: Temas de Población Nr. 6, Puebla 1992.
- González Montes, Soledad/Tuñón, Julia: *Familias y mujeres en México: del modelo a la diversidad*, Mexiko 1997.
- González Montes, Soledad: *Los ingresos no agropecuarios. El trabajo reenumerado femenino y la transformación de las relaciones intergeneracionales e intergeneracionales de las familias campesinas*, México 1988.
- González Morales, Arturo/Esquivel Hernández, María Teresa: *Dispersión y carencias*, in: Demos Nr. 5, México 1992: S. 16-17.
- González Navarro, Moisés: *Población y sociedad en México (1900-1970)*, Bd. I und II, Mexiko 1974.
- González Pedrero, Enrique: *El gran viraje*, Mexiko 1961.
- Gordon, Linda: *Women's body, women's right. A social history of birth control*, New York 1977.
- Gortari, Eli de: *Ciencia positiva – política científica*, in: Solange Alberro (Hg.), *Cultura, ideas y mentalidades*, Mexiko 1992, S. 127-141.
- Grande, Edgar: *Die neue Architektur des Staates*, in: Czada, Roland/Schmidt, Manfred G. (Hg.): *Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit*, Opladen 1993, S. 51-72.
- Greissimer, T. O.: *The population bomb*, New York 1954.
- Grupo de Estudio del Problema del Empleo: *El problema ocupacional en México. Magnitud y recomendaciones*, Mexiko 1973.

- Guerra, François-Xavier: *Modernidad e independencias. Ensayos sobre las revoluciones hispánicas*, Mexiko 1992.
- Guevara Niebla, Gilberto: *El 68 y la Universidad de México*, in: *Revista de la Universidad de México* Nr. 4/5, Mexiko 1978/79.
- Guillén Romo, Héctor: *Orígenes de la crisis en México; inflación y endeudamiento externo (1940-1982)*, Mexiko 1985.
- Guitian, Carmen: *Igualdad de la mujer. Reflexiones de Miguel de la Madrid*, Mexiko 1982.
- Habermas, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Frankfurt/M. 1990
- Habermas, Jürgen: *Zur Legitimation durch Menschenrechte*, in: Hauke Brunkhorst/Peter Niesen (Hg.): *Das Recht der Republik*, Frankfurt/M. 1999, S. 386-403
- Haftendorn, Helga: *Zur Theorie außenpolitischer Entscheidungsprozesse*, in: *Zeitschrift für internationale Beziehungen*, S. 400-423.
- Hartman, Bettsy: *Reproductive Rights and wrongs. Th global politics of population control and contraceptive choice*, New York 1987.
- Heim, Susanne/Schaz, Ulrike: *Berechnung und Beschwörung. Überbevölkerung: Kritik einer Debatte*, Berlin 1996.
- Heim, Susanne: *Human Betterment, Zwangssterilisation und Retortenbabys*, in: Kaupen-Haas, Heidrun (Hg.) *Der Griff nach der Bevölkerung*, Nördlingen 1986.
- Heinelt, Hubert: *Policy und Politics. Überlegungen zum Verhältnis von Politikinhalt und Politikprozessen*, in: Héritier, Adrienne (Hg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*, Opladen 1993, S. 307-327.
- Heinsohn, Gunnar/Knieper, Rolf/Steiger, Otto: *Menschenproduktion. Allgemeine Bevölkerungstheorie der Neuzeit*, Frankfurt/M. 1979.
- Hellman, Judith A.: *Mexico in crisis*, New York/London 1983.
- Héritier, Adrienne: *Policy-Analyse. Elemente der Kritik und Perspektiven der Neuorientierung*, in: Héritier, Adrienne (Hg.), *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*, Opladen 1993, S. 9-36.
- Hernández Rodríguez, Rogelio: *La formación del político mexicano. El caso de Carlos A. Madrazo*, Mexiko 1991 .
- Hernández, Salvador: *El PRI y el Movimiento estudiantil de 1968*, Mexiko 1971.
- Herrera Carnevale, Cristina : *Experiencias viables de colaboración entre ONG de mujeres e instituciones gubernamentales en México*, Mexiko 1999.
- Herrera, Amílcar et al.: *Catástrofe o nueva sociedad?*, Buenos Aires 1972.
- Hirsch, Joachim: *Der Sicherheitsstaat*, Frankfurt 1980.
- Holland-Cunz, Barbara: *Die Wiederentdeckung der Herrschaft. Begriffe des Politischen in Zeiten der Transformation*, in: Eva Kreisky, Eva / Sauer, Birgit

- (Hg.), *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformationen*, Opladen 1998, S. 91.
- Holthaus, Ines/Klingebiel, Ruth: *Vereinte Nationen – Sprungbrett oder Stolperstein auf dem langen Marsch zur Durchsetzung der Frauenrechte?*, in: Ruth Klingebiel/Shalini Randeria (Hg.): *Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen*, Bonn 1998, S. 34-66.
- Hora Bélchez, Guillermo: *La función pública en el proceso de modernización nacional*, México 1991.
- Hummel, Diana: *Feministische Debatten über Bevölkerungspolitik und reproduktive Rechte: Einmischungen und Abgrenzungen*, in: Ruth Klingebiel/Shalini Randeria (Hg.): *Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen*, Bonn 1998, S. 186-214.
- Huxley, Julian: *World population*, in: *On population*, New York 1962.
- IMSS: *Planificación familiar, población y salud en el México rural*, Mexiko 1986, S. 72-79.
- IMSS: *Programa nacional de planificación familiar*, Mexiko 1985.
- Instituto de Investigaciones Sociales (UNAM): *El perfil de México en 1980*, Mexiko 1970.
- International Women's Tribune Center (IWTC): *Women organizing: A collection of IWTC newsletters on women's organizing and networking strategies*, New York 1984.
- Israel, Jonathan I.: *Race, class and politics in colonial Mexico*, Oxford 1975.
- IWTC, *Women organizing: A collection of IWTC newsletters on women's organizing and networking strategies*, New York 1984.
- Jaggard, Alison M. /McBride, William L.: *Reproduktion als männliche Ideologie*, in: Elisabeth List/Herlinde Studer (Hg.): *Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik*, Frankfurt/M. 1989, S. 133-164.
- Jahan Rounaq: *The International Women's Year Conference and Tribune*, in: *International Development Review*, vol. 3, 1975, S. 36-40.
- Jaquette, Jane S. /Staudt, Kathleen A.: *Women as 'at risk' reproducers: Biology, Science and population in U. S. Foreign Policy*, in: Virginia Sapiro (Hg.): *Women, biology and public policy*, Beverly Hills, 1985 S. 235-268.
- Jaquette, Jane S.: *Women and modernization theory: A decade of feminist criticism*, in: *World Politics* Nr. 34, Princeton 1981/82.
- Jenson, Jane: *Paradigms and political discourse: Protective legislation in France and the USA before 1914*, in: *Canadian Journal of Political Science* 22 (2), 1986.
- Jessop, Bob: *Nationalstaat, Globalisierung, Gender*, in: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit, *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformationen*, Opladen 1997, PVS Sonderband 24, S. 262-292.

- Jessop, Bob: *Veränderte Staatlichkeit. Veränderungen von Staatlichkeit und Staatsprojekten*, in: D. Grimm (Hg.): *Staatsaufgabe*, Baden-Baden 1994, S. 43-73.
- Johnson, R. A.: *Puerto Rico, Commonwealth or colony?*, New York 1980.
- Jonas /Tietzel (Hg.): *Die Neuordnung der Weltwirtschaft*, Bonn-Bad Godesberg 1976.
- Jost, A: *Das Recht auf den Tod, Sociale Studie*, Göttingen 1895.
- Juárez, Fátima/Quilodrán, Julieta: *Mujeres pioneras del cambio reproductivo en México*, in: Fátima Juárez/Julieta Quilodrán/María Eugenia Zavala de Cosío: *Nuevas pautas reproductivas en México*, Mexiko 1996.
- Jung, Johann Heinrich: *Lehrbuch der Staats-Polizey Wissenschaft*, Leipzig 1788.
- Jusidman, Clara: *La población y el salario frente a la globalización de la economía*, in: *Demos* Nr. 4, México 1991.
- Karl, Marilee: *Networking the global women's movement*, in: Karl/Charnes (Hg.), *Women, struggles and strategies: Third World perspectives*, Rome 1986
- Kennedy, David: *Birth control in America*, New Haven 1970.
- Keremitsis, Dawn: *La industria de empaques y sus trabajadoras 1910-1940*, in: *Encuentro* 5, Guadalajara 1984, S. 57-73.
- Kirk, Dudley: *Population changes and the postwar world*, in: *American Sociological Review* 9, Feb. 1944, S. 28-35.
- Klevenow, Annegret: *Geburtenregelung und »Menschenökonomie«: Die Kongresse für Sexualreform 1921 bis 1930*, in: Kaupen-Haas, Heidrun (Hg.) *Der Griff nach der Bevölkerung*, Nördlingen 1986.
- Knaup, Bettina: *Frauen und politische Entscheidungsmacht: Von fernen Zielen und drohenden Rückschritten*, in: Ruth Klingebiel/Shalini Randeria (Hg.): *Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen*, Bonn 1998, S. 86-112.
- Knibbs, G. H.: *The mathematical theory of population, of its character and fluctuations, and of the factors which influence them*, Melbourne 1917.
- Knight, Alan: *Racism, Revolution, and Indigenismo: Mexico, 1910-1940*, in: Richard Graham (Hg.): *The Idea of Race in Latin America, 1870-1940*, University of Texas Press, Austin 1990, S. 71-114.
- Knight, Alan: *The Ideology of the Mexican Revolution, 1910-1940*, in: *Estudios Interdisciplinarios de América Latina y el Caribe (EIAL)*, vol. 8, no. 1 (1997), S. 77-110.
- Knight, Alan: *The mexican revolution*, 2 Bd., Cambridge 1986.
- Konetzke, Richard: *La legislación española y el mestizaje en América*, in: *El mestizaje en la historia de Ibero América*, Mexiko 1961.

- Kontos, Silvia: *Körperpolitik – eine feministische Perspektive*, in: Teresa Kulawik/Birgit Sauer (Hg.): *Der halbierte Staat. Grundlagen feministischer Politikwissenschaft*, Frankfurt/New York 1996, S. 137-158.
- Korany, Baghat (Hg.): *How foreign policy decisions are made in the Third World*, Boulder, 1986.
- Koschützke, Albrecht: *Die Lösung auf der Suche nach dem Problem: NGOs diesseits und jenseits des Staates*, in: *Lateinamerika. Analysen und Berichte* 18, Bad Honnef 1994, S. 39-64.
- Krause, Martina: *Mexiko. Heterogenität und Bevölkerungsentwicklung*, Frankfurt/New York 1996.
- Kreisky, Eva / Sauer, Birgit: *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation*, in: dies., *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformationen*, Opladen 1998, S. 10.
- Kreisky, Eva: *Der Staat ohne Geschlecht? Ansätze feministischer Staatskritik und feministischer Staatserklärung*, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft*, Frankfurt/New York 1995, S. 203-223.
- Kreisky, Eva: *Gegen »geschlechtshalbierte Weisheiten«. Feministische Kritik an der Politikwissenschaft im deutschsprachigen Raum*, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft*, Frankfurt/New York 1995, S. 27-63.
- Kreisky, Eva: *Diskreter Maskulismus. Über geschlechtsneutralen Schein politischer Idole, politischer ideale und politischer Institutionen*, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer, *Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin*, Frankfurt/M./New York 1997.
- Kühl, Stefan: *Die Internationale der Rassisten. Aufstieg und Niedergang der internationalen Bewegung für Eugenik und Rassenhygiene im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/New York 1997.
- Kulawik, Teresa/Sauer, Birgit: *Staatstätigkeit und Geschlechterverhältnisse*, in: Kulawik, T. /Sauer, B. (Hg.): *Der halbierte Staat. Grundlagen feministischer Politikwissenschaft*, Frankfurt/New York 1996, S. 9-44.
- Lafaye, Jacques: *Quetzalcóatl y Guadalupe: la formación de la identidad nacional en México*, Mexiko 1977.
- Lajous, Roberta: *El Decenio de las Naciones Unidas para la Mujer y la política de población*, in: *Estudios de la Mujer*, vol. 1, México 1982.
- Lamas, M.: *Aborto: costos políticos, perspectivas democráticas*, in: *Coyuntura* Nr. 40, México 1993.
- Lamas, Marta: *Mujeres y políticas públicas*, in: Elena Tapia/Patricia Mercado (Hrsg.).
- Lamas, Marta: *Salinas y las mujeres*, in: *Nexos* Nr. 124, México 1988.

- Lander, Edgardo (ed.): *Modernidad y universalismo*, Caracas 1991.
- Lang, Sabine: *Geschlossene Öffentlichkeit. Paradoxien der Politikwissenschaft bei der Konstruktion des öffentlichen Raums*, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): *Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin*, Frankfurt/New York 1997, S. 46-70.
- Lang, Sabine: *Öffentlichkeit und Geschlechterverhältnis. Überlegungen zu einer Politologie der öffentlichen Sphäre*, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft*, Frankfurt/New York 1995, S. 83-122.
- Langer, Ana/Lozano, Rafael/Hernández, Bernardo: *Niveles, tendencias y diferenciales*, in: *Demos* Nr. 6, México 1993.
- Langley, Winston E.: *Women's rights in international documents, a sourcebook with commentary*, Jefferson 1991.
- Lara, María Asunción: *Incorporación de la mujer al trabajo reenumerado: repercusiones para su salud reproductiva*, in: *Coloquio sobre Género y Salud Femenina*, México 1993.
- Lassonde, Louise: *Los desafíos de la demografía. ¿Qué calidad de vida habrá en el siglo XXI?*, México 1997.
- Lau, Ana/Ramos, Carmen: *Mujeres y revolución*, Mexiko 1993.
- Laughlin, H.: *Studies on the historical and legal development of eugenical sterilization in the U. S.*, in: H. Harmse/F. Lohse (Hg.), *Bevölkerungsfragen*, München 1936.
- Laurell, Ana Cristiana/Ortega, María Elena: *El impacto del »TLC« en el sector salud*, México 1991.
- Lavrin, Asunción: *Investigación sobre la mujer de la colonia en México: siglos XVII y XVIII*, in: Asunción Lavrin (Hg.), *Las mujeres latinoamericanas. Perspectivas históricas*, Mexiko 1985, S. 33-73.
- Leal, Luisa María: *Informe sintético sobre el estado actual de la política de población en México*, San José 1976.
- Leal, Luisa María: *La nueva política demográfica: planeación familiar*, Mexiko 1974.
- Lechner, Norbert: *The transformations of politics*, in: Felipe Agüero/Jeffrey Stark (Hg.): *Fault lines of democracy in post-transition America*, Miami 1998, S. 21-41.
- Lechner, Norbert: *Un desencanto llamado posmoderno*, Santiago de Chile 1988.
- Lehmann, David/Bebbington, Anthony: *Las ONG, el estado y el proceso del desarrollo*, in: Menno Vellinga (Hg.): *El cambio del papel del estado en América Latina*, México 1997, S. 334-364.

- Leñero Otero, Luis: *Valores ideológicos y las políticas de población en México*, Mexiko 1979.
- Leñero Otero, Luis: *Varones, neomachismo y planeación familiar*, México 1992.
- Lenz, Ilse: *Geschlecht, Herrschaft und internationale Ungleichheit*, in: Regina Becker-Schmidt/Gudrun Axeli Knapp (Hg.): *Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften*, Frankfurt/New York 1995, S. 19-46.
- León-Portilla, Miguel (Hg.): *Visión de los vencidos. Relaciones indígenas de la conquista*, Mexiko 1980.
- Lepsius, Rainer (Hg.): *Ideen, Interessen und Institutionen*, Opladen 1990.
- Lerner, Susana/Quesnel, André: *Instituciones y reproducción. Hacia una interpretación del papel de las instituciones en la regulación de la fecundidad en México*, in: Francisco Alba/Gustavo Cabrera (Hg.), *La población en el desarrollo contemporáneo de México*, Mexiko 1994, S. 85-117.
- Lerner, Susana/Quesnel, André: *Mediaciones institucionales y reulación en la fecundidad. Reflexiones en torno al estado de conocimiento*, in: IV Reunión Nacional de Investigación Demográfica en México, México 1990.
- Lerner, Susana: *La investigación y planeación demográficas en México*, in: *Demografía y Economía*, Vol. 1, Nr. 1, Mexiko 1967.
- Levi, Clara: *Entrevistas a ejecutivos de agencias. Subestudio. Agencias de población*, Mexiko 1975, S. 110-133
- Ley General de Población. Capítulo I. Objeto y atribuciones, Artículo 1o*, in: *Diario Oficial*, 7. 1. 1974, Mexiko 1974.
- Ley sobre Relaciones familiares 1917*.
- Lezama, José Luis: *Novedades del desarrollo actual del capitalismo*, in: *Demos* Nr. 3, México 1990.
- Linhard, José: *Bevölkerungspolitik in Mexiko*, Berlin (Diss.) 1978.
- List, Elisabeth: *Homo Politicus – Femina Privata? Thesen zur Kritik der Politischen Anthropologie*, in: J. Conrad/ U. Konnertz (Hrsg.), *Weiblichkeit in der Moderne*, Tübingen 1986
- Locher-Dodge, Birgit: *Internationale Politik – geschlechtsneutrale Paradigmen?*, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation*, Opladen 1997, PVS Sonderheft 28, S. 425-450.
- Lovera, Sara: *Control de natalidad versus libre decisión*, in: *fem* Nr. 137, México 1994.
- Loyo, Gilberto: *La política demográfica de México*, Instituto de Estudios Sociales, Políticos y Económicos del Partido Nacional Revolucionario, Mexiko 1935.

- Loyola Díaz, Rafael/León González, Samuel: *El Partido Revolucionario Institucional: los intentos del cambio*, in: Jorge Alonso/Alberto Aziz Nassif/Jaime Tamayo (Hg.): *El nuevo estado mexicano*. Tomo II. Estado y política, Mexiko 1992, S. 53-81.
- Lozano Mascarúa, Alicia: *El melodrama familiar en el cine mexicano: una perspectiva de lectura feminista*, in: *Los espacios de la mujer*, México 1990.
- Lozano Mascarúa, Alicia: *El melodrama familiar en el cine mexicano: Una perspectiva de lectura feminista*, Mexiko 1990.
- Lozano Mascarúa, Alicia: *Contextualización de las principales coyunturas del debate sobre el aborto en México*, Mexiko 1991.
- Lugo, Carmen: *El impacto del movimiento feminista en el cambio jurídico social*, in: *Seminario Feminismo, Política y Movimientos Feministas*, México 1982.
- Lugo, Carmen: *Una asamblea de patriarcas. Reunión intergubernamental de población*, in: *fem* Nr. 36, México 1984.
- Luna, Lola G. (Hg.): *Género, clase y raza en América Latina*, Barcelona 1992.
- Mabry, Donald: *The mexican university and the state: Student conflicts 1910-1971*, College Station, Texas 1982.
- Macías V. , María de la Luz: *Mujeres e industria manufacturera en México*, in: *Las mujeres y el V Centenario: una reflexión desde la heterogeneidad*, México 1992.
- Macías, Anna: *Antecedentes del feminismo en México en los años veinte*, in: *fem* Nr. 11, México 1979.
- MacKinnon, Catharine A.: *Toward a feminist theory of the state*, Cambridge/London 1989.
- Majone, Giandomenico: *Regulatory politics in the European Community*, unver. Manuskript 1992.
- Malthus, Thomas R.: *An essay on the principle of population or a view on its past and present effects on human happiness with an inquiry into our prospects respecting the future removal or mitigation of the evils which it occasions*, Homewood 1963.
- Malthus, Thomas: *A summary review of The Principle of Population*, in: *On population*, New York 1962.
- Marchand, Marianne H.: *Reconceptualising »Gender and Development« in an era of »Globalization«*, in: *Millenium: Journal of International Studies* 25 (3), 1996, S. 77-603.
- Martínez F., Alicia Inés: *Mujer, gobierno y sociedad civil; políticas en México y Centroamérica*, Mexiko 1993.
- Martínez F., Alicia Inés: *Políticas hacia la mujer en el México moderno. (Consideraciones para diseñar una agenda política)*, in: *Seminario: Gobierno y Sociedad: Políticas regionales hacia la mujer*, Mexiko 1992.

- Martínez García, Gerónimo: *Evolución de la política de población de México*, in: III Reunión Nacional sobre la investigación demográfica en México, El Colegio de México, 3-6 Nov. 1986, Mexiko 1986.
- Martínez Manatou, Jorge (ed.): *Trabajo familiar, conducta reproductiva y estratificación social, un estudio en las áreas rurales de México*, México 1986.
- Martínez Manautou, Jorge (Hg.): *La revolución demográfica en México 1970-1980*, Mexiko IMSS 1982.
- Martínez Navarrete, Ifigenia: *La distribución del ingreso en México: tendencias y perspectivas*, in: El perfil de México en 1980, Mexiko 1970 .
- Marx, Karl: *Das Kapital I*, Frankfurt M./Berlin/Wien 1971.
- Mass, Ellen Bonnie: *Population target. The political economy of population control in Latin America*, Toronto 1976.
- McCoy, Terry L.: *A paradigmatic analysis of mexican population policy*, in: Terry L. McCoy (Hg.), *The dynamics of population policy in Latin America*, Cambridge 1974.
- McIntosh, Margaret et.al.: *Comments on Tinker's »A feminist view of Copenhagen«*, in: Signs: Journal of Women and Society, Vol. 6, Nr. 4, 1981, S. 771-790.
- Medina Peña, Luis: *Hacia un nuevo estado. México 1920-1993*, Mexiko 1994.
- Medina Peña, Luis: *Historia de la revolución mexicana, periodo 1940-1952. Civilismo y modernización del autoritarismo*, México 1979.
- Meeks, R. L. (Hg.): *Marx and Engels and the population bomb*, Berkeley 1971.
- Merchant, Carolyn: *Der Tod der Natur*, München 1987.
- Mertens, Heide: *Die Bevölkerungsdebatte als Diskurs über Modernisierung*, in: Peripherie 68 1997, S. 81-87.
- Mertens, Heide: *Frauen und internationale Bevölkerungspolitik. Was heißt hier Selbstbestimmung?*, in: Uta Ruppert (Hg.): *Lokal bewegen - global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht*, Frankfurt/New York 1998, S. 156-183.
- Metz-Göckel, Sigrid: *Permanenter Vorgriff auf die Gleichheit – Frauenforschung in Westdeutschland*, in: Gisela Helwig/Hildegard Maria Nickel, *Frauen in Deutschland 1945-1992*, Bonn, S. 408-426.
- Michel, Manuel: *Der mexikanische Film. Ein Überblick*, in: Filmstudio 51, Nr. 37 Aachen 1988.
- Mier y Terán, Marta: *Évolution de la population mexicaine à partir des données des recensements: 1895-1970*, Montreal 1982.
- Miguel, Amando de: *Ensayo sobre la población en México*, Madrid 1983.
- Miró, Carmen /Potter, Joseph E.: *Población y desarrollo. Estado del conocimiento y prioridades de investigación*, Mexiko 1982.
- Miró, Carmen A.: *El debate latinoamericano sobre población y desarrollo*, Mexiko 1994.

- Mogrovejo, Norma: *Feminismo popular en México*, Mexiko 1990.
- Molina Enríquez, Andrés : *Los grandes problemas nacionales*, Mexiko 1909
- Mols, Manfred: *Begriff und Wirklichkeit des Staates in Lateinamerika*, in: Manfred Hättich (Hg.): *Zum Staatsverständnis der Gegenwart*, München 1987.
- Mols, Manfred: *Faktoren der politischen Stabilität Mexikos*, in: *Berichte* 2/8, München, Nov. /Dez. 1976.
- Mols, Manfred: *Mexiko unter Luis Echeverría Álvarez*, in: Manfred Mols/Hans Werner Tobler, Mexiko. Die institutionalisierte Revolution, Köln/Wien 1976, S. 171-234.
- Moore, Wilbert E.: *Industrialization and labor: Social aspects of economic development*, Ithaca 1951.
- Morales Carrión, A.: *Puerto Rico. A political and cultural history*, New York 1983.
- Moreno, Rafael: *Creación de la nacionalidad mexicana*, in: Solange Alberro (Hg.), *Cultura, ideas y mentalidades*, Mexiko 1992, S. 85-106
- Mörner, Magnus: *La mezcla de razas en la historia de América Latina*, Buenos Aires 1969.
- Morton, Ward: *Women suffrage in Mexico*, Gainsville 1962.
- Moya Palencia, Mario: *IV Informe de Gobierno*, in: CONAPO: *La igualdad de la mujer*, Mexiko 1975.
- Mueller, Clark D.: *Decision making in Mexico: the politics of population policy formation*, Utah 1976.
- Mueller-Guercke, Petra: *Las normas internacionales sobre el trabajo de las mujeres y su transcendencia en la legislación mexicana*, México 1982.
- Mühlen, P. von zur: *Rassenideologien: Geschichte und Hintergründe*, Berlin 1977.
- Muñiz, Elsa: *Identidad femenina y nacionalismo en México, 500 años después*, Mexiko 1993.
- Muriedas, Pilar: *Políticas de población y violación a los derechos reproductivos de la mujer*, in: *Coyuntura* Nr. 40, México 1993: S. 46-48.
- Muriel, Josefina: *Los recogimientos de mujeres. Respuesta a una problemática social novohispana*, Mexiko 1974.
- Nader, Ralph: *The case against free trade; GATT, NAFTA and the globalization of corporate power*, San Francisco 1993.
- Navarrete, Ifigenia: *Sobrepoblación y desarrollo económico*, Mexiko 1967.
- Navarro, Marysa/Bourque, Susan C.: *Fault lines of democratic governance: A gender perspective*, in: Felipe Agüero/Jeffrey Stark (Hg.): *Fault lines of democracy in post-transition America*, Miami, Florida 1998, S. 175-203.

- Needler, Martin C.: *Mexican Politics. The containment of conflict*, New York/London 1990.
- Nohlen, Dieter /Fernández B. , Mario: *Wirtschaft, Staat und Sozialpolitik*, in: Schmidt, Manfred G.: *Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen*, Opladen, S. 406-437.
- Notestein, Frank W.: *Problems of policy in relation to areas of heavy population pressure*, Milbank Memorial Fund Quarterly 22, Okt. 1944, S. 409-23.
- Notestein, Frank W.: *Population, the long view*, in: Th. Schultz (Hg.), *Food for the world*, Chicago 1945.
- O’Gorman, Edmundo: *La invención de América*, Mexiko 1958.
- O’Gorman, Edmundo: *La idea antropológica del padre Las Casas. Edad Media y modernidad*, in: *Cultura, ideas y mentalidades*, Mexiko 1992, S. 1-11.
- O’Neill, Onora: *Gerechtigkeit, Geschlechterdifferenz und internationale Grenzen*, in: Herta Nagl-Docekal/Herlinde Pauer-Studer (Hg.): *Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität*, Frankfurt/M. 1996, S. 417-451.
- Odorica Mellado, Manuel: *Evaluación de la mortalidad infantil en la república mexicana, 1930-1970*, in: Dirección General de Estadística, *Evaluación y Análisis III*, num. 1 Mexiko 1975.
- Odorica Mellado, Manuel: *Evolución demográfica y estudios de población en México*, Mexiko 1994.
- Odorica, Manuel: *Escenarios demográficos de México en el nuevo milenio*, in: *Nexos* Nr. 202, México 1994: 73-75.
- Ojeda de la Pena, Norma: *El curso de la vida familiar de las mujeres mexicanas, un análisis sociodemográfico*, México 1989.
- Oliveira, Orlandina de: *Acerca del estudio de los grupos domésticos: un enfoque socio-demográfico*, in: O. de Oliveira: *Grupos domésticos y reproducción cotidiana*, México 1989.
- Oliveira, Orlandina de: *Empleo femenino en México en tiempos de recesión económica: tendencias recientes*, in: *Fuerza de trabajo femenino* vol. I, México 1989.
- Oliveira, Orlandina de: *Trabajo, poder y sexualidad*, México 1989.
- Oliveira, Orlandina de/García, Brígida: *Trabajo, fecundidad y condición femenina en México*, México 1990.
- Ortega, Adriana V.: *La respuesta de las mujeres frente a la represión y el militarismo. El caso de México*, Mexiko 1985.
- Osborn, Frederick: *Population: An international dilemma*, in: *On population*, New York 1962.
- Ostendorf, Helga: *Die Konstruktion des Weiblichen durch politisch-administrative Institutionen*, in: Christine Bauhardt/Angelika von Wahl (Hg.), *Gen-*

- der and Politics. „Geschlecht“ in der feministischen Politikwissenschaft, Opladen 1999, S. 149-171.
- Palacios Rubio, J. L.: *Requerimiento. De las islas del mar océano (1513)*, Mexiko 1954.
- Palma Cabrera, Yolanda: *Mortalidad infantil y salud*, in: Encuesta Nacional sobre Fecundidad y Salud 1987; Memoria de la Reunión celebrada el 30 de Septiembre de 1988, Ssa, Mexiko 1988, S. 193-213.
- Pateman, Carol: *Feminist critiques of the public/private dichotomy*, in: Anne Phillips(Hg.): *Feminism and equality*, Oxford 1987, S. 103-127.
- Pateman, Carol: *The sexual Contract*, Stanford 1988.
- Paz, Octavio: *Sor Juana Inés de la Cruz o las trampas de la fe*, Mexiko 1982.
- Paz, Octavio: *El ogro filantrópico*, Barcelona 1990.
- Pedrero Nieto, Mercedes: *Cambios en la actividad económica femenina y la transición de la fecundidad en zonas metropolitanas*, in: IV Reunión Nacional de Investigación Demográfica en México, México 1990.
- Pellicer de Brody, Olga: *Cambios recientes en la política exterior de México*, in: CEI (Hg.): *La política exterior de México: realidad y perspectivas*, México 1972.
- Pellicer de Brody, Olga: *El decenio de la ONU para la mujer; perspectiva de México*, Mexiko o.J.
- Pérez Duarte, Alicia Elena: *Derecho de familia*, México 1990.
- Pérez Duarte, Alicia Elena: *Las víctimas de la violencia intrafamiliar*, in: CNDH: reunión Nacional sobre los Derechos Humanos de la Mujer, México 1993.
- Pérez Duarte, Alicia Elena: *Los derechos reproductivos en México*, Mexiko 1994.
- Pérez Munguía, J.: *De libertad y legislación para negros. Siglo XVIII*, in: El rostro colectivo de la nación mexicana, Morelia 1997, S. 64-82.
- Péreznieto Castro, Leonel: *Reformas constitucionales y modernidad nacional*, Mexiko 1992.
- Pietilä, Hilka/Vickers, Jeanne: *Making women matter. The role of the United Nations*, London/New Jersey 1994.
- Pius XI., *Enzyklika Casti Conubii*, 1930.
- Pollack Petchesky, Rosalind: *Reproduktive Freiheit: Jenseits »des Rechts der Frau auf Selbstbestimmung«*, in: Elisabeth List/Herlinde Studer (Hg.): *denkverhältnisse. Feminismus und Kritik*, Frankfurt/M. 1989, S. 164-202.
- Ponce Lagos, Antonio: *Historia de las reformas a los artículos 34 y 115 constitucionales, que conceden ciudadanía a la mujer mexicana*, México 1954.
- Poniatowska, Elena: *Fuerte es el silencio*, Mexiko 1980.

- Poniatowska, Elena: *La noche de Tlatelolco. Testimonios de historia oral*, Mexiko 1971.
- Portilla, Miguel-León (Hg.): *Visión de los vencidos. Relaciones indígenas de la conquista*, Mexiko 1980.
- Portugal, Ana María: *History of the meetings*, in: Women in Action, vol. 3/4, S. 18-19.
- Potter, Joseph E. /Mojarro, Octavio/Núñez, Leopoldo: *The influence of health care on contraceptive acceptance in rural Mexico*, in: Studies in Family Planning, vol. 18, Num. 3. , 1987, S. 144-156.
- Poulantzas, Nicos: *Staatstheorie*, Hamburg 1978
- Pringle, Rosemary/Watson, Sophie: »Women's interests« and the post-structuralist state, in: Michèle Barret/Ann Philipps (Hg.), Destabilizing theory. Contemporary feminist debates, Stanford 1992, S. 53-73.
- Proclamation of Teheran der International Conference on Human Rights*, Teheran 1968.
- Project-Five-O: *An example of coalition building for the advancement of women*, in: Workshop: NRO Consultation 1990, Making the forward looking strategies, Wien 1990
- Puhle, Hans-Jürgen: *Demokratisierungsprobleme in Europa und Lateinamerika*, in: Hauke Brunkhorst/Peter Niesen (Hg.): Das Recht der Republik, Frankfurt/M. 1999, S. 317-346.
- Quijano, Anibal: *Modernidad, identidad y utpía en América Latina*, Quito 1990.
- Raat, William D.: *Los intelectuales, el positivismo y la cuestión indígena*, in: Solange Alberro (Hg.), Cultura, ideas y mentalidades, Mexiko 1992, S. 111-127.
- Rabell, Cecilia A. /Mier y Terán, Marta: *El decenso de la mortalidad en México de 1940 a 1990*, in: Estudios Demográficos y Urbanos, vol. 1, Nr. 1, Mexiko 1986, S. 39-72.
- Ramírez Romero, Silvia/Mercado, Patricia/Rendón, Teresa: *Feminización de la pobreza*, in: INI/Mujeres en Solidaridad/DIF: Memorias de las mesas redondas, Mexiko 1992.
- Ramírez Silva, Francisco: *Venta de empresas públicas*, Mexiko 1993.
- Ramos Escandón, Carmen: *Women and power in Mexico: The forgotten heritage, 1880-1954*, in: Victoria E. Rodríguez, Women's participation in mexican political life, Austin 1998, S. 87-103.
- Rapold, Dora: *Movilisations femeninas: un ensayo teórico sobre sus condiciones y orígenes*, in: Nueva Antropología, vol. VIII, Nr. 30, México 1986.
- Rascón, María Antonieta: *La mujer y la lucha social en México*, in: Cuadernos Agrarios, No. 9, 1979.

- Reed, John: *México Insurgente*, Mexiko 1982.
- Regehr, Sheila J.: *The Nairobi Forward-looking Strategies for the Advancement of Women. Theoretical and practical questions*
- Reider, Ian/Pick, Susan: *Quién debe tomar la decisión*, in: Demos Nr. 5, México 1992.
- Rendón, Teresa/Salas, Carlos: *Incremento de ocupaciones de baja renumeración*, in: Demos Nr. 5, México 1992.
- Reynosa Catillo, Carlos: *Derecho del trabajo e integración económica*, México 1994.
- Riquer Fernández, F.: *El Estado Mexicano, las feministas y los estudios de la mujer*, in: Primera Reunión: Mujeres e Investigación social, Santo Domingo 1991.
- Riquer Fernández, Florinda: *Identidad femenina, jefas de hogar y pobreza*, México 1990.
- Rivera, Mário: *La medicina social en el sexenio de Lázaro Cárdenas*, in: Medicina y Sociedad II, Mexiko 1979.
- Rodríguez Lapuente, Manuel: *El estado y el partido*, in: Jorge Alonso/Alberto Aziz Nassif/Jaime Tamayo (Hg.): El nuevo estado mexicano. Tomo II. Estado y política, Mexiko 1992, S. 43-53.
- Rodríguez, Mauro: *Guadalupe, historia o símbolo*, Mexiko 1980.
- Rodríguez, Raymundo: *Algunas implicaciones de la teoría de la modernización en relación al comportamiento reproductivo de la población*, Monterrey 1980.
- Rodríguez, Victoria E.: *La centralización de la política contra las políticas descentralizadoras en México, 1970-1995*, in: Menno Vellinga (Hg.): El cambio del papel del estado en América Latina, México 1997, S. 223-254.
- Rojas Zamareno, Alberto: *Televisión y educación*, in: Raúl Trejo Delarbre: Televisa – el quinto poder, Mexiko 1987; S. 125-149 .
- Romero, Laura Patricia: *La reforma del estado y los movimientos sociales regionales*, in. Jorge Alonso/Alberto Aziz Nassif/Jaime Tamayo (Hg.): El nuevo estado mexicano. Tomo II. Estado y política, Mexiko 1992, S. 173-195.
- Rosenberger, Sieglinde Katharina: *Privatheit und Politik*, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, Opladen 1997, PVS Sonderheft 28, S. 120-137.
- Roth, Karl Heinz: *Schöner neuer Mensch. Der Paradigmenwechsel der klassischen Genetik und seine Auswirkungen auf die Bevölkerungsbiologie des »Dritten Reichs«*, in: Kaupen-Haas, Heidrun (Hg.) Der Griff nach der Bevölkerung, Nördlingen 1986.

- Rozat, Guy: *Las representaciones del Indio, una retórica de la alteridad*, in: Debate Feminista, vol. 13, Mexiko 1996, S. 40-66.
- Ruf, Anja: *Frauennetzwerke im Spannungsfeld von Globalisierung und Vielfalt*, in: Ruth Klingebiel/Shalini Randeria (Hg.): Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen, Bonn 1998, S. 66-86.
- Ruiz Chiapetto, Crecencio: *Hacia un país urbano*, Mexiko 1994.
- Ruppert, Uta: *Kriegsfähigkeit, Verhandlungsmacht und ungleiche Arbeitsteilung. Bedingungen der Geschlechterpolitik in den internationalen Beziehungen*, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin, Frankfurt/New York 1997, S. 254-279.
- Ruppert, Uta: *Perspektiven internationaler Frauen(bewegungs)politik*, in: Uta Ruppert (Hg.): Lokal bewegen – global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht, Frankfurt/New York 1998, S. 233-256.
- Russell, Diane E. H. / Ven, Nicole van de: *Crimes against women: Proceedings of the International Tribunal*, East Palo Alto (CA) 1984.
- Saadawi, Nawal el / Mernissi, Fatima / Vajrathon, Mallica: A critical view of the Wellesley Conference, in: Quest: A Feminist Quarterly, Vol. 4, Nr. 2, 1978, S. 101-107
- Sabatier, Paul A.: *Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: Eine Alternative zur Phasenheuristik*, in: Adrienne Héritier 1993, S. 116-148.
- Sadik, Nafis (Hg.): *Population: The UNFPA experience*, New York 1984.
- Sandoval, Alfonso: *La población en México*, in: Alfonso Sandoval et al. , Setenta y cinco años de revolución. Desarrollo social I, Mexiko 1988.
- Sahagún, Fray Bernardino de: *Historia general de las cosas de Nueva España (1577)*, 2 Bde. , Mexiko 1988.
- Salinas de Gortari, Carlos: *La integración de la mujer; un desafío de modernidad*, México 1987.
- Salinas de Gortari, Carlos: *Por una modernización popular y nacionalista*, México 1987.
- Salinas de Gortari, Carlos: *Modernización con apego a nuestros valores*, México 1988.
- Salles, Vania/McPhail, Elsa (Hg.): *Textos y pre-textos. Once estudios sobre la mujer*, México 1991.
- Sánchez Bringas, Angeles/Torres, Nina: *De la casa a la fábrica: la mujer en el mercado de trabajo*, México 1986.
- Sánchez Flores, Silvia: *Análisis jurídico-social de la mujer en el trabajo*, México 1991.
- Sánchez Olvera, Alma Rosa: *La presencia del feminismo mexicano*, in: Cuadernos de Investigación no. 6, 1985, S. 49-136.

- Sanoval, Alfonso: *La población en México*, in: Alfonso Sandoval et al., Setenta y cinco años de revolución. Desarrollo social I, Mexiko 1988.
- Sauer, Birgit: »Normale« Männlichkeit. Der Beitrag der Transformationsforschung zum Erhalt geschlechtsblinder Paradigmata in der Politikwissenschaft, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin, Frankfurt/New York 1997, S. 214-254.
- SCGF: *Programa nacional de modernización de la empresa pública 1990-1994*, México 1990.
- Scharpf, Fritz W.: *Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des 20. Jahrhunderts*, in: B. Kohler-Koch (Hg.): Staat und Demokratie in Europa, Opladen 1992, S. 93-115.
- Scharpf, Fritz W.: *Politischer Immobilismus und ökonomische Krise*, Kronberg 1977
- Schilken, Wilhelm: *Die Entwicklung der internationalen Erforschung der Bevölkerungsfragen bis 1939 unter besonderer Berücksichtigung der Frage der Geburtenregelung*, Hamburg 1956.
- Schimmelfennig, Frank: *Rhetorisches Handeln in der internationalen Politik*, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2/1997, Baden-Baden, S. 219-254.
- Schlehubusch, Cornelia: *Bevölkerungspolitik als Entwicklungsstrategie. Historisches und Aktuelles zu einem fragwürdigen Argument*, Frankfurt/M. 1994
- Schmidt, Manfred G.: *Einführung*, in: ders. (Hg.), Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen, Opladen 1988, S. 1-35.
- Schultz, Susanne: *Feministische Bevölkerungspolitik? Zur internationalen Debatte um Selbstbestimmung*, in: Cornelia Eichhorn/Sabine Grimm (Hg.): Gender Killer. Texte zu Feminismus und Politik, Berlin/Amsterdam 1994, S. 11-25.
- Schumpeter, Josef Alois: *Geschichte der ökonomischen Analyse*, Göttingen 1954.
- Seed, Patricia: *Amar, honrar y obedecer en el México colonial. Conflictos en torno a la elección matrimonial*, Mexiko 1991.
- Seemann, Birgit: *Feministische Staatstheorie. Der Staat in der deutschen Frauen- und Patriarchatsforschung*, Opladen 1996.
- Selby, Henry Anderson: *La familia en el México urbano; mecanismos de defensa frente a la crisis, 1978-1992*, Mexiko 1994.
- Sen, Gita/Grown, Caren: *Development, crisis and alternative visions: Third World women's perspectives*, New York 1987.
- Senior, Clarence: *Reforma agraria y democracia en la Comarca Lagunera*, in: Problemas agrícolas e industriales de México 8/2, Mexiko 1956.

- Sepúlveda Amor, Bernardo: *Reflexiones sobre la política exterior de México*, Foro Internacional, vol. XXIV, num. 4, Mexiko 1984.
- Sepúlveda, Juan Ginés de: *Demócrates segundo. De las justas causas de la guerra contra los Indios (1615)*, Madrid 1951.
- Sepúlveda, Juan Ginés de: *Del reino y los deberes del rey. Tratados políticos I (1621)*, Madrid 1963.
- Serret; Estela: *Cultura nacional y feminismo en México*, in: Revista A vol. IX Nr. 23/24, Mexiko 1988.
- Shefner, Jon: *La redefinición de la política del estado en el campo social, con énfasis en el caso de México*, in: Menno Vellinga (Hg.): *El cambio del papel del estado en América Latina*, México 1997, S. 254-285.
- Shoultz, Lars: *National security and United States policy toward Latin America*, Princeton 1987.
- Sierra Brabatta, Carlos Justo: *Antecedentes y comentarios a la Ley General de Población*, Mexiko 1988.
- Skriver, Ansgar: *Zu viele Menschen*, München/Zürich 1986.
- Solís, Leopoldo: *La realidad económica mexicana: retrovisión y perspectivas*, Mexiko 1970.
- Spalding, Rose: *State power and its limits: Corporatism in Mexico*, in: Comparative Political Studies 14 (2) 1981.
- Sparr, Pam (ALTWID): *Bridging North and South*, in: WIDE Bulletin, März 1996, Brüssel.
- Spiller, Ingrid: *Objekt 'Frau' in Familienplanungsprogrammen*, in: Chista Wichterich (Hg.), *Menschen nach Maß. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd*, Göttingen 1994, S. 151-162.
- Sprenger, Ute: *Wer hilft wem auf dem kontrazeptiven Sektor?*, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 14, 1985, S. 19-24.
- Staudt, Kathleen: *Women in politics: Mexico in global perspective*, in: Victoria E. Rodríguez (Hg.), *Women's participation in mexican political life*, Austin 1998, S. 23-41.
- Stephen, Lynn: *Gender and grassroot organizing: Lessons from Chiapas*, in: Victoria E. Rodríguez, *Women's participation in mexican political life*, Austin 1998, S. 146-163.
- Stienstra, Deborah: *Women's movements and international organizations*, London/New York 1994.
- Stycos, J. M.: *Female sterilization in Puerto Rico*, in: Eugenics Quarterly, vol. 1, no. 1 1954, S. 3-9.
- Suárez Escobar, Marcela: *Sexualidad y norma sobre lo prohibido. La ciudad de México y las postrimerías del virreinato*, Mexiko 1999.
- Suitters, Beryl: *Be brave and angry: Chronicles of the International Planned parenthood Federation*, London 1973, S. 32.

- Suter, Christian: *Gute und schlechte Regimes. Staat und Politik Lateinamerikas zwischen globaler Ökonomie und nationaler Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1999.
- Symonds, Richard/Carder, Michael: *The United Nations and the population question. 1945-1970*, London 1973.
- Szasz, Ivonne: *Migración femenina y transición demográfica. Algunas reflexiones desde la perspectiva del género*, in: IV Conferencia Latinoamericana de Población, México 1993.
- Taibo II, Paco Ignacio: 68, Mexiko 1991.
- Taller: *Familias en transformación y códigos para transformar construyendo las propuestas políticas de las mujeres para el código civil*, México 1992.
- Tarrés Barraza, María Luisa: *La voluntad de ser. Mujeres en los noventa*, México 1992.
- Tarrés Barraza, María Luisa : *Las organizaciones de mujeres en la reforma política*, in: Alberto J. Olvera, *La sociedad civil. De la teoría a la realidad*, Mexiko 1999, S. 217-256.
- Tentrup, Franz Josef: *Das Gutachten der päpstlichen Kommission zum Studium der Geburten, der Familien und der Bevölkerung und seine Bedeutung für die Beurteilung der künstlichen Insemination und der Sterilisation*, Herzebrock 1972.
- Thieme, Frank: *Soziologie und Bevölkerungswissenschaft als politisch angewandte Wissenschaften im Dritten Reich*, Bochum 1987.
- Thompson, Warren S. /Whelpton, P. K.: *Population trends in the United States*, New York 1933.
- Thompson, Warren S.: *Population*, in: *The american journal of sociology*, vol. 34, No. 6, 1929.
- Tilson Piotrow, Phyllis: *World Population Crisis: The United States Response*, New York 1973.
- Tinker, Irene: *A feminist view of Copenhagen*, in: *Signs. Journal of Women in Culture and Society*, Vol. 6, Nr. 3, 1981, S. 531-535.
- Tobler, Hans Werner: *Mexiko auf dem Weg ins 20. Jahrhundert. Die Revolution und die Folgen*, Frankfurt/M. 1992.
- Todorov, Tzvetan: *Die Eroberung Amerikas. Das Problem des Anderen*, Frankfurt 1982.
- Towner, Margaret: *Monoploly capitalism and women's work during the Porfiriato*, in: *Latin American Perspectives*, Issues 12 and 13, Vol. IV, Nr. 1/2, 1977, S. 90-106
- Trejo, Sául: *Industrialización y empleo en México*, Mexiko 1973.
- Tuirán Gutiérrez, Rodolfo: *Esterilización anticonceptiva en México: »satisfacción« e »insatisfacción« entre las mujeres que optaron por ese método*, Vortrag:

- IV Reunión Nacional de Investigación Demográfica en México, SOMEDE, México, April 1990.
- Tuirán, Rodolfo: *Estructura familiar: continuidad y cambio*, in: Demos Nr. 6, México 1993.
- Tuñón Pablos, Esperanza: *El auge organizativo de las mujeres durante el cardenismo (1935-36)*, in: Brecha Nr. 1, México 1986.
- Tuñón, Julia: *Del modelo a la diversidad: Mujeres y familias en la historia mexicana*, in: Soledad González Montes/Julia Tuñón (Hg.): *Familias y mujeres en México. Del modelo a la diversidad*, México 1997, S. 11-31.
- Tuñón, Julia: *Mujeres en México, una historia olvidada*, México 1987.
- Twoney, Michael J.: *Multinational corporations and the North American Free Trade Agreement*, Westport 1993.
- Un poco de historia: Los precursores mexicanos*, in: Médico Moderno, Sept. 1973, México.
- UNFPA: *Inventory of population projects in developing countries around the world*, New York 1977.
- Unikel, Luis et al.: *El desarrollo urbano de México. Diagnóstico e implicaciones futuras*, México 1976.
- Unikel, Luis/Garza, Gustavo/Ruiz Chiapetto, Crecencio: *El desarrollo urbano de México*, México 1976.
- Union of International Associations, Yearbook of International Organizations, Vol. 1, 1990/91, München 1990/91.
- United Nations: *Official Records of the Economic and Social Council, 1947*.
- United Nations: *Plans for the World Population Conference*, New York 1954.
- United Nations: *Proceedings of the World Population Conference, Rome, 1954*, New York, 1955.
- United Nations: *Report of the first session of the Preparatory Committee*, New York 1962.
- United Nations: *Official Records of the General Assembly, 20th session, 1965*.
- United Nations: *Resolution 2211, Official Records of the General Assembly, 21st session*, New York 1966.
- United Nations: *The United Nations and population. Major resolution and instruments*, New York/Leiden 1974. United Nations, General Assembly: *Resolution 2263, Art. 6.*, New York 1967.
- United Nations: *Women; challenges to the year 2000*, New York 1991.
- United Nations: *Integración de lo femenino en la cultura latinoamericana, en busca de un nuevo modelo de sociedad*, Santiago 1992.
- Urquidi, Victor/Morales José B. (comps.): *Tendencias y políticas de población*, México 1982.
- Urquidi, Victor: *Consideraciones acerca de la aplicación del Plan de Acción Mundial sobre Población*, in: Demografía y Economía, X, Nr. 1 (28), 1976.

- Urquidí, Víctor: *El crecimiento demográfico y el desarrollo económico latinoamericano*, in: *Demografía y Economía*, vol. 1, Num. 1, Mexiko 1967.
- Usborne, Cornelia: *Frauenkörper, Volkskörper, Geburtenkontrolle und Bevölkerungspolitik in der Weimarer Republik*, Münster 1994.
- Valdés, Adriana: *Mujeres, culturas, desarrollo*, Santiago de Chile 1991.
- Valdéz, Luz María: *Ensayo sobre la política de población, 1970-1980*, in: *Demografía y Economía*, XIV, num. 4 (44) 1980.
- Valle Rodríguez, Gloria: *Utilización de la fuerza laboral femenina en los países subdesarrollados*, in: *Seminario Internacional: Población y Nuevo Orden Económico Internacional*, La Habana 1984.
- Vázquez, Josefina Zoraida: *Los primeros tropiezos*, in: *Historia general de México*, Bd. 2, Mexiko 1988.
- Vázquez, Josefina Zoraida: *El pacto de familia; intentos mexicanos para la integración hispanoamericana 1830-1847*, Madrid 1991.
- Vega Cánovas, Gustavo: *Liberación económica y libre comercio en América del Norte considerando políticas sociales y culturales*, Mexiko 1993.
- Vidales, Susana: *Ni madres abnegadas, ni Adelitas*, in: *Críticas de la economía política*, Nr. 14/15, Mexiko 1988.
- Villegas, Abelardo: *El pensamiento mexicano en el siglo XX*, Mexiko 1993.
- Villoro, Luis: 1968: *Signo de revolución, señal de lo que viviremos*, in: *Revista de la Universidad de México*, Nr. 4/5, Mexiko 1978/79.
- Waarden, Frans van: *Über die Beständigkeit nationaler Politikstile und Politiknetzwerke. Eine Studie zur Genese ihrer institutionellen Verankerung*, in: Roland Czada/Manfred G. Schmidt (Hg.), *Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit*, Opladen 1993, S. 191-214.
- Wajcman, Judy: *Feminism confronts technology*, Cambridge 1991.
- Walzer, Michael: *Was heißt zivile Gesellschaft?*, in: Bert van den Brink/Willem van Reijen (Hg.): *Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie*, Frankfurt/M. 1995, S. 44-73.
- Warman, Arturo: *El problema del campo*, in: Pablo González Casanova/Enrique Florescano, *México, hoy*, Mexiko 1979, S. 108-120.
- Welti, Carlos: *El impacto demográfico del aborto. Se estima en una quinta parte de la fecundidad total*, in: *Demos* Nr. 6, México 1993.
- Welti, Carlos: *La investigación del efecto de la anticoncepción sobre la fecundidad en México*, Vortrag: Seminario sobre Fecundidad, Colegio de México CEED Mexiko, März 1984.

- Welti, Carlos: *Políticas de población y descenso de la fecundidad*, Votrag: Conferencia Centroamericana, del Caribe y México sobre políticas de población, la Antigua Guatemala 9. 12. April 1991, S. 17.
- Whitaker, Jennifer Seymour: *Women of the world: Report from Mexico-City*, in: Foreign Affairs, Vol. 54, Nr. 1 Oktober 1975, S. 173-181.
- Whitworth, Sandra: *Feminism and international relations. Towards a political economy of gender in interstate and non-governmental institutions*, London 1994.
- Wiarda, Howard J.: *Determinantes históricas del estado latinoamericano: La tradición burocrático-patrimonialista, el corporativismo, el centralismo y el autoritarismo*, in: Menno Vellinga (Hg.): *El cambio del papel del estado en América Latina*, México 1997, S. 45-74.
- Wichterich, Christa (Hg.): *Menschen nach Maß. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd*, Göttingen 1994.
- Wilde, Gabriele: *Geschlecht und das Prinzip der Ungleichheit. Zur Problematik der Gleichheit in demokratietheoretischen Ansätzen*, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft*, Frankfurt/New York 1995, S. 122-161.
- Wilke, Helmut: *Ironie des Staates*, Frankfurt/M. 1992.
- Willcox, Walter F.: *The nature and significance of the changes in the birth and death rates in recent years*, in: American Statistical Association 1916.
- Wolf, Eric: *El Bajío en el siglo XVII. Un análisis de integración regional*, in: David Barkin *Los beneficiarios del desarrollo regional*, Mexiko 1972.
- Women's Cross-Cultural Learning Exchange Programme*, in: ISIS Women's International Bulletin, Vol. 29, 1983, S. 5-10.
- Wong, Rebeca/Levine, Ruth Ellen: *Estructura del hogar como respuesta a los ajustes económicos; evidencia del México urbano de los ochenta*, in: Estudios demográficos, vol. 7, Nr. 2-3.
- World Bank: *Integrating women into development*, Washington 1975.
- World Population Conference*, vol. 1, Summary Report, 1965.
- Wunder, Heide: *Er ist die Sonn, sie ist der Mond. Frauen in der frühen Neuzeit*, München 1992.
- Young, Iris: *Unparteilichkeit und bürgerliche Öffentlichkeit. Implikationen feministischer Kritik an Theorien der Moral und der Politik*, in: Bert van den Brink/Willem van Reijen (Hg.): *Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie*, Frankfurt/M. 1995, S. 245-280.
- Yuval-Davis, Nira: *Gender and Nation*, London 1997.
- Zapata Scheffeld, Francisco: *Los dilemas de la modernización*, in: El Cotidiano Nr. 21, México 1988.

Zavala de Cosío, María Eugenia: *Cambios de fecundidad en México y políticas de población*, México 1992.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, Carmen Colinas Schwarz, dass ich die vorliegende Dissertation selbständig verfasst und alle in Anspruch genommenen Hilfsmittel in der Dissertation angegeben habe.

Carmen Colinas

Lebenslauf

Name: Carmen Colinas Schwarz
Geburtsdatum: 21. Juni 1965
Geburtsort: Stuttgart
Familienstand: ledig, zwei Kinder
Staatsangehörigkeit: Spanisch
Schulbesuch: Carl-Benz-Grundschule, Bad Cannstatt, 1971-1975; St. Agnes Gymnasium, Stuttgart, 1971-1980; Alexander von Humboldt-Schule, Mexiko-Stadt, 1980-1985
Schulabschluss: Allgemeine Hochschulreife, 1985

Deutschlehrerin am Humboldt-Institut in Mexiko-Stadt: 1985-1988
Studium der Politikwissenschaft, Lateinamerikanistik,
Theater-, Film- und Fernsehwissenschaften an der Johann
Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main: ab 1988
Geburt meines Sohnes Dorian: 7.06.1989
Mitarbeiterin im Verlag Vervuert/Iberoamericana: 1992-1998
Studentische Vertreterin im Frauenrat des Fachbereichs 03: 1992-1993
Tutorin bei Frau Prof. Dr. Ute Gerhard: 1993-1994
Organisation einer Filmreihe mexikanischer
Regisseurinnen am Filmmuseum Frankfurt am Main: 1993
Dolmetschertätigkeiten für das Filmmuseum und in
sozialpolitischen Projekten der Stadt Offenbach: 1993-1996
Prüfung bei Frau Prof. Dr. Degenhardt und Frau Prof.
Dr. Ute Gerhard im Nebenfach Theater-, Film- und
Fernsehwissenschaften, Note »sehr gut«: 1994
6-monatiger Forschungsaufenthalt in Mexiko,
Beginn des Dissertationsprojektes: 1995
Weitere Forschungsreisen nach Mexiko: 1995-1998
Geburt meiner Tochter Laura: 31.10.1998
Stipendiatin des DoktorandInnenkolloquiums
am Frankfurter Institut für Sozialforschung: 1997-2000
Stipendiatin des Graduiertenkollegs
»Öffentlichkeiten und Geschlechterverhältnisse.
Dimensionen von Erfahrung«: 11/00-4/01

Frankfurt am Main, den 19. Mai 2001

Carmen Colinas